

## THEORIE UND METHODEN DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

### Neue Ansätze der Gewaltforschung

*Paul, Axel T./Schwalb, Benjamin (Hrsg.):* Gewaltmassen. Über Eigendynamik und Selbstorganisation kollektiver Gewalt, 415 S., Hamburger Edition, Hamburg 2015.

Das Genre des Sammelbandes hat keinen guten Ruf. Umso wichtiger scheint es hervorzuheben, dass sich der hier anzuzeigende Band mit Studien zur Gewaltsoziologie in mehrfacher Hinsicht positiv von den meisten Sammelbänden abhebt. Zum einen steuern die beiden Herausgeber Axel T. Paul und Benjamin Schwalb nicht nur eine das Thema klar umreißende Einleitung bei, sondern sie ordnen die Beiträge in einem umfangreichen Schlussbeitrag auch in ein von ihnen in Ansätzen entwickeltes Theoriegerüst ein. Zum andern unterfüttert einer der beiden Herausgeber die Einleitung noch mit einer mehr als 40 Seiten umfassenden Bestandsaufnahme zur Entwicklung von Massenpsychologie und Massensoziologie, von der auch Leser und Leserinnen profitieren werden, die weniger Anknüpfungsmöglichkeiten an eine „Linie [...] von Bataille und Turner über Canetti und Max Scheler bis hin zu Gabriel Tarde“ (S. 46) sehen. Und schließlich sind die Einzelbeiträge nicht nur durchweg von hoher Qualität, sondern auch ausnahmslos einschlägig für die Themenstellung des Bandes.

Gegenstand ist „die Selbstorganisation und Eigendynamik kollektiver Gewalt“ (S. 10), eine Themenstellung, bei der sich die Gliederung des Bandes in drei Teile anbietet, die neben der Emergenz, die Dynamik und schließlich etwaige Institutionalisierungen behandeln. Hier können nur einige wenige Beiträge exemplarisch angesprochen werden: Den Anfang macht eine ethnographisch anmutende Analyse der Rodney-King-Unruhen in Los Angeles 1992, für die Jack Katz auch deshalb prädestiniert ist, weil er öffentlich zugängliche Informationen hier und da mit eigenen teilnehmenden Beobachtungen zusammenbringen kann. Die so entstehende „dichte Beschreibung“ macht sehr schön deutlich, wie aus der Interaktion der Teilnehmer ständig neue Ordnungsformen und Ordnungsvorstellungen erwachsen, denen die verbreitete Rede von anarchischen Zuständen nicht gerecht wird. Auch wenn der Autor vielleicht die Bedeutung des Handelns in der Masse und das damit

verbundene Unsichtbarwerden als Schlüssel zum Verständnis der Plünderungen ein wenig überzieht, so ist seine Fallstudie doch ein guter Beleg dafür, dass das in der Gewaltsoziologie verbreitete Ausspielen der Motivanalyse gegen die Situationsoffenheit von Gewalt nicht weiterführt. Denn die sich situativ wandelnden Motive lassen sich überhaupt nur durch die Analyse konkreter Handlungsabläufe identifizieren. Darin würde ihm Thomas Klatetzki wohl zustimmen, der aus einer anderen Theorietradition kommend den vigilanten Lynchmob als temporäre Organisation in den Blick nimmt. Er operiert mit dem Begriff des kognitiven Lynchskripts (und seiner emotionalen Basis), der nachvollziehbar machen soll, wie die Koordination spontanen Handelns größerer Tätergruppen funktioniert. Im „Niemandland zwischen Psychologie und Anthropologie“ (S. 195) verortet sich Stephen Reicher, der den zweiten Teil des Bandes mit der Vorstellung des von ihm in Zusammenarbeit mit einigen Kollegen entwickelte „Elaborated Social Identity Model of Crowd Psychology“ eröffnet. Es demonstriert eindrücklich die psychischen Prämien, die aus der Zugehörigkeit zu einer Gruppe erwachsen können, und zeigt, wie deshalb die „gemeinsame Identität [...] ein psychologischer Mechanismus zur Schaffung kollektiver Solidarität“ (S. 191) werden kann. Von der Etikettierung kollektiven Gewalthandelns, konkret der Teilnahme an Detroitter Rassenunruhen der 1960er Jahre oder Londoner Ausschreitungen der jüngsten Vergangenheit, als „sinnlos“ ist er also eher noch weiter entfernt als die bereits genannten Autoren. Städtische Unruhen sind auch der Gegenstand des Beitrags von Ferdinand Sutterlüty, dem es darum geht, „auf einige Grenzen des Situationismus aufmerksam“ (S. 249) zu machen. Das richtet sich aber eher gegen ältere Autoren, wie Wolfgang Sofsky, als die bereits angeführten Beiträge zu dem vorliegenden Sammelband, die Handlungsmotive zwar stärker im situativen Kontext der Gewalt verorten, deshalb aber die Existenz vorgängiger normativer Standards nicht in Abrede stellen müssen.

Man lernt viel aus den im dritten Teil auch Krieg und Bürgerkrieg als Gewaltszenarien einbeziehenden Aufsätzen, die sich im Falle von Randall Collins, Felix Schnell, Bernd Greiner und Donatella della Porta auf jüngere und weithin bekannte Buchveröffentlichungen der Autoren stützen. Und so legt man den sorgfältig komponierten und redigierten Band in der Überzeugung zur Seite, mit wichtigen neueren Ansätzen der Gewaltforschung vertraut gemacht worden zu sein. Die Klärung aller zentralen Fragen beanspruchen die

Herausgeber nicht, aber sie identifizieren doch wichtige offene Probleme und machen weiterführende konzeptionelle Angebote. Was mehr könnte man erwarten?

Gießen

Friedrich Lenger

## Gesamtschau in deutscher Sprache

*Berg, Manfred: Lynchjustiz in den USA*, 274 S., Hamburger Edition, Hamburg 2014 (engl. 2011).

Manfred Bergs Buch über *lynching* kann für sich in Anspruch nehmen, die erste brauchbare Gesamtschau des Themas in deutscher Sprache zu sein. Der Autor wählt einen historisch breiten Ansatz, der in der Vorgeschichte der USA beginnt und sich im Wesentlichen bis zur Gegenwart spannt, wobei deutliche Schwerpunkte auf der Zeit nach 1776 und dann noch einmal auf der Epoche nach dem Bürgerkrieg liegen. Der vorliegende Text stellt die Übersetzung eines zuvor auf Englisch erschienenen Buches „Popular Justice. A History of Lynching in America“ (2011) dar. Das Buch steuert zur Geschichte des *lynchings* von *African Americans* nichts Neues bei; lediglich in der Gleichzeitigkeit der *lynchings* von *Chinese Americans* und *Mexican Americans* liegt ein neuer Ansatz, der aber angesichts der Zahlenverhältnisse der *lynchings* nach 1876 kaum Bedeutung hat. Gut gefiel dem Rezensenten die Weiterführung der Fragestellung in Richtung der *hate crimes* und die These der funktionalen Äquivalenz von Todesstrafen und *lynchings*, ein Ansatz, der aber schon bei Michael J. Pfeifer („The Roots of Rough Justice“, 2004) und anderen Autoren deutlich herausgearbeitet wurde.

Es ist zugleich die Stärke als auch eine Schwäche des Buches von Manfred Berg, dass es sowohl die Gewalt an der *frontier* als auch die gegen *African Americans* gerichtete rassistische Gewalt thematisiert und damit zum Misnomer des Buches beiträgt – der „Lynchjustiz“. Vor allem die Genealogie der angeblichen Lynchjustiz in der Kolonialzeit und der Amerikanischen Revolution zu suchen, legt den Grundstein für ein konzeptionelles Missverständnis des *lynchings* als „Popular Justice“, als „Akt kollektiver Bestrafung“ (S. 12). Stephen Leonard hatte in seiner Besprechung des Buches von Michael Pfeifer auf den problematischen Titel hingewiesen: „Perhaps sometimes there was justice, albeit rough

and irregular, in summarily killing the guilty, but as Pfeifer makes clear, lynching was also used to terrorize African Americans, Hispanos, and Native Americans who often had committed no crime, or whose missteps were either manufactured or exaggerated in order to justify a lynching“ (s. die Rezension in H-Net Reviews 2012, unter URL : <<http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=33117>>, Zugriff: 14.12.2015). Berg begeht jetzt den gleichen kategorialen Fehler: Im Zusammenwürfeln von Formen vigilantistischer Gewalt an der *frontier* und den Versuchen der rassistischen sozialen Kontrolle afro-amerikanischer Bürger durch kriminelle Gewalt entsteht so ein falsches Bild. Gesellschaftliche und strukturelle Gewalt als Ergebnis von Diskursen oder gar Dispositiven, die den gesamtgesellschaftlichen Kontext berücksichtigen, befindet sich nicht auf Manfred Bergs historiographischen Radar.

Die Behauptung, James Elbert Cutlers Definition des *lynchings* als „popular justice“ werde „implizit von den meisten Historikern akzeptiert“ (S. 12) ist deshalb unverständlich, empirisch unbegründet und nachweislich unrichtig. Dass Geisteswissenschaftler\_innen heutzutage eine Definition aus dem Jahre 1905 akzeptieren, die eindeutig auf den rassistischen Vorstellungen des „schwarzen Kriminellen“ beruhen, scheint kaum glaubhaft. Walter White, der langjährige Vorsitzende der NAACP, hat in seiner 1969 erschienenen Studie darauf hingewiesen, wie fehlerhaft Cutlers Definition gewesen ist, indem er deutlich machte, dass *lynching* nur aus dem Gesamtkontext der rassistischen Unterdrückung der afro-amerikanischen Minderheit verstanden werden kann („Rope and Faggot“, S. 8). Die Doyens der Rassismus- und Lynchingforschung E. M. Beck und Stewart Tolnay zitieren Cutler als Beispiel für einen inadäquaten Umgang mit der Thematik („Festival of Violence“, 1995, S. 60f.). Und William Fitzhugh Brundage lässt keinen Zweifel an der begrenzten Brauchbarkeit des überzeitlichen „Lynchjustiz“-Paradigmas, wenn er bemerkt: „As with many historical myths, there is a small kernel of truth in this view of frontier vigilante justice. The full tragedy of lynching has little to do with frontier justice, or the western United States, however. If lynching was a national crime, it was also a southern obsession“ („Lynching in the New South Georgia and Virginia, 1880–1930“, S. 1).

Wer sich so auf Cutler beruft wie Berg, muss auch die folgenden Textpassagen zur Kenntnis nehmen: „The lynching of negroes in recent years can be justified on no other ground than that the law as formulated and administered has proved

inadequate to deal with the situation—that there has been governmental inefficiency. [...] A judicial system adapted to a highly civilized and cultural race is not equally applicable to a race of inferior civilization, and the failure to realize this fact and act upon it, by making special provision for the social control of the negro population in the Southern States [sic] since slavery was abolished is a fundamental reason for the disrepute into which legal procedure has fallen as regards negroes accused of offenses against whites“ (Cutler „Lynch-Law“, 1905, S. 224f.). Von welcher Art und Güte die Soziologie Cutlers war, kann ermessen werden, wenn man seine Rechtfertigung der Lynchjustiz durch den Ku Klux Klan liest: „The ‚Union Leagues‘ in the South, or the ‚Loyal Leagues‘ as they were sometimes called, were generally composed of the disorderly element of the negro population and led by white men who were then considered the basest and meanest of men, the ‚carpetbaggers‘ and ‚scalawags‘. The depredations committed by members of these organizations and the general lawlessness then prevailing constitutes the justification for the Ku-Klux Klan taking upon itself the duty of a vigilance society“ (ebd., S. 146f.).

Im Gegensatz zu Berg machte sich Cutler immerhin die Mühe, die Fälle von Lynchmorden gegen *African Americans* vor 1860 ausführlich zu dokumentieren, unter anderem weil er daran glaubte, die Praxis sei schon vor dem Ende des Bürgerkriegs im Kampf gegen den Abolitionismus etabliert worden (S. 90–136). Im Übrigen folgt Berg weitgehend der chronologischen Struktur des überholten historischen Texts von Cutler, mit dem Unterschied, dass der „Kampf gegen die Lynchjustiz“ und die „Entwicklung“ des *lynchens* zu einem „Hate Crime“ berücksichtigt werden. Die Literaturliste und die Belege sind dünn; Fußnoten oder Belege finden sich zudem auf vielen Seiten nicht. Die verfügbaren empirisch auswertbaren Datenbanken zum *lynching* wurden nicht benutzt (Projekt HAL: Historical American Lynching Data Collection Project, URL: <<http://people.uncw.edu/hinese/HAL/HAL%20Web%20Page.htm>>, Zugriff: 14.12.2015). Sie hätten die Ergebnisse Bergs untermauern und präzisieren können.

Köln

Norbert Finzsch

### Die Feministin als Terroristin

*Third, Amanda*: Gender and the Political. Deconstructing the Female Terrorist, 228 S.,

Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2014.

In sieben Kapiteln analysiert Amanda Third in „Gender and the Political“, wie Diskurse über Terrorismus sich mit jenen über Weiblichkeit überlagern. Ende der 1960er Jahre und zu Beginn der 1970er Jahre entstand in den USA das neue Feld der *terrorism studies*. Zunächst untersucht die Autorin die genderspezifischen Implikationen zum Begriff Terrorismus beziehungsweise zur Terroristin in populären Diskursen und in der Forschungsliteratur dieser *terrorism studies*. Dann geht sie in auf zwei Terroristinnen näher ein und präsentiert ihre Theorie der Überlappung von Terrorismus und (Radikal-)Feminismus anhand der Fallstudien über Valerie Solanas und Patricia (Patty) Hearst.

Anknüpfend an feministische Theoretikerinnen und aktuelle Sekundärliteratur, die herausgearbeitet hat, dass mit Terrorismus als politischer Grenzüberschreitung immer auch Diskurse über *gender transgressing* verbunden sind, argumentiert sie, dass „the female terrorist represents one manifestation of the Western cultural anxiety that femininity (as excess) inevitably slides into criminality“ (S. 4). Während der 1960er und 1970er Jahre sei in den hegemonialen Diskursen in den USA die Terroristin immer auch als Feministin dargestellt worden; Feminismus und Terrorismus seien in der Populärkultur als „twin practices“ (S. 5) wahrgenommen worden. Sie geht davon aus, dass sich Ende der 1960er Jahre in den USA spezielle Diskurse über die Terroristin als das radikal Andere herausgebildet hätten (S. 37). „The female terrorist disrupts positively inscribed femininity, and simultaneously confirms femininity as subversive. She represents the threat of all women (being capable of) transgressing the limits of culturally sanctioned female subjectivity, drawing attention to the contingencies of the category of idealized femininity. She disinters the history of subversive femininity that dominant culture proscriptions of Women seek to disavow, problematizing the system of gender relations that underpins dominant order“ (S. 46). Die Kriminologie habe begonnen, sich zu dem Zeitpunkt intensiv mit dem „home-grown terrorism“ (S. 54), das heißt dem Terrorismus, der von US-amerikanischen Staatsbürger\_innen verübt wurde, zu beschäftigen, als die Frauenbewegung als politische Kraft auftrat. Die neu entstandenen *counter terrorism studies* etablieren einen expliziten Zusammenhang zwischen dem Terrorismus, insbesondere der angeblich dramatisch ansteigenden

Zahl von Frauen, die sich terroristischer Gewalt zuwandten, und der Frauenemanzipation (ebd.). Die Autorin analysiert an aussagekräftigen Beispielen, wie durch die Forschungen zum Terrorismus ein kausaler Zusammenhang zwischen Radikalismus der Neuen Linken nach 1968 und Terrorismus hergestellt wurde (S. 57). Auch in den Forschungen, die keinen expliziten, kausalen Zusammenhang zwischen Feminismus und Terrorismus beschreiben, sieht Third einen Bezug auf Ideen der Frauenbewegung, denn terroristische Gruppen wurden in der zeitgenössischen Forschung oft als Zufluchtsorte dargestellt, wo Frauen die feministische Idee von Selbstbestimmung leben konnten. Die Darstellung des Lebens in terroristischen Organisationen als „refuge of women with feminist-informed aspirations for self-determination“ (S. 5) beziehungsweise als „feminist space“ (S. 63) lässt sich mit den Berichten von Aktivistinnen leicht als reine Fiktion zurückweisen. Obwohl die terroristischen Gruppen des urbanen Terrorismus (wie z. B. Weather Underground, Black Panthers, Black Liberation Army) egalitäre Prinzipien vertraten, waren Frauen keineswegs gleichberechtigt. Ein Diskursstrang der Verknüpfung von Terrorismus und Feminismus betraf die Sexualisierung der politischen Devianz: Es sei nicht überraschend, meint die Autorin, dass Homosexualität mit der Figur der Terroristin verwoben wurde, denn mit Lesben, Feministinnen und Terroristinnen sei das „Andere“ der Gesellschaft bezeichnet worden.

Nach der Analyse der zeitgenössischen Diskurse über Terrorismus fragt die Autorin danach, welche Anknüpfungspunkte der radikale Feminismus geboten habe, um diese Verknüpfungen von Terrorismus und Feminismus zu ermöglichen. Ihre These vom „shared discursive terrain“ (S. 69), von der „shared articulation of an apocalyptic outlook culminating in a call to arms“ (S. 92) zwischen Radikalfeminismus und Terrorismus, erläutert sie am Beispiel des „SCUM Manifesto“ (Society for cutting up men), das 1967 von der radikalfeministischen Autorin Valerie Solanas im Eigenverlag publiziert wurde. Ob Solanas, die 1968 durch ihr Schussattentat auf Andy Warhol schlagartig berühmt wurde, den feministischen Zeitgeist verkörperte (S. 93), wie die Autorin schreibt, muss kritisch hinterfragt werden. Radikale feministische Gruppen, wie zum Beispiel die von der Autorin erwähnte, 1968 in New York gegründete Gruppe WITCH, hatten innerhalb der entstehenden Frauenbewegung eine marginale Stellung und verloren bald an Boden. Und ob Solanas, die keine Gruppe hinter sich hatte, die mit

SCUM auch keine Gruppengründung, sondern eine Bewusstseinsänderung intendierte, und sich – wie auch Third bemerkt (S. 191, Anm. 14) – generell gegen kollektive Aktionen ausgesprochen hatte, als Beispiel für „den Feminismus“ geeignet ist, sei dahingestellt. Aus Ideen und der politischen Praxis der Frauenbewegung leitet die Autorin Gemeinsamkeiten mit dem Terrorismus ab (Kap. 5 und 6). Die Zweite Frauenbewegung habe sich in ihrer Konstituierungsphase an den politischen Methoden der postkolonialen Befreiungsbewegungen orientiert, oft Gewalt (gegen Sachen) nicht abgelehnt, meist eine drastische Sprache benutzt, das Private politisiert, auf spektakuläre Aktionen in der Öffentlichkeit gesetzt, um auf Frauendiskriminierung aufmerksam zu machen. Des Weiteren wollte sie das kulturelle System der Zuschreibung von Geschlechterrollen beseitigen – diese Intention wird von der Autorin als „gen(der)ocide“ (S. 120) benannt – und forderte eingeschlechtliche Räume. Insbesondere mit der Thematisierung des Privaten als Ort der Frauenunterdrückung begründet die Autorin strukturelle Ähnlichkeiten: „radical feminism and terrorism are not, as dominant discourse seeks to convince us, causally related. Feminism does not lead to (female) terrorism. Rather, *feminism and terrorism are structural equivalents*. They respond to the sociosymbolic violence upon which modernity is predicated. And in doing so, they present in the cultural imagination as geminate practices“ (S. 105, Hervorhebung im Original).

Während man bei Valerie Solanas Zweifel haben kann, ob die Klassifizierung als Terroristin stimmig ist, weil Terrorismusdefinitionen doch zumeist davon ausgehen, dass eine klandestine Gruppenorganisation vorhanden sein müsste, lebte Patricia Hearst, nachdem sie 1974 von der Symbionese Liberation Army (SLA) entführt worden war, eineinhalb Jahre bei und mit dieser terroristischen Gruppe und beteiligte sich an Gewalttaten. Den spektakulären Fall von Patty Hearst analysiert die Autorin mit psychoanalytischen und feministischen Theorien als Angriff auf die Familie. Inzesttabu, Urhorde und Irigarays These vom Frauentausch als Basis der patriarchalen Gesellschaft dienen zur Erklärung der terroristischen Bedrohung: „It is through this threat of the return of the primal horde that the practice of terrorism gets narrated in Western culture“ (S. 149). Mit der Entführung von Patty Hearst habe die terroristische Gruppe – die die Rückkehr zur Urhorde, die „terrorist family“ (S. 160) repräsentiere – den legitimen Frauentausch und damit die soziale Ordnung untergraben.

Insgesamt ist das Buch eine äußerst interessante Auseinandersetzung mit den diskursiven Verknüpfungen von Terrorismus und Feminismus, das die bisherige Diskussion über Gender und politische Gewalt bereichern wird.

Wien Irene Bandhauer-Schöffmann

### Bürgertumsforschung – revisited

Gerber, Stefan u. a. (Hrsg.): Zwischen Stadt, Staat und Nation. Bürgertum in Deutschland, 2 Bde., 852 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014.

Wozu erneut ein umfangreiches Werk zum deutschen Bürgertum? Diese Frage ist nach den Bielefelder und Frankfurter Großforschungsprojekten, die bereits vor der Jahrtausendwende ausgelaufen sind, nicht zum ersten Mal gestellt worden. Eine naheliegende Antwort wäre, dass das Thema angesichts seiner Breite und Vielschichtigkeit ein schier unerschöpfliches Reservoir neuer Forschungen und Fragestellungen bildet. Das alleine genügt den Herausgebern jedoch nicht als Begründung, sondern sie erheben in ihrer sehr knappen Einführung auch den Anspruch, einen neuen methodischen Zugriff zu wählen. Dass sie diesen in der Kulturgeschichte verorten, erstaunt den Rezensenten angesichts der zahlreichen Arbeiten zur Bürgerlichkeit doch ein wenig.

Tatsächlich ist der Grund für die zweibändige Publikation ein anderer: Es handelt sich um eine Festschrift für den Jenaer Historiker Hans-Werner Hahn. Mit dieser gewiss bewahrenswerten akademischen Tradition verbinden sich allerdings einige Probleme: So spiegelt sich der programmatische Anspruch der Publikation nur zum Teil in den einzelnen Beiträgen wider. Zudem finden sich in der Festschrift auch Beiträge, die sich unter der Rubrik Bürgertumsforschung nur dann einordnen lassen, wenn man diese mit deutscher Gesellschaftsgeschichte insgesamt gleichsetzt. Schließlich sind die mehr als vierzig Beiträge beinahe zwangsläufig nicht nur in inhaltlicher, sondern auch in formaler Hinsicht heterogen: manche sind autobiographischer Natur, andere quellengesättigte Detailstudien, andere wiederum eher konzeptionell-methodologischer Natur.

Folglich bietet auch die Zuordnung zu den einzelnen Sektionen in den beiden vorliegenden Bänden wie Industrialisierung, Vormärz und

Revolution, bürgerliche Lebenswelten, Regionalgeschichte und Universitätsgeschichte nur eine grobe Orientierung. Der zeitliche Bogen der Beiträge spannt sich vom 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Deutlich begrenzter ist dagegen die räumliche Erstreckung, denn nur drei Beiträge gehen über die deutsche Nation hinaus. Es scheint, als hätten die Debatten über transnationale Geschichte in der Konzeption dieser Publikation kaum Spuren hinterlassen. Eine Ausnahme bildet Dirk van Laaks Beitrag über den an der Erforschung Neuseelands beteiligten Mediziner und Naturforscher Ernst Dieffenbach. Umgekehrt lässt sich in vielen der Beiträge ein regionaler Fokus auf Mitteldeutschland beziehungsweise Weimar und Jena (das auch auf beiden Titeln Bildern gezeigt wird) und auch das Saarland als akademische Stationen des Jubilars feststellen. Dieser regionale Fokus wird jedoch nicht für konzeptionelle Überlegungen aufgegriffen, auch die Bezüge zu dem Sonderforschungsbereich „Ereignis Weimar-Jena“ bleiben implizit und sind für Außenstehende nur schwer erkennbar.

Thematische Schwerpunkte bilden unter anderem Festkultur und Vereinswesen, jüdische Emanzipation und Denkmal- beziehungsweise Erinnerungskultur. Zahlreiche Beiträge enthalten biographische Skizzen von Verwaltungsbeamten, Politikern und Gelehrten von der postnapoleonischen Ära bis in die alte Bundesrepublik. Eine weitere Gruppe von Texten beruht auf autobiographischen Reflexionen. Der Band schließt mit einem Personenregister, das aber doch nur eine schwache Klammer darstellt. Dagegen fehlt ein Autorenverzeichnis, was im vorliegenden Fall sinnvoller gewesen wäre.

Im Folgenden sei auf einige der Beiträge hingewiesen, die sich nicht direkt in das Rahmenthema fügen: Norbert Frei beleuchtet in einer knappen Skizze den Wandel in der kollektiven Erinnerung an den Frankfurter Staatsanwalt Fritz Bauer. Zwei Texte von Wolfram Siemann und Gunther Mai befassen sich unter anderem mit der Staatssicherheit und Friedensbewegung der DDR. Frank Möller geht der Frage nach der Kennzeichnung von „Volksfeinden“ in der Revolution von 1848 nach; er beschränkt sich dabei auf innere Volksfeinde und lässt die naheliegende Frage nach nationaler Feindschaft (etwa in Bezug auf Dänen und Polen) außer Acht.

Aus dem vorher Gesagten ergibt sich, dass die Beiträge sowohl im Inhalt als auch der Form nach sehr heterogen sind. Man wird den Band wohl kaum als Ausgangspunkt einer neuen kulturgeschichtlichen Bürgertumsforschung rezipieren,

sondern eher als geschichtswissenschaftlichen Steinbruch, in dem – je nach Erkenntnisinteresse – einige lesenswerte Stücke zu ganz unterschiedlichen Themen zu entdecken sind.

Greifswald/Stettin

Jörg Hackmann

### **Neue Befunde und Perspektiven der Machiavelliforschung**

*Reinhardt, Volker/Saracino, Stefano/Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Der Machtstaat. Niccolò Machiavelli als Theoretiker der Macht im Spiegel der Zeit, 357 S., Nomos, Baden-Baden 2015.*

Dem Werk und der Wirkung Niccolò Machiavellis neue Erkenntnisse abzugewinnen, setzt detailliertes historisches Wissen und hoch entwickelte analytische Kompetenzen voraus. Beides bringen die insgesamt 16 Beiträge dieses auf der Umschlagvorderseite mit einem Machiavelligemälde von um 1900 illustrierten Sammelbandes unzweifelhaft ein. Wie der Titel ausweist, geht es den meist aus der Geschichtswissenschaft, dann der Philosophie und der Politikwissenschaft stammenden Autoren schwerpunktmäßig um die Wahrnehmung und Einschätzung des Florentiners als Theoretiker des Machtstaates, der als „Prototyp des neuzeitlichen Staates schlechthin“ (S. 13) zu gelten habe. Dabei kommt inhaltlich naturgemäß der klassischen Frage danach besondere Aufmerksamkeit zu, ob Machiavellis Theorie noch als normativ gerahmt betrachtet werden kann oder als amoralisch-zynische Machttechnik beurteilt werden muss. Neu ist, dass die Art dieser Fragestellung und deren Beantwortung durch die verschiedenen Rezipienten je spezifisch historisiert wird und damit ungleich komplexere Befunde zutage treten, auch wenn insgesamt die Tendenz vorherrscht, dem großen Denker zumindest eine Art sekundärer Normativität zuzuschreiben.

In den Beiträgen zur Epoche von Renaissance und Reformation (Konfessionelles Zeitalter) werden Machiavellis Machtbegriff schlüssig in das anthropologisch-elitäre „Könnensbewusstsein“ (S. 29 u. ö.) der Zeit eingeordnet (Stefano Saracino), der biblische Moses und König Ferdinand von Aragon als machtbewusste Muster für den christlichen Fürsten vorgeführt (Norbert Campagna) und die Machiavelli-Rezeptionen Reginald Poles und Innocent Gentillets neu bestimmt (Oliver Hidalgo). Der Haupterausgeber

(und Verfasser der jüngsten, viel beachteten Machiavelli-Biographie) Volker Reinhardt verortet zuletzt den meist ignorierten gegenreformatorischen Politikdenker Giovanni Botero sorgfältig in den Kontext der Konfessionskonflikte und des Türkenkrieges, wobei allerdings Boteros wirtschaftspolitisches Denken deutlicher hätte einbezogen werden können.

Das 17. und 18. Jahrhundert, gekennzeichnet durch die Entwicklung hin zum souveränen Territorialstaat, ist durch Untersuchungen zur Machiavelli-Rezeption durch Thomas Hobbes (Thomas Lau), Kardinal Richelieu (Sven Externbrink) und Friedrich II. von Preußen (Andreas Pečar) vertreten. Besonders bedeutsam erscheint die Auflösung des angeblichen Widerspruchs zwischen Machiavellismus und Aufklärung beim Preußenkönig durch Pečar.

Für die spezifische Aneignung Machiavellis im Zeitalter des Nationalismus stehen Ausführungen zu Vittorio Alfieri (Anne Sommer) und Johann Gottlieb Fichte (Konrad Göke); in beiden Fällen rückte die Rezeption vom Fokus der Machtstaatstheorie in national- und politisch-diskursheroische Gefilde ab. Diese Linien sowohl in ästhetisch-poetischer als auch sozialwissenschaftlich-pragmatischer Variante führten nach den vorliegenden Beiträgen zu Friedrich Nietzsche (Peter Schröder), Max Weber (Manuel Knoll) und Panajotis Kondylis (Ilias Papagiannopoulos) fort. Für Weber konstatiert Knoll wenig überraschend nicht nur eine direkte Beeinflussung durch Machiavelli, sondern auch eine indirekte über Nietzsche (S. 248).

Das anschließende Kapitel ist der Instrumentalisierung Machiavellis durch Friedrich Meinecke (Dirk Blasius) und Carl Schmitt (Rüdiger Voigt) zwecks verbesserter Wahrnehmung, Einschätzung und möglicher Überwindung der Weimarer Staatskrise gewidmet. Voigt charakterisiert Schmitt dabei erwartungsgemäß als Protagonisten eines neuartigen Machtstaats; dass dieser nicht mit dem ‚Dritten Reich‘ des Nationalsozialismus identisch ist, hätte zum Beispiel unter Hinweis auf das Fehlen rassistischer Komponenten unterstrichen werden können. Schließlich werden dem Leser einige wichtige Aspekte der Rezeption des Machtstaatstheorems durch Mussolini, Bettino Craxi und Silvio Berlusconi vermittelt, wobei der Verfasser Volker Dreier auf die Idealisierung dieses Modells bereits durch Machiavelli besonderen Wert legt (S. 348).

Die Kollektion führt die jüngst wieder aufgenommene deutsche Machiavelliforschung auf eindrucksvolle Weise fort, indem sie einerseits

vernachlässigte Diskurse erschließt und andererseits eher geläufige Themen vielfach in neuer historisch-kritischer Tiefenschärfe durchleuchtet. Konzeptionell präzisierungsfähig scheint mir allerdings die Leitperspektive des Machtstaates, die nicht in jedem Beitrag diejenige Berücksichtigung findet, die man nach dem in der Einleitung formulierten Programm erwarten könnte. Die Unterschiede zwischen einer akteursbezogenen politisch-herrschaftlichen Verhaltenslehre und einer institutionenbezogenen Systemlehre bleiben ja auch nach der Verflüssigung der Institutionen durch den kulturhistorisch-kulturwissenschaftlichen Turn bestehen und bedürfen gerade angesichts aktueller Staatstransformationen besonderer Profilierung. Machiavellis Ansatz war die Verhaltenslehre, wie seine Übertragung auf nichtstaatliche Praxisbereiche (z. B. Medizin, vgl. „Machiavellus medicus“, 1698 u. ö.) belegt. Zu erfahren, wann und wie sie zur Staatslehre wurde oder in die (vor allem aristotelisch begründete und rechtlich ausgebaute) Staatslehre integriert wurde, wäre auch in der systematischen Perspektive, nicht nur punktuell-einzeldiskursbezogen, von höchstem Interesse.

Augsburg

Wolfgang E.J. Weber

### Machtlegitimation und Symbole

*Schlachta, Astrid von/Forster, Ellinor/Schnegg, Kordula (Hrsg.): Wie kommuniziert man Legitimation? Herrschen, Regieren und Repräsentieren in Umbruchsituationen, 231 S., V&R unipress, Göttingen 2015.*

Der Band mit dem vielversprechenden Titel „Wie kommuniziert man Legitimation?“ – hervorgegangen aus einer gleichnamigen Tagung – untersucht epochenübergreifend die interessante Frage, wie Macht sowie geplante und bereits ausgeführte Herrschaft legitimiert und wie diese Legitimation kommuniziert wurde (S. 10f.).

Dazu liefert der methodische Beitrag von Maria Stopfner die Grundthese: „Wortschatz, Argumentation und Visualisierung“ (S. 12) sind die Großthemen, die Hinweise zur Legitimationskommunikation geben sollen, die allerdings nicht von allen Aufsätzen berücksichtigt werden (können). Betreffs der „Wortwahl“ geht Stopfner im Anschluss an Joseph Klein von sogenannten „Hochwertwörtern“ aus, die zugleich zu emotionalisieren und ein breites Spektrum an

Bedeutungen zu evozieren vermögen (S. 13ff.). „Stigma“- und „Schlagwörter“ vervollständigen das Arsenal politischer Sprache, letztere hätten die „Erzeugung von Zustimmungsbereitschaft zum Ziel“ (S. 16). Wie diese Polysemie politischer Sprache zur Legitimation von Herrschaft führen, wie Zustimmung erreicht werden kann, bleibt allerdings außer dem Hinweis auf das breite Identifikationspotenzial etwas unklar. „Argumentation“ nun habe zum Ziel, dass „die Adressatin die vorgeschlagenen Annahmen, Werturteile etc. akzeptiert und ihnen zustimmt“ (S. 19). Königsweg für diese *persuasio* sei erstens die Metapher als Form der Versinnbildlichung und Verknappung, die zudem imstande sei „das Angreifbare so zu formulieren, dass es unangreifbar wird“ (S. 21). Daneben werden – das mag kaum überraschen – Narrative als Mittel von Sinnstiftung und Selbsthistorisierung genannt (S. 22) – und damit auf die lang etablierte These einer *invention of tradition* (Eric Hobsbawm/Terence Ranger) zurückgegriffen. So ist „Visualisierung“ eigentlich der vielversprechendste Ansatz, aber auch hier wird vor allem mit „Identifikationswert“ und „Appellfunktion“ an die emotionale Ebene argumentiert (S. 24f.). Wie diese sich jeweils entfalten, kann die Einleitung wohl nicht klären. Es ist aber bedauerlich, dass hier weder Rezeptionsforschung noch die Rhetorik als Form politischer Überzeugungskunst noch neue Forschungen zur *visual history* zur Sprache kommen.

Für die Neue Geschichte gibt der Beitrag von Anke John zu Debatten um die territoriale Neuordnung sowie den ‚Organismus‘ des Staates in der Weimarer Republik (S. 205–228) die wohl besten Antworten auf die Fragen des Bandes. John arbeitet heraus, wie in der „Reichsreformdebatte“ „Bundesstaat und Einheitsstaat“ mit ähnlichen, aber unterschiedlich interpretierten Metaphern und „Bildprogrammen“ unterlegt wurden (S. 207f.). Die Metapher des „Reichsbaus“ wurde von beiden angewendet, allerdings wurde dieser von den Unitarierern als „gestaltbar“ charakterisiert, während die Anhänger des Föderalismus seine Traditionen hervorhoben (S. 211f.). Ein zweites Metaphernpaar war die Gegenüberstellung von Staats als Organismus und als Maschine. Beide ermöglichten – so John – „auch eine dialogische Kultur und die Verständigung differierender Gruppen“ (S. 227) und damit wohl auch Legitimation.

Wie regionale Identität sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts formte, erläutert Astrid von Schlachta am Beispiel Dithmarschens (S. 167–189). Sie macht „Gemeinsinn“ (S. 118)

als zentralen Faktor der Legitimationskommunikation aus. In den Beiträgen von Daniel Schläppi und Ellinor Forster geht es um die Legitimation neuer Herrschaft(sformen). Am Beispiel der Helvetischen Republik (1798–1803) zeigt Schläppi das „Legitimationsdefizit“ dieser neuen Staatsform, welches – so die These – eine aktive Symbolpolitik verlangt habe (S. 129ff.). Das Anknüpfen an etablierte Mythen wie den Tell-Mythos gestaltete sich jedoch als schwierig: Der Rebell musste seines revolutionären Potenzials entkleidet und als fürsorglicher Familienvater dargestellt werden, was durchaus gegenteilige Reaktionen hervorrief (S. 131f.). Die Symbolpolitik der Republik war angreifbar und konnte weder ein neues Inventar begründen noch einfach an bestehende anknüpfen (S. 143f.). Forster untersucht die Legitimationskommunikation und die Bedingungen, welche die Bevölkerung mit dieser Legitimation verband, in einem Beitrag Ferdinand III. von Toskana (S. 145–165). Anlässlich dessen Regierungsantritt in Salzburg (1803) und Würzburg (1806) seien in Reden, Gedichten und Huldigungen die „Erwartungen und Zukunftsängste“ der Bevölkerung artikuliert worden: bessere Zeiten, eine blühende Wirtschaft, Kontinuität, Schutz der Religion und die Anwesenheit des Fürsten gehörten zu den Forderungen, welche „die Regierten als Kommunikationspartner“ stellten (S. 155–165). Die Möglichkeit einer Nichterfüllung der Wünsche blieb jedoch bei Unzufriedenheit, die – so Forster – das Regierungshandeln erschwerte und daher vermieden worden sei. Ob die Regierenden diese Kommunikation tatsächlich so wahrnahmen wie 200 Jahre später gedeutet, kann der kurze Beitrag nicht beantworten.

Einfach ist die Analyse der Legitimation von Machtausübung keineswegs, das zeigen die Beiträge des Bandes. Diesem wäre an vielen Stellen eine bessere Einbettung in bereits bestehende Forschung zu wünschen, etwa auch an die Ergebnisse des Bielefelder SFBs „Das Politische als Kommunikationsraum“. Dies gilt insbesondere für die grundlegenden Beiträge von Ute Frevert und Thomas Mergel zur Neuen Politikgeschichte, die auch die Rolle von Sprache thematisieren. So bleibt der Band hinter seinen Möglichkeiten zurück. Ein Beispiel: Frank Engehausen lässt in seinem Aufsatz zu „Herrschaftsjubiläen und Herrschergeburtstagen“ (S. 191–203) bis auf einen Aufsatz Frank Böschs die aktuelle Forschung zu Monarchie und deren Medialisierung vollkommen außer Acht (Alexa Geisthövel, Martin Kohlrausch, Torsten Riotte, Daniel Schönpflug u. a.), obwohl er nach dem Zustand monarchischer Ordnung im

19. Jahrhundert fragt. All dies ist nur in Teilen der langen Zeitspanne zwischen Konferenz (2008) und Publikation (2015) geschuldet. Eigentliches Manko ist die Naivität, mit der von der Wirkung symbolischer Kommunikation – sei es via Text oder Bild – nahezu durchweg ausgegangen wird. Auch hierzu hätten die genannten Arbeiten einiges zu sagen gehabt.

Darmstadt

Birte Förster

## Gemischtwarenladen zur Moderne

Kruse, Wolfgang (Hrsg.): *Andere Modernen. Beiträge zu einer Historisierung des Moderne-Begriffs*, 282 S., transcript, Bielefeld 2015.

„Geschichte der Moderne“ ist sowohl eines der drei Lehrgebiete des Historischen Instituts der Fernuniversität Hagen als auch Titel eines dortigen Masterstudienganges. Auf einer Tagung im Jahre 2013 unternahm es den Versuch, den Moderne-Begriff aus seinen europäischen Entstehungs- und Bedeutungszusammenhängen zu lösen und ihn zum universalgeschichtlichen Deutungskriterium zu machen. Man wisse, dass es sich dabei „um ein höchst problematisches Unterfangen“ (S. 8) handle, versichert der Herausgeber, fühle sich jedoch durch die spezifischen Lehrbedingungen in Hagen dazu ermuntert. Natürlich kann man alles versuchen – in der Postmoderne regiert ja nach Ansicht vieler ohnedies der Grundsatz *anything goes* –, aber wer sich mit dem Thema ‚Moderne‘ näher befasst, wird dieses Vorhaben nur als abwegig bezeichnen können, ignoriert es doch gleich mehrere Kennzeichen dieses Konzepts, allen voran seinen identitären Charakter, der von den letzten zweihundertfünfzig Jahren europäischer Erfahrungen herrührt. Kenner der Global- beziehungsweise afrikanischen Geschichte wie Jürgen Osterhammel und Andreas Eckert betonen immer wieder, dass ‚Moderne‘ für die dort verhandelten Fragestellungen nicht taue, so dass eine ihrer interkulturellen Bedingungen sich bewusste Geschichtswissenschaft solches tunlich unterlässt. Ob man will oder nicht, offenbart sich hier ein hegemoniales Konzept, das in postkolonialen Zeiten natürlich politisch unkorrekt ist und daher von seinen Urhebern so lange beschnitten werden muss, bis es zur Beliebigkeit oder Banalität – in den Beiträgen liest man entsprechend häufig von „Wandel“ und „Neuerung“ – verkommt. Kritik

verdient auch, dass man sich in Hagen konzeptionell vorwiegend bei den Soziologen orientiert, anstatt die inzwischen vorliegenden Angebote von historischer Seite wenigstens zu diskutieren, die aus ‚Moderne‘ erst einmal eine Epoche machen und so von vornherein die bei den Nachbarwissenschaften seit langem tonangebende Normativität vermeiden. Der Sammelband offenbart schon im Inhaltsverzeichnis Zeugnisse dieser Mängel: Unter „Vergangene Modernen“ werden vorwiegend Themen von der alten Geschichte bis zum 19. Jahrhundert verhandelt, darunter auch außereuropäische. Das wiederholt sich, vom Altertum abgesehen, in der nächsten Abteilung „Alternative Modernen“, in der auch noch die Stadtplanung der frühen DDR zur Sprache kommt, während die letzte Abteilung zu wissen vorgibt, was „Gescheiterte Modernen“ sind. Dass überall ein Fragezeichen angefügt ist, macht die Sache nicht besser.

Das Konzept des Herausgebers, der in den meisten Fällen auch Kollege ist, benützt nur eine Minderheit der Autoren und Autorinnen in erkennbarer Form. Zu ihnen gehört Christof Jeggles Beitrag „Moderne als Mode“, in dem die Erweiterung der Ästhetik nach 1700 als Folge der Entdeckungen mit der politischen Ökonomie des Luxus verbunden wird. Dieser ambitionierte Versuch bleibt aber auf weiten Strecken Literaturreferat und wo er dann tatsächlich auf die Moderne zu sprechen kommt, entgeht Jeggles die Spezifität des Französischen und Deutschen: Es ist eben falsch, dass die Lexikoneinträge des 18. Jahrhunderts „Moderne [...] weitgehend mit Mode gleich[setzen]“ (S. 71), weil das Substantiv erstens nur im Deutschen existiert – „modernité“ deckt sich nicht hundertprozentig mit „Moderne“ und wurde auch erst durch Charles Baudelaire 1859 mit herausgehobener Bedeutung aufgeladen – und zweitens erst seit 1886 belegt ist. Es sollte auch noch einige Zeit bis zu unserem heutigen Verständnis von ‚Moderne‘ vergehen; Max Weber und Ernst Troeltsch hatten daran wesentlichen Anteil.

Der einzige, der sich ausführlich und kenntnisreich mit dem Thema ‚Moderne‘ auseinandersetzt, ist der Bochumer Russlandhistoriker Stefan Plaggenborg, dessen Beitrag zu Moderne und Kommunismus in der Abteilung der „Gescheiterten Modernen“ gelandet ist. Schon weil es sich um einen Wiederabdruck eines bereits 2013 erschienenen Aufsatzes handelt, berührt er Wolfgang Kruses Moderne-Konzept mit keinem Wort. Stattdessen kritisiert er scharf die Soziologie, die die Totalitarismen überwiegend ganz aus ihren

Moderne-Überlegungen ausklammere und wo sie es dennoch unternahme, wenig überzeugende Erklärungen biete. Natürlich gehöre die Sowjetunion zur Moderne, das Problem sei aber, wie man „die Spezifik der sowjetischen Moderne“ (S. 254) fassen kann – nicht nur inhaltlich, sondern zuvor schon begrifflich, da erst einmal eigene Termini geschaffen werden müssten, die den russischen Bedingungen gerecht werden, anstatt wie auch sonst mit oft unpassenden westeuropäischen Begriffen zu argumentieren. Diese einleuchtende Forderung kann Plaggenborg an dieser Stelle naturgemäß nicht einlösen und so beschränkt er sich auf den Hinweis, dass in der Sowjetunion von Anfang an das „theoretische Reflexionswissen“ an seiner vollen Entfaltung gehindert und „Pluralität und Differenz“ (S. 258), Wesensmerkmale der europäischen Moderne, stets verfolgt worden seien.

Plaggenborgs Beitrag zeigt, was man unter dem Buchtitel „Andere Modernen“ alles hätte verhandeln können und welche Erweiterungen für unsere Kenntnis der Moderne möglich gewesen wären. Tatsächlich jedoch bietet der überdies nachlässig redigierte Sammelband als Folge seiner abwegigen Konzeption einen Gemischtwarenladen und verhindert so auch noch, dass die Qualität mancher Einzelbeiträge gebührend zur Geltung kommt.

Darmstadt

Christof Dipper

### Praktiken der Historischen Praxeologie

*Haasis, Lucas/Rieske, Constantin (Hrsg.): Historische Praxeologie. Dimensionen vergangenen Handelns, 243 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2015.*

Fand die Vorgehensweise der Historischen Praxeologie zunächst vor allem in der Kulturgeschichtsforschung Anwendung, so erprobt man seit einigen Jahren auch in anderen Forschungsrichtungen den Blick auf vergangene Praktiken. In der aktuellen Debatte geht es vor allem um Präzisierung und Verortung einer explizit historiographischen Praxistheorie sowie um Verfahrensweisen in der methodischen Anwendung. Der Sammelband „Historische Praxeologie. Dimensionen vergangenen Handelns“ von Lucas Haasis und Constantin Rieske reiht sich mit einer gelungenen Verbindung aus theoretischer Auseinandersetzung und der „konkreten Handhabe“

(S. 12) praxeologischer Methodologie in diese Debatte ein. Umgesetzt wird dies durch eine detaillierte Einführung und einen abschließenden durch Fragen der Herausgeber strukturierten runden Tisch. Die theoretisch-methodischen Komplexe umrahmen das erfreulich breitgefächerte Themenspektrum der acht Beiträge, die sich zeitlich vom 17. bis in das 20. Jahrhundert spannen.

Tim Neu überwindet in seinem Beitrag dichotome spezifisch mikro- oder makroanalytische Interpretationen vormoderner Staatenbildung mithilfe einer praxeologischen Perspektivierung. Durch seinen Entwurf von Praktiken als Schnittstellen zwischen Strukturen und Individuen, gelingt es Neu überzeugend, Wechselwirkungen diskursiven Handelns im Sinne von Aneignungen, Reproduktionen und Transformationen anhand der Praktik des „Vor-Gericht-Prozessierens“ (S. 83) in vormodernen Verfassungskonflikten aufzuzeigen.

Auch Annika Raapke thematisiert diskursive Praktiken beziehungsweise das Schweigen als deren Leerstelle. Der anregende Beitrag beschäftigt sich mit dem Nicht-Thematisieren des großen karibischen Hurrikans von 1780 in der Briefkommunikation der Europäer mit dem Mutterland. Raapke nähert sich dem Beschweigen mit Theodore Schatzkis Konzept der *social sites*. Der Beitrag betont die methodische Offenheit praxeologischer Ansätze und zeigt deren innovatives Potenzial.

Anne Mariss wählt den praxeologischen Fokus, um wissenschaftliche Praktiken der Aufklärung anhand des Sammelns von Mineralien identifizieren zu können. Reisen, Tauschen und der Ankauf von Mineralien traten laut Mariss in wechselseitige Verwicklungen mit Praktiken des Briefeschreibens und des Gelehrtenaustauschs, wie durch das Wirken des Naturforschers Johann Reinhold Forsters aufgezeigt wurde. Umso spannender wäre es gewesen, expliziter auf die Wahl der praxeologischen Methodik einzugehen.

Jörn Eiben und Julia Breitruck nutzen unter anderem Praxisanleitungen als fruchtbare Quellenart. Eiben analysiert den „Fußballer in Praxisanleitungen“ im Kaiserreich. Es gelingt ihm überzeugend subjektanalytische und praxeologische Aspekte zu verknüpfen, um den Fußballer einerseits als „verantwortlichen Träger“ und andererseits als „Teil des praktischen Vollzugsgeschehens“ herauszuarbeiten (S. 121). Zurecht betont er abschließend, dass eine Kontextualisierung dieser Quellenart unumgänglich sei und

spricht damit im Sinne der Herausgeber von der Historizität als notwendigem Analyseschritt.

Julia Breitruck identifiziert in ihrem Beitrag das frühneuzeitliche Musizieren als adelige und bürgerliche Praktik der Vogeldressur und belegt durch den Wandel innerhalb dieser Praktik gleichsam einen Transformationsprozess des Musizierens. Sie eröffnet eine ganze Bandbreite an möglichen interpretativen Zugängen, so beispielsweise die Veränderungen innerhalb der Geschlechterzuordnungen, verharrt dadurch jedoch sehr stark im Deskriptiven.

Jose Cáceres Mardones beleuchtet in Anlehnung an Schatzkis Verständnis von Praktiken als grundsätzliches und konstitutives Organisationselement der sozialen Welt die Sinnhaftigkeit von Sodomie als sexuelle Praktik in der frühen Neuzeit. Er identifiziert und analysiert die Verwicklungen zwischen Praktiken des Religiösen und Praktiken des Sexuellen, die letztlich die Sinnhaftigkeit der Bestialität herzustellen vermochten.

In den Beiträgen von David Sittler und Mareike Böth rücken schließlich die Praktiken der Herstellung des Selbst in den Vordergrund. Sittler gelingt es eindrucksvoll in seiner detaillierten Analyse die Straße als Schauplatz medialer Selbstbildungspraktiken zu entwerfen, deren Wechselwirkungen er unter dem Begriff des Selbst-Bilder-Verkehrs zusammenfasst. Anhand der Michigan Avenue in Chicago untersucht er die sinnstiftenden Möglichkeiten und Grenzen der konkreten Straßenumgebung und der Subjekte innerhalb des Selbst-Bilder-Verkehrs. Den Möglichkeiten und Grenzen des Selbst geht auch Mareike Böth in ihrer Untersuchung des aufklärerischen Glücksdiskurses nach. Konkret interessiert sie sich für die Praktiken der Herstellung des unternehmerischen Selbst. Mittels professioneller Ratgeber und bürgerlicher Anstandsliteratur weist sie nach, dass Praktiken des Planens und Projektierens in der angestrebten Herstellung lebensweltlichen Glücks und des glücklichen Selbst die Glückssemantiken dominierten.

Der Verdienst des Sammelbandes liegt in der Verknüpfung des umfangreichen Forschungsüberblicks mit den vielfältigen Studien. Fehlt im einleitenden Kapitel aufgrund des umfassenden Anspruches zuweilen eine klare Positionierung innerhalb des breitgefächerten Deutungsangebots, so spiegelt sich diese in den einzelnen Beiträgen wider. Der Band stellt einen wichtigen Beitrag zum Status quo der Forschung und zur Anleitung praxeologischer Arbeitsweisen in den Geschichtswissenschaften dar. Jedoch muss darauf verwiesen werden – und das tun die

Herausgeber, Autoren und Diskutanten auch ihrerseits –, dass die Offenheit der Methodik und die bisher recht spärlich verschriftlichte Empirie nach wie vor Diskussionspotenzial bereithalten. So ist beispielsweise die Frage nach der Verortung von Technik und Natur innerhalb der Praktiken bislang nicht ausreichend diskutiert und auch der Materialitätsbegriff müsste noch stärker als stoffliches oder körperliches Element vergangener Praktiken herausgearbeitet werden.

Darmstadt

Nicole Hesse

### Copyrights in Prä-Digitalia

*Dommann, Monika*: Autoren und Apparate. Die Geschichte des Copyrights im Medienwandel, 427 S., S. Fischer, Frankfurt a. M. 2014.

Urheberrechtsdebatten sind aktuell und politisch. Sie erscheinen uns als Folge eines Prozesses, dem sich Gesellschaften zumal der ‚westlichen Welt‘ durch das World Wide Web gegenwärtig ausgesetzt sehen: der Digitalisierung. Beide Phänomene – Urheberrechtsdebatten und Digitalisierung – bilden den Ausgangspunkt für das Buch von Monika Dommann. Die Autorin weist darin nach, dass die aktuellen Auseinandersetzungen um das Urheberrecht jedoch kein Phänomen jüngeren Datums sind: Urheberrechte waren seit ihrer Etablierung im 19. Jahrhundert umstritten und standen stets in Wechselbeziehung zu den medialen Innovationen, wie etwa Fotografie, Phontechnik oder auch mechanischer Spieldosen.

Damit ist die thematische Bandbreite aber noch nicht erschöpfend umrissen, welche die Autorin behandelt. Sie untersucht die Geschichte des Copyrights aus breiter Perspektive, indem sie die Ursachen und Folgen des Medienwandels politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell in Beziehung mit Urheberrechtskonflikten stellt. Ihr Anliegen besteht darin, die Geschichte des Copyrights zugleich als eine „Rechtsgeschichte von Medien“ und eine „Mediengeschichte von Rechtsnormen“ zu schreiben (S. 16). Methodisch verknüpft sie die Geschichte verschiedener Technologien mit Urheberrechtsdebatten und -praktiken. Ihre Studie schließt damit dezidiert an eine kulturhistorisch informierte Rechtsgeschichte jüngeren Datums an. Zwei Untersuchungsfeldern gilt die Aufmerksamkeit: zum einen der Geschichte der Fotokopie und zum anderen der

Geschichte der Musikaufnahme. Räumlich fokussiert die Studie auf Westeuropa und die USA, zeitlich von 1850 bis 1980, also vor der umfassenden Verbreitung des Internets. Beeindruckend ist das reichhaltige Quellenmaterial, das zum Einsatz kommt: Dommann berücksichtigt unter anderem Gesetzestexte, Rechtskommentare, fachwissenschaftliche Literatur und Branchenpublikationen. Neben schriftlichen kommen auch Bildquellen zum Einsatz; das Buch enthält über 45 Abbildungen.

Die Darstellung ist chronologisch angelegt und gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil, „Schrift und Aufzeichnung“, umfasst den Zeitraum bis 1915 und setzt sich aus vier Kapiteln zusammen. Die Autorin thematisiert hier zunächst die frühe Entwicklung des musikalischen Urheberrechts, für die die ökonomische Verwertbarkeit zentral war. Damit ging auch die ausschließliche Eigentumsbindung an schriftliche Werke einher. Danach verlagert sich der Blick auf die ersten Fotokopiertechnologien (Mikroverfilmung). Ihre frühe Geschichte verlief weitgehend unabhängig von der ökonomischen Verwertung und damit vom Urheberrechtsdiskurs, da hier Expertengruppen dominierten, die an der Konservierung von Informationsträgern und deren Verbreitung interessiert waren. Anders gestaltete sich die Sachlage bei der Musikaufnahme: Die Autorin zeigt, wie das musikalische Urheberrecht durch das Aufkommen mündlicher Aufzeichnungsmedien in Form des Phonographen herausgefordert wurde. Es konstituierte sich mit der Phonindustrie eine neue Interessengruppe, deren Vertreter den Urheberrechtlichhabern Monopolbestrebungen vorwarfen und ihrerseits eine Integration in das Copyright forderten, die schließlich auch erfolgte.

Der zweite Teil „Verwertungsagenturen und Forschungsmaterialien“ ist der Entwicklung zwischen 1915 bis 1945 gewidmet, die die Autorin in drei Kapiteln abhandelt. Zu Beginn stehen mit Verwertungsgesellschaften jene Interessengruppen im Mittelpunkt, die sich von Frankreich ausgehend konstituierten, um die Verwertungsrechte der Autoren wahrzunehmen. Dommann schildert eindrücklich, wie sich diese Organisationen inszenierten und letztlich den kulturellen Output beeinflussten. Danach thematisiert sie wiederum den Wandel der Kopiertechnologie: Durch die sich etablierende Fotokopie habe sich hier ein Konflikt zwischen wissensorientierten und verwertungsorientierten Interessengruppen entsponnen, aus dem letztere erfolgreich hervorgehen sollten. Im nachfolgenden Kapitel tritt dann ein neues Medium der Musikaufnahme auf: das Radio. Dessen

Akteure traten sogleich in Auseinandersetzung über Tantiemen mit den Etablierten.

Im dritten Teil „Privatkopien und Universalnormen“ geht es dann um die urheberrechtlichen Entwicklungen von 1945 bis 1980. Zunächst analysiert die Autorin, wie die technologischen Innovationen speziell der Unterhaltungselektronik in Konflikt mit den Verwertungsgesellschaften gerieten. In Westdeutschland gelang es letzteren schließlich, Geräteabgaben zugunsten der Urheberrechtsinhaber durchzusetzen. Anschließend wird die neuerliche Auseinandersetzung zwischen Wissenschaft und Verwertungsindustrie zentral, in der es wieder um die Fotokopie ging und in deren Ergebnis letztendlich Auflockerungen des Urheberrechts standen. Schließlich gilt die Aufmerksamkeit der Rückkehr der Tradition ins Copyright. Es kam zu einer Aufwertung mündlicher Ausdrucksformen, deren Ausschluss aus den Urheberrechtsnormen ab den 1980ern zunehmend als ethnozentrisch wahrgenommen und in internationalen Verträgen zumindest teilweise zurückgenommen wurde. Dem dritten Teil folgen ein klar konturierter, knapper Schluss und ein bibliographischer Essay, der den Forschungsstand beinhaltet.

Monika Dommann ist mit dem vorliegenden Buch eine exzellente Studie gelungen. Sie zeichnet ein beeindruckend facettenreiches Bild von Urheberrechtsdebatten und -praktiken sowie deren Wechselspiel mit dem Medienwandel. Das Buch liefert dem Leser originelle Einsichten in die vielfältigen Ursachen und Folgen des Medienwandels beziehungsweise des Wandels urheberrechtlicher Regelungen. Gewiss ließe sich kritisieren, dass das Werk zu wenig auf nationale Besonderheiten eingeht und insbesondere die verschiedenen Interessengruppen eine detailliertere Darstellung verdient hätten. Doch diese möglichen Monita heben nach Ansicht des Rezensenten nur die Stärken des Buches hervor: Dommanns Werk zeigt damit Forschungspotenziale für zukünftige Studien auf, die vorher so nicht denkbar waren. Zugleich liefert es viele Thesen, an denen sich nachfolgende Forschende abarbeiten können. In methodischer Hinsicht setzt das Werk insofern Maßstäbe, als die Autorin der Mehrdimensionalität rechtlicher Aushandlungsprozesse Rechnung trägt – und sie vor allem spannend erzählt. Die Studie besticht durch eine durchgehend klare und konzise Sprache, die die Lektüre zu einem Vergnügen macht.

Heidelberg

Robert Bernsee

## Reviewing the Relationship Between Different Modes of Transport

*Roth, Ralf/Divall, Colin (eds.): From Rail to Road and Back Again? A Century of Transport Competition and Interdependency, 446 pp., Ashgate, Surrey 2015.*

The relationship between road and rail transport is a topic of current importance as well as historical interest. The challenges of climate change, globalisation and urban growth has spurred interest in the relationship between different modes of transport and a need for reviewing the big picture and the long-term development. Historically, the development of road and rail transport systems have shaped societies in ways that remain to be explored fully by historians. Against this background, the publication of this edited volume with the title “From Rail to Road and Back Again” is welcome.

The book consists of 15 papers by relatively senior scholars from five countries, with an emphasis on the UK (five contributions) and Germany (four contributions). The first part deals primarily with the interwar period and with railway company responses to motorisation through intermodal initiatives such as containerisation, road service subsidiaries, and co-operation with forwarding companies. The second part deals with different aspects of the growth of road traffic, with an emphasis on motorway construction and urban passenger mobility. The only element of the book which keeps the different chapters together is an introduction by Ralf Roth. The main thrust of the book – to emphasise interdependency rather than competition and look at interfaces and interplay between the two modes – is interesting and constructive.

The degree to which the individual chapters succeed in contributing to this theme varies. Some chapters are well-written and present interesting arguments. Roy Edwards argues that the failure of the British railway companies to devise adequate responses to road competition was driven by restrictive regulation and administrative processes rather than managerial performance. Colin Divall examines how one British railway company constructed the threat from road haulage in its company magazine. Terry Gourvish and Albert Churella shed light upon the containerisation efforts by British and American railway companies, Gourvish focusing on the ability of public sector actors to combine the development of a new technology with suitable costing and pricing

structures while Churella stresses the limitations imposed by the compartmentalised regulatory apparatus. Massimo Moraglio addresses the paradoxical and lasting success of tramways in the car capital Turin, which provided mass mobility for workers without challenging the car interests through investment requirements. Some of the other chapters, especially in part two, do not meet the standard set by these examples. The value of gathering these contributions in one volume is not self-evident or at least not fully utilised.

Edited volumes can be important outlets for new empirical research or research previously not presented to an English-language audience. However, several of the book chapters are condensed versions of texts already published elsewhere. There are no novel contributions from junior scholars. The chapters which include empirical contributions deliver tentative hypotheses or directions for further research rather than complete empirical enquiries. Several of the chapters, especially in part two, do not sufficiently address the overarching theme of competition and interdependence.

Edited volumes can pave the way for future research by summarizing and assessing the existing literature. This volume certainly contains references to previous research, but it lacks a coherent literature review and historiographical argumentation.

Edited volumes can contribute to research by exploring one or more analytical concepts or theoretical perspectives. While the volume mentions a number of different frameworks or concepts, this issue is not explored in any detail.

Edited volumes can contribute by exploring a common argument or hypothesis. Towards the end of the introduction, Roth argues that previous scholarship has been too concerned with competition at the expense of interdependency. This is a fruitful framing. Railways, with their comparative advantage in high-volume, high-speed and bulk have always been in need of complementary road transport facilities. Mechanised road transport grew within a transport regime dominated by the railways and their real and perceived advantages and shortcomings. Regulation often cut across the two modes of transport leading to variations within the two systems rather than a sharp divide between them. The gradual appreciation of rail transport towards the end of the twentieth-century owes a lot to the shortcomings of automobility.

I believe that the book would have gained considerably in coherence and clarity by a

stronger focus on this theme. Against this background the book title “From Rail to Road and Back” is awkward, as Roth explicitly declares that the question of an historical pendulum swing is mistaken (p. 32). The editors could perhaps have aligned the individual contributions with the master theme better by dividing the book into four sections—focusing on containerisation; railway-run road transport and forwarding; motorway construction; and modal choice in urban mobility—asking more specific question about each of these subthemes.

The book suffers from insufficient editing and proofreading. Several of the chapters are rather wordy, written in inaccessible style, and contain linguistic mistakes or ambiguities. To name a few problems, several chapters equates the term ‘highway’ with a limited-access motorway, which to my understanding is incorrect in American as well as in British English. Several chapters build their narratives on unnecessarily value-laden words such as ‘progress’, ‘embarrassing’, or ‘sensible’ or vague concepts in need of delimitation such as ‘innovation’.

Having said that, editing volumes with many contributors is hard work. The editors should be applauded for making a good job in collecting contributions from several different countries with a new angle on an important theme.

Göteborg

Gustav Sjöblom

### **Eine moderne Infrastrukturgeschichte**

*Heine, Eike-Christian: Vom großen Graben. Die Geschichte des Nord-Ostsee-Kanals, 295 S., Kadmos, Berlin 2015.*

Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) gilt als einer der meistbefahrensten Meereskanäle der Welt. Er ist länger als der Panama-Kanal und zählt zu den größten Bauprojekten des Deutschen Kaiserreichs. Zugleich veränderte sein Bau jedoch auch die Wasserverhältnisse in der Region nachhaltig und nach seiner Fertigstellung 1895 kämpften die Anwohner noch bis ins 20. Jahrhundert mit dessen Auswirkungen, wie der Versalzung, dem Fallen des Grundwasserspiegels und damit einhergehenden Veränderungen der Flora und Fauna. Eike-Christian Heine erzählt in „Vom Großen Graben“ deshalb die Geschichte des Kanals aus einer Vielzahl von Forschungsperspektiven und integriert in seine Infrastrukturgeschichte dabei

sowohl Fragen der Politikgeschichte, Sozialgeschichte, Verkehrs- und Technikgeschichte als auch der Kultur- und Umweltgeschichte.

Der Autor macht von Anfang an klar, dass er „keine Erfolgsstory von steigender Geschwindigkeit und wachsendem Austausch“ (S. 13) schreiben möchte, die die bisherige Historiographie zum Kanal geprägt habe. Eine seiner zentralen Thesen ist vielmehr, dass technischen Großprojekten stets sowohl verbindende als auch trennende Elemente innewohnen. Eng damit verbunden ist für Heine die Frage, wie die Wahrnehmungen von Natur, Mensch und Technik sich zueinander verhalten und wie sich diese Balance und die daraus resultierenden Bedeutungszuweisungen im Laufe der Zeit wandeln.

Das Buch ist in vier Hauptkapitel gegliedert. Zu Beginn begibt sich der Leser auf Spurensuche zur langen Vorgeschichte des Kanals. Dabei erzählt Heine keine lineare „Listengeschichte“, die teleologisch von frühneuzeitlichen Projektvorschlägen bis zur Eröffnungsfeier von 1895 führt, sondern er bettet sein Narrativ in eine regionale Verkehrsgeschichte ein, in der die Pläne zur Gestaltung von Wasserwegen neben den Ausbau von Straßen und Eisenbahnstrecken gestellt werden. Dadurch entsteht ein umfassendes Bild der Spannungsverhältnisse in der Region, in der nicht nur die deutsch-dänischen und deutsch-österreichischen Konflikte sowie die ‚Flottenfrage‘ thematisiert werden, sondern auch die Konkurrenz zwischen Städten wie Hamburg, Kiel, Lübeck und Kopenhagen deutlich wird.

Ein Exkurs zu den Hoffnungen und Ängsten, die den Bau im Vorfeld begleiteten und in denen sich ganz unterschiedliche Wahrnehmung von Natur und Technik spiegelten, bilden die Brücke zum zweiten Kapitel. Heine skizziert hier gekonnt die unterschiedlichen Protagonisten und ihre Herausforderungen im Kampf gegen „aufsässige Elemente“ (S. 87) während der Bauphase (1886–1895). Er rekonstruiert zunächst Problemfelder der Ingenieure, die kreative Antworten auf immer wieder eindringendes Grundwasser oder den Einsturz der Brunsbütteler Hafenanlagen finden mussten. Im zweiten Teil spürt er dann der Lebenswelt der Kanalarbeiter nach und versucht den Gegensatz der öffentlich-bürgerlichen Wahrnehmung dieses Vorzeigeprojektes der Reichssozialpolitik und der Lebensrealität in den Baracken – mit einem kurzen Rückgriff auf Michel Foucaults „Überwachen und Strafen“ (1994) – herauszuarbeiten. Schließlich wendet er sich dem Techniktourismus und zeitgenössischen Wahrnehmungen zu, in denen die mächtigen,

dampfenden Baumaschinen eines aufziehenden Maschinenzeitalters auf den Großbaustellen als „hybride Attraktionen“ (S. 131) – als Mischwesen aus Tier und Maschine – betrachtet wurden. In einer mediengeschichtlichen Studie zeigt Heine im dritten Kapitel, wie die Reichsführung die Presse für die Eröffnungsfeier in ihrem Sinne zu instrumentalisieren wusste und mit welchem Aufwand die Meldungen über eine technisch und personell umfassend verstärkte Kommunikationsinfrastruktur in die Welt hinausgetragen wurden.

Im letzten Kapitel geht es schließlich um „Gewinner“ und „Verlierer“ des Kanalbaus. Dabei versucht Heine über einen bis weit ins 20. Jahrhundert hineinreichenden Zeitraum nicht nur wirtschaftliche und militärstrategische, sondern auch umweltgeschichtliche Auswirkungen zu analysieren. Während Hamburg etwa durch den neuen Zugang zur Ostsee und ihren Einzugsbereich profitierte, verlor Lübeck, das sich von Anfang an für einen weiter südlich verlaufenden Kanal eingesetzt hatte, an wirtschaftlicher Bedeutung. Mit den zahlreichen Brücken und Fähren entstanden bereits in der Bauphase des Kanals, der zunächst einmal Landflächen trennte, neue verbindende Elemente. Während Süßwasserfische zurückgedrängt wurden, fand der Hering im nun salzigeren Wasser des Kanals neue Laichplätze und half den Fischern ihre Verluste zu kompensieren. Stärker als zuvor hatte das Hinterland mit Sturmfluten und Pegelschwankungen zu kämpfen und man versuchte in den folgenden Jahrzehnten dieser Entwicklung mit dem Bau neuer Deiche und Sperrwerke entgegenzuwirken.

Die Stärken der Studie liegen in dem vielschichtigen Frageraster und der umfangreichen Quellenarbeit. Gerade im Abschnitt zur Planungsphase gewinnt das Buch dadurch, dass der Autor sowohl deutsche als auch dänische Quellen und Literatur behandelt und so die Verflechtung der unterschiedlichen regionalen und nationalen Interessen herausarbeiten kann. Spannend wäre es jedoch auch gewesen, wenn sich Heine noch mehr internationalen Querverbindungen und Großprojekt-Diskursen gewidmet hätte. Denn während der Bau des NOKs voranschritt, scheiterte Ferdinand de Lesseps spektakulär mit seinem Panama-Kanal-Projekt (1881–1889) und in Paris tobte die Korruptionsaffäre rund um den Konkurs der Compagnie Universelle du Canal Interocéanique de Panama. Als später der erste Ausbau des NOKs stattfindet (1907–1914), gelingt schließlich auch der Durchstich in Panama unter Federführung der USA (1904–1914). Man fragt sich unweigerlich, wie diese Ereignisse die

Protagonisten beim Bau des NOKs beeinflussen; ob Risiken neu berechnet oder Finanzierungspläne überdacht wurden und wie sich der Austausch von technischen Wissen in dieser ersten transatlantischen, wenn nicht gar globalen, Hochphase technischer Großprojekte gestaltete.

Heine hat mit „Vom großen Graben“ insgesamt ein Werk vorgelegt, das sicherlich zu einem Referenztitel zur Geschichte des Nord-Ostsee-Kanals avancieren wird und das mit seinen vielfältigen Forschungsperspektiven einen wertvollen Beitrag zur modernen Infrastrukturge-schichte leistet.

München

Martin Meiske

### Essentialisierung als Kritik?

*Scheiber, Ursula*: BERGeLEBEN. Naturzerstörung – Der Alptraum der Alpen. Eine Kritik des Tourismus im Tiroler Ötztal, 368 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2015.

Wer heute Skiurlaub im Ötztal macht, findet sich in einer der wintertouristischen Hochburgen Österreichs wieder. Der Wintermassentourismus ist hier zur treibenden Kraft der Transformation alpiner Landschaften geworden. Die Politologin Ursula Scheiber analysiert diese Transformation im Rahmen ihrer Dissertation, die 2015 im Peter Lang Verlag publiziert wurde. Die Arbeit reiht sich in eine lang währende Tradition der kritischen Tourismusforschung ein.

Scheiber greift für ihre Arbeit auf ökofeministische Ansätze von Carolyn Merchant, Vandana Shiva, Mary Daly und Maria Mies zurück. Diese kombiniert sie mit Literatur von Mitgliedern des „Forschungsinstituts für Patriarchatskritik und alternative Zivilisationen“. Einleitend stellt sie die Frage nach der Beschaffenheit gesellschaftlicher Naturverhältnisse und hält fest: „Je nachdem wie sich dieser Umgang mit der Natur gestaltet, ob es ein freundlich-kooperierender oder feindlich-zerstörerischer ist, ist die jeweilige Zivilisation als matriachale oder patriarchale zu charakterisieren“ (S. 21). Aus der Fülle soziologischer Modernisierungstheorien wählt sie den Zugang der rationalen Versachlichung von Landschaften, die in weiterer Folge kapitalistisch überformt und durch männlich codierte „Maschinen und Kunstwelten“ (S. 26) ersetzt wurden. Die Umsetzung des ökofeministischen Ansatzes mündet in der besprochenen Arbeit in ein Narrativ

der Degradation durch den Wintermassentourismus, das gewollt Zeugnis von der persönlichen Betroffenheit der Autorin ablegt, die selbst im Ötztal lebt (S. 205).

Scheiber gliedert ihr Buch in zwei Teile. Im ersten Teil dekonstruiert sie die ‚patriachale Schöpfung einer Kunstnatur‘ am Gletscher, Gipfel, im Berginneren und Tal. Diesen ordnet die Autorin spezifische Formen ‚maschinentechnischer Transformation‘ zu, wie Beschneigungsanlagen, Seilbahnstationen, Rohstoffextraktion und Outdoorspielplatz. Die vier Schauplätze werden durch eine etymologisch informierte Inhaltsanalyse von Tourismuswerbetexten, Artikeln aus der Alpenvereinszeitung und Sekundärliteratur charakterisiert. Verschiebungen in der sprachlichen Repräsentation der als ‚Topoi‘ bezeichneten Schauplätze interpretiert Scheiber als Indikatoren für den Übergang vom matriachalen zum patriarchalen Naturverhältnis, wie im folgenden Zitat: „Aus einem matriachalen, die Natur als mütterlich-gebende wahrnehmenden ‚Sie lässt es schneien‘ – noch zu erkennen etwa in dem Bild von Frau Holle, die ihre Betten ausschüttelt – wird ein objektives ‚Es schneit‘ und schließlich ein utopisch-patriachales ‚Er (der Schnee-Erzeuger) beschneit““ (S. 41). Der erste Teil des Buches enthält eine große Zahl derartiger, gründlich recherchierter Belege, die in sich zwar ein schlüssiges Bild ergeben, die Leserschaft aber nicht von der allgemeinen Gültigkeit der patriarchatskritischen Grundannahmen zu überzeugen vermögen. Umso produktiver erweist sich der differenzfeministisch-essentialistische Ansatz dafür, anthropomorphe Metaphern zu produzieren, etwa wenn Scheiber über Gletscherskigebiete schreibt. Hier weist sie zu Recht auf die Ambivalenz zwischen der mit dem Topos des Unberührten arbeitenden Tourismuswerbung und der materiellen Wirklichkeit in Gletscherskigebieten hin und bezeichnet den bearbeiteten Gletscher als „schneeweiß-geschminkte Leiche“ (S. 74).

Im zweiten Teil versucht Scheiber durch die Rückbesinnung auf matriachale Alternativen Wege gegen die Naturzerstörung aufzuzeigen. In der patriarchatskritischen Perspektive würde dieser Weg über die „Wieder-Bewusstmachung der Lebendigkeit der uns umgebenden [weiblich codierten, GR] Natur und der Verbundenheit mit ihr“ (S. 209) führen. Scheiber zitiert im zweiten Teil vor allem aus der volkskundlichen Brauchtumsliteratur, um die Spuren eines historischen Umgangs mit Natur offenzulegen, den die Autorin für zukunftsfähiger hält als die massentouristische Vermarktung der Alpen. Dass die

subsistenzorientierte, alpine Lebensweise die Reproduktion der Menschen über Jahrhunderte ermöglichte, zeigte Robert McC. Netting in „Balancing on an Alp“ (1981) auf. Die Position Scheibers, dem alpinen Massentourismus das Prädikat der ‚Nicht-Nachhaltigkeit‘ auszustellen, ist schon aufgrund der großen Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen durchaus schlüssig.

Die Vorentscheidung, sich auf die kritische Patriarchatstheorie zu stützen, hat zur Folge, dass das empirische Material in einer Weise interpretiert wird, die von den Interpretationen eines Großteils der *gender-*, *tourism-* und *regional studies* abweicht und mit diesen auch nicht kompatibel ist. Die Vorgangsweise ist produktiv, um Assoziationsketten zu bilden, die aber den Eindruck erwecken, als würden sie über der Lebenswirklichkeit der Ötztaler schweben. Würde die Autorin den beobachteten Wandel an konkreten Alltagspraktiken von Akteuren festmachen, ergäbe dies Anknüpfungspunkte zu wissenschaftlichen und öffentlich geführten Diskussionen, die Scheiber zwar sucht, aber durch die kritische Patriarchatstheorie nicht herzustellen vermag. Basierend auf der differenzfeministischen Perspektive ließe sich einerseits nach geschlechterbasierten Ungleichheitslagen in Tourismusgebieten fragen. Andererseits würde die Aufgabe der Idee starrer Geschlechterkategorien, im Sinne von *doing gender*, der Autorin ermöglichen, zu fragen, wie, mit welchen sozialökologischen Konsequenzen und von welchen Konflikten begleitet, sich Akteure Technik, Landschaft und Infrastruktur in Wintersportgebieten aneignen, um eindeutige Geschlechtszugehörigkeit herzustellen.

Eine Beurteilung, wie erfolgreich dieser Beitrag zur kritischen Patriarchatstheorie ist, kann nur innerhalb dieser Schule geleistet werden, während eine Beurteilung aus Distanz letztlich immer auch den Schulenstreit abbildet. Das Buch ist ein überzeugendes Dokument der Ohnmacht, mit der viele Bewohner und Bewohnerinnen von Wintersportgebieten der rasanten, massentouristischen Transformation ihrer vormals agrarisch geprägten Lebenswelt gegenüberstehen und als solches beeindruckend.

Wien

Robert Groß

## Überwindung der Zielfixiertheit

Bradford, Gwen: *Achievement*, 212 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2015.

Die Beschäftigung mit dem Thema Leistung erfährt seit einigen Jahren eine gewisse Konjunktur in den Geisteswissenschaften. Soziologen, Pädagogen und Historiker erforschen die sozialen Funktionen, die kulturspezifischen Praktiken und den historischen Wandel von Leistungskonzepten. Häufig beginnen Studien mit dem Befund, der zu behandelnde Gegenstand sei ein schillernder, der nicht definiert, sondern in seinen Verwendungsweisen und Effekten beschrieben werden müsse. Insofern ist es äußerst erfreulich, dass nun die amerikanische Philosophin Gwen Bradford mit ihrer schmalen, aber gehaltvollen Studie „Achievement“ ein Buch vorlegt, das die Leistung einmal auseinandernimmt, um sich ihren „true key features“ (S. 6) anzunähern.

Ein solcher dezidiert philosophische Ansatz verfährt ahistorisch. Untersucht werden gerade nicht die Verwendungsweisen des Begriffs „Achievement“ sondern die Elemente, die eine Aktivität zu einer wahren Leistung machen und die Charakteristika, die ihnen Wert verleihen. Bradford fragt schlicht, „what is an achievement?“ (S. 6) und „why are achievements valuable?“ (ebd.). Ihre Studie gliedert sich anhand dieser zwei Leitfragen in zwei Hauptteile, in einem dritten Teil diskutiert sie einige Implikationen und ungelöste Fragen. Ihr Ansatz ist dem philosophischen Perfektionismus verschrieben, argumentiert also teleologisch, insofern das Wesen einer wahren Leistung in der exzellenten Entwicklung spezifisch menschlicher Vermögen lokalisiert wird und damit nicht auf sozialer Zuschreibung oder subjektiver Bewertung beruht. Vorweggenommen lautet das Ergebnis Bradfords: Eine menschliche Aktivität sei dann als Leistung zu klassifizieren, wenn sie erstens schwierig ist und zweitens auf kompetente Art und Weise zustande gebracht wurde. Das Gemeinsame alles Schwierigen bestehe darin, dass es Anstrengung beziehungsweise Willenskraft erfordere. Das Gemeinsame aller kompetenten Verursachung liegt im Einsatz von Rationalität. Salopp gesagt, dass man weiß, was man tut. Je exzellenter Wille und Rationalität im selben Prozess zum Einsatz kommen, desto höher sei eine Leistung zu gewichten. Ein zwar anstrengend, aber letztlich zufällig herbeigeführtes Ergebnis könne genauso wenig als Leistung gelten wie ein kompetent herbeigeführtes, das leicht von der Hand ging. Bradfords Verständnis von Leistung fokussiert auf den Prozess, nicht auf das Resultat. Nicht ob ein gestecktes Ziel erreicht wurde, sei erheblich, sondern auf welche Art und Weise eine Aktivität ausgeführt wurde. Darin liegt eine entscheidende

Verschiebung sowohl für unser landläufiges Verständnis von Leistung als auch im Hinblick auf die philosophische Tradition, in der Bradford eine gewisse Zielfixiertheit ausmacht.

Die Verschiebung vom Ziel auf den Prozess hat interessante Konsequenzen. Aktivitäten, die ein Ziel verfehlen, können nämlich dennoch als Leistung gedeutet werden, sofern sie die Verausgabung von Willenskraft über ein aufgabenspezifisches Durchschnittsmaß hinaus erforderten und die betreffende Person kompetent zu Werke ging – eine Konstellation, die nicht zuletzt den Alltag von Forschung beschreibt, wo Ziele ständig verfehlt oder noch nicht erreicht werden, ohne dass deshalb von Scheitern die Rede wäre. Des Weiteren argumentiert Bradford, das Kriterium der Anstrengung sei immer relativ, weil vom jeweiligen Kontext abhängig, was für wen wie viel Willenskraft erfordere. Mithin könne von einer spezifischen Aktivität immer nur in Bezug auf einen ebenso spezifischen Kontext von einer Leistung gesprochen werden. Bringt eine Violinvirtuosin eine Paganini Kaprixe in fehlerloser Brillanz zur Aufführung, so würdigt das Publikum mit seinem tosenden Applaus darin eine große Leistung, weil es sich tendenziell selbst zum Maßstab nimmt. Der Violinvirtuosin hingegen mag die Kaprixe um ein Vielfaches leichter fallen als der Lauf eines Halbmarathons, weshalb für diese Letzterer eine Leistung wäre, Erstere aber nicht. Die Differenzierung von Anstrengung nach Typen und Kontexten, die sich in voller Ausführlichkeit wegen der anschaulichen Beispiele nachzulesen lohnt, eröffnet gerade für die Frage, wie Aktivitäten vergleichend bewertet werden können und wem welches Verdienst zukommt, neue Perspektiven, die über die Berücksichtigung von sogenannten Begabungen deutlich hinausweisen.

Dabei ist für Bradford die Einordnung einer Aktivität als Leistung oder als Nicht-Leistung noch ein reines Klassifikationsproblem. Die Wertfrage stellt sich für sie erst, wenn Leistungen untereinander verglichen werden, wenn also eine große von einer mäßigen oder schwachen Leistung unterschieden wird. Ohne dass hier im Einzelnen dargelegt werden kann, wie Bradford ihr hierfür relevantes Kriterium der Exzellenz argumentativ quantifizierbar macht, so dass tatsächlich der mehr oder weniger exzellente Einsatz von Wille und Rationalität gewichtet werden kann, sei noch auf einen Aspekt hingewiesen, der zu einer differenzierteren Bewertungen gerade von schwierigen Fällen führt, nämlich sogenannten „evil achievements“ (S. 162). Bradford vertritt hier die These, dass das Ganze einer Leistung

– die Leistung an sich – mehr Wert habe als die Summe ihrer Teile, ohne dass deshalb die Einzelbewertung der Teile in den Hintergrund zu treten brauche. So sei einerseits zu bestimmen, welcher Wert dem Leistungsprozess, dem Leistungsprodukt sowie der Exzellenz von Wille und Rationalität zukommt, andererseits aber müsse in die Gesamtrechnung auch die allgemeine, moralische Intention hinter einer Leistung einbezogen werden. Ein aufwendig vorbereiteter und fehlerlos durchgeführter Kunstraub etwa sei durchaus als Leistung qualifizierbar. Die kriminelle Intention gebe dem perfekten Verbrechen als Leistung, sehr verkürzt gesagt, jedoch ein negatives Vorzeichen.

Auch wenn historisch informierte Geisteswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen, insbesondere natürlich Historiker und Historikerinnen selbst, grundsätzlich anders verfahren, hält Bradfords Studie überraschende und anregende Einsichten bereit, die zu einem differenzierteren Verständnis der Materie und einem sichereren Umgang mit den verfügbaren Begrifflichkeiten beitragen kann. In diesem Sinne sei sie nicht nur Philosophen und Philosophinnen zur Lektüre empfohlen.

Zürich

Lukas Held

## EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

### Ökonomische Sattelzeit

*Hederer, Franz*: Im Sog des Egalitären. Ökonomisches Denken und der Wandel gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen in der Sattelzeit, 403 S., V&R unipress, Göttingen 2014.

Franz Hederers 2013 in Regensburg als Dissertation angenommene Studie verfolgt ein ehrgeiziges Ziel: Sie soll den umfassenden konzeptionellen Wandel an der Schwelle zur Moderne theoretisch wie empirisch neu bestimmen, ohne in die konventionelle Erzählung eines Siegeszugs des Liberalismus zu verfallen. Hederer geht bei diesem Unterfangen von mehreren Hypothesen aus: Vor allem sei eine idealtypische Abgrenzung von modernem gegenüber traditionalem Denken analytisch möglich und weiter sei der konzeptionelle Wandel während der Sattelzeit so umfassend, dass keine Denkströmung von

diesem unberührt bleiben konnte. Den Kern moderner gesellschaftlicher Vorstellungen hofft er mit einem idealtypischen Begriff ‚des Ökonomischen‘ fassen zu können, den er zunächst philosophisch-theoretisch entwickelt und in einem zweiten Schritt empirisch auf mehrere scheinbar traditionale beziehungsweise anti-modernistische Denkrichtungen während der Sattelzeit anwendet. Namentlich untersucht er Physiokratie, Konservatismus und politische Romantik anhand ausgewählter deutschsprachiger Autoren im Zeitraum von 1770 bis 1820.

Nach umfangreichen methodischen Vorbemerkungen dient das dritte Kapitel der Entwicklung eines Begriffs ‚des Ökonomischen‘, der aus der neoklassisch-liberalen Erzählung ausbricht, indem er weit über die Sphäre wirtschaftlicher Tätigkeit hinausgeht. ‚Das Ökonomische‘ weist auf die Infragestellung einer gesellschaftlichen Ordnungsvorstellung, die auf eine „hierarchische, politisch restringierte und der paternalistisch implementierten ‚Fürsorge‘ des Fürsten anheimgestellte Sphäre“ abziele und zwar mittels einer Perspektive, die demgegenüber eine „Reduktion bzw. Transformation obrigkeitlicher Aktivität zur Organisation und ‚Regulierung‘ gesellschaftlicher Ordnung“ auf Basis der „egalitär verstandenen Interaktion individueller Akteure“ favorisiere (S. 93). ‚Ökonomisch‘ wäre demnach ein Denken, das soziale Interaktion als faktisch egalitär akzeptiert und diesem Gedanken bei der Gestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen Rechnung trägt.

Die empirische Untersuchung im vierten Kapitel beginnt mit der deutschsprachigen Physiokratie vor allem anhand der Schriften von Johann August Schlettwein und Isaak Iselin. Deren Analyse soll als erster empirischer Schritt einen Diskurs in den Blick nehmen, der einerseits primär (wenn auch nicht ausschließlich) wirtschaftsbezogen und vor allem noch traditional gefasst ist. Hederer attestiert der Physiokratie die Stellung einer Transformationsphilosophie, die etwa hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Theoriebildung zwischen *oikos*- und Marktlogik changiere. Der Staat werde in den physiokratischen Schriften vom Initiator wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit zu deren Regulator. Eine hierarchische Gesellschaftskonzeption soll die egalitär verstandene gesellschaftliche Interaktion kanalisieren.

Der Konservatismus, den Hederer anhand von Schriften August Wilhelm Rehbergs, Ernst Brandes‘ und Friedrich Gentz‘ behandelt, erscheint zunächst als dezidiert anti-egalitär und traditional. Dennoch kann Hederer Spuren eines

‚ökonomischen‘ Bezugsrahmens identifizieren. Angesichts der Wahrnehmung einer durch die Französische Revolution in ihren Grundfesten erschütterten Ordnung lehnen die untersuchten Denker einen „obrigkeitlichen Glücksoktroj“ (S. 342), also die direkte politische Steuerung des Gemeinwohls ab – unabhängig von der Verfassungsform: Ausdrücklich rücken sie Despotismus und Demokratismus nah aneinander. Stattdessen betonen sie individuelle Bürgertugend gegenüber der Orientierung am Eigeninteresse, deren Bedeutung sie aber gerade in dieser Abgrenzung bestätigen. Schließlich akzeptieren sie eine geschichtsphilosophische Tendenz zur Egalisierung, „deren Effekte [sie] jedoch mithilfe einer Modifikation des Tradierten zu dämpfen“ (S. 343) versuchen.

Eine vergleichbare Doppelgesichtigkeit findet Hederer auch bei der Politischen Romantik, die er ausschließlich anhand von Adam Müller untersucht. Der Autor attestiert Müller eine „ablehnende Bestätigung“ (S. 345) des ‚Ökonomischen‘. Während im Konservatismus traditionale Elemente bewahrt werden sollten, erscheinen sie bei Müller bereits als verloren. An ihrer statt entwirft Müller das utopische Idealkonstrukt einer holistisch-patriotischen Ordnung, das er der in seinen Augen desozialisierten Gesellschaft seiner Gegenwart entgegenstellt.

Durch die Ergebnisse dieser drei Fallstudien sieht Hederer seine Hypothese bestätigt, nach der ‚das Ökonomische‘ als „unhintergehbare Kategorie“ (S. 27, 337) für gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen in der Sattelzeit fungiert und das ökonomische Denken allen folgenden Entwürfen ihren spezifisch modernen Charakter verleiht.

Hederers Ansatz ist durchaus produktiv und liefert ein analytisches Angebot, um die gleichermaßen offenkundigen wie schwer zu greifenden konzeptionellen Veränderungen der Sattelzeit zu zentrieren. Insbesondere erweist sich dabei die Erweiterung des Bezugsfelds von Ökonomie als fruchtbar, wie sie bereits Keith Tribe („Economic Discourse“, 1981) gefordert hat. Allerdings ist es für den Leser nicht immer leicht, den Überlegungen Hederers zu folgen. Der Aufbau des interdisziplinären Zugriffs zwischen überzeitlicher Theoriebildung und politischer Ideengeschichte hat zu einer kopflastigen Studie geführt, deren empirischer Teil vergleichsweise schmal ausfällt. Insgesamt erschwert die stete methodische Absicherung und Selbstvergewisserung den Lesefluss und lässt die dargelegte Argumentation zuweilen verschwimmen. Bei der Überarbeitung

des Manuskripts hätte es sich zudem gelohnt, den Satzbau zu entzerren und die Dichte der nicht durchgängig notwendigen Fremdwörter zu überprüfen. In diesem Zuge wären inkonsequente Schreibweisen und die gelegentlichen Formatierungsfehler leicht zu bereinigen gewesen. Es bleibt zu hoffen, dass die klugen Denkangebote der Studie trotz dieser Hürden produktiv aufgenommen werden.

Essen

Sebastian Meurer

### Verträge im Kolonialisierungsprozess

*Belmessous, Saliha (Hrsg.): Empire by Treaty. Negotiating European Expansion, 1600–1900, 304 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2015.*

Die Geschichte der europäischen Expansion ist häufig und kontrovers interpretiert worden. Hier wird auf intelligente und originelle Weise ein bislang vernachlässigter Aspekt in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt. Von unterschiedlichen Perspektiven wird der Frage nachgegangen, welche Rolle den Verträgen zwischen den europäischen Expansionsmächten und den nicht europäischen Gesellschaften zukommt. Zeitlich und räumlich ein weites, kaum zu überblickendes Feld. Der zeitliche Rahmen der vorliegenden Untersuchungen umfasst den Zeitraum vom 17. bis zum 19. Jahrhundert. Dieser wird in groben Linien durch die maßgeblichen internationalen Vertragsschlüsse, wie die Friedensschlüsse von Utrecht (1713) über den Frieden von Paris 1763, der den Siebenjährigen Krieg beendete, bis zur Berlin Konferenz (1884–85) bestimmt. Räumlich werden Kanada, Australien, Neuseeland, Westafrika und besonders der indisch-asiatische Raum berücksichtigt. Die Vermutung, dass dieser Band zu ambitiös angelegt ist und hier zu viel auf einmal verhandelt werden soll, liegt durchaus nahe. Abgesehen von einer Fallstudie zur holländischen Kolonialpolitik, liegt der Schwerpunkt der Untersuchungen in der britischen überseeischen Expansion. Die Kohärenz der Untersuchungen ergibt sich aber aus der zugrundeliegenden Fragestellung. Der vorliegende Sammelband versteht es in einer kompetenten Auswahl von Fallstudien ein zusammenhängendes und beeindruckendes Bild von der Rolle der Verträge im Prozess der Kolonialisierung zu entwerfen. Saliha Belmessous ist eine ausgewiesene Forscherin der Kolonialgeschichte und es ist ihrer editorischen Umsicht zu

verdanken, dass hier ein in jeder Hinsicht ausgezeichnete Forschungsbeitrag vorliegt. Neben ihrer luziden Einleitung, die das Problemfeld unter dem programmatischen Titel „The Paradox of an Empire by Treaty“ skizziert, wird in neun Einzelstudien das facettenreiche Panorama der vornehmlich britischen Landnahme in der übrigen Welt und deren Legitimierung durch Verträge diskutiert.

Besonders zu begrüßen ist das abwägende und unvoreingenommene Urteil über die – durchaus gegen- und wechselseitige – Bedeutung der sich in der frühen Neuzeit entwickelnden Vertragskultur zwischen europäischen und außereuropäischen Mächten. Weder wird in diesem Band eine häufig zu konstatierende Nostalgie gegenüber der angeblich mildtätigen britischen Kolonialpolitik à la Neil Ferguson („Empire. The Rise and Demise of the British World Order and the Lessons for Global Power“, 2002) spürbar, noch wird die britische Kolonialpolitik einseitig als schlichter Prozess der Enteignung autochthoner Gesellschaften gewertet. Vielmehr wird die Vielschichtigkeit und Ambiguität des Verhältnisses zwischen den europäischen und den nicht-europäischen Gesellschaften, wie sie besonders in den Vertragsverhältnissen fassbar werden, zum Ausgangspunkt der vorliegenden Studien genommen und ausführlich thematisiert. Anhand eines weiten Spektrums wichtiger, grundsätzlicher Fragen wird hier das Verhältnis zwischen den expandierenden europäischen Staaten und den kolonisierten Völkern der Erde erörtert: Wie können offensichtliche Kriegshandlungen und Eroberungen mit der Idee von Konsens und Vertrag zusammen gedacht werden? Wie sind genau die politischen und juristischen Unterschiede zwischen den beteiligten Akteuren zu bestimmen? Wo liegen die Interessen der europäischen und nicht-europäischen Vertragsparteien? Kann man diese Vorgänge angemessen mit Konzepten wie staatlicher Souveränität beschreiben und begrifflich fassen? Gerade angesichts der Tatsache, dass nicht nur europäische Staaten, sondern auch Handelskompanien und selbst Individuen ohne staatliches Mandat Verträge mit den autochthonen Gesellschaften abschlossen, wird diese Frage besonders komplex. All diesen Aspekten wird in instruktiven Fallstudien nachgegangen.

Dabei wird zugleich auch die Konkurrenz zwischen den europäischen Mächten mit diskutiert, da die jeweilige Kolonialpolitik auch maßgeblich durch dieses Konkurrenzverhältnis mitbestimmt wurde. Die Rivalität zwischen Großbritannien und

Frankreich kam während des österreichischen Erbfolgekrieges (1740–48) und des Siebenjährigen Krieges (1756–63) in den überseeischen Gebieten besonders zum Tragen. Lokale Konflikte in Indien und Amerika vermischten sich zusehends mit „Anglo-French conflicts in Europe and the Atlantic“ (S. 141). Diese gemischte Konfliktlage hatte zur Folge, dass die lokalen autochthonen Machthaber in Indien oder Amerika ein Interesse an Allianzen durch Vertragsbindungen bekundeten. Ebenso lag es im britischen und französischen Interesse, sich der autochthonen Mächte zu versichern, schon allein um sie nicht an das feindliche Lager zu verlieren. Solange der Konflikt zwischen Frankreich und England andauerte, hatten Stammesführer und Fürsten in Amerika oder Indien insofern einen gewissen Verhandlungsspielraum, da sie im wohlverstandenen Eigeninteresse durchaus versuchen konnten, die europäischen Mächte gegeneinander auszuspielen (vgl. z. B. S. 105 oder 155). An der Tatsache, dass Großbritannien und die europäischen Mächte sich den größten Teil der restlichen Welt durch Gewalt, Betrug und Unterwerfung angeeignet haben, zweifeln die Ergebnisse des vorliegenden Bandes nicht. Sie zeigen aber, dass das Verhältnis komplexer und zuweilen weniger einseitig war, als das in der jüngeren post-kolonialen Forschungsliteratur zuweilen behauptet wird. Macht und Gewalt wurde überall dort ausgeübt, wo das möglich und gewinnversprechend war. Wechselseitige Verträge bedeuteten häufig die – wenn auch zuweilen begrenzte – Anerkennung autochthoner Rechte durch die europäischen und britischen Mächte; sie dienten aber auch dazu, Eroberungen lokal und im europäischen Kräftefeld zu legitimieren und zu sanktionieren.

London

Peter Schröder

### **Koloniales Spurenlesen in Afrika**

*Fischer-Kattner, Anke*: Spuren der Begegnung. Europäische Reiseberichte über Afrika 1760 bis 1860, 573 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015.

Reiseberichte, gerade aus dem 19. Jahrhundert, erfreuen sich schon seit einigen Jahren großer Popularität, sowohl beim Lesepublikum als auch in der akademischen Forschung und Lehre. Anke Fischer-Kattner fügt mit ihrer 573 Seiten umfassenden Studie „Spuren der Begegnung.

Europäische Reiseberichte über Afrika 1760 bis 1860“ diesem etablierten Feld keineswegs nur eine weitere Facette hinzu, sondern erweitert es beachtlich – und zwar auf zwei grundlegende Arten. Zum einen ist ihre Studie komparatistisch angelegt und betrachtet britische, französische und deutsche Afrikaforscher. So ergibt sich ein spannendes vergleichendes Panorama der Perspektiven mehrerer europäischen Nationen im kolonialen Wettbewerb. „Spuren der Begegnung“ ist gleichzeitig auch interdisziplinär angelegt. Es verbindet die Methoden der Geschichtswissenschaft mit denen der Literatur- und Kulturstudien. Das heißt konkret: Die Autorin untersucht nicht nur verschiedene Reiseberichte und hinterfragt ihre historische Position und Akkuratheit, sondern sie erklärt neben der inhaltlichen Dimension auch die erzählerische sowie die Materialität der Aufzeichnungen und ihre Entstehungsbedingungen zu wesentlichen Kategorien, in denen sich Kolonialismus manifestiert. Das ist aktuell und trägt den zahlreichen Theorien Rechnung, die nationale und kulturelle Identitäten wie auch geschichtliche Epochen als Resultate von ideologischen Erzählungen sehen und auch die Materialität von Kommunikation und nicht nur deren vermeintliche Inhalte für relevant erachten. Diese für eine Historikerin ungewohnte Mehrfachperspektive verdankt sie der Zusammenarbeit mit der Forschergruppe „Konstruktion von Alterität und Identität in der britischen Entdecker- und Reiseliteratur der Neuzeit“ an der Ludwig-Maximilians-Universität München, wo die der Studie zugrunde liegende Dissertation in der Geschichtswissenschaft entstand. Den interdisziplinären Kontakten entspringt auch die fruchtbare Begegnung mit postkolonialen Positionen wie denen Edward Saids („Orientalismus“) und Mary Louise Pratts („Contact Zone“), die ursprünglich der Literaturwissenschaft entstammen. Michel Foucaults Diskurstheorien finden ebenso in die Studie Eingang wie Paul Ricœurs hermeneutische Modelle, die eine „Überkreuzung aus Geschichte und Fiktion“ (S. 53) erlauben, also genau das, was die Studie interessiert. An sie anknüpfend, präsentiert Bruno Latour im Wissenschaftsdiskurs ein Modell zur „(Wieder-)Verknüpfung von Wissenschaftspraxis, Sprache und Welt“ (S. 55).

Neun Reiseunternehmen stellen das Untersuchungsmaterial der Studie, von denen die von vier Reisenden besonders gründlich ausgewertet werden: James Bruce, Henry Salt und Antoine und Arnauld d'Abbadie. Geographisch stammen diese Reiseberichte aus den

Hauptzielgebieten der europäischen Erkundung des afrikanischen Kontinents: dem südlichen Afrika, Westafrika und dem nordostafrikanischen Binnenland, vor allem Äthiopien. Nachdem die Studie sich überblickshaft der Vorgeschichte des europäischen Interesses an diesen Regionen von der Antike bis zur Frühen Neuzeit gewidmet hat, betrachtet sie dann die Reiseberichte aus der Zeit zwischen 1760 und 1860. Gewählt wurde diese Epoche, weil sie den Übergang von bloßem Interesse zu Kolonialismus und schließlich Imperialismus darstellt.

Bereits in den inspirierten Kapitelunterüberschriften, die Begriffe wie „Erzählung, Zweifel und Kritik“ (für Bruce), „Der selbständige Sekretär“ (für Salt) oder „Verarbeitung in Verschweigen“ (für die Brüder d'Abbadie) ins Spiel bringen, deutet sich an, was der inspirierte abschließende Hauptteil 6 „Spuren von Verarbeitung und Begegnung lesen“ nennt. Mit einer Mischung aus eher abstrakten Texttheorien (wie Michail Bachtins Modell der Polyphonie von Erzählungen) und eindrucksvollen akribischen Textlektüren entwirft die Studie ein beeindruckendes Bild von Schriften einer Epoche, die sich nicht nur eines Kontinents, sondern auch des Wissens über ihn mit einer produktiven Mischung aus Verunsicherung und Überheblichkeit zu ermächtigen sucht. Auch die eher fachfremde Leserschaft erhält so einen guten Eindruck davon, wie politisch Geschichtsschreibung schon immer war, und wie besonders politisch das Schreiben über die koloniale Ermächtigung über einen anderen Kontinent sich in einer Epoche darstellt, die als vermeintlich aufgeklärte sich gerade den Anschein des Neutralen und Objektiven zu geben suchte.

Mainz

Rainer Emig

### Imperiales Deutschland

*Jefferies, Matthew (Hrsg.): The Ashgate Research Companion to Imperial Germany, 478 S., Ashgate, Surrey 2015.*

Dieser ausgezeichnete Band zum imperialistischen Deutschland hält sein Versprechen „to offer scholars and graduate students a comprehensive and authoritative state-of-the-art review of current research“ (S. 3). In fünf Teilen über Regierung, Politik und Gesellschaft, Kultur (im anthropologischen Sinne), Wirtschaft und Umwelt sowie Außenpolitik fassen 25 meist jüngere

Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen die neuesten historiographischen Ergebnisse zusammen, üben Kritik, stellen wichtige Lücken fest und verweisen auf noch unbenutzte Quellen. Allerdings fehlen Aufsätze über Industrie und Hochkultur; dies ist insofern bedauerlich, weil das Kaiserreich gerade in beiden Gebieten hervorragend war. Und leider fühlen sich Historiker und Historikerinnen offensichtlich immer noch verpflichtet, die alte ‚Sonderweg‘-Debatte zu thematisieren. Genügt es nicht, die (ziemlich vielen) Eigentümlichkeiten des Kaiserreichs im komparativen Kontext festzustellen? Trotzdem bleibt dieser Band eine hervorragende Einleitung in die neueste Geschichtsschreibung des Deutschen Kaiserreichs.

Seit etwa zwanzig Jahren haben viele Historiker und Historikerinnen die Methoden der „kulturellen Wende“ (*cultural turn*) und der Globalisierung angenommen. Über die Früchte dieser Wende streiten sich die Autoren und Autorinnen. Katharine Anne Lerman argumentiert, dass die durch die kulturelle Historie gelieferte „plurality of new approaches and lack of overarching narrative“ (S. 15) unser Verständnis der kaiserlichen Regierung und ihrer Entscheidungen eher verdunkelt als geklärt haben. In ähnlichem Sinne widerspricht Hartwin Spenkuch den revisionistischen Studien von Christopher Clark und Martin Kirsch, die ein Preußenbild „in light grey, with clear contours blurred“ (S. 47) gemalt haben. Vielmehr im Gegenteil blockierte Preußen jede notwendige Reform und sein Drei-Klassen-Wahlrecht verhinderte die Entwicklung des Landtags auch bloß in eine „crypto-parlamentarian“ Richtung (ebd.). Denselben düsteren Schluss teilen auch andere Autoren und Autorinnen. Thomas Kühne zeigt, dass sogar das demokratische Wahlrecht des Reichstags nicht genügte, die Hindernisse des gesamtpolitischen Systems des Kaiserreichs zu überwinden: „practiced‘ democracy based on universal suffrage remained countered, challenged, and eventually controlled by un- or less than, democratic sub-national, regional, and local suffrages“ (S. 80). Ebenfalls erkennt Eric Kurlander unter Deutschlands Liberalen einen vielfach ausgeprägteren völkisch gesinnten Nationalismus (und entsprechenden Imperialismus) als in anderen Ländern. Zu einem analogen Urteil gelangt auch Mark Hewitson in seinem Beitrag: Der wilhelminische Nationalismus unterschied sich durch seinen eher kulturellen als politischen Schlag, durch seinen stark rassenbedingten Radikalismus und durch seinen größeren Einfluss auf die Außenpolitik.

Von den versammelten Beiträgen gewinnt man den Eindruck, dass hinsichtlich des Katholizismus, des Sozialismus, Gender, der Religion und der Klasse wir noch darauf warten müssen, bis neue Ansätze und Fragestellungen die überlieferten Darstellungen revidieren werden. In anderen Gebieten genießen wir schon die ersten Früchte. In seinem scharfsinnigen Artikel zeigt Kaspar Maase, wie die kommerzielle „popular culture“ die sonst festgefahrenen Klassenunterschiede in Deutschland überbrückte. Simon Constantine und Steve Hochstadt resümieren Studien, die zeigen wie innig einerseits Agrarwirtschaft und industrielle Manufaktur sowie andererseits Land und Stadt verschlungen waren. Eine bisher unbekannte Menschenflut pendelte ständig zwischen beiden Bereichen und schweißte so wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in der kompliziertesten Weise zusammen. Thomas Rohkrämer ermittelt anschließend die schädlichen Folgen für Flüsse, Land und Natur und analysiert die Reaktionen der Zeitgenossen, als sie dagegen die ersten Organisationen für Naturschutz gründeten.

Am umstrittensten bleibt wohl die Militär- und Außenpolitik des Kaiserreichs und sein Anteil am Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Ohne seinen eigenen Schluss zu ziehen, beschreibt Jan Rüger die sehr uneinigen Ansichten der Historiker und Historikerinnen über die Wechselwirkung zwischen dem deutschen Flottenbau und der britischen Flotten- und Außenpolitik. Dezipierter im Sinne des Revisionismus schreiben Cornelius Torp und Andreas Rose. In seinem Beitrag über Handelspolitik argumentiert Torp, dass nicht die durch Deutschlands Regierungseigentümlichkeiten verursachten Zwänge, sondern seine wirtschaftliche Schwäche im unausweichlichen globalen Wirtschaftsstreit ihm keine Wahl ließ, manchmal ‚grand politics‘ als militärisches Drohmittel zur Selbstverteidigung zu verwenden. Rose liefert einen klaren Umriss der revisionistischen Meinung über Deutschlands „alleged aggression“ im Jahr 1914 (S. 297). Im Grunde akzeptiert Rose die subjektive Überzeugung mancher Zeitgenossen und Entscheidungsträger, dass der Zeitgeist der imperialistischen Ära die Entwicklung Deutschlands vom „semi-hegemon“ (S. 348) in Europa zu einem vollkommenen Hegemon und zugleich als „equal power“ mit den größten Mächten verlangte. Die Ursachen des Weltkrieges sind für Rose die Medien, die öffentliche Meinung, die „realities of international relations and great power policies“ und „the dominant values of the age of Imperialism“ (S. 363)

– genau die Abstraktionen, die einst Sidney B. Fay in seinem berühmten revisionistischen Werk „The Origins of World War“ von 1928 identifizierte. Rose konzediert, dass „German ambitions undoubtedly posed a striking challenge to great power relations, but this was not on account of recklessness or aggression“ (S. 361). Das Problem lag anders: Deutschland „was neither capable [of] nor permitted to join in the game of world power“ (S. 364).

Lebhaft widerspricht Annika Mombauer dieser revisionistischen Argumentation. „Why [was it] necessary for Germany to expand at all“, fragt sie (S. 426)? Sie findet nichts „natural“ oder unvermeidlich an den subjektiven Annahmen der Zeitgenossen, besonders der Militärs. Nicht „impersonal forces and accidents“ seien schuld daran gewesen, dass der Krieg kam, sondern die (Fehl-)entscheidungen von Menschen (S. 429). Sie schließt ihren Aufsatz mit der Bemerkung – belegt durch eine erschreckende Aussage von Ernst Nolte über Polens putativen Anteil am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges –, dass „[t]he belief that the First World War was not caused by Germany must inevitably lead to the conclusion that the Versailles Treaty was unjust, and with that, those ‚Weimar demands‘ become justified. As a result, Germany’s role in the origins of both wars could now be up for revision“ (S. 427).

Mit der Geschichte des Kaiserreichs steht Wichtiges auf dem Spiel. Es ist das Verdienst dieses Buchs, Leser und Leserinnen zum Nachdenken zu bewegen.

*Ithaca, NY*

*Isabel V. Hull*

## **Transnationale Verflechtungsgeschichte**

*Manz, Stefan: Constructing a German Diaspora. The „Greater German Empire“, 1871–1914, 360 S., Routledge, London/New York 2014.*

Das Verhältnis der ethnischen Deutschen im Ausland zum Deutschen Kaiserreich hatte Dimensionen, die für das kulturelle und politische Eigenverständnis des kleindeutschen Reiches von 1871 wichtige Rückwirkungen bereithielten. Nicht nur die Kolonialbewegung der 1880er Jahre machte auf die Bedeutung von Siedlungsräumen im Zusammenspiel mit deutscher Weltpolitik aufmerksam. Auch die nationalistischen Vereine und Verbände der 1890er Jahre wie der Alldeutsche Verband oder der Verband für das

Deutschtum im Ausland plädierten für ein größeres Deutsches Reich, das die 20 Millionen Deutsche außerhalb der Reichsgrenzen des deutschen Nationalstaates von 1871 miteinbeziehen sollte. Stefan Manz stellt in seiner wichtigen Darstellung zu den „German Diasporas“ im Ausland heraus, wie deutsche Gemeinschaften und Siedler in europäischen Nachbarländern und in Übersee im Diskurs um globalen deutschen Nationalismus um die Jahrhundertwende sowie um die Mobilisierung von Deutschen im Ausland für deutsche Weltgeltung zentrale Bedeutung gewannen.

In Anlehnung an die neuere Forschung zum diskursiven Konstruktionscharakter des Nationalismus und der transnationalen Verflechtung von Nationsdebatten zwischen Zentrum und Peripherie nimmt sich der Autor in sechs Kapiteln dem komplexen Zusammenspiel von deutschen Migrations- und Siedlungsmustern im Ausland, Kultur-, Religions- und Sprachenpolitik sowie kultureller Vergemeinschaftung in deutschen *diaspora communities* am Beispiel des Hauptverbandes der deutschen Flottenvereine im Ausland an. Regionale Schwerpunkte der einzelnen Fallbeispiele liegen in der Studie vor allem in den USA, Lateinamerika (Brasilien) und Russland. Aber auch die globale Dimension von Diaspora-Nationalismus wird durch lokale Blicke beispielsweise auf Gemeinschaften in Südafrika, Schanghai, Australien sowie der in der Forschung noch weiter zu untersuchenden deutschen Gemeinschaften in europäischen Ländern wie England oder Spanien erweitert.

Deutsche Migrationsströme gewannen seit der Ostkolonisierung durch den Deutschen Orden im 12. Jahrhundert, der Siedlung der Siebenbürger und Slowakischen Sachsen sowie der Wolgadeutschen des frühen 18. Jahrhunderts bis hin zur Migration in den Regionen des Schwarzen Meeres bis in die 1840er Jahre und der Auswanderung nach Nord- und Südamerika an Bedeutung. Allein in Russland lebten nach dem Zensus von 1897 1,8 Millionen ethnisch Deutsche im Zarenreich, die durch die Russifizierung seit den 1870er Jahren in den Prozess der kulturellen Unterdrückung und „diasporisation“ (S. 13 und 51), so Manz, gerieten. Auch die deutschen Siedlungen in den USA (mit Schwerpunkten u. a. in Milwaukee, Wisconsin, Wyoming, Pennsylvania, Michigan oder Ohio) und in Brasilien (vor allem im Süden mit Siedlungen wie Blumenau) verkörpern für „Volkstums“-Unternehmer wie Paul Langhans und Kolonialagitatoren wie Friedrich Fabri besorgniserregende Verluste deutscher Staatsbürger und deutscher Kultur. In den USA lebten

um 1900 acht Millionen ethnisch Deutsche, die mit 2,5 Millionen Mitgliedern in der 1901 gegründeten National German Alliance aktiv wurden.

Vor dem Hintergrund der geringen Siedlungsdichte von Deutschen in den Kolonien des Reiches und der gescheiterten Umleitung von Wanderungsströmen in die deutschen Kolonien gewann die Diskussion um globale Einflüsse deutscher Kultur sowie von Weltpolitik und imperialer Raumannsprüche um 1900 neue Dynamiken. Langhans bezifferte um 1906 die Anzahl ethnisch Deutscher in der Welt auf 95 Millionen (S. 76). Der Medienmarkt von Zeitungen und Handbüchern über das „Deutschtum im Ausland“ hatte um die Jahrhundertwende im Deutschen Reich Konjunktur. Gleichzeitig wurde das Deutsche Reich nach den USA zum zweitgrößten Zuwanderungsland für Migranten aus Ost- und Mitteleuropa. Die „Leutenot“ im agrarischen Osten beförderte Arbeitswanderung, die mit entsprechenden Restriktionen kontrolliert und staatlich organisiert werden sollte. Deutsche Auswanderung und osteuropäische Einwanderung führten zunehmend zu einem ethnischen Management von Wanderungsbewegungen durch den Staat, so Manz. Das Auswanderungsgesetz von 1897 und das Staatsbürgerschaftsgesetz von 1913 verdichteten schließlich utilitaristische Interessen des Staates und ethnische Ansprüche auf die Einhegung deutscher Auswanderung und gleichzeitiger Anbindung deutscher Siedler im Ausland durch das Primat des *ius sanguinis* bei verstärkter Kontrolle und Limitierung ethnischer Zuwanderung.

Auch die protestantische Mobilisierung von Auslandsdeutschen gewann im 19. Jahrhundert an globaler Bedeutung. Der 1832 gegründete Gustav-Adolf-Verein verstärkte bereits das Verhältnis zwischen Hohenzollern und Kirche. Weitere Verbandsgründungen wie der Evangelische Bund oder der Allgemein-Evangelisch-Protestantische Missionsverein kamen hinzu, nachdem der Bismarck'sche „Kulturkampf“ Protestanten als „Pioniere der deutschen Kultur“ (S. 176) pries und in der Folge Katholiken nicht als kulturfördernde Kraft für die deutsche Weltgeltung angesehen wurden. Regionale Landeskirchen wie Sachsen-Weimar, Preußen, Meiningen oder Baden unterstützten Kollekten im Ausland und Kongregationen in den deutschen Kolonien. Gerade Russland, wo die Loyalitätsfrage zum Zarentum immer dringlich blieb, und die USA, wo sich deutsche Einwanderer vor allem durch das wirtschaftliche Erfolgsversprechen schneller assimilierten, waren die wichtigsten Zentren protestantischer

Religionspolitik. Juden blieben in diesen protestantischen Diaspora-Diskursen ausgeschlossen. Die Schulvereine der 1880er Jahre und der Verein für das Deutschtum im Ausland organisierten nicht nur im Habsburger Reich die Unterstützung deutscher Schulen in ethnischen Grenzgebieten. Auch im Deutschen Reich wurde die Sprachbewegung bis zum Ersten Weltkrieg organisatorisch vom Reichstag mit 500 Auslandsschulen um 1913 gefördert.

Die Bildung von deutschen Gemeinschaften im Ausland als „Diasporas“, so Manz, ist vor allem zwischen 1871 und 1914 als ein Prozess der stetigen Verhandlung zwischen Zentrum (Deutsches Reich) und Peripherie (Siedlungsgemeinschaften im Ausland) sowie in ständiger Bezugnahme der Einwanderungsgesellschaften zu beobachten gewesen. Die Reichsgründung von 1871 ermöglichte für die vielfältigen Auslandsdeutschen einen patriotisch-nationalistischen Bezugspunkt für Identitätsklärungen, die über regionale Loyalitäten zu einzelnen deutschen Staaten hinausging. Jedoch hatte die kulturelle, sprachliche und auch politische Eingliederung von ethnischen Deutschen im Ausland in die Einwanderungsgesellschaften wie den USA die größere Bedeutung für die Auswanderer. Eine überaus starke Rückbindung zum Auswanderungsland wie beispielsweise bei den Iren hat es bei deutschen Auswanderern in die USA so dann nie gegeben. Auch war um die Jahrhundertwende die Rückwanderungsquote bei Deutschen in den USA nie so hoch wie beispielsweise bei Italienern. Der Mobilisierungsanspruch ethnischer Deutscher im Ausland blieb vornehmlich für die nationalistischen Akteure in Deutschland ein wichtiger imaginärer Bezugspunkt für Pläne nationalistischer Verbände zur ethnischen Homogenisierung, Weltpolitik und imperialer Raumplanung, die sich angesichts des Scheiterns deutscher Kolonialpolitik am Vorabend des Ersten Weltkrieges zunehmend auf Osteuropa konzentrierten.

Manz macht zuletzt noch einmal auf die wichtige Beobachtung aufmerksam, dass es keine einheitliche deutsche *diaspora communities* gegeben hat, da nicht zuletzt die Auslandsortgruppen der vielfältigen nationalen und patriotischen Vereine im Grunde die sozialen Zusammensetzung in Deutschland mit Bildungsbürgern, Mittelstand und Kleinbürgern als Führungspersonal deutscher Kulturpolitik vor Ort weitgehend reproduzierten. Auch bei den Geschlechterverhältnissen hatte die „right-wing modernity“ (S. 88) der Vereinsmobilisierung ihre Grenzen. Frauen sind nicht in die Machtzentren der Vereine

vorgedrungen, jedoch konnten sie hier ihre sonst umgrenzte soziale Rolle ausweiten und ihr patriotisches Engagement kultivieren. Manz hat in umfangreicher Quellenarbeit ein wichtiges Buch zur transnationalen Verflechtungsgeschichte des deutschen „Diaspora“-Nationalismus des Kaiserreichs vorgelegt, das die globale Dimension von deutscher Welt- und Kulturpolitik und die diskursive Bedeutung der Auslandsdeutschen für den deutschen Nationalismus vor dem Ersten Weltkrieg eindrucksvoll aufzeigt und zur weiteren Forschung über Auslandsortgruppen nationalistischer Vereine sowie der nationalistischen Kulturpolitik deutscher Siedler im Ausland anregt.

Berlin

Björn Hofmeister

### Kolonialhistoriographie

*Gräbel, Carsten*: Die Erforschung der Kolonien. Expeditionen und koloniale Wissenskultur deutscher Geographen, 1884–1919, 404 S., transcript, Bielefeld 2015.

Über das Verhältnis von Kolonialismus und Geographie ist schon relativ viel geschrieben und noch mehr diskutiert worden. Auf einen einheitlichen Standpunkt zu dieser ambivalenten Beziehung, zumindest am deutschen Beispiel, scheint man noch nicht gekommen zu sein. Mag es daran liegen, dass die heutigen Kolonialhistoriker diese Frage viel strenger beurteilen als die Geographen? Denn immerhin konnten sich die Kolonialisten auf die an ihrer Seite oder gar auf die ihnen voranschreitenden Geographen und Entdeckungsreisenden in ihrem Expansionsrausch immer verlassen. Sie lieferten wichtige Informationen zur Eroberung und Beherrschung der Kolonien. Die kolonialen Eroberungen in Übersee werden heute von der Mehrheit der Historiker und Historikerinnen kritisch beurteilt. Dabei ist es für sie eine feststehende Tatsache, dass ohne die geographischen Forschungen zum Ende des 19. Jahrhunderts die koloniale Expansion nicht so effektiv hätte durchgesetzt werden können. Viele Geographiehistoriker und -historikerinnen sind hingegen der Meinung, dass sich ihre Wissenschaftsdisziplin auch ohne Kugeln mit dem Kolonialismus herausgebildet und fundiert hätte; die kolonialen Eroberungen waren nur nützliche Begleiterscheinungen.

Liegt die unterschiedliche Bewertung etwa daran, dass oftmals kein Unterschied gemacht

wird zwischen den Forschungsreisenden, die den Europäern (und über diese auch anderen Völkern des Nordens) ein immer erweitertes und vervollkommeneres Bild von der Welt lieferten und den akademisch arbeitenden Gelehrten der Geographie an den Schreibtischen, die in der Regel die Ergebnisse ihrer reisenden Kollegen effektiver und in größerem Umfang verbreiteten als jene, die sich um die „Verwertung“ ihrer Erkenntnisse nicht allzu sehr kümmern konnten? Kann man dennoch für eine kritische Bewertung des Verhältnisses der Geographen und Kolonialisten diese beiden Gruppierungen subsumieren? Fest steht lediglich, dass die wissenschaftliche Aufgabe, sich mit Kolonialismus und Geographie zu beschäftigen, ein spannendes wie ein ebenso nicht leichtes Unterfangen ist.

Dieser Thematik, begrenzt auf die deutsche Übersee-, Wissenschafts- und Kolonialgeschichte sowie konzentriert auf die Zeit der direkten Kolonialherrschaft des Deutschen Reiches, widmet sich der Tübinger Geograph und Historiker Carsten Gräbel. Seine vorliegende Arbeit ist an der Universität Konstanz als Dissertation am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte angenommen worden. Im Mittelpunkt des vorliegenden Buches werden Forschungsfragen und -ergebnisse präsentiert, die nach den Gründen und der Finanzierung von Expeditionen in den deutschen Kolonien fragen. Aber es wird auch untersucht, wie dort das Alltagsleben mit all seinen Strapazen und Gefahren gemeistert wurde, wie sich Forschungsroutrinen herausbildeten, wer die Forscher logistisch und politisch unterstützte und wie sich aus deren Beobachtungen und Messungen objektive Tatsachenbehauptungen entwickelten.

Der Verfasser entwirft ein auf Sachkunde beruhendes kritisches Bild von dem vielschichtigen Panorama der geographischen Kolonialforschung. Es gelingt ihm nachzuweisen, dass die Kolonien für Geographen in erster Linie ein topographischer Raum waren, den es zu durchqueren, zu kartieren und nach den seiner Zeit üblichen Regeln der geographischen Wissenschaft zu erforschen galt. Geradezu zwangsläufig wurden die Forscher mit der durch politische Emotionen und ökonomischen Erwartungen aufgeladenen kolonialen Euphorie infiziert und lieferten dieser zum großen Teil einen akademischen Anstrich. Für seine Forschungen hat Gräbel eine Vielzahl von zeitgenössischen Publikationen ausgewertet sowie die einschlägige aktuelle Forschungsliteratur. Gerade wenn es um die Darstellung des kolonialen Umfeldes geht, fallen jedoch einige

Lücken in der Auswertung der Forschungsliteratur zur deutschen Kolonialgeschichte auf. Archivalische Quellen sind von dem Verfasser nur im Bundesarchiv in Berlin sowie im Archiv des Instituts für Länderkunde in Leipzig ausgewertet worden. Leider ist darauf verzichtet worden, auch andere relevante Archivalien zu studieren, wie beispielsweise diejenigen, die sich in Gotha befinden.

Gegliedert ist das Buch in acht Kapitel, eine Einleitung und Schlussbemerkungen. Die substantiellen Kapitel weisen vier bis zehn Unterkapitel auf. Die ersten beiden Komplexe führen an die hier im Mittelpunkt stehenden Fragestellungen heran. Wie bei akademischen Qualifizierungsschriften üblich, versucht sich der Verfasser anfangs in der Forschungslandschaft zu verorten. Wenn in dieser Beziehung auch einige Aussagen einerseits zu selbstbestimmt und andererseits zu ungenau anmuten, entsteht doch ein nachvollziehbares Bild vom Stand der Forschung über die koloniale Wissenskultur deutscher Geographen in den Kolonien des Deutschen Reiches in Afrika, China und in der Südsee. Nicht immer kann dem Verfasser zugestimmt werden, etwa wenn er einem nachweislich kolonialismuskritischen Geographiehistoriker vorwirft, er würde den Zusammenhang zwischen der Akademisierung der Geographie und dem Kolonialismus nicht richtig erkennen (S. 16).

Schon im zweiten Kapitel konzentriert Gräbel seinen Blick auf die Biographien von einigen als Exempel dienenden Kolonialgeographen, auf deren institutionelle Einbindung und Allianzen mit anderen Wissenschaftlern und Wissenschaftsorganisationen. Es handelt sich um etwas mehr als ein Dutzend geographischer Forscher, die so im Mittelpunkt der Untersuchung stehen. Ab und an werden selbstverständlich auch auf die hier nicht vordergründig analysierten Leistungen von anderen Forschern bei der geographischen Entdeckung und Erschließung der deutschen Kolonialgebiete zurückgegriffen, abhängig von der Quellenlage.

Im folgenden Kapitel wird der Frage nachgegangen, worin eigentlich das Selbstverständnis der Kolonialgeographen bestanden hat, welche theoretischen Voraussetzungen und methodologischen Kenntnisse sie mitbrachten, welche Ansprüche sie an ihre Disziplin hatten. Im vierten Kapitel wird konkret aufgezeigt, wie die geographischen Forschungsreisenden mit den mannigfachen Alltagsproblemen auf den Expeditionen fertig wurden. Dann konzentriert sich der Verfasser auf die damals

angewendeten Forschungstechniken und die Möglichkeiten der Verbreitung der gewonnenen Erkenntnisse.

Im sechsten Kapitel analysiert Gräbel die auf und nach den Expeditionen entstandenen landeskundlichen Schriften. Er selbst charakterisiert sein hier präsentiertes Zwischenergebnis – welches wohl kaum Widerspruch hervorrufen dürfte – mit folgenden Worten: „Am Ende stand ein mit Wertungen durchsetztes, normatives Wissen, kolonialpropagandistisch überformt, von der Phantasie beflügelt und durch düstere Gemütszustände gehemmt, aber nichtsdestotrotz das Ergebnis komplexer Schaffensprozesse. Eine ideologisch verbrämte Kolonialgeschichte öffnete das semantische Feld der geographischen Kolonialdarstellungen und markierte die beforschten Räume unmissverständlich als deutsche Territorien“ (S. 21f.).

Was Geographen seiner Zeit mit den Völkerkundlern zu tun hatten, wird im siebten Kapitel behandelt. Denn der erwartete Untergang der in den Kolonialgebieten lebenden Völkerschaften ließ die Erforschung von Physiognomie, materieller Kultur und Lebenswelten besonders dringlich erscheinen. Dies waren Bereiche der explorativen Geographie, die Kolonialgeographen mit Völkerkundlern teilten. Das abschließende Kapitel beschäftigt sich mit den Kolonien als Wirtschaftsräume der Zukunft. Nicht wenige Geographen sprachen dazu Empfehlungen aus, angefangen von der Ressourcenausbeutung bis hin zum Auf- und Ausbau einer kolonialen Infrastruktur.

Der Leserschaft werden viele neue Informationen geboten. Weitgehend ist es dem Verfasser gelungen, aus der Analyse der Schriften von fünfzehn Kolonialgeographen die politischen Einstellungen, Theorien, Forschungspraktiken und situativen Verhaltensweisen herauszuarbeiten und somit „ein Gesamtbild der akademischen Kolonialgeographie zu gewinnen“ (S. 356). Zumindest weitgehend kann dieser Einschätzung gefolgt werden, auch wenn die politischen Folgen des Handelns stärker hätten herausgearbeitet werden können. Auf jeden Fall ist es eine geradezu spannend zu lesende Analyse eines besonderen Kapitels der Wissenschaftsgeschichte, welche nicht nur wesentliche Impulse für die Geographiegeschichte vermittelt, sondern sie wird auch ein nicht mehr wegzudenkender nützlicher Bestandteil der zukünftigen Kolonialhistoriographie sein.

Berlin/Pretoria

Ulrich van der Heyden

## **Verflechtungen: Humanitarismus und Imperialismus**

*Forclaz, Amalia Ribí: Humanitarian Imperialism. The Politics of Anti-Slavery Activism, 1880–1940, 288 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2015.*

Die nationale und internationale Bedeutung von Antisklavereibewegungen im vom Transnationalismus und Imperialismus geprägten Zeitraum der 1880er bis frühen 1940er Jahre ist das Thema der nun publizierten Dissertation von Amalia Ribí Forclaz, Assistenzprofessorin für Internationale Geschichte am Institut de hautes études internationales et du développement/Graduate Institute of International and Development Studies in Genf. Exemplarisch nimmt die Autorin Großbritannien und – besonders interessant – (das faschistische) Italien in den Blick und untersucht deren Aktivitäten und Interessen bezüglich Sklaverei in Afrika und hier vor allem in Äthiopien.

Mit dieser Studie trägt Amalia Ribí Forclaz zu einer Neuorientierung der Forschungen zur Geschichte der Antisklavereibewegungen bei. Lange haben sich diese auf das 18. und frühe 19. Jahrhundert konzentriert. Nun geht es um die Fortführung des Abolitionismus nach Abschaffung des transatlantischen Sklavenhandels und der amerikanischen Sklaverei in einem breiteren Rahmen, der auch andere Formen von Hörigkeit wie Schuldknechtschaft und ostasiatische Kuliarbeit inkludiert. Diese Neuorientierung bezieht sich aber nicht nur auf Zeit und den geographischen Raum. Die Autorin hinterfragt besonders den auf Großbritannien und die nonkonformistischen sowie protestantischen Wurzeln des Humanitarismus ausgerichtete Perspektive der Forschung und betont die Rolle katholischer Gruppierungen für die Wiederbelebung der Antisklavereibewegung (S. 6f.). Vor allem aber greift sie die Frage nach der Beziehung des Abolitionismus zu europäischen Imperien sowie – in der Zwischenkriegszeit – internationalen Körperschaften, in diesem Fall des Völkerbundes, auf. Diese Studie wendet sich somit nicht nur an Historiker und Historikerinnen, die sich mit der Antisklavereibewegung beschäftigen, sondern ist vor allem im Feld der Internationalen Geschichte zu verorten.

Am Beispiel der britischen und italienischen Antisklavereibewegungen zeigt die Autorin auf, wie sehr humanitäre Bewegungen nicht nur transnational miteinander verbunden, sondern auch mit nationalen politischen, diplomatischen sowie militärischen Zielen verwoben waren und

auf dieser Grundlage auf der internationalen diplomatischen Ebene agierten. Infolgedessen wurde Sklaverei auch von imperialen Mächten für ihre politischen Ziele genutzt; sie wurde Teil einer „inter-imperial circulation of a repertoire of ‚idioms and imaginaries‘ of colonial rule“ (S. 1f.). Die Autorin wendet sich damit gegen ein Konzept des Transnationalen als unpolitisch und neutral gegenüber der eigenen Nation (S. 4). Für den untersuchten Zeitraum sieht sie einen neuen Typus abolitionistischer Bewegung – „a new type of faith-based humanitarian imperialism that cut across religious lines [... and was] entangled with religious and political powers, and with diplomatic and military affairs“ (S. 7). In diesem Rahmen wurden indigene Akteure marginalisiert und Großbritannien beziehungsweise Italien realisierten ihre ‚civilizing mission‘ in Afrika.

Amalia Ribí Forclaz geht chronologisch vor, mit Kapiteln zu 1) der transnationalen Wiederbelebung der Antisklavereibewegung in den 1880er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg auf der Grundlage religiös orientierter Gruppierungen, nun inklusive der Katholiken und der italienischen Antisklavereibewegung, 2) den Aktivitäten der britischen Bewegung im Völkerbund gegen Sklaverei, die 1926 in die Konvention über die Abschaffung der Sklaverei und des Sklavenhandels mündete, 3) der Öffentlichkeitskampagne der britischen Bewegung, insbesondere anlässlich der Hundertjahrfeier der Abschaffung der Sklaverei in den atlantischen Kolonien Großbritanniens 1933, 4) den Strategien der italienischen Antisklavereibewegung, unter anderem der Gründung sogenannter Freiheitsdörfer in Äthiopien, und der Konsolidierung der katholischen sowie faschistischen Kräfte in der Bewegung, 5) der Repräsentation des italienischen Abessinienkrieges 1935/36 als humanitärer Intervention sowie 6) der Krise und Unglaubwürdigkeit der Antisklavereibewegungen nach 1935 als Folge ihrer proitalienischen Politik und der italienischen Giftgasangriffe im Abessinienkrieg. Abschließend gibt der Band noch einen kleinen Ausblick auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und die Thematisierung von Sklaverei in der UNO.

Die Autorin belegt in ihrem Buch ihr intensives Studium archivalischer Quellen des Völkerbundes, des italienischen Außenministeriums, katholischer Missionsarchive in Rom und der Antisklavereisammlungen der Rhodes House Library in Oxford. Auf die Sichtung des Archivmaterials zur Involvierung der britischen Außenpolitik in der Antisklavereidebatte hat die Verfasserin verzichtet, zumal diese bereits in der

Geschichtsforschung aufgearbeitet worden ist, so von Suzanne Miers in ihrem Buch „Slavery in the Twentieth Century: The Evolution of a Global Problem“ (2003).

Mit „Humanitarian Imperialism“ hat Amalia Ribí Forclaz eine gründlich recherchierte Studie vorgelegt, die die Frage der Beurteilung der faschistischen Außenpolitik Italiens und der Bedeutung der Antisklavereibewegung für diese kritisch vermittelt. Hinsichtlich der Antisklavereibewegungen bleibt sie differenziert und berücksichtigt die unterschiedlichen politischen Richtungen unter deren Akteuren und Akteurinnen. Der Autorin ist es somit hervorragend gelungen, die Verflechtungen humanitärer Bewegungen und imperialistischer Politik aufzuzeigen.

Wien

Birgitta Bader-Zaar

### Gewaltsame Bevölkerungspolitik

*Schwartz, Michael:* Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, 697 S., Oldenbourg, München 2013.

In der Zeitgeschichte bemühen sich in den vergangenen Jahren zahlreiche Autor\_innen um ein umfassendes Verständnis der Massengewalt, die das 20. Jahrhundert entscheidend geprägt hat. Dabei lassen sich bereits jetzt verschiedene Ansätze unterscheiden. Während einige Forscher, wie Christian Gerlach oder Jörg Baberowski, die Gewalt selbst in den Mittelpunkt stellen, verweist Timothy Snyder mit „Bloodlands“ (2010) auf eine geographische Region, in der die Gewaltexzesse stattfanden. Eric Weitz sprach in seiner vergleichenden Studie (2003) von einem „Jahrhundert des Genozids“. Norman Naimark oder der Verfasser der vorliegenden Studie konzentrieren sich auf den Aspekt der Vertreibung als entscheidenden Faktor im Arsenal staatlicher Massengewalt. Die Zahl der Deutungsangebote ist somit beträchtlich. Was kann diese Monographie zum besseren Verständnis der Vorgänge leisten?

Begrifflich fasst Schwartz die Vorgänge als „ethnische Säuberung“. Seine Wahl dieser vergleichsweise jungen Begriffsschöpfung begründet er in der Einleitung ausgiebig; dennoch bleibt die Metapher der „Säuberung“ zur Beschreibung und Analyse der Massengewalt gegen Zivilisten im 20. Jahrhundert offen. Dabei begreift der

Verfasser – im Unterschied zur UN-Definition – Zwangsmigration nicht als Völkermord, sondern unterscheidet zwischen ethnischer „Säuberung“ und Genozid – eine Unterscheidung, die in der Empirie nur schwierig aufrecht zu erhalten sein dürfte.

Der Verfasser sieht einerseits die Kolonien als „Lernorte“, in denen ethnische „Säuberungen“ und auch Genozide während des 19. Jahrhunderts bereits praktiziert wurden, andererseits hebt er auch die Erfahrung der Balkankriege für die europäische Geschichte hervor. Dennoch betont er, dass der Erste Weltkrieg der eigentliche „Dambruch“ gewesen sei und behandelt in diesem Zusammenhang die Fälle der Armenier und Griechen sowie die Deportationen im Russischen Reich nach 1914. Für die Zwischenkriegszeit behandelt Schwartz die unterschiedlichen Lösungsformen für Minderheitenprobleme: Nationalstaaten mit Schutz für Minderheiten, Föderalismus und Autonomie sowie den gewaltsamen Bevölkerungsaustausch, wie er in der Ägäis praktiziert wurde. Insgesamt legt der Autor die vorgestellten Fälle detailliert und kenntnisreich dar. Es lassen sich auch einzelne Abschnitte mit Gewinn lesen.

Den Fluchtpunkt der Studie bildet das Kapitel, das den Zweiten Weltkrieg und seine Konsequenzen beleuchtet. Der Verfasser beschreibt Hitlers Raumordnungspolitik, den Weg in den Judenmord, die Zwangsumsiedlungen während des Krieges, die Deportationen in Stalins Sowjetunion sowie Flucht und Vertreibung in Ostmitteleuropa zwischen 1944 und 1950. Abschließend behandelt das Buch die ethnischen Säuberungen zwischen Indien und Pakistan sowie in Palästina nach 1947.

Die Untersuchung schließt mit zwölf Thesen des Verfassers zur Geschichte ethnischer „Säuberungen“ in der Moderne. Dabei versucht er das Geschehen in größere Zusammenhänge einzuordnen. Er verweist unter anderem auf die anhaltende Aktualität des Themas und die Modernität des Geschehens. Er zeigt auch, dass solche Übergriffe und Massengewalt nicht nur von Diktatoren geplant und verübt wurden, sondern tatsächlich von unterschiedlichen modernen Herrschern – auch von liberalen Staaten und Demokratien. Damit expliziert er wichtige Erkenntnisse über die Geschichte des 20. Jahrhunderts am Beispiel gewaltsamer ethnischer „Säuberungen“.

Insgesamt bietet die Studie einen lesenswerten und genauen Überblick über gewaltsame Bevölkerungspolitik mit einem Schwerpunkt auf der

ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Es bleibt anderen Forscher\_innen überlassen, zu überprüfen, inwieweit sich Michael Schwartz Thesen über die europäische Moderne auch auf das 21. Jahrhundert übertragen lassen, das in seinen ersten beiden Jahrzehnten in vielen Teilen der Welt – auch in Europa – von Massengewalt und Vertreibung gekennzeichnet ist.

Potsdam/Berlin

Jan C. Behrends

### **Wirtschaftspolitische Ordnungsvorstellungen in historischer Perspektive**

*Plumpe, Werner/Scholtyssek, Joachim (Hrsg.): Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik, 231 S., Steiner, Stuttgart 2012.*

Der von den Wirtschaftshistorikern Werner Plumpe und Joachim Scholtyssek herausgegebene Sammelband „Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft“ untersucht die Transformationen des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft in der deutschen Geschichte seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Fragen der staatlichen Regulierung wirtschaftlichen Handelns sind spätestens seit der Finanzmarktkrise von 2007/08 und den Marktinterventionen von Regierungen und Zentralbanken wieder verstärkt in den Fokus der wirtschaftshistorischen Forschung gerückt. Der Band situiert diese aktuellen Entwicklungen auf gelungene Art in einer historischen *longue durée*.

Der Sammelband gliedert sich in die einschlägigen Epochen der deutschen Geschichte. Der erste Teil beschäftigt sich mit dem Zeitraum zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur, der zweite ist dem geteilten Deutschland gewidmet, der dritte präsentiert in zwei Beiträgen bilanzierende Schlussfolgerungen. Die von den Herausgebern verfasste Einleitung schildert in knappen und aktualitätsbezogenen Zügen die Problemstellung des Bandes und resümiert die Essenz der folgenden Beiträge. Werner Plumpe eröffnet den ersten Teil mit einem Beitrag, der sich kritisch mit der These auseinandersetzt, die Gründerkrise hätte interventionistischen Regulierungsmodellen aus dem Umfeld der Historischen Schule Rückenwind verliehen. Dem hält Plumpe entgegen, dass der politische Einfluss der Historischen Schule letztlich gering war. Ihre Blütezeit endete bereits in den 1880er Jahren. Geschwächt durch

innere Divergenzen zwischen freihändlerischen und protektionistischen Positionen sowie durch äußere Kritik, insbesondere des Marginalismus, hätten Figuren wie Lujo Brentano und Gustav von Schmoller kaum noch politisches Gehör gefunden. Plumpe kommt zu einem klaren Fazit: Auch das späte Kaiserreich ist bei genauerem Hinsehen im Wesentlichen eine liberale Wirtschaftsordnung.

Der Beitrag von Roman Köster überführt die Überlegungen Plumpes in die Weimarer Republik. Köster fragt danach, weshalb sich in Weimar keine klaren ordnungspolitischen Leitvorstellungen manifestierten. Am Fallbeispiel des akademischen Fachs der Nationalökonomie zeigt er, dass sich der Methodenstreit zwischen Historischer und Österreichischer Schule negativ auf die politische Deutungsmacht der Nationalökonomie auswirkte. Eine Vielzahl ökonomischer Modelle – von organistischer bis zu planwirtschaftlichen – standen sich gegenseitig im Wege. Hinzu kamen die politischen und wirtschaftlichen Krisen der 1920er und frühen 1930er Jahre, angesichts deren es den Wirtschaftswissenschaften schwerfiel, kohärente Stabilitätsmodelle zu generieren. Eine ähnliche Fragestellung verfolgt Jochen Streb am Fallbeispiel der nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung. Auch hier standen widersprüchliche Orientierungen – sozialistische, kriegswirtschaftliche und marktwirtschaftliche – in gegenseitiger Konkurrenz. Der Beitrag argumentiert, dass sich die marktwirtschaftlichen gegenüber den planwirtschaftlichen Ansätzen letztlich durchsetzten, wobei sich mit der vorgezogenen Kriegswirtschaft durchaus starke interventionistische Tendenzen manifestierten.

Eine interessante, bisher wenig untersuchte Perspektive verfolgt der Beitrag von Michael Kissener. Er untersucht die wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen des deutschen Widerstands im Nationalsozialismus, insbesondere im Umfeld des 20. Juli 1944, das sich stark an den Konzeptionen der Freiburger Schule um Walter Eucken orientierte. Dabei zeigt sich, korporatistische Vorstellungen Freiburger Prägungen waren im Widerstand verbreitet, zugleich stand aber die Kritik an der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik im Vordergrund und alternative Modelle blieben diffus.

Joachim Scholtyseck Beitrag beleuchtet die wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen der frühen Bundesrepublik, insbesondere den Ordoliberalismus und Ludwig Erhards Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Scholtyseck verortet diese Strömungen einerseits in langfristigen liberalen

Traditionen seit dem Kaiserreich, andererseits in spezifischen Umständen der Besatzungszeit, insbesondere dem Konflikt innerhalb der amerikanischen Verwaltung zwischen liberalen Business Internationalists und Anhängern des New Deal. Der Beitrag von Alexander Nützenadel schließt daran an und untersucht die kurze Blütezeit keynesianischer Steuerungsmodelle seit Mitte der 1960er Jahre. Die Vertreter keynesianischer Ansätze beriefen sich insbesondere auf die Erfahrungen der Großen Depression. Ihre Argumente verloren aber bald nach 1967, als die antizyklischen Investitionen relativ wirkungslos verpufften, an Strahlkraft. Mit dem Aufstieg neoliberaler Ansätze in der Bundesrepublik der 1980er Jahre setzt sich Andreas Wirsching auseinander. Er relativiert die Wirkungsmacht neoliberaler Modelle, etwa Großbritanniens oder der USA, für die Ära Kohl. Die Konsolidierung des Staatshaushalts in den 1980er Jahren sieht er primär als Folge konjunktureller Entwicklungen. Eine strukturpolitische Wende fand nicht statt. André Steiner untersucht in seinem vergleichend angelegten Beitrag das ökonomische Scheitern der DDR, im Kontext des Systemwettbewerbs. Er schildert die wirtschaftspolitischen Steuerungsprobleme (u. a. das Fehlen von Preisdaten als relevanter Information), die zu anhaltenden Produktivitätsrückständen gegenüber der Bundesrepublik führten und nach 1980 in einer „Phase des Durchwurstelns“ mündeten.

Zwei resümierende Beiträge runden den Band ab. Zunächst zieht Karl-Heinz Paqué eine wirtschaftspolitische Bilanz der Deutschen Einheit. Er argumentiert, dass die Transformation zwar das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West nicht nivelliert habe, verschiedene pragmatische Ziele jedoch erreicht wurden. Die Wende habe insbesondere der Sozialen Marktwirtschaft neue Handlungsspielräume eröffnet, um auf den Problemdruck der Globalisierung zu reagieren. Durch flexiblere Tarifvertragsstrukturen und Sozialstaatsreformen sei die Soziale Marktwirtschaft offener geworden. Karen Horn formuliert im letzten Beitrag einen normativen Appell für eine liberale Grundordnung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft, gerade auch im Kontext der jüngsten Wirtschaftskrise, die staatliche Interventionen und Regulierungen eher akzentuiert hat.

Der Sammelband bietet einen gelungenen und durchwegs erhellenden Überblick über die wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen in Deutschland über die letzten eineinhalb Jahrhunderte. Auch die Vergleiche zwischen den Epochen und den verschiedenen politischen

Systemen sind präzise herausgearbeitet. Der einzige Schwachpunkt ist eine Folge der epochenspezifischen Gliederung. Transversale Themen (wie die wirtschaftspolitischen Folgerungen aus der Großen Depression) und epochenübergreifende Kontinuitäten (insbesondere zwischen dem Kaiserreich, Weimarer Republik und der Nachkriegsordnung) werden da und dort zwar angesprochen, eine substanzielle Auseinandersetzung damit fehlt jedoch.

Basel

Martin Lengwiler

## Imperiale Lebenswelten

*Buchen, Tim/Rolf, Malte (Hrsg.): Eliten im Vielvölkerreich. Imperiale Biographien in Russland und Österreich-Ungarn (1850–1918), 411 S., De Gruyter Oldenbourg, München 2015.*

In der vergleichenden Imperien- und Imperialismusgeschichte lässt sich seit einigen Jahren ein gesteigertes Interesse für biografische Arbeiten beobachten. Bereits 2006 hat Jürgen Osterhammel einen *biographical turn* auf diesem Gebiet prognostiziert. Wichtige Impulse kamen von David Lambert und Alan Lester und deren Forschungen zu *colonial lives* im britischen Empire (2006). Für die deutschsprachige Osteuropaforschung brachte Martin Aust den *terminus technicus* der „imperialen Biografie“ im Jahr 2009 als Erster ins Gespräch. Die von Tim Buchen und Malte Rolf herausgegebene Aufsatzsammlung baut auf diesen Vorarbeiten auf, ohne jedoch auf parallel laufende Forschungsprojekte zum gleichen Themengebiet zu verweisen.

Der Band dokumentiert Teilergebnisse zweier wissenschaftlicher Tagungen in Berlin und Bamberg im Jahr 2012, die sich mit Biografien von Mitgliedern der politischen und sozialen Elite in den Vielvölkerreichen der Romanovs, Habsburger und Osmanen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert befassen. Für den Tagungsband wurden fünfzehn Fallstudien zu imperialen Lebensläufen in Russland und dem Habsburgerreich ausgewählt, denen je ein Aufsatz zum Deutschen Kolonialreich (Bettina Brockmeyer) und zum späten Osmanischen Reich (Christoph Herzog) an die Seite gestellt wurden.

Im Mittelpunkt des Buches stehen Männer, die in den betrachteten Imperien „relevante gestaltende Funktionen“ (S. 9) übernahmen, sei es als Staatsbeamte, Militärs, Experten,

Unternehmer oder Intellektuelle. Ausgangspunkt ist die These, dass nicht nur die imperialen Regierungen auf den Dienst, die Loyalität und das Wissen dieser Personen angewiesen waren. Zugleich wurden deren Biografien von den räumlichen und politischen Strukturen der Vielvölkerreiche (als „Ermöglichungsräume“) entscheidend geprägt. Im Untersuchungszeitraum des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts sahen sich die imperialen Ordnungen dabei mit dem aufkommenden Nationalismus, der Entstehung neuer Expertenkulturen sowie der Dynamik der Industrialisierung und Globalisierung konfrontiert. Der Band fragt nach „Strategien der Selbstverortung der Akteure“ (S. 9) in diesem dynamischen Umfeld. Dies lässt sich besonders gut anhand von Selbstzeugnissen analysieren, wie die Beiträge von Martin Müller-Butz über den polnischen Anwalt und Publizisten Aleksander Lednicki beziehungsweise von Marion Wullschleger zu den beiden letzten österreichischen Statthaltern in Triest anschaulich zeigen.

In den meisten Aufsätzen stehen Menschen im Fokus, die sich als Grenzgänger, als *go-betweeners* oder als *liminal personalities* beschreiben lassen, das heißt als Akteure mit mehreren (situativen) Identitäten und Loyalitäten, denen es gelang, sich in der Welt der Imperien zu behaupten, in der postimperialen Welt der Nationalstaaten jedoch mitunter die innere Orientierung verloren. Beobachten lässt sich dies zum Beispiel am Beitrag von Theodor R. Weeks über den polnischen Linguisten Jan Baudoin de Courtenay. Andere, wie der von Bradley D. Woodworth betrachtete finnisch-schwedische General Gustav Mannerheim verstanden es, das Kapital ihrer imperialen Biografie auch nach 1918 erfolgreich zu nutzen. Deutlich wird an einigen Beiträgen (z. B. an Michael Khodarkovskys Studie über indigene Mittelsmänner in den asiatischen Provinzen des Zarenreiches), dass die Regierungen der Romanovs und Habsburger im 19. und frühen 20. Jahrhundert nicht nur auf die Herausforderungen des nationalen Zeitalters zu reagieren hatten, sondern mit ihrer Politik selbst aktiv das Denken in nationalen Kategorien förderten. In welchem Maße die Zarenregierung auf Elitenzirkulation und die den Transfer von Herrschaftswissen von einer Region in die andere baute (bzw. unter dem Transfer von Vorurteilen und Missverständnissen litt), verdeutlichen die Texte von Jörg Ganzenmüller über den Gouverneur von Vil'na Michail Murav'ëv sowie von Ulrich Hofmeister über den Generalgouverneur von Turkestan Konstantin von Kaufmann. An den Biografien polnischer Ärzte, die sich in den Dienst der

Zarenarmee stellten (Beitrag von Ruth Leiserowitz) lässt sich beobachten, dass das Russische Reich von polnischen Untertanen nicht nur als Hemmnis nationaler Selbstbestimmung, sondern auch als Ermöglichungsraum beruflicher Karrieren wahrgenommen werden konnte.

Auch in anderen Kapiteln werden Kollektivbiografien beleuchtet, so beispielsweise die der Familie Shul'gin/Pikhno im sich formierenden russisch-ukrainischen Spannungsfeld (Beitrag von Faith Hillis) oder – in genealogischer Perspektive – die Lebenswege des Historikers Oskar Halecki und seiner Vorfahren (Christoph Augustynowicz). Vertreter „neuer Eliten“ werden in den Beiträgen von Katja Bruisch (Agrarexperten im Zarenreich) beziehungsweise Klemens Kaps (Industrielle in der Habsburgermonarchie) untersucht. Die Bedeutung transimperialer Mobilität und die Konkurrenz von imperialer und transnationaler Identität bei Akademikern thematisiert Jan Surman in seinem Aufsatz über Józef Dietl und Tomáš Masaryk. Möglichkeiten der Koexistenz nationaler und imperialer Identität respektive das Konzept „imperialer Heimat“ in der Habsburgermonarchie werden in den Beiträgen von Iri-na Marin (zu General Trajan Doda) und Fredrik Lindström (zu Hans Kelsen und Robert Musil) analysiert.

Die Komplexität und Vielfalt imperialer Eliten-Biografien in zwei (bzw. vier) Imperien vollständig auszuleuchten, ist in einem Sammelband natürlich nicht zu erwarten. Durch die hier getroffene Auswahl der Fallbeispiele entsteht jedoch ein etwas merkwürdiges, fast nostalgisches Bild imperialer Lebenswelten, in dem soziale Konflikte, nationale Spannungen oder revolutionäre Unruhen keinen Platz zu haben scheinen. Zu kritisieren bleibt schließlich der rein auf männliche Akteure fokussierte Blick des Bandes. Dass es in den imperialen Eliten in Russland und Österreich-Ungarn – zumal in den dynamischen Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg – keine Frauen gegeben hat, wird vermutlich niemand ernsthaft behaupten wollen.

Basel

*Frithjof Benjamin Schenk*

### Timely Reminder

*Hill, Jeffrey: Popular Politics and Popular Culture in the Age of the Masses. Studies in Lancashire and the North West of England, 1880s to 1930s, 269 pp., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2014.*

As a former Director of the International Centre for Sport, History and Culture at De Montfort University in Leicester and author of numerous publications in the field, Jeffrey Hill is among the foremost sports historians in Britain. The volume under review contains eight of his studies published between 1981 and 2006 plus one original contribution. It is divided into two parts: the first consists of five texts on popular politics from the late nineteenth century into the 1930s; the second contains four essays on sports history in the interwar period. An effective introduction highlights the central topical and conceptual concerns of the volume and adds to the coherence of the collection.

Any reprint of already published articles begs the question of purpose. In the present case, the answer is that it works very well as an introduction to trends in British historiography. What Hill describes as “a book about a personal intellectual journey” (p. 10) in fact opens up a perspective on major currents in the discipline. The chapters from the first part of the book are concerned with the rise of Labour as an independent political force that transcended factions within the working class. In case studies on towns and cities in the north west of England, Hill traces how working-class politics became emancipated from the Liberal party, increasingly national in scope and collectivist in aspiration. To account for the “forward march of Labour”, Hill points to the work of the Independent Labour Party and the Social-Democratic Federation, two small bodies that nevertheless contributed to a “labour culture that went beyond trade union economism” (p. 133).

While the chapters two to five concentrate on socialist organisations and leading politicians, chapter six (the sole original contribution to the volume) shifts the focus to clubs and societies connected to the Tory party to explain how Conservatism maintained its strength in the “age of the masses”. Elaborating from research by Martin Pugh and Jon Lawrence, Hill argues that the Tories, through offering un-political activities, were able to draw a considerable share of newly enfranchised women into the party's orbit. Looking at sociability as a means to recruit party supporters, the chapter illustrates how “popular politics” may be studied beyond class interests and ideology.

The second part contains four chapters on sports history. Published from the mid-1990s and reflecting a general epistemological trend in historiography, these texts show a greater concern with identities and culture than the

earlier chapters on class and politics. Cricket player Learie Constantine features prominently in two texts which show how the Trinidadian “pro” negotiated racial prejudices in 1930s Lancashire to become a local hero as well as an emblem of modernity, thanks to his style of play that contemporaries frequently described as “electric”. Chapter ten offers a close reading of a novel about a Manchester-born Jew coming of age and to terms with society through playing table tennis. The sport offers the outsider opportunities for social advancement, but also to keep his non-Jewish opponents at arm’s length, as he strives for a “self-imposed semi-exclusion” (p. 258).

Referring to the linguistic turn, Hill concentrates on the “representations” of sporting identities and communities, mediated through newspaper reports and literary fiction and reproduced in symbols and rituals. Among the most prominent of these rituals were the English FA Cup Finals, played in London since the late nineteenth century. Until the 1960s, when the big-city teams from London, Liverpool and Manchester began to dominate the competition, the finals often involved teams from smaller northern towns. With Clifford Geertz, Hill describes the finals – including the build-up and reporting in the media, the trip of local supporters to the capital, the singing of hymns in the stadium and the reception of returning teams – as a ritual that expressed people’s needs for an idealised vision of community, one that fostered local pride while embedding it in the English nation.

Hill favours a literal reading of symbolic aspects of the finals, but his description also allows for a slightly different interpretation, one that focuses on the eventfulness of the finals to account for their specific form of social integration. As events, Cup Finals attracted the attention of diverse group of people, including those who were hardly interested in football. For a time, Cup Finals were so unavoidable that even local magistrates felt compelled to stage official receptions of the returning local team. We may assume that aldermen were not so much motivated by a genuine football enthusiasm but by the force of the event itself, which intensified mutual observation to a degree that local figures felt they had to position themselves to a game of football. Seen in this way, events like the Cup Finals did not simply respond to “needs” or symbolise “meaning”, but followed their own dynamic, creating potentially transformative situations where underdogs could turn into heroes, rumours could become facts, and Preston North End could beat Huddersfield

Town. This eventfulness may well be particular for sport and is one reason why it should not so easily be taken to represent “popular culture” as a whole, as the book title suggests.

All in all, the present volume may serve as an introduction to key debates in British historiography since the 1980s. It is also a timely reminder to consider social relations in the industrial heartlands, areas which have gone out of fashion as research has focused increasingly on middle-class consumption and the metropolis. And it shows that the thinking about the role of popular culture and sport in society continues.

*Oslo*

*Klaus Nathaus*

### **Den Salmonellen auf der Spur**

*Hardy, Anne: Salmonella Infections, Networks of Knowledge, and Public Health in Britain, 1880–1975, 264 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2014.*

Wie weit verbreitet, ja allgegenwärtig Bakterien der Gattung der Salmonellen sind, zeigt schon ein Blick in Krankheitsstatistiken. Zudem füllen Berichte über Erkrankungen, Warnhinweise und Lebensmittelrückrufe sowie – wie jüngst im Fall eines bayerischen Eierbetriebs – über etwaige strafrechtliche Folgen des Vertriebs belasteter Produkte und mögliches politisches Fehlverhalten im Umgang damit regelmäßig die Spalten von Tageszeitungen. In ihrer neuen Studie beschäftigt sich Anne Hardy nun mit der Geschichte dieser Erreger. Die mit medizinhistorischen Publikationen einschlägig ausgewiesene Autorin untersucht den Prozess, im Verlaufe dessen Salmonellen-Vergiftungen zunehmend als gesundheitspolitisches Problem wahrgenommen und behandelt wurden. Ihr Fokus liegt dabei besonders auf der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Bakterien.

In drei Hauptteilen geht Hardy den Fragen nach, wie Forschung gesundheitspolitische Maßnahmen beeinflusste, wie vor allem die immer wichtiger werdende Mikrobiologie ihren Beitrag zum Verständnis und zur Kontrolle der Erreger leistete und wie sich im Zusammenspiel mit wissenschaftlichen Erkenntnissen präventive Zugriffe wandelten. Der geographische Schwerpunkt liegt – anders als der Titel des Buches suggeriert – auf England und Wales. Der Untersuchungszeitraum beginnt mit der Beschreibung

erster Salmonellentypen 1880 und endet in den 1970er Jahren, als sich die Organisation des Gesundheitswesens veränderte und zudem andere Erreger von Lebensmittelvergiftungen an Bedeutung gewannen. Nicht beziehungsweise nur kursorisch behandelt wird dabei die Zeit der beiden Weltkriege. So nachvollziehbar Beschränkungen bei einem derartig vielfältigen Untersuchungsgegenstand sind, so bedauerlich sind diese Leerstellen, zumal Hardy in ihren Ausführungen wiederholt auf die Bedeutung kriegsbedingter Entwicklungen und von Initiativen aus dem Militär für die Beschäftigung mit Salmonellen, aber beispielsweise auch für Umstrukturierungen in der Lebensmittelindustrie hinweist.

In einem ersten Teil zeichnet die Autorin nach, wie zwischen 1880 und 1940 zunehmend Übertragungswege und Überträger der Bakterien identifiziert und jeweils in den Blick gesundheitspolitischer sowie wissenschaftlicher Bemühungen gerückt wurden: Menschen und besonders die sogenannten gesunden Überträger von Typhusauslösenden Salmonellen (Kap. 1), Austern und Schalentiere (Kap. 2), Fliegen und Enteneier (Kap. 3) sowie Fleisch und Milch bestimmter Nutztiere (Kap. 4). Der zweite Teil widmet sich der seit 1900 in Großbritannien allmählich einflussreicher werdenden Laborarbeit, ihren Protagonisten und internationalen Netzwerken. Hardy zeigt, wie sich die Laborwissenschaft erst allmählich gegen die starke britische Tradition einer auf Umweltfaktoren und sanitäre Maßnahmen konzentrierten praktischen Gesundheitsforschung behaupten konnte (Kap. 5). Das wachsende Gewicht des Labors resultierte nicht zuletzt aus Erkenntnisfortschritten und verfeinerten Methoden, die den Forschern auch innerhalb der sich entwickelnden wissenschaftlichen „international Salmonella community“ (S. 134) eine dominante Position verschafften. Der Höhepunkt ihres Ansehens und Einflusses in der wissenschaftlichen *peer group* war in den 1930er und 1940er Jahren erreicht (Kap. 6). In den 1950ern wandelte sich die internationale Forschungslandschaft allerdings, vor allem rückte die globale Dimension des Salmonellenproblems, der eng mit dem internationalen Handel verbundene „Salmonella exchange“ (S. 167) in den Blick (Kap. 7). In einem letzten Teil werden die Entwicklungen nach Ende des Zweiten Weltkrieges vor dem Hintergrund der Frage nach Präventionsversuchen untersucht. Kapitel 8 setzt sich mit den Problemen der expandierenden Massentierhaltung, -fütterung und -schlachtung auseinander, während Kapitel 9 den Schwerpunkt auf Orte legt, an denen

Salmonellen in menschliche Nahrung gelangten (und gelangen): Schlachthäuser, Fleischverpackungsbetriebe und Küchen.

Hardy schildert diese verschiedenen Aspekte und Prozesse detailliert und auf der Basis einer gründlichen Kenntnis der einschlägigen Literatur und Quellen. In der Einleitung betont die Autorin, sie habe keine lineare Geschichte erzählen wollen, sondern vielmehr eine „series of explorations“ (S. 14) vorgelegt. So lassen sich die drei Hauptteile und die einzelnen Kapitel auch unabhängig voneinander lesen und zudem über ein Register zielgerichtet erschließen. In der Zusammenschau fällt das Fehlen eines verbindenden Narratives, das die Darstellung trägt, gleichwohl auf.

Die Quellengrundlage der Studie bilden in erster Linie zeitgenössische wissenschaftliche und gesundheitspolitische Publikationen. Dieser Fokus liegt in der Konsequenz des Erkenntnisinteresses, das vor allem auf die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Erregern zielt. Gleichwohl führt die Schwerpunktsetzung zu einer recht engen Perspektive, die die Geschichte von Salmonellen tendenziell von Fragen der allgemeinen Geschichte loslöst. Spannende Anknüpfungspunkte für derartige Fragen werden immer wieder aufgezeigt – so der Zusammenhang von globalisiertem Handel und Erregerströmen, politische und wirtschaftliche Interessen, die in bestimmten Konstellationen gesundheitspolitische Warnungen marginalisierten, oder die Rolle des Militärs für medizinische Forschungen und gesundheitspolitische Entwicklungen. Dass diese Aspekte nicht weiter verfolgt werden, entspricht der Anlage der Untersuchung, zeigt aber, dass das Potenzial einer Beschäftigung mit der Geschichte von Salmonellen längst nicht ausgeschöpft ist.

Marburg

Andrea Wiegeshoff

## 20. JAHRHUNDERT

### Zeithistorische Seuchenwahrnehmung

Thießen, Malte (Hrsg.): Infiziertes Europa. Seuchen im langen 20. Jahrhundert, 219 S., De Gruyter Oldenbourg, München 2014.

Der von Malte Thießen herausgegebene Sammelband „Infiziertes Europa“ vereinigt die

Ergebnisse einer internationalen Tagung zur Seuchengeschichte an der Carl Ossietzky Universität in Oldenburg. „Seuchen machen Geschichte“ ist das Credo dieser Veröffentlichung, dem wohl kaum widersprochen werden kann und die reiche Forschungsliteratur zur Medizin-, Sozial- und Kulturgeschichte der Seuchen zeigt, wie wichtig die Ausbreitung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten von den Historikern und Historikerinnen genommen wurden. Allerdings, so konstatiert Thießen in seiner Einleitung, gibt es für das 20. Jahrhundert noch eklatante Forschungslücken zu beklagen. Dies ist umso erstaunlicher, da Seuchen auch im 20. Jahrhundert soziale Normen und Ordnungen infrage stellten, kollektive Ängste hervorriefen, moderne Risikowahrnehmungen und Sicherheitsbedürfnisse herausforderten sowie zeitgenössische Vorstellungen von Individual- und Gemeinwohl beeinflussten.

Eine Seuchengeschichte des 20. Jahrhunderts versteht Thießen somit als einen wichtigen Beitrag zur zeithistorischen Forschung, mithin als Forschungsansatz, welcher einen Erkenntnisgewinn über das „Zeitalter der Moderne“ verspricht. In dieser Perspektive wird Medizingeschichte anschlussfähig zu grundlegenden Fragestellungen der Zeitgeschichtsschreibung. Da Seuchen allerdings Auswirkungen auf sämtliche gesellschaftlichen Bereiche zu haben pflegen, ist eine disziplinäre Einhegung der historischen Narrative in diesem Falle jedoch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Vielmehr sieht der Herausgeber die methodische Offenheit als einen grundsätzlichen Impuls der Seuchengeschichtsschreibung.

Seuchen lassen jedoch nicht nur die disziplinären Grenzen der Geschichtsschreibung durchlässig werden. Die politische und geografische Grenzen überschreitenden Infektionskrankheiten des 20. Jahrhunderts eignen sich vielmehr für eine Betrachtung von Seuchenphänomenen als globale Verflechtungsgeschichte. Ob Ebola oder Aids, die Bekämpfung und Wahrnehmung von Seuchen sind heute oftmals nur in einem globalen Rahmen sinnvoll historisierbar. Geografischer Referenzpunkt der einzelnen Beiträge bildet jedoch überwiegend, wie der Buchtitel auch *expressis verbis* herausstellt, Europa. Der Herausgeber argumentiert hier etwas schwach, wenn er behauptet, dass eine komparatistische Seuchengeschichtsschreibung auf einen gemeinsamen sozialen Bezugsrahmen angewiesen sei. Für Europa seien hier insbesondere die Etablierung einer öffentlichen Gesundheitsvorsorge und die weitgehende Medikalisierung

der Gesellschaft als gemeinsame Merkmale zu nennen. Der vom Herausgeber selbst ins Spiel gebrachte mögliche Vorwurf an den Sammelband einen überholten Eurozentrismus Vorschub zu leisten, wird zumindest nur zum Teil durch die Argumentation entkräftet, dass die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts insgesamt als globale Verflechtungsgeschichte zu verstehen ist.

Auch die Begründung für den gewählten Untersuchungszeitraum, nämlich das lange 20. Jahrhundert, ist in einigen Punkten nicht stimmig. Angegebene Merkmale wie die Medikalisierung der Bevölkerung, die Etablierung eines öffentlichen Gesundheitswesens, die Professionalisierung der Ärzteschaft und die Einführung einer staatlichen Medizinalstatistik sind eben nicht Prozesse, die erst das 20. Jahrhundert charakterisieren, sondern die die Medizingeschichte schon im ausgehenden 18. Jahrhundert verorten würde. Demgegenüber ist der Einschätzung zuzustimmen, dass sowohl die massenmediale Aufbereitung von Seuchen als auch die Entstehung der Bakteriologie und Virologie als wissenschaftliche Disziplinen spezifische Merkmale des langen 20. Jahrhunderts sind. Insgesamt wäre für die Frage der historischen Kontinuitäten und Brüchen in der Geschichte der Seuchen eine differenziertere und detailliertere Betrachtung notwendig. Auch in Axel Schildts Zwischenbilanz zum Verhältnis von Seuchen- zur Zeitgeschichte am Ende des Sammelbandes wird nicht ganz klar, welche Bruchlinien oder Spezifika die Seuchengeschichte des 20. Jahrhunderts prägten. Von ihm werden zwar vier zentrale Felder einer Zeitgeschichte der Seuchen benannt (gesellschaftlicher Umgang mit Krankheiten, Urbanisierung, medizinisches Wissen, Emotionen und Medien), allerdings sind diese ebenso für eine Seuchengeschichte des 19. Jahrhunderts relevant, und er selbst nennt an mehreren Stellen die Moderne als zeitlichen Referenzrahmen. Fragen der Periodisierung wären also noch zu klären, sollen aber im Weiteren nicht überbewertet werden.

In den Einzelbeiträgen des vorliegenden Sammelbandes eröffnen sich nämlich unisono interessante und weiterführende Perspektiven, die sowohl einen Gewinn für die Zeitgeschichte als auch für die Geschichte der Moderne darstellen. Eine ganze Reihe von Beiträgen betont zum Beispiel die wichtige Rolle gesellschaftlicher Seuchenwahrnehmung. Warum werden einige Seuchen ignoriert oder hingenommen, während andere wiederum öffentliche Hysterie und Panik auslösen und zwar ganz unabhängig vom konkret nachweisbaren Bedrohungspotenzial einzelner

Infektionskrankheiten? Jörg Vögeles Beitrag zur emotionalen Epidemiologie aber auch Malte Königs Aufsatz über die Syphilisangst in Deutschland und Frankreich sowie die vergleichende Gefühlsgeschichte von Grippe und Krebs in der BRD, die Bettina Hitzer beiträgt, und auch Wilfried Wittes Untersuchung zur Spanischen Grippe im 20. Jahrhundert stellen die zeitgenössischen Wahrnehmungen, Vorstellungen und Ängste in den Mittelpunkt. Seuchen wurden somit immer wieder zu Modellfällen kollektiver Bedrohungen erhoben. Eine besondere Rolle spielen dabei die Massenmedien, in denen das Seuchenwissen popularisiert und vermittelt wurde. Thomas Steller zeigt anhand der Ausstellungen zu Geschlechtskrankheiten im Deutschen Hygiene-Museum wie wissenschaftliche Experten und Gesundheitspolitiker versuchten, auf die Wahrnehmung von Seuchen durch die Öffentlichkeit Einfluss zu nehmen.

Seuchen bedrohen folgerichtig nicht nur die Gesundheit von Individuen und Kollektiven, sondern bringen auch gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen ins Wanken. Das betrifft insbesondere das Spannungsverhältnis von Bevölkerung und Staatsregierung bei der Seuchenbekämpfung. Matthias Braun hat in seinem Beitrag sehr aufschlussreich die sozialen und kulturellen Faktoren für unterschiedliche Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in den USA, der Sowjetunion und in Italien in der Zwischenkriegszeit analysiert. Während in den USA eher eine Politik der Umweltgestaltung und -intervention verfolgt wurde, setzten die Politiker und Hygieniker in Italien und der Sowjetunion verstärkt auf neue soziale Ordnungsvorstellungen, die den „neuen Menschen“ in den Mittelpunkt rückten. Wie unterschiedlich nationale und regionale Seuchenbekämpfungsregime sein können, zeigt auch der Beitrag von Ulrike Lindner, der den Umgang mit Epidemien nach 1945 analysiert und dabei vor allem für eine Perspektive plädiert, die die differierenden kulturellen Vorstellungen und institutionellen Ausformungen im Umgang mit Seuchen vergleichend in den Blick nimmt. Wie sehr die soziale Ordnung und damit auch die staatliche Autorität herausgefordert werden können, wenn ein Gesundheitswesen in der Seuchenbekämpfung versagt, zeigt Henning Trümmers in seinem deutsch-deutschen Vergleich der AIDS-Bekämpfung.

Gerade mit seinem Fokus auf die Wahrnehmungsgeschichte von Seuchen bietet der Sammelband eine erfrischend neue Perspektive, die (nicht nur) für Zeithistoriker und -historikerinnen relevant ist. Insgesamt ist es wünschenswert, dass in Zukunft weitere vertiefende Studien zum

Umgang mit Krankheit, Gesundheit und Tod die zeithistorische Forschung bereichern.

Bochum

Lars Bluma

### Medizin im Krieg – Sachzwänge und Spielräume

*Eckart, Wolfgang U.:* Medizin und Krieg. Deutschland 1914–1924, 564 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2014.

*Prüll, Livia/Rauh, Philipp (Hrsg.):* Krieg und medikale Kultur. Patientenschicksale und ärztliches Handeln in der Zeit der Weltkriege 1914–1945, 283 S., Wallstein, Göttingen 2014.

Im Oktober 1914 suchte der Arzt, Pazifist und Patriot Georg Friedrich Nicolai einen Kontrapunkt gegen den „Aufruf an die Kulturwelt“, gegen das Aufsehen erregende „Manifest der Dreiundneunzig“, zu setzen. Mit seinem „Aufruf an die Europäer“ schrieb der Physiologe Nicolai gegen die chauvinistischen und militaristischen Positionen seiner 93 ‚Kollegen‘ an: Die Intellektuellen und akademischen Größen aus Wissenschaft und Kultur hatten dort ihrer Empörung darüber Ausdruck verliehen, dass dem Deutschen Reich im Herbst 1914 von bislang nicht am Ersten Weltkrieg beteiligten Staaten die Verantwortung für den Beginn des Krieges und für die im Gefolge des deutschen Einmarsches in das neutrale Belgien begangenen Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung vorgeworfen wurden. Für Nicolai hingegen war der gerade erst vom Deutschen Reich begonnene Krieg jedoch durchaus kein von seinen „Feinde[n]“ aufgezwungener „Daseinskampf“. Dem Mediziner war klar, dass der noch junge Krieg an seinem Ende „wohl kaum *einen* Sieger, sondern wahrscheinlich nur Besiegte zurücklassen“ werde (Nicolai „Aufruf an die Europäer“, Hervorhebung im Original).

Nicolai wiederum ist es, dem wir heute an zentraler Stelle in Wolfgang U. Eckarts Einleitung zu seiner Überblicksdarstellung der Geschichte der Medizin im Ersten Weltkrieg wiederbegegnen. Denn dessen „Aufruf an die Europäer“ fasste auch ein pazifistisches Bekenntnis zur medizinischen Profession mit ein: „Für den Arzt existiert kein Krieg, oder braucht wenigstens kein Krieg zu existieren“ (S. 20), zitiert Eckart den Aufruf, dem seinerzeit nur wenige – darunter Albert Einstein – folgen mochten. Ausdrücklich versteht Eckart

den Zeitgenossen Nicolai heute als eine singuläre Stimme, die ein „humanistisch geprägte[s] Verständnis ärztlicher Ethik“ den „Sachzwängen‘ einer Medizin im Krieg“ gegenüber erfolglos aufrecht zu erhalten suchte (ebd.).

Entlang dieser zeitgenössischen Einschätzung zum Verhältnis von „Medizin und Krieg“ blättert der Heidelberger Medizinhistoriker Eckart ein breites Panorama zur Medizin-, Sozial- und Wissenschaftsgeschichte des Ersten Weltkrieges im Deutschland von 1914 bis 1924 auf. In seinen Kernkapiteln orientiert sich sein Anliegen, eine „zusammenfassend[e] Perspektive auf die gesellschaftliche Komplexität des Krieges“ (S. 20) zu öffnen, dabei an Fragen nach der medizinischen Profession in Forschung und Behandlung, wirft einen Blick auf die Zerstörungskraft, die die neu erdachten Waffen und Tötungsmittel im totalen Krieg für Körper und Psyche der Soldaten ausübten, und beleuchtet die gesundheits- und sozialpolitische Krise, die der Erste Weltkrieg vor allem auch für die Zivilbevölkerung ins Rollen brachte. In chronologischer Folge schreitet Eckart hierzu den Weg in den Krieg bis zu seinem Beginn ab und rückt in seinen zentralen Kapiteln zur Kriegszeit sowie zu „Heimatfronten“ bis zur unmittelbaren Nachkriegszeit die medizinischen und gesundheitspolitischen Akteure ebenso in den Mittelpunkt, wie er die Geschichte der ‚Betroffenen‘ nachzeichnet. Hunger, Epidemien, Auszehrung und der politische Protest gegen die zunehmend schlechtere Versorgungslage im zivilen Leben, aber auch das Fronterleben, Verwundung, Krankheit, Tod und nervliche Zerrüttung der Soldaten finden sich hier ebenso beschrieben wie es dem Autor zugleich auch um Personen der Gesundheitspolitik und akademischen Medizin oder um Ärzte und Pflegekräfte vor Ort geht.

Dabei öffnet Eckart bisweilen außergewöhnliche Quellenschätze, wenn er etwa zur Beschreibung der Wahrnehmung und Bildmächtigkeit des sozialen Raumes der Verwundeten-Versorgung auf Lazarett-Postkarten zurückgreift. Zu Recht nennt Eckart hier das Lazarett ein „typisches Soziotop einer Gesellschaft im Kriege, [einen] konkreten Lebensraum einer Gruppe von verwundeten Kriegern und pflegenden Zivilisten“ (S. 123). Hier wie an einigen anderen Stellen seines Buches ist der oder die Leser\_in mit derart scharfkantig gezeichneten Bildern jedoch nicht immer bestens versorgt. Vielmehr lassen sich hier wie andernorts die Grautöne einer Sozial- und Gesellschaftsgeschichte vermissen, die eben auch jene Menschen an Ort und Stelle beleuchtet, die im präsentierten Tableau gerade

nicht zu sehen sind. Etwa in Lazarett oder Schützengraben: die politischen Entscheidungsträger, Volkswirte, Chemiker, Hygieniker oder Ernährungsphysiologen und deren Höhenkamm-Arbeit zur politischen Weichenstellung oder medizinisch-wissenschaftlichen Analyse der Akutsituation ‚Krieg‘. Sie alle erfuhren ‚Front‘ und ‚Krieg‘ auf ihre Weise, zumeist in den fernen Metropolen im Reich. Unsichtbar bleiben Soldaten, Kinder, Kranke, Ältere und Frauen andererseits dort, wo im Büro, im Labor oder im Kriegsernährungsamt eines „Lebensmitteldiktators“ (S. 279–288) Entscheidungen über deren Wohl und Wehe getroffen wurden. Dies wird besonders augenfällig in Eckarts Beschreibungen der „[f]erne[n] Schauplätze“, in der es ihm auch um den Einsatz deutscher Ärzte auf dem Balkan und in Palästina und um die kolonialen Kriegsschauplätze in Ostasien oder in Afrika geht. Hier bleiben die unmittelbar ‚Betroffenen‘ schemenhaft, erscheinen als Hintergrund für professionelles Handeln anderer.

Klammern kann dieses – freilich kaum zu lösende – Dilemma der Ausleuchtung von Akteuren einer ganzen „Gesellschaft im Kriege“ (u. a. S. 123) dann aber Eckarts Kapitel zur Zeit nach dem Krieg. Rasch wird klar, dass die entscheidenden Personen und Kräfte, die Einfluss auf das Leben in Deutschland nach dem Ende der Kampfhandlungen im November 1918 hätten nehmen können, in der Zeit der jungen Weimarer Republik kaum zu voller Handlungsfähigkeit kommen konnten. Hilfe (etwa in Gestalt der sogenannten ‚Quäkerspeisung‘) aber auch Druck von außen bestimmten die konkreten Lebenssituationen der Menschen, deren Kaiser und Regierung gerade einen Krieg verloren hatten. So rissen etwa die Reparationsverpflichtungen dort große Löcher in das Portfolio der Ressourcen, wo Gelder für sozial-politische, fürsorgliche oder gesundheitspolitische Maßnahmen in der Kriegsversehrten-Unterstützung oder in der Seuchenprävention nun nicht ausgegeben werden konnten.

Eine abschließende Zusammenfassung der detailreich und zumeist auf der Basis kluger Literatur- und Druckschriftenauswertung in großem Quellenreichtum beschriebenen Kernthemen nimmt Wolfgang U. Eckart in „Medizin und Krieg“ leider nicht vor. Plastischer hätte an dieser Stelle, am Ende der Lektüre des 450 Seiten starken Buches, noch einmal werden können, warum der Autor mit der These angetreten ist, dass der Erste Weltkrieg den Fortgang der Medizin und ihrer anverwandten und benachbarten Bereiche nicht grundsätzlich verändert oder angeschoben habe.

Von „paradigmatischen Veränderungen“ ließe sich mit Blick auf die Geschichte der Medizin – von der Orthopädie, über die Neuro- oder plastische Chirurgie bis zur Impfhygiene – für die Zeit des Ersten Weltkrieges nicht sprechen. Eine „Weiterentwicklung“ habe es zwar zweifellos gegeben. Die Erkenntnisgewinne der medizinischen Disziplinen, „so beeindruckend sie auch gewesen sein mögen“, hätten indes ohnehin bereits „durchaus im Trend der Entwicklungen [...] gelegen. Einzig die Geschwindigkeit [...] akzelerierte“ (S. 13).

So klingt am Ende wiederum Nicolais Feststellung nach, dass der Arzt den Krieg nicht brauche. Denn als alles verändernder Katalysator hat der Krieg nach Eckart für die Medizin nicht *die* prägende Rolle eingenommen, die ihm bisweilen zugeschrieben wird. Es bleibt nach der Lektüre vor allem der Eindruck, dass der ‚Große Krieg‘ in seinen totalen Dimensionen weniger umwälzend gewesen sein könnte, als der viel bemühte Begriff „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George F. Kennan) dies nahelegt. Folgen wir Eckart, sehen wir einen Krieg, der zwar katastrophische Ausmaße annehmen musste, der als „Menschenschlachthaus“, wie Wilhelm Lamszus 1912 seine Ahnung „vom kommenden Krieg“ prophetisch beschrieben hatte, aber keinen entsprechend totalen Bruch quer durch die Geschichte des Soziotopes einer Gesellschaft vor und nach dem Krieg zu Folge gehabt haben mag – auch nicht im Feld der Medizin.

Wobei zu dieser bündigen These eine verallgemeinerbare Skalierung des Maßbandes für Qualität und Intensität von Fortschritt und Veränderung zu fehlen scheint. Wo ist ein Paradigmenwechsel nachzuzeichnen, wo ist eine Veränderung ‚nur‘ ein zwar beschleunigter aber ‚regulärer‘ Fortschritt? Und für wen genau ist welches Maß an Veränderung schon ein Meilenstein, für wen ein winziger Schritt? Vielleicht ist zugleich schlichtweg zu häufig von „Übersterblichkeit“ und „Mortalität“ die Rede, wenn im sprichwörtlich selben Atemzug Feldlazarett-Patienten als „krank“ (nicht als verwundet) beschrieben werden oder der Autor zur Schilderung des Völkermordes an den Armenier\_innen allzu quellennah von „Aussonderung“ (S. 189) spricht. Eine diesbezüglich aufmerksamere erzählende Sprache hätte hier dem Leser und der Leserin so manche Schrecksekunde erspart und am Ende deutlicher werden lassen, dass die präzise historische Arbeit zur Geschichte des Krieges immer eine Arbeit zur Geschichte von Menschen ist, die mehr sind als einzelne Teile in einem Soziotop.

Der Sammelband „Krieg und medikale Kultur“, der (wie Eckarts Monographie ebenfalls 2014 veröffentlicht) das gleichnamige DFG-Projekt der Universität Freiburg zum Abschluss bringt, zeigt in den hier zusammengebundenen Einzelbeiträgen von Livia Prüll, Philipp Rauh, Petra Peckl und Peter Steinkamp, dass es mitunter auch eine thematische Engfassung im weiten Themenfeld von Krieg und Medizin im 20. Jahrhundert ist, die es erlaubt, die Menschen, um die es im forschenden Zugriff auf ihre Geschichte geht, klarer zu zeichnen, als Überblicksdarstellungen dies in ihrem weit ausgebreiteten Wissensspektrum können. Wenn die Autor\_innen von mitunter sehr konkreten „Patientenschicksale[n] und ärztliche[m] Handeln in der Zeit der Weltkriege 1914–1945“ schreiben, beschreiben sie dabei darüber hinaus ihre Ansätze, Befunde und Ergebnisse in so mancher Zeile in der einer intensiven Quellenarbeit geschuldeten trockenen Präzision, die doch merklich weniger leichtfüßig wirkt als Eckarts sprachlich geschmeidigere, aber eben ab und an auch zu freie Darstellung.

Anders als Eckart jedoch schöpfen die Autorinnen und Autoren ihre Erkenntnisse in erster Linie aus der intensiven Archivarbeit: In der Auswertung und Analyse von Krankenakten von deutschen Soldaten, die im Ersten Weltkrieg wegen Krankheit oder nach Verwundung in ein Lazarett eingeliefert wurden, sowie in der Bearbeitung der „Leichenöffnungsbefundberichte“ (Sektionsprotokolle) im Kriegseinsatz getöteter Wehrmachtssoldaten oder auch Waffen-SS-Angehöriger oder Kriegsteilnehmer im Wehrmachtsgolge (Organisation Todt u. a.). Allein der – heute unvollständige – Aktenbestand, der für die ausführlichen Kapitel von Petra Peckl zu psychiatrischen Diagnosen und von Philipp Rauh zu Ermüdungs- und Erschöpfungserkrankungen deutscher Soldaten im Ersten Weltkrieg herangezogen werden konnte, umfasst 500.000 Patientenakten.

In der überzeugenden Analyse der Stichproben konzentrieren sich Peckl und Rauh hierbei jeweils auf die wichtige Frage des Verhältnisses von Diskurs und Praxis: Wie standen die Fachärzte, die forschenden Mediziner der Nervenheilkunde oder der Kardiologie zu exogenen Wirkzusammenhängen, in denen der Krieg aus zuvor ‚gesunden‘ Soldaten Kranke machte? Wie behandelten andernorts die Praktiker in Diagnose und Therapie die Kriegsteilnehmer in den Front- und Heimatlazaretten? In beeindruckender Tiefenschärfe weisen Peckl und Rauh nach, dass es sehr wohl einen zutiefst unterschiedlichen

Zugang der Fachärzte einerseits und der Truppenärzte andererseits gegeben hat. Damit zeigt sich eindrücklich, was die Forschung bisher so nicht beschrieben hat: Wo Fachärzte ‚aus der Ferne‘ wissenschaftliche Diskurse zur Notwendigkeit kriegspsychiatrischer Zwangstherapien zur Disziplinierung einer zu schwachen Krieger-Psyche führten oder von der Dringlichkeit sprachen, Herz-Kreislaufkrankheiten dort zu verharmlosen, wo diese die (Selbst-)Wahrnehmung körperlicher Härte zu unterlaufen drohten, diskutierten sie nach Peckl und Rauh zumeist im Sinne der Kriegszielpolitik und folgten der Vorstellung von der menschlichen Ressource im Verschleiß-Prozess des Krieges. Die Truppenärzte hingegen hatten den Krieg als Hauptverursacher der ihnen vorgestellten Leiden mehr oder weniger direkt vor Augen. Ihre Behandlung orientierte sich viel weniger am Wohl des ‚Volkkörpers‘, denn an der Genesung des Einzelnen. Damit entzog die ärztliche Praxis sich mitunter in nicht unerheblichem Ausmaß jenen Ideen von Rassenhygiene und dem Recht des Stärkeren, die auch den Ersten Weltkrieg bereits begleiteten. Erst nach dem Krieg, so zeigen Peckl und Rauh, war es jeweils die medizinische Spitzenprofession, die den Krieg als ungeahnt fruchtbares Laboratorium glorifizierte und allein die Effektivität der konkreten Behandlungszusammenhänge infrage stellte.

Nicht zuletzt bleibt der Sammelband in seiner Gesamtstruktur durch den Beitrag der Mitherausgeberin Livia Prüll zur Medizin im Ersten Weltkrieg in ihrer Folgenhaftigkeit für die Zwischenkriegszeit oder durch Peter Steinkamps überzeugende, ausführliche Auswertung der im Zweiten Weltkrieg angefertigten Sektionsprotokolle zur Untersuchung der Leichen deutscher Soldaten in aller Aussagekraft dieser ungewöhnlichen Quellen mehr als positiv in Erinnerung. Nach der Lektüre der Einzelbeiträge im Gesamtzusammenhang wird am Ende sehr deutlich: Medizin in Praxis und Forschung war und ist (so auch der Ausblick Philipp Rauhs auf die Militärpsychiatrie der Gegenwart) einmal mehr auch oder gerade durch den Krieg in besonderem Maße eingebunden in ein Gefüge politischer und ideologischer Stellschrauben. Die „Sachzwänge“ hingegen, wie Wolfgang U. Eckart diese strukturimmanente Prägung eines Abhängigkeitsverhältnisses nennt, können in der Zeit des Ersten Weltkrieges mitunter elastischer gewesen sein, als es der Propaganda und politischen Ideologisierung einer kriegführenden Nation lieb gewesen sein mag. Im Umkehrschluss – folgen wir Peckl, Rauh, Prüll und Steinkamp – fanden sich ärztliches Handeln

und medikale Kultur nicht ausschließlich durch das Spannungsfeld einer Medizin im Krieg einerseits und einer auf die Probe gestellten ärztlichen Ethik andererseits determiniert.

Und hier mag Nicolais Sentenz, dass für den Arzt „kein Krieg existiere“, für ihn „kein Krieg zu existieren“ brauche, eine ganz andere Interpretation erlauben: Ärztliches Handeln ist den eigenen Regeln, dem eigenen Eid verpflichtet, den Patienten und Patientinnen in eben deren Sinne zu nutzen, sie vor Schaden und willkürlichem Unrecht zu bewahren. Und auch im Krieg muss sich die Profession stets fragen (lassen), ob es noch das Wohl der Patient\_innen ist, dem sie dient.

Düsseldorf

Anke Hoffstadt

### Vergessene Persönlichkeit

*Muncy, Robyn: Relentless Reformer. Josephine Roche and Progressivism in Twentieth-Century America, 440 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2014.*

Mit „Relentless Reformer“ legt Robyn Muncy die Biographie einer Politikerin und Geschäftsfrau vor, die trotz ihrer politischen Erfolge und ihrer herausragenden Stellung als Persönlichkeit des öffentlichen Lebens fast vollständig in Vergessenheit geraten ist. Dabei war Josephine Roche eine einflussreiche Führungspersonlichkeit wie kaum eine Frau vor ihr und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts an politischer Durchschlagkraft nur mit der Arbeitsministerin Frances Perkins und der First Lady Eleanor Roosevelt vergleichbar. Zugleich war sie wenn auch eine politische Insiderin, so doch wegen ihres weiblichen Geschlechts in den männlich dominierten Umfeldern von Politik und Wirtschaft oft auf sich selbst gestellt. Umso willkommener ist daher Muncys Beitrag, der Josephine Roches Lebenslinien nachzeichnet. Damit leistet sie nicht nur einen Beitrag zur Geschichte des Progressivismus, des New Deal und des amerikanischen Liberalismus. Vielmehr schreibt sie sich auch ein in die Geschichte des amerikanischen Feminismus und der Geschichte des Wohlfahrtsstaats.

Muncy nimmt den Faden im Jahr 1886 auf, als Josephine als erstes und einziges Kind (ein Bruder starb kurz nach der Geburt) der aufstrebenden Unternehmerfamilie Roche in Neligh, Nebraska geboren wurde. Die gesellschaftlichen Freiräume des amerikanischen Westens, die Förderung durch ihre

Eltern, die ausgezeichnete Ausbildung am Vassar College an der Ostküste sowie die kritische Auseinandersetzung mit der Unternehmerpersönlichkeit ihres Vaters formten Roche zur selbstbewussten Persönlichkeit, als die sie zeitlebens auftrat. Nach dem Umzug ihrer Familie nach Denver bildeten Colorado und Washington, D.C., die räumlichen Ankerpunkte ihrer Biographie.

In fünf großen Abschnitten folgt Muncy Roches Lebenslauf. Teil I befasst sich mit ihrer ersten Lebensphase, die bis zum Ende des Ersten Weltkrieges reichte. In dieser Zeit stürzte Roche sich geradezu in progressivistische Reformaktivitäten, die auch ein Interesse an der Frauenfrage und der aufkeimenden feministischen Bewegung umfassten. Sie sammelte erste politische Erfahrungen als Denvers *police commissioner*, gewann Einblicke in Gewerkschaftsarbeit während des Colorado Coal Strike von 1913–14 und verschrieb sich der nationalen Mobilmachung durch die Regierung Woodrow Wilson als Mitarbeiterin der Propagandabehörde Committee on Public Information. Teil II fokussiert auf Roches Privatleben und berufliche Veränderungen in den Jahren zwischen 1919 und 1932. Die Übernahme des elterlichen Bergbaubetriebs, der Rocky Mountain Fuel Company, brachte dabei die größte Herausforderung. Teil III setzt sich mit Roche als New Deal Reformerin auseinander und verfolgt ihre Aktivitäten bis in die ersten Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieg. In diese Zeit fallen ihr Engagement in Colorado, aber vor allem auch ihre Amtszeit als Staatssekretärin für Finanzen in der Regierung Franklin D. Roosevelts. In dieser Funktion stieß sie eine nationale Debatte über die Notwendigkeit eines Krankenversicherungswesens an, das bis heute in der Diskussion um Barack Obamas Versicherungsreform nachwirkt. Teil IV zeichnet ihre Rückkehr zum Bergbau nach, wo sie sich insbesondere mit der Einrichtung eines privaten Wohlfahrtsprogramms für Bergarbeiter befasste. Teil V schließt mit der Rolle, die Roche in den gesellschaftspolitischen Umwälzungsprozessen der 1960er und 1970er Jahre spielte und liefert eine Bewertung ihres Lebenswerks.

Muncys Biographie ist ungeheuer detailreich, quellengesättigt und fest im Forschungsstand verankert. Wenn auch an einigen Stellen etwas langatmig, so wird sie doch auf beeindruckende Weise dem Lebenswerk einer Frau gerecht, die das amerikanische Gemeinwesen maßgeblich geprägt hat. Als solches ist dieses Buch unbedingt lesenswert.

Kassel

Anke Ortlepp

### Elitär, nationalistisch und republikfeindlich

*Ahrens, Rüdiger: Bündische Jugend. Eine neue Geschichte 1918–1933, 477 S., Wallstein, Göttingen 2015.*

Die Debatten um das Verhältnis der bürgerlichen Jugendbewegung zum Nationalsozialismus erreichte in den 1980er Jahren ihren Höhepunkt, ist seither aber weitgehend wieder abgeebbt. Rüdiger Ahrens greift das Thema nun in seiner kürzlich vorgelegten Geschichte der bündischen Jugend zwischen 1918 und 1933 erneut auf, um es auf breiter Quellengrundlage weiterzuführen und zu vertiefen. Das jedenfalls ist der Anspruch des Buches, bei dem es sich um die Dissertation des Autors handelt. Ahrens hat seine Arbeit chronologisch in fünf größere Kapitel gegliedert, die jeweils durch mehrere Unterkapitel ausdifferenziert sind. Der erste Blick widmet sich den Vorläufern der bündischen Jugend, nämlich den Wandervögeln und den Pfadfindern. Die eigentliche Geschichte der bündischen Jugend gruppiert Ahrens in eine zeitliche Phaseneinteilung, die fast identisch ist mit jener bekannten – der allgemeinen politischen – Geschichte der Weimarer Republik.

Die Formierungsphase dieser neuen, sich als elitär verstehenden Jugendbewegung verlief von 1918 bis 1923, gefolgt von einer Phase der Konsolidierung bis 1928 und einer dritten Phase bis 1933, die der Autor unter die Stichworte „Offensive und Defensive“ stellt. Ohne Zweifel war die bündische Jugend ein Produkt der Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg und seiner Folgen, welche die Idylle der Vorkriegswandervögel endgültig hinter sich lassen sollte, eine Art partikularer Gegengründung zur neuen Republik. Von den Wandervögeln unterschied sie sich vor allem durch den „Umbau der Organisationen zum festen Bund, das Elitedenken und die gleichzeitige Forderung nach unbedingter Einordnung, de[n] Dienst am Volk und die Ausbildung eines soldatischen Habitus“ (S. 382). Zur bündischen Jugend zählten eine Vielzahl von Gruppierungen und Organisationen, die nach Ahrens' Analyse spätestens seit Ende der Konsolidierungsphase alle dem „nationalen Lager“ zuzurechnen sind, sich der Erziehung zu einem neuen Menschentyp verschrieben haben und sich in ihrem Selbstverständnis als Elite inszenierten. In diesem bündischen Konglomerat aus Nationalismus, Wehrhaftigkeit, soldatischer Haltung, Demokratiefeindlichkeit unterscheidet der Autor drei Gruppen. Eine starke Mittelgruppe, die sich in

markanter Opposition zur liberal-demokratischen Ordnung befand, eine eher gemäßigte Gruppe (Deutsche Freischar), die sich der Weimarer Republik gegenüber eher reserviert verhielt und einer mehr radikalen Gruppierung, die den anderen Bündeln vorwarf, „die gemeinsamen Auffassungen noch nicht kompromisslos zu vertreten“ (S. 379).

Nicht nur organisatorisch, sondern auch ideologisch lassen sich nach Ahrens' Studie im Laufe der Zeit Veränderungen feststellen. Ab 1928 diskutierten die Bünde nach einer eher abgeschirmten Phase der in erster Linie auf sich selbst gerichteten Erziehung zur Charakterbildung wie man politisch aktiv in Staat und Gesellschaft eingreifen könne. Dies führte zu einer Radikalisierung um die Frage, wo der „Angriffspunkt“ für dieses Eingreifen zu finden sei. Damit stellt sich auch für den Autor die naheliegende Frage nach dem Verhältnis von bündischer Jugendbewegung und Nationalsozialismus. Ahrens gibt hier eine für den Rezensenten schlüssige Antwort, zugleich auch auf die Frage, warum die Bünde 1933 aufgelöst worden sind. Eine Gegnerschaft zur NS-Bewegung lässt sich daraus jedenfalls nicht erschließen, weil es nicht um gemeinsame ideologische Schnittmengen und die vergebliche Anbiederung mancher Bünde an die NS-Bewegung ging. „Dass die Bünde 1933 aufgelöst wurden, lag am Profilierungsbedürfnis der Hitler-Jugend in Verbindung mit den totalitären Ansprüchen der Partei, nicht aber an ideologischer Differenz“ (S. 380).

Mit der Auflösung der Bünde endet dann auch ihre Geschichte als soziale Bewegung, nicht aber die Geschichte ihrer führenden Protagonisten. Deren Weg untersucht der Autor exemplarisch im letzten Kapitel unter dem Stichwort „Nachleben“, rekonstruiert dabei Kontinuitäten und Brüche, und in individuell-biographischer Perspektive auch die politischen Karrieren einiger bündischer Aktivisten nach 1933. In diesem Zusammenhang erweisen sich die Kurzbiographien führender Vertreter der bündischen Jugend am Ende des Bandes als nützlich und hilfreich. Zum „Nachleben“ zählt auch der Blick auf die Entwicklung bündischer Gruppierungen nach 1945 und deren Wandel im Vergleich zur Weimarer Republik. Dass dabei einige dieser Bünde dem organisierten Rechtsextremismus der 1950er Jahre zuzurechnen sind, überrascht am Ende nicht.

Mit seiner lesenswerten, materialreichen und differenziert argumentierenden Studie schließt Ahrens eine wichtige Lücke in der Historiographie der Jugendbewegungen des 20. Jahrhunderts.

Gleichzeitig lässt sich das Buch auch als ein Beitrag zu der Frage lesen, welche lebenslangen Auswirkungen die Prägung durch die Jugendbewegung für ihre Aktivisten gehabt hat.

Frankfurt a. M.

Peter Dudek

### **Gewalt in Demokratien der Zwischenkriegszeit**

*Millington, Chris/Passmore, Kevin (Hrsg.): Political Violence and Democracy in Western Europe, 1918–1940, 224 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2015.*

Politische Gewalt ist ein zentrales Thema der Geschichtsschreibung zum Europa der Zwischenkriegszeit. Dabei lag der Schwerpunkt in letzter Zeit auf der „Shatterzone of Empires“ in Ost- und Südosteuropa. Die vergleichsweise begrenzte Gewalt in Westeuropa, im Einzelnen in vieler Hinsicht gut erforscht, will der vorliegende Sammelband neu und im Zusammenhang betrachten. Wie Mitherausgeber Kevin Passmore einleitend argumentiert, relativiert dies ein liberaldemokratisches Fortschrittsnarrativ, das Gewaltausübung als vorübergehende, von außerhalb oder vom Rande der westeuropäischen Gesellschaften kommende Anomalie beschreibt. Ausschreitungen und gezielte Verletzungen waren „not simply the result of collective madness in backward countries“ (S. 12). Im Gegenteil gehörten sie zur politischen Landschaft Deutschlands oder Italiens, aber auch etwa Frankreichs, Belgiens oder Großbritanniens.

Die Einzelbeiträge beginnen mit Italien und Deutschland. In beiden Ländern trug die politische Gewalt der unmittelbaren Nachkriegszeit ähnliche Züge, wie Mark Jones vergleichend herausarbeitet. Doch Jones legt auch dar, dass sich der ohnehin schwache liberale italienische Staat nicht erneut zu etablieren vermochte. So entstand ein Machtvakuum, das sich die Faschisten zunutze machen konnten. Dagegen gelang es der Weimarer Republik trotz ähnlicher Herausforderungen, sich bis 1923 zu festigen, durchaus auch unter Einsatz autoritärer Instrumente. Stéfanie Prezioso untersucht die italienischen Antifaschisten, denen nach der Errichtung von Mussolinis Diktatur nur noch der Ausweg blieb, Gewalt ideologisch zu bejahen – bis sich im Spanischen Bürgerkrieg eine Chance zum tatsächlichen militärischen Engagement bot.

Für Deutschland ergibt sich dagegen ein vielfältiges Bild: Nach Kriegsende koexistierten dort unterschiedliche Bilder des Frontkämpfers, auf die sich linke wie rechte Gruppierungen beriefen, wie aus Matthew N. Bucholtz' Beitrag hervorgeht. Um 1930 diskutierten auch Sozialdemokraten über den Einsatz paramilitärischer Kräfte zur demokratischen Selbstverteidigung. Sie unterschieden sich darin aber nicht grundlegend von ihren niederländischen Genossen, die, wie Kristian Mennen zeigt, erst 1933 mehrheitlich dazu übergingen, Gewalt als „undemokratisch“ zu betrachten. Sven Reichardt – 2005 bereits auf Deutsch veröffentlichter – Aufsatz über Körper- und Gewaltpolitik bestätigt diesen Eindruck einer Vielfalt, die von rationalisierten Maschinenmenschen bis hin zu heroischen Kriegerern reichte. Implizit läuft sein Überblick darauf hinaus, dass die eindeutigen Repräsentationsangebote der Nationalsozialisten gerade vor dem Hintergrund des Weimarer Pluralismus attraktiv waren, weil dieser von nationalistischen Deutschen oft als verwirrend und schwächend betrachtet wurde.

Ein Blick auf weitere westeuropäische Länder erinnert daran, dass es auch in etablierten Demokratien ein signifikantes Maß an politischer Gewalt gab. Jonas Campion für Belgien und Chris Millington für Frankreich argumentieren, Auseinandersetzungen mit Fäusten oder sogar Waffen am Rande von Parteiveranstaltungen seien nicht ungewöhnlich gewesen. Die Polizei tolerierte sie, solange die innere Ordnung nicht gefährdet war, und sie mussten auch nicht zum Abbruch einer Veranstaltung führen. Gewaltausübung beschränkte sich zwar nicht auf Rechtsextreme, doch diese taten sich dabei besonders hervor. Caroline Campbell beschreibt, wie die paramilitärischen Croix de Feu auf Methoden der französischen Kolonialarmee in Marokko zurückgriffen, aus der verschiedene ihrer führenden Mitglieder hervorgegangen waren. Gezielte gewaltsame Vorstöße in den Auseinandersetzungen der 1930er Jahre wurden einmal mehr als „pénétration pacifique“ präsentiert – obwohl sie, wie im März 1936 in Marrakesch, Spannungen zwischen Christen, Muslims und Juden verschärften. Rechtsextremismus steigerte sich in Frankreich sogar bis hin zum Terrorismus der sogenannten ‚Cagoule‘. Annette Finley-Crosswhite und Gayle K. Brunelle arbeiten heraus, wie die Cagouards ein effizientes klandestines Netzwerk aufbauten, transnational aktiv waren und 1937, zur Zeit der Volksfrontregierung, durch Mordanschläge das politische Klima polarisierten. In

Großbritannien gingen Rechtsextreme nicht so weit wie in Frankreich. Daniel Tilles legt dar, dass Oswald Mosley, der Führer der British Union of Fascists, dem Einsatz von Gewalt zögerlich gegenüberstand – ihn aber schließlich doch mit den wenigen Angriffen durch militante Juden rechtfertigte.

Das alles sind interessante Beobachtungen und Befunde, aber sie ergänzen eher das bereits bekannte Bild des westlichen Europa zwischen den Kriegen, als neue Perspektiven zu eröffnen. Denn dass politische Gewalt auch dort stattfand, ist für sich genommen keine originelle Einsicht; dass sie „simply the result of collective madness in backward countries“ gewesen sei, hat schon länger keine geschichtswissenschaftliche Studie mehr behauptet. Man hätte sich daher weitergehende Reflexionen zu „Western Europe“ gewünscht, zumal die Schwäche des liberalen Staates in Italien viele Gemeinsamkeiten mit anderen südeuropäischen Ländern, vor allem Spanien, aufweist. Auch der Zusammenhang zur Demokratiegeschichte hätte expliziter hergestellt werden können. Aus verschiedenen Beiträgen ergibt sich, dass die Demokratien der Zwischenkriegszeit politische Gewalt bis zu einem gewissen Grade als unvermeidlich betrachteten und daher auch gar keine vollständige Gewaltfreiheit durchzusetzen versuchten. In anderen Texten, zu Frankreich ebenso wie zu Italien oder Deutschland, erscheint Gewalt hingegen als ernste Bedrohung für das jeweilige System. Dieses Spannungsverhältnis hätte man durchaus noch weiter ausloten können. Was zudem von Passmore einleitend angedeutet, dann aber nicht weiter diskutiert wird, ist, dass Demokratien auch selbst Gewalt ausübten: Beispielsweise schlugen sie koloniale Aufstände mit aller Härte nieder, und es wäre interessant zu untersuchen, inwieweit sie dabei auf die Unterstützung oder die Indifferenz der wahlberechtigten Bevölkerung rechnen konnten. Auch die autoritäre Wende verschiedener Demokratien Ende der 1930er Jahre, etwa in Frankreich unter der Regierung Édouard Daladier oder in den noch republikanisch kontrollierten Teilen Spaniens unter Ministerpräsident Juan Negrín, ließe sich auf ihr Verhältnis zur politischen Gewalt hin analysieren. So bleibt der konzeptionelle Zusammenhang zwischen den lesenswerten Einzelbeiträgen vage. Die Leserschaft muss die Konsequenzen für die Interpretation der Demokratie und Westeuropas in der Zwischenkriegszeit weitgehend selbst ziehen.

*Amsterdam*

*Moritz Föllmer*

## Reinvigorating debates about the impact of Oswald Mosley

Tilles, Daniel: *British Fascist Antisemitism and Jewish Responses, 1932–1940*, 272 pp., Bloomsbury, London/New York 2014.

Howell, David: *Mosley and British Politics 1918–32. Oswald's Odyssey*, 260 pp., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2014.

By almost any measure, British fascism between the wars was a political failure. The movement and its leadership have nonetheless never failed to fascinate and infuriate. The British Union of Fascists (BUF) in particular, reaching a peak membership of 50,000 in 1934, and its charismatic and easily caricatured leader Sir Oswald Mosley are far more familiar to the public than their transformative impact on British politics and society would suggest they deserve to be. Mosley has been the subject of countless biographical studies and biopic—he was even voted most hated Briton a decade ago. The British extreme Right as a whole has been scrutinised from the perspectives of politics, political ideology, economics, race and ethnicity, regional studies, intellectual history, the secret state, comparative fascism and anti-fascism, gender, class and culture. Perhaps because of this extensive and multi-dimensional coverage, the past decade has seen a relative lull in the historiography. But now two monographs have been published that should stimulate new debate.

These two new books cover consecutive chronologies. David Howell's "Mosley and British Politics 1918–32" focuses on the first phase of Mosley's career as a young Tory and then in the vanguard of Labour economic policy, and before he went beyond the pale and founded first the New Party (1931–32) and then the BUF (1932–40). Daniel Tilles' "British Fascist Antisemitism and Jewish Responses, 1932–40" also gives a starring role to Mosley within the framework of fascist racial policies and rabble-rousing politics. Although they take very different approaches and are not obviously aware of one another, it is how the Mosley of Howell's book turned into the Mosley of Tilles' book that is the crux of the matter. What these studies have in common is their re-engagement with some controversial claims made by Robert Skidelsky's studies first of the 1931 crisis and especially his 1975 biography of Mosley.

Against the backdrop of the current world financial crisis, Howell, himself an editor of the

"Dictionary of Labour Biography", questions Skidelsky's portrayal of Mosley as the lost leader of the crisis-ridden Labour Party during the Great Depression. Howell acknowledges that "Mosley could be viewed as another significant casualty of the 'regime of little men'" (p. 3) who brought Britain to the brink by 1940. However, he is ultimately less convinced by the counter-factual scenario that had Mosley waited it out he might have arisen as Labour leader from the ashes left by Ramsay MacDonald's betrayal of his own party and the formation of the coalition National Government. This is a lively and learned treatment of Mosley's years of early political success and celebrity/notoriety, written with verve and vigour.

Similarly, Skidelsky, or Mosley channelled through Skidelsky, is Tilles' *bête noire*. Tilles's provides ample evidence to contest Mosley's pretty transparent rationalisation of the deepening and ever more sinister racialism of the movement he led. The argument waged by Mosley and Mosleyites—and once given far too much credence by Skidelsky—was that BUF antisemitism was 'reactive' rather than fundamental to the Leader's own thinking and feeling. Other historians too have taken it at face value that Jews had agency not so much in waging self-defence and combating antisemitism but in encouraging it, either through their economic activity, their resistance to assimilation and their ethnic visibility, and, most importantly, their active anti-fascism that most sensationally took form as violence.

"British Fascist Antisemitism and Jewish Responses, 1932–40" is the development of Tilles's doctoral dissertation. While it still has many of the hallmarks of a PhD in its mechanical structure and polemical tone, the first part does make a convincing case against understanding the BUF's antisemitism as defensive. Reflecting on BUF speeches, public and more private revelations of racism, and carrying out content analysis of the fascist newspapers (a method facilitated by digitisation), it is incontrovertibly demonstrated that racial prejudice lay at the fundament of the ideology and culture of the movement.

The second part of the book tackles another controversy in the scholarship about the effectiveness of Anglo-Jewish communal defence in the face of the fascist challenge on home soil. Reliant on some new material from the archive of the Board of Deputies of British Jews, Tilles demonstrates that Anglo-Jewry were, in fact, united and effective at countering antisemitism at home, that Jews played an integral role across Britain's spectrum of anti-fascist forces, and there was

far more “communal convergence” (p. 97) than has hitherto been acknowledged. Indeed, much of the most effective work was carried out by the communal leadership and especially the BOD at the highest levels of government, and through lobbying and working alongside the authorities. These methods through establishment channels did not chime with the romanticised narratives put forward by many younger Jews, and among these many who turned to the Communist Party of Great Britain to pursue direct action against the radical right.

While both books reframe already quite familiar stories and are not ground breaking as such, their added value lies in the way in which each offers a useful reference point for contemporary political problems and conundrums. In Howell's case, there are obvious analogies between the late 1920s and early 1930s when a world financial crisis converged with a crisis of leadership and of identity on the Left, and the failures of New Labour, the formation of the Coalition Government (2010–15), and its highly divisive austerity agenda. Similarly, re-opening the books on inter-war antisemitism and emphasising instances of solidarity and joint purpose across the community could helpfully inform strategies to counter the new antisemitism in this post-Charlie Hebdo world by a community that is arguably far more variegated and polarised today than it was in the 1930s.

Sheffield

Julie V. Gottlieb

### Erinnerungskultureller Wandel

*Koller, Wolfgang: Historienkino im Zeitalter der Weltkriege. Die Napoleonischen Kriege in der europäischen Erinnerung, 342 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2013.*

Die große Bedeutung von Medialität für Erinnerungskulturen wird in der Forschung traditionell stark betont. So sind in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren zahlreiche Arbeiten entstanden, die sich empirisch dem Zusammenspiel von Erinnerungskulturen und Medien der populären Kultur wie Literatur, Film und Fernsehen widmen. Insbesondere das bewegte Bild kann als Impulsgeber für erinnerungskulturelle Aushandlungsprozesse fungieren: „Erinnerungsfilme“ (Astrid Erll/Stephanie Wodianka) – und hier insbesondere Historienfilme – unterbreiten Deutungsangebote, die

jedoch weniger Aussagen über die repräsentierte Vergangenheit treffen, als dass sie hochgradig gegenwartsbezogen sind. Insofern sind Erinnerungsfilme eng verbunden mit den Herstellungs- und Aneignungskontexten ihrer Entstehungszeit.

Diesen Prämissen folgt Wolfgang Koller in seiner an der TU Berlin entstandenen Dissertation und untersucht zwischen 1914 und 1939 produzierte Filme über die Revolutions- und Napoleonischen Kriege in ihrem erinnerungskulturellen Kontext. Die Zeit des ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhunderts bilden für ihn zusammen mit den Weltkriegen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts „die Klammer der historischen Phase des Nationalismus“ (S. 17). Die Untersuchung möchte herausarbeiten, „wie Gruppen und Gesellschaften in einem Klima des radikalen Nationalismus ihre Weltwahrnehmung über moderne Massenmedien historisch begründeten“ (ebd.). Hierzu nimmt Koller die thematisch einschlägige Filmproduktion von Deutschland, Frankreich und Großbritannien in den Blick und begründet die Auswahl mit der Betroffenheit der drei Nationen von den Kriegen, was sicherlich kein ausschließliches Kriterium darstellt, sowie mit der Bedeutung ihrer Filmindustrien. Letzteres kann für Großbritannien im Untersuchungszeitraum allerdings nur mit Abstrichen gelten.

In ihrer Methodik betont die Arbeit entsprechend die Plurimedialität von Erinnerungskulturen und legt Wert auf eine umfassende historische Kontextualisierung der untersuchten Filme. Koller hat ein beeindruckend breites Korpus von 98 Werken zusammengestellt, die alle in einer ausführlichen sowie für weitere filmhistorische Forschungen sehr hilfreichen Filmografie im Anhang nachgewiesen sind. Durch quantifizierende Verfahren nimmt er sodann eine Auswahl von – soweit dies möglich ist – repräsentativen Filmen vor, die in vertiefenden Fallstudien untersucht werden. Die inhaltlich-formale Analyse fragt vor allem nach Narrativen und Deutungen, berücksichtigt aber auch filmästhetische Kriterien, während die jeweiligen Produktionsbedingungen und die über die Filmkritik eingeholte Rezeptionsebene als unmittelbare Kontextfaktoren einfließen. Zudem werden die Filme in ein Netz mehrdimensionaler Bezugnahmen eingebunden: Wie stehen sie zu den repräsentierten historischen Ereignissen? An welche etablierten Deutungsmuster knüpfen sie an? Welche Medientransfers finden statt? Im historischen Vergleich schließlich spürt Koller erinnerungskulturellen Wandlungen, Kontinuitäten und Zäsuren nach und fragt dabei auch nach transnationalen Austauschprozessen.

Koller gelingt es in den Fallstudien, den Anspruch einzulösen, den er in der vom theoretischen Zugriff etwas apodiktisch anmutenden Einleitung formuliert. So arbeitet er im Kapitel „Schauplätze“ heraus, wie die Filme auf (nationale) Mythen und tradierte Erzählungen zurückgriffen, um die Kriegsschauplätze der Sattelzeit symbolisch aufzuladen – sei es Waterloo in der britischen Produktion „The Iron Duke“ (1934) oder Saalfeld im deutschen Film „Die letzte Kompanie“ (1929/30). Zwar knüpfte, so ein Ergebnis des anschließenden Kapitels, auch die Figurenzeichnung an die jeweiligen etablierten Mythen an, jedoch war sie von Genrekonventionen sichtlich überformt. Der Politisierung von historischen Figuren wie Napoleon Bonaparte, der mit Abstand die häufigsten Filmauftritte zu verzeichnen hatte, Horatio Nelson oder Königin Luise von Preußen waren also durchaus Grenzen gesetzt, hatte sie sich doch den Erfordernissen von Melodram, Komödie, Kostümfilm et cetera, kurz: dem Unterhaltungsbedürfnis des Publikums, unterzuordnen. Das dritte, deutlich umfangreichere Großkapitel „Themen“ weist schließlich nach, dass es – wiederum – den Konjunkturen in den jeweiligen nationalen Erinnerungskulturen geschuldet war, welche Zeitabschnitte, welche Ereignisse in den Historienfilmen verstärkt behandelt und welche vernachlässigt wurden. Ökonomische Erwägungen spielten hierbei die Hauptrolle. Vorangegangene Filmerfolge zogen nicht selten epigonale Produktionen nach sich, wie Koller unter anderem anhand der ‚Welle‘ der Preußenfilme zeigen kann. Trotzdem wurden die filmischen Geschichtsbilder in der Presse mitunter kontrovers verhandelt. In anderen politischen und erinnerungskulturellen Kontexten wurden die geschichtspolitischen Implikationen der Filme jedoch zum Teil gar nicht oder vollkommen anders wahrgenommen. Die Filme erforderten einen spezifisch nationalen Resonanzraum, was ihnen zwar Publikum im Inland sicherte, die Auslandsauswertung allerdings wesentlich erschwerte. Sie waren vor dem Hintergrund der erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen um den Ersten Weltkrieg zu lesen und blieben insofern stets gebunden an nationale Deutungsrahmen und die jeweilige politische Kultur, wobei nationalkonservative Deutungen zunehmend dominant wurden. Im Ländervergleich zeigt sich, dass von einer geteilten Erinnerung keineswegs die Rede sein konnte. In krisenhaften Zeiten dienten national gerahmte Erinnerungsangebote, wie die untersuchten Historienfilme, integrierend und traditionsstiftend, auch im Sinne einer Gegenbewegung zur Moderne.

Während diese erinnerungskulturellen Befunde kaum zu überraschen vermögen, kommt Kollers Studie immer dann zu bemerkenswerten Ergebnissen, wenn die Analysen der Filme und ihrer Deutungsmuster mit mediengeschichtlichen Überlegungen verknüpft werden. Der Tonfilm etwa verstärkte über das Dialogische die Tendenz zur politischen Vereinnahmung, doch auch visuell interagierten erinnerungskulturelle und ästhetische Entwicklungen, wenn im Laufe der 1920er Jahre die Totale, der dominierende Panoramablick auf die kämpfende Masse, zunehmend abgelöst wurde von der filmischen Perspektive auf den individuellen Soldaten und seine Kriegserfahrung. Interessant ist auch die Beobachtung, dass die Figuren filmästhetisch oft heroisch überhöht, ja geradezu als „Tugendexempel“ (S. 146) vorgeführt, gleichzeitig jedoch als *celebrities* mit (teils hinzugedichteten) Affären und Skandalen überformt wurden – ein Verweis auf Boulevardisierungstendenzen der Massenmedien hätte dieses Argument gar noch gestärkt. Grundsätzlich ließe sich bemängeln, dass die einführenden Ausführungen zur Filmberichterstattung in Tagespresse und Illustrierten sowie zur Filmpolitik allein den gesicherten Forschungsstand widerspiegeln. So fällt etwa unter den Tisch, und dies hätte den Debattenstatus von Historienfilmen zusätzlich erhellen können, dass Geschichtsfilme im Gegensatz zum überwiegenden Teil der Kinoproduktion, der in den Lokalteilen der Zeitungen abgehandelt wurde, ein Thema für das Feuilleton waren. In den Fallstudien wiederum fasst Koller die Historienfilme dann sehr wohl als Bestandteil eines populärkulturellen Medienverbunds, etwa wenn er daraufhin weist, dass sie den Absatz ihrer Vorlagen beförderten oder Anlass gaben zu Neuauflagen.

Wolfgang Kollers Studie zeugt gleichermaßen von einer breiten Materialkenntnis wie von einer breit angelegten Perspektive, die von der schlüssigen Profilierung des Genres des Historienfilms und dessen kundiger Einordnung in die Film- und Kinokultur der Zwischenkriegszeit profitiert. Es zeigt sich, dass gerade eine mediengeschichtliche Perspektivierung, insbesondere die nicht leicht zu fassende Rezeptionsebene, interessante Ergebnisse für die Erforschung von Erinnerungskulturen ermöglicht. So enthielten die untersuchten Filme Angebote für ein disparates Publikum: Auch wer die geschichtspolitischen Implikationen eines Werkes nicht teilte, konnte sich gut unterhalten lassen, an der Ausstattung erfreuen oder an den schauspielerischen Leistungen. Die Zuschauer kamen, wie Koller zeigt,

mit ihren Sehgewohnheiten und präfigurierten Geschichtsbildern ins Kino, konnten also von Versuchen der politischen Vereinnahmung durchaus abstrahieren. Insofern vollzog sich erinnerungskultureller Wandel vor allem durch das permanente Einschleifen bestimmter Geschichtsbilder, nicht jedoch durch einzelne Schlüsselwerke.

Gießen

Kai Nowak

### **Genuss als Versorgungsproblem im Zweiten Weltkrieg**

*Petrick-Felber, Nicole: Kriegswichtiger Genuss. Tabak und Kaffee im „Dritten Reich“, 580 S., Wallstein, Göttingen 2015.*

Nachdem jüngst Norman Ohlers Buch „Der totale Rausch“ die für das Themenfeld „Drogen im Nationalsozialismus“ zu erwartende öffentliche Aufmerksamkeit erfahren hat, legt Nicole Petrick-Felber mit der vorliegenden, unter Betreuung von Norbert Frei an der Universität Jena entstandenen Dissertation eine Arbeit vor, die sich mit zwei jener Genussmittel beschäftigt, die für Alltag und soziale Realität des Zweiten Weltkrieges vermutlich von ungleich größerer Bedeutung waren: den Tabak und den Kaffee.

Zwei Einschränkungen sind in Bezug auf den Titel des Buches zu machen: Zum einen liegt der Fokus der Arbeit eindeutig auf der Kriegszeit, während die Jahre 1933–1939 nur im ersten Kapitel über die Voraussetzungen der nationalsozialistischen Konsumpolitik in den Blick genommen werden. Zum anderen ist es vor allem der Tabak, der im Zentrum der Arbeit steht, während der Kaffee und dessen Ersatzprodukte eher episodisch in den Blick geraten. So wird auch der Vergleich der beiden Produkte nur an ausgewählten Stellen – dann aber oft mit großem Gewinn – analytisch fruchtbar gemacht.

In der Einleitung verweist Petrick-Felber als Ausgangspunkt der Arbeit auf die deutliche Diskrepanz, die zwischen den massiven Anti-Raucherkampagnen der NS-Politik und dem parallelen Anstieg der Tabakimporte und Unternehmensgewinne bis weit in den Krieg hinein bestanden habe (S. 7). Laut der Autorin sei dies Ausdruck „einer fundamentalen Widersprüchlichkeit, die symptomatisch für die gesamte nationalsozialistische Konsumpolitik“ (S. 8) gewesen sei. Auf diese Weise ordnet sie ihre Arbeit in die – zuletzt etwas abgeflachte – Kontroverse über

den Status des Nationalsozialismus als Konsumgesellschaft ein, die nicht zuletzt durch Götz Alys These der „Gefälligkeitsdiktatur“ zum Teil scharfe Forschungskontroversen ausgelöst hat.

Die Autorin operiert dabei mit einem sehr weiten Begriff von „Konsum“, den sie sowohl auf Formen der politisch-ideologischen Wirtschaftssteuerung, die durch Verflechtungen von Politik und Privatwirtschaft geprägten Handels- und Distributionsweisen, als auch die – den politischen Vorgaben zum Teil widersprechenden oder diese ignorierenden – individuellen Konsumpraktiken anwenden möchte. Auch wenn dies eine Dehnung des Konsumbegriffs bedeutet, können die empirischen Kapitel auf diese Weise sehr detailliert und überzeugend die unterschiedlichen Protagonisten und Institutionen aufschlüsseln, die für Produktion, Handel und Konsumtion der beiden Produktgruppen von Bedeutung waren.

Insbesondere das Beispiel des Tabaks ist dabei geeignet, unterschiedliche diskursive Perspektiven zu integrieren: von den zu verschiedenen Zeiten forcierten Anti-Tabakkampagnen über finanz- und steuerpolitische Argumente bis zur Binnenlogik einer auf Zustimmung angewiesenen Kriegsdiktatur, in der die Versorgung mit Tabakwaren während des Krieges beinahe zur Staatsräson erklärt wird – ein Phänomen, das sich schlüssig zu anderen Feldern der Wirtschafts-, Sozial- und Konsumpolitik des Nationalsozialismus während des Zweiten Weltkrieges in Bezug setzen lässt.

In diesem Vektorenfeld lassen sich die einzelnen Kapitel der Arbeit verorten, die einer chronologischen Struktur folgen und von der Autorin unter die Leitbegriffe „Erziehungsversuche“, „Kontrollversuche“ und „Kontrollverlust“ gefasst werden. Gerade der Übergang von den „Erziehungs“- zu den „Kontrollversuchen“ zeigt dabei deutlich, dass die Kriegszeit gerade nicht dazu genutzt wurde, im Zeichen materiellen Mangels radikale Anti-Raucherkampagnen durchzusetzen. Im Zentrum stand vielmehr eine unter allen Umständen aufrechtzuerhaltene Versorgung, die sich im Verlauf des Krieges jedoch immer prekärer gestaltete. Die Autorin macht dabei sowohl deutlich, wie das NS-Regime versuchte, neue Distributionen unter spezifischen Vorstellungen von „Gerechtigkeit“ zu legitimieren, als auch, wie diese staatlichen Regulierungsbemühungen im Verlauf des Krieges immer mehr ins Leere liefen – sei es weil Distributionsmodelle mit anderen Rationalitäten entstanden wie jene des Schwarzmarkts, sei es weil gegen Ende des Krieges kaum mehr Produkte zur Distribution zur Verfügung standen.

In allen diesen Fällen zeigt die Autorin, dass die NS-Zeit weder durch eine moderne Anti-Raucherpolitik geprägt war, wie dies Robert N. Proctor in seinem Buch „The Nazi War on Cancer“ argumentiert, noch durch eine konsistente Konsumpolitik, die sich über den Zeitraum des Krieges hinweg nachverfolgen ließe. Gerade in der detaillierten Beschreibung des improvisatorischen Charakters vieler dieser Neuregelungen, die darüber hinaus nicht selten das Produkt harter Lobbyarbeit waren, liegt eine der größten Stärken des Buches.

In Anbetracht der beeindruckenden Dichte des empirischen Materials und dessen sehr schlüssige analytische Durchdringung erschienen dem Rezensenten einige der im letzten Kapitel und im Fazit formulierten Schlussfolgerungen als wenig überzeugend. Das gilt insbesondere für die Vorstellung, es habe für das untersuchte Feld einen konsistenten Plan der nationalsozialistischen Konsumpolitik gegeben, der nur durch menschliches Handeln und Anpassungen an die Gegebenheiten des Krieges „verfälscht“ worden wäre (S. 525). Hier legt die Arbeit gerade den entgegengesetzten Schluss nahe.

Ebenso gilt das für die gesundheitspolitischen Initiativen der NS-Politik. Auch hier legt das empirische Material der Studie nahe, dass es eben keine konsistente Anti-Tabakpolitik gab, die in der Formulierung der Autorin hätte „scheitern“ können. Wenn im letzten Kapitel daher die Nachkriegsplanungen der NS-Politik unter der Perspektive in den Blick genommen werden, ob es sich hierbei um eine „moderne“ Antiraucherpolitik mit überraschenden Ähnlichkeiten zu heutigen Gesetzesmaßnahmen gehandelt habe, dann scheint die Frage falsch gestellt. Unter der von der Autorin herausgearbeiteten Tatsache, dass diese gesundheitspolitischen Argumente jederzeit durch ökonomische und andere Abwägungen marginalisiert wurden, wäre eher zu fragen, warum diese Diskurse trotzdem mit relativ großem Aufwand aufrechterhalten wurden und welche Funktion der Verweis auf diese Nachkriegsplanungen in der konkreten Situation des Krieges erfüllten.

Nichtsdestotrotz hat Nicole Petrick-Felber ein dichtes und erkenntnisreiches Buch vorgelegt, das vor allem, aber nicht allein für das Feld der Konsumgeschichte des Nationalsozialismus von Interesse sein wird.

Köln

Benjamin Möckel

### Drei „deutsche Normalbiographien“

*Conze, Eckart u. a.:* *Vergangenheiten*. Die Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen, Branner und der Nationalsozialismus, 215 S., Schüren, Marburg 2015.

Das hier zu rezensierende Buch „Vergangenheiten“ ist eine Auftragsstudie. So hatte die Stadt Kassel 2013 die Historikerin Sabine Schneider und einen aus Eckart Conze, Jens Flemming und Dietfried Krause-Vilmar bestehenden wissenschaftlichen Beirat damit beauftragt, die NS-Vergangenheit der drei Nachkriegsoberbürgermeister zu untersuchen. Die Ergebnisse liegen nun auf gut 200 Seiten vor.

Detailliert und sorgfältig recherchiert, werden die politischen Biographien von Willi Seidel, Lauritz Lauritzen und Karl Branner nachgezeichnet. Im Fokus stehen dabei sowohl ihre Rolle in der NS-Zeit als auch die Wirkungen dieser Vergangenheit auf ihre Politik und die Entwicklungen nach 1945. Die Autoren sprechen hier von „multiple[n] Vergangenheiten“ (S. 11), die außerdem noch einen dritten Aspekt umfassen: „jene Bilder [...] der Vergangenheit, die nach dem Ende des Nationalsozialismus individuell und gesellschaftlich konstruiert, ausgeformt, angepasst und gepflegt wurden“ (ebd.). Konkret untersucht die Studie die beruflichen Laufbahnen der drei späteren Kommunalpolitiker, ihre ideologischen Orientierungen und Mitgliedschaften, ihre Mitwirkung am Funktionieren des NS-Regimes und möglicherweise auch an seinen Verbrechen. Um Rückschlüsse auf die „Wirkungen einer möglichen NS-Belastung im politischen Denken und Handeln“ (S. 12) der Oberbürgermeister zu ziehen, werden unter anderem ihr Verständnis und ihre Praxis von Demokratie sowie ihre Personalpolitik nach 1945 in den Blick genommen. Auch fragt die Studie danach, welche Positionen sie in der Erinnerungspolitik Kassels einnahmen und inwiefern sie sich selbstreflexiv mit ihrer NS-Vergangenheit befassten.

Die Resultate werden in Einzeldarstellungen der drei Personen präsentiert, deren Umfang sehr unterschiedlich ausfällt: Während die Ausführungen zu Lauritzen, der Kassel von 1954 bis 1963 vorstand, mit 23 Seiten relativ kurz sind, ist die Einschätzung des ersten Nachkriegsoberbürgermeisters Seidel doppelt so lang und Branner, der von 1963 bis 1975 amtierte, werden beinahe 100 Seiten gewidmet.

Diese Gewichtung korrespondiert mit den Befunden zur NS-Belastung, deren Untersuchung die Autoren differenziert angehen. So seien zeitbedingte inhaltliche Verschiebungen dieses Begriffs und verschiedene Formen der Belastung zu unterscheiden, die sich eben „nicht nur aus der unmittelbaren Mitwirkung an nationalsozialistischen Gewaltverbrechen [ergeben], sondern aus individuellem Handeln, aktivem, aber auch passivem, hinnehmendem, zulassendem Verhalten“ (S. 192). Diese Aspekte wägen die Autoren in jedem der drei Fälle anhand zahlreicher Quellen behutsam ab und kommen zu dem nicht sehr spektakulären, ihrer Einordnung als „deutsche Normalbiographien des 20. Jahrhunderts“ (S. 200) jedoch entsprechenden Ergebnis, dass Seidel, Lauritzen und Branner „keine NS-Verbrecher“ waren, aber „wie Millionen andere Deutsche [...] auf unterschiedliche Weisen den Nationalsozialismus unterstützt, zum Funktionieren des NS-Systems beigetragen“ (S. 190) haben.

Die Belastung Lauritzens fällt dabei am geringsten aus. Bei seiner Tätigkeit für die Reichsstelle Chemie des Reichswirtschaftsministeriums sei er „ein Rädchen im Getriebe der nationalsozialistischen Kriegs- und Expansionspolitik“ (S. 72) ohne eigenen Gestaltungsspielraum gewesen. Dass er 1933 aus der SPD aus- und 1934 dem SA-Marinesturm beitrug, sehen die Autoren vor allem als opportunistisches Handeln aus Karrieregründen (vgl. S. 69, 191). Der spätere Landes- und Bundesminister war kein Mitglied der NSDAP.

Auch Seidel war allem Anschein nach kein Parteimitglied. Dennoch sehen die Autoren eine NS-Belastung, vor allem aufgrund seiner Zuständigkeiten als Leiter der Wehrwirtschaftspolitischen Abteilung der Kasseler Stadtverwaltung. Denn diese betrafen auch die Organisation von Kriegsgefangenenlagern sowie die „Arisierung“ von Wohnraum und Einrichtung von „Judenhäusern“. Insgesamt erscheint der bereits seit 1903 für die Kommunalverwaltung Kassel tätige Seidel als „verwaltungserfahrener Behördenleiter mit konservativer Haltung in Weimar, der sich in der Nazizeit arrangierte und dem politischen System diene“ (S. 34). 1945 von der amerikanischen Militärregierung zum Oberbürgermeister ernannt, bemühte er sich, die von dieser suspendierten Beamten der NS-Zeit wieder in die Stadtverwaltung zu holen. Die Autoren sprechen hier von „einer zumindest temporären Renazifizierung der Stadtverwaltung“ (S. 196).

Seidels Versuch, für den von ihm angeordneten Arbeitsdienst zum Wiederaufbau der Stadt auch jüdische und andere NS-Verfolgte heranzuziehen, zeuge von „mangelnde[r] Sensibilität“ (S. 196f.) für die Opfer.

Mit einer „Kumulation von Mitgliedschaften und Funktionen“ (S. 191) in verschiedenen NS-Organisationen und einem „Nachweis seiner ideologischen Zuverlässigkeit“ (ebd.) in Form seiner Doktorarbeit ist Branner schließlich der „einschlägigste“ Fall. Unklar, ob sein Parteieintritt 1933 aus Überzeugung oder Opportunismus erfolgte, trug er mit seiner Dissertation „zur wissenschaftlich-theoretischen Begründung einer spezifisch nationalsozialistischen Steuerpolitik bei“ (S. 190). Dass er im Literaturverzeichnis die Werke jüdischer Autoren von sich aus mit einem Sternchen markierte, verweist zusätzlich auf eine starke Prägung durch die NS-Ideologie. 1937 wurde er von der DAF ins Arbeitswissenschaftliche Institut in Berlin berufen. Dennoch attestieren ihm die Autoren eine Entwicklung „in längeren Anpassungs-, Wandlungs- und Lernprozessen zum Demokraten“ (S. 199). Wandlungsfähigkeit bewies Branner bereits früh mit seinen Aktivitäten als Kriegsgefangener im „Antifa-Ausschuss“; sein Bekenntnis zum „Sozialismus“ sollte auch zum Erklärungsmuster für seinen NSDAP-Beitritt werden, indem er seine Zustimmung auf sozialistische Ideale reduzierte. Über den 1944 gegen ihn erhobenen Vorwurf der Wehrkraftzersetzung stilisierte er sich im Spruchkammerverfahren zudem zum Widerständler.

Das Buch bietet allen, die sich mit Verwaltungseliten während und nach der NS-Zeit befassen, aufschlussreiche Einschätzungen. Ob es tatsächlich die Debatte anstößt, die der Rücktext impliziert – so will es die „zum Teil lückenhafte[n], zum Teil retuschierte[n] Bilder der Oberbürgermeister“, die übrigens alle der SPD angehörten, mit den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen konfrontieren und hinterfragen –, wird sich zeigen. Ende November 2015 sahen sich die Autoren zunächst genötigt, gegen die „manipulative Verwendung“ (Frankfurter Rundschau, 25.11.2015) ihrer Forschungsergebnisse seitens der Stadt zu protestieren: Für eine erklärende Tafel an einer nach Branner benannten Brücke wurde unter Berufung auf die Studie ein Text beschlossen, der seine Rolle in der NS-Zeit verharmlost.

Heidelberg

Katrin Hammerstein

## Ein großer Wurf

*Winstone, Martin: The Dark Heart of Hitler's Europe. Nazi Rule in Poland Under the General Government, 336 S., Tauris, London/New York 2014.*

Martin Winstone legt in seinem neuen Buch „The Dark Heart of Hitler's Europe“ die erste Darstellung über das Generalgouvernement (GG) in englischer Sprache vor. Es geht also um das von Deutschen zwischen 1939 und 1944/45 besetzte, von Hans Frank regierte polnische Gebiet, das dem ‚Großdeutschen Reich‘ als eine Kolonie angegliedert war. Hier spielte sich 1942/43 die Terror- und Mordkampagne gegen etwa 1,7 Millionen Juden ab, die bei der „Aktion Reinhardt“ innerhalb von anderthalb Jahren ums Leben gebracht wurden. Damit wollten die Nationalsozialisten ihre rassistischen Vorstellungen umsetzen, die zunächst eine völlige ethnische Umgestaltung (Ost-)Europa notwendig machte.

Der Verfasser, der als *educational officer* bei einer britischen Bildungseinrichtung (Holocaust Educational Trust) tätig ist, stützt seinen Überblick auf die in Englisch und Deutsch erscheinende Forschungsliteratur, auf einige ausgewählte, publizierte Erinnerungen und Tagebücher. Gleich einem Leitmotiv begleiten den Leser Zitate aus den Aufzeichnungen des Arztes Zygmunt Kluckowski, der mit wacher Beobachtungsgabe nicht nur den antipolnischen Terror der Besatzer notierte, sondern mit viel Einfühlungsvermögen auch deren Mordaktionen an der jüdischen Bevölkerung verfolgte.

Die Überschrift der Einführung – „Der wilde Osten“ – setzt den Ton für das, was in neun Kapiteln folgt, wobei Winstone sich zeitgenössische Begriffe immer wieder geschickt zunutze macht. Im ersten Abschnitt über die „Ursprünge“ des im GG in Gang gesetzten „Teufelswerks“ zeichnet der Autor unter anderem nach, welcher Stellenwert Polen in den nationalsozialistischen politischen Betrachtungen und Plänen vor 1939 zukam. Das zweite Kapitel beleuchtet das im Herbst 1939 installierte Regime im GG, dessen Abkürzung führende Nazis in Berlin nun auch als „Gangstergau“ lasen, und das dritte die Politik gegenüber der Zivilbevölkerung in den ersten rund anderthalb Jahren nach der Eroberung. Das vierte Kapitel betrifft die neuen Kriegsvorbereitungen und die Art und Weise, auf die sich der im Juni 1941 begonnene Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion und gegen „jüdischen Bolschewismus“ auf das GG auswirkte. Die bis

hierher vorherrschende Täterseite verlässt der Verfasser mit seinen Ausführungen über den Alltag der Bewohner des Generalgouvernements, die auch differenzierte Aussagen über Formen und Grenzen der Zusammenarbeit mit den Besatzungsorganen enthalten.

Kernstück des Bands ist Kapitel 6 über den Judenmord in Ostgalizien und die Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“. Dieser Holocaust, stellt Winstone fest, „was made possible at every stage by moral choices“ (S. 186). Der folgende Abschnitt greift die deutsche Politik ‚ethnischer Säuberung‘ im GG auf, die in Folgekonflikten zwischen Polen und Ukrainern weitere Kreise zog und sich auch in Gewaltübergriffen gegen Juden niederschlug. Ein weiteres Kapitel widmet der Autor dem polnischen Widerstand gegen die Fremdherrschaft. Das Schlusskapitel gilt der Endphase des nationalsozialistischen Regimes und den Begleitumständen seines Zusammenbruchs. Viele der deutschen und österreichischen Täter durften alsbald „die Früchte des Wirtschaftswunders genießen“ (S. 244), während ihre jüdischen Opfer fast sämtlich ermordet waren und die Anführer der polnischen nationalen Widerstandsbewegung unter sowjetischer Vorherrschaft weiterhin verfolgt wurden. Der resümierende und ausblickende Epilog ist passend überschrieben mit „A study of human madness“. Die Folgen dieses Wahns prägten mehrere Nachkriegsjahrzehnte, und seine Ausläufer beschäftigen uns bis heute.

Zu den Stärken dieser Darstellung zählt, dass Winstone der Erfahrungsebene jener Menschen – Juden, Polen und anderen – Rechnung trägt, die in der von Nazi-Deutschland verursachten Katastrophe urplötzlich unvorstellbaren Dilemmata gegenüberstanden. Bei seinen Ausführungen zu den „Ursprüngen“ geht der Verfasser dem spezifisch österreichischen Anteil leider nicht auf den Grund. Bedauerlicherweise zitiert Winstone auch publizierte Tagebücher zuweilen nach Ausgaben, die in großen Teilen nicht wortgetreu sind; hier hätte der Verfasser eher neuere Quellenpublikationen heranziehen sollen (etwa die Polen betreffenden Bände der Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland“). Unter Hitlers Herrschaft gab es in den baltischen Republiken, in der Ukraine und auch im Westen Russlands weitere „Herzen der Finsternis“. Dieser Buchtitel selbst wiederum steht in einer hier nicht thematisierten Beziehung zu einer Erzählung von Joseph Conrad über die Gräueltaten des vom aufgeklärten Europa ausgehenden Kolonialismus in Afrika; solche Verbindungen

hätten mit Gewinn eingeflochten werden können, zumal Conrad als Józef Konrad Korzeniowski und Spross einer kleinadligen polnischen Familie in der Ukraine das Licht der Welt erblickte. Wie viele der späteren Opfer staatlich organisierter Massengewalt erlebte er Emigration und Neuanfang wie auch das Heimischwerden in einem anderen Land. Durch Judenmord, Flucht und Zwangsumsiedlung war das GG ein Experimentierfeld für menschenverachtende Praktiken, die teils auch nach 1945 zum Repertoire der internationalen Politik gehörten. Die Zahl der Menschen mit wechselnden Heimaten wird im 21. Jahrhundert vermutlich noch anwachsen.

Indem er die wesentlichen Aspekte der komplexen Geschichte vom Werden und Vergehen des Generalgouvernements auf 270 Seiten gut lesbar und auf aktuellem Forschungsstand zusammengefasst hat, ist Martin Winstone alles in allem ein großer Wurf gelungen. Auf Deutsch bietet der Buchmarkt derzeit nichts Vergleichbares an.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

### **Der Holocaust als Resultat zerstörter Staatlichkeit**

*Snyder, Timothy*: Black Earth. Der Holocaust und warum er sich wiederholen kann, 487 S., Beck, München 2015 (engl. 2015).

Mit seiner neuen Gesamtdarstellung des Holocaust beabsichtigt der Osteuropa-Historiker Timothy Snyder, ihm seinen angemessenen historischen Ort zuzuweisen, der als ein bestimmter geographischer Raum definiert wird: Das im Gefolge des Hitler-Stalin-Paktes 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion aufgeteilte und anschließend militärisch besetzte Polen sowie die 1940 von der Sowjetunion annektierten baltischen Staaten waren eine Zone, in der beide Besatzer gewachsene Formen der Staatlichkeit und damit auch den juristischen Schutz von Personen gezielt zerstörten. Die Nationalsozialisten hatten aus der Annexion Österreichs und dann der Tschechoslowakei gelernt, dass sich mit der gewaltsamen Aufhebung von Rechtsordnungen eine Politik der ‚Arisierung‘ und gewaltsamen Verfolgung der Juden am einfachsten umsetzen ließe. „Die Juden“ in Europa, so Snyder, „gerieten in erster Linie durch die Zerstörung der Staaten, deren Bürger sie waren, in

Gefahr“ (S. 135). Snyder greift damit auf Überlegungen von Hannah Arendt zurück, die in der Aufhebung der individuellen juristischen Person eine Signatur totalitärer Herrschaft sah. Vor allem die westlichen Gebiete der Sowjetunion in der Zeit nach dem 22. Juni 1941, als Einsatzgruppen und Polizeieinheiten dort bis zum Jahresende etwa eine Million jüdischer Männer, Frauen und Kinder töteten, sieht Snyder als emblematisch für den Holocaust. Nicht das fabrikmäßige, anonyme Töten in den Gaskammern von Auschwitz, sondern das Töten von Hand im Gefolge des „Unternehmens Barbarossa“ sei die Schlüsselszene des Genozids an den Juden gewesen. Dieser habe sich vorwiegend in einem Raum abgespielt, in dem die doppelte Staatszerstörung durch das Deutsche Reich und die Sowjetunion und in deren Gefolge auch die doppelte Kollaboration von Teilen der lokalen Bevölkerung – erst mit den Sowjets, dann mit den Nazis – die gnadenlose Verfolgung der Juden ermöglichte.

Nun ist die Betonung der durch die Einsatzgruppen bewirkten Tötungswelle in der westlichen Sowjetunion nicht gerade eine neue These. Aber Snyder versteht es, auch durch die breite Heranziehung von Quellen vor allem aus osteuropäischen Archiven, ein multiperspektivisches Bild des Holocaust zu zeichnen. Die Stimmen polnischer, ukrainischer und russischer Juden, Kommunisten und Kollaborateure stehen neben jenen der deutschen Besatzer und Mörder. Damit entsteht eine sehr plastische Vorstellung der Interaktion zwischen Besatzern und lokaler Bevölkerung und der Denunziationen von Juden, die Teil der Dynamik des Holocaust im von Deutschen besetzten Osteuropa war. Was in Snyders Darstellung zu kurz kommt, ist die Rolle von organisatorischen Ressourcen in der arbeitsteiligen Kooperation bei der Vernichtung der Juden. Zwar weist er wiederholt auf die „Hybridisierung von Institutionen“ hin, die seit der Verschmelzung von Kadern der Partei und des Staates, von SD und Polizei im RSHA zur Signatur des nationalsozialistischen Terrors gehörte (S. 57). Aber die organisatorische Dynamik und praktische Arbeit der Institutionen, in deren Rahmen die Täter ihre Arbeit verrichteten, wird nur am Rande zum Thema. Auch die Entscheidungsbildung zur „Endlösung“ und damit ein ebenso wichtiges wie strittiges Thema wird nur nebensächlich behandelt.

Stattdessen wird der Leser auf manche Nebengleise geführt deren Beitrag zum Thema unklar bleibt. So etwa in einem Kapitel zum Aktivismus polnischer Zionisten und ihrer Hoffnungen darauf, dass sich eine Krise in Europa für

den Aufbau eines jüdischen Staates in Palästina nutzen ließe. Anderes bleibt verworren und analytisch unscharf, so etwa die einführenden Ausführungen zu Hitlers Antisemitismus. In einer eher willkürlichen Zitatencollage versucht Snyder hier den Nachweis zu führen, dass Hitler die Juden als ein globales ökologisches Problem betrachtet habe, da ihre Anwesenheit auf der Erde „die Naturgesetze missachtete“ (S. 44). Das ist weit entfernt von der textkritischen Präzision von Klaus Holz (Nationaler Antisemitismus, 2001), der die Zerstörung von Nationen durch die jüdische Anti-Nation als Kernmotiv des Rassenantisemitismus herausgearbeitet hat. Die wirkliche Stärke von Snyders Argument zeigt sich dagegen in seinem Kapitel zum „Auschwitz-Paradox“ (S. 227–245). Durch einen Vergleich von Estland und Dänemark – dort wurden 99 Prozent der Juden getötet, hier 99 Prozent von ihnen gerettet – zeigt Snyder auf, dass nicht der Antisemitismus der jeweiligen Bevölkerung, sondern die Persistenz von autonomen Strukturen der Staatlichkeit das entscheidende Kriterium für das Überleben der Juden unter deutscher Besatzung war.

In seiner Schlussbemerkung versucht Snyder, auf seiner These vom „ökologischen“ Antisemitismus aufbauend, die genozidalen Potenziale der gegenwärtigen Weltgesellschaft aufzuzeigen. Der Leser kann dieses konfuse Kapitel, in dem sich impressionistische Reflexionen mit den momentan unter manchen Osteuropahistorikern und -historikerinnen so beliebten anti-russischen Invektiven abwechseln, getrost ignorieren. Doch der schwache Schluss sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies ein äußerst wichtiges und als Gesamtleistung ertragreiches Buch ist: Timothy Snyder situiert den Holocaust in seinem Ermöglichungsfeld – jener Zone Osteuropas, die durch eine infolge nationalsozialistischer und sowjetischer Besatzung zerstörte Staatlichkeit die Umsetzung der NS-Rassenpolitik und die Kollaboration wichtiger Bevölkerungsgruppen plan- und durchführbar machte.

Sheffield

Benjamin Ziemann

### **Verhinderte die ‚Endlösung‘ den deutschen ‚Endsieg‘?**

*Pasher, Yaron: Holocaust Versus Wehrmacht. How Hitler's „Final Solution“ Undermined the German War Effort, 384 S., Kansas UP, Lawrence, KS 2015.*

Im Sommer und Herbst 1941, als das nationalsozialistische Deutschland den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion ins Werk setzte, begann auch der tagtägliche Massenmord an den Juden im eroberten Gebiet. Im besetzten Polen wurden unterdessen die Vorbereitungen getroffen, jüdisches Leben in Europa auf planmäßige Weise völlig auszulöschen – und zwar vor allem durch den Eisenbahntransport der Opfer in eigens errichtete Vernichtungslager. Als sich die totale Niederlage Deutschlands bereits deutlich und unabwendbar abzeichnete, ermöglichte die Wehrmacht in Ungarn noch 1944 die Abbeförderung von Hunderttausenden Juden nach Auschwitz.

Yaron Pasher stellt diese Logistik des Holocaust dem zeitgenössischen Kriegsgeschehen gegenüber, wie es sich in der westlichen, der deutschen und der sowjetischen Militärgeschichte niedergeschlagen hat. Durch den ideologisch motivierten Zugriff auf die Eisenbahnen – so Pasher – wurden Kapazitäten blockiert, welche die Wehrmacht in die Lage versetzt hätte, auf dem Kriegsschauplatz (besser) zu bestehen. Die Züge in die Vernichtungslager hätten nämlich Nachschub – Soldaten, schweres Gerät und Treibstoff – transportieren können. Der Aufwand für das Vorhaben, die Juden zu ermorden, habe somit die Wehrmacht zwischen 1941 und 1943 daran gehindert, ausschlaggebende logistische Quantitäten zu nutzen.

Der Verfasser untersucht den seiner Auffassung nach entscheidenden Einfluss des eliminatorischen Antisemitismus auf den Fehlschlag bei fünf militärischen Unternehmungen der deutschen Truppen: vor Moskau, bei Stalingrad, bei Kursk sowie – nach der Landung der westlichen Alliierten – auf Sizilien und in der Normandie. Kriegsentscheidend seien damit etwa die 43 Deportationen aus dem Reichsgebiet ins besetzte Osteuropa („Jewish transports“, S. 11), als die Wehrmacht sich Moskau näherte, oder der Getto-Aufstand in Warschau, der sich im Frühjahr 1943 – während der gleichzeitig sich abspielenden Kesselschlacht von Kursk – für die Deutschen negativ auswirkte, denn die Niederschlagung des Aufstands habe kampferprobtes Personal gebunden.

Die Überzeugungskraft von Pashers Begründung, die für den Judenmord aufgewandten Ressourcen hätten das nationalsozialistische Deutschland daran gehindert, den Krieg zu gewinnen, hängt in hohem Maße von der Zuverlässigkeit der Berechnungen ab, auf die er seine Thesen stützt. Doch nicht selten erscheinen die hier zugrunde gelegten Zahlen fragwürdig. So ist

die Angabe, 3,5 bis 4 Millionen Juden seien in die Vernichtungslager („death camps“) transportiert worden (S. 5), nicht schlüssig belegt und – wenn man sie mit der Summe der in diesen Lagern Ermordeten vergleicht – weit überhöht. Außer Betracht bleibt zudem, dass die Transporte meist – innerhalb des Generalgouvernements (GG) – über vergleichsweise kurze Distanzen gingen, beispielsweise *ein* hin und her pendelnder Zugsatz genügte, um Tag für Tag Tausende Juden aus dem Warschauer Getto ins Vernichtungslager Treblinka zu bringen (S. 123). Selbst diejenigen, die aus Westeuropa nach Sobibór oder Auschwitz fuhren, hatten erheblich kürzere Entfernungen zurückzulegen als etwa ein Militärtransport in den Osten der Ukraine. Hinzu kommt eine ganze Reihe zweifelhafter Behauptungen. So war das Vernichtungslager Belzec keineswegs der einzige Ort, wo die Juden Ostgaliziens ermordet wurden (S. 121) – ungezählte wurden Opfer von Massenerschießungen und von Pogromen bei ihren Wohnorten. Die hier genannten Zahlen der nach Treblinka Deportierten variieren und sind in sich nicht schlüssig (S. 5, 122f.). Auch verlief der alltägliche Massenmord in Treblinka keineswegs so reibungslos, wie Pasher es schildert, und ein „Krematorium“, das „ohne Pause“ in Betrieb gewesen sei, gab es in diesem Lager nicht (S. 131). Der Autor hätte zudem genauer auf die Rolle der Reichs- und der Ostbahn im GG eingehen müssen und mit Gewinn ebenso Raul Hilbergs Pionierstudie über die „Sonderzüge nach Auschwitz“ (1981) wie die neuere Dokumentation der Deutschen Bahn AG über „Sonderzüge in den Tod. Die Deportationen mit der Deutschen Reichsbahn“ (2009) heranziehen können.

Nicht selten mangelt es an der erforderlichen editorischen Sorgfalt. Ein „Nachlaß der Kutzbach Friedrich“ (S. 328) lässt sich mit etwas Fantasie der Hinterlassenschaft des unter anderem in Warschau tätigen Wehrmachtsobersten Friedrich Kutzbach (1909–1944/45) zuordnen. Im Zusammenhang mit der alliierten Konferenz in Teheran ist von Theodore Roosevelt statt Franklin Roosevelt die Rede (S. 236). Als Führer der SS und Polizei im GG tritt uns mal „Friedrich Krieger“ (S. 121), mal „Wilhelm Kruger“ (S. 134, 307) anstelle von Friedrich Wilhelm Krüger gegenüber. Schon der Umschlagtext wartet mit „Einsatzgruppen“ auf, und auch im Weiteren weicht die Schreibung deutscher Namen und Bezeichnungen ebenso wie der benutzten deutschsprachigen Archivalien und Forschungsliteratur mehr oder weniger von der korrekten Form ab. Mit Bezug auf den Bestand TR-10/515 in Yad Vashem heißt es

beispielsweise: „Die Staatsanwaltschaft Wien erhebt gegen Franz Novak, Prozeß beginnt November 15, 1964“ (S. 332). Im Anhang werden unter den „zitierten Werken“ seltsamerweise auch Materialien aus dem Bundesarchiv in Freiburg, Koblenz und Berlin subsummiert. Dass der Autor in verschiedenen Archiven aufgefundene Karten beigegeben hat, ist hilfreich, doch ist die der Heeresgruppe Mitte dienende Straßenkarte (S. 82) hier allzu klein abgedruckt und kaum leserlich.

Von Pasher unbeachtet bleibt im Übrigen der seitens der Gestapo, in den Regierungspräsidien, Landratsämtern und Ortsbehörden getriebene Verwaltungsaufwand, der trotz kriegsbedingter Einschränkung ihrer Aufgaben bis in die letzten Wochen des NS-Regimes anhielt, um jüdische Deutsche nach „dem Osten“ zu schaffen, sie ihrer Versorgungsansprüche zu berauben – und nach der Deportation ihren Besitz zu „verwerten“, und um diejenigen, die geflohen waren, auszubürgern. Bislang gibt es keine Berechnungen darüber, wie viele Beamte und Angestellte auf diese Weise den deutschen Kriegsanstrengungen entzogen wurden.

Pashers Argumentation, die Fixierung auf die ‚Endlösung‘ habe den deutschen ‚Endsieg‘ vereitelt, vermag nicht zu überzeugen. Die darauf immer wieder insistierende Darstellung wirkt auf den Leser vielmehr stark konstruiert.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

### Toward a New History of the Cold War

*Mikkonen, Simo/Koivunen, Pia (Hrsg.): Beyond the Divide. Entangled Histories of Cold War Europe, 335 pp., Berghahn, Oxford/New York 2015.*

In recent years, Finland has become a hothouse for innovative Cold War research. Finnish universities have embarked on major consortium research projects such as „Relmag“ („Reimagined Futures in the European North at the End of the Cold War“) and organized some of Europe’s largest international conferences on Cold War history. Under the motto „East-West cultural exchanges and the Cold War“, the University of Jyväskylä hosted 84 participants from 26 different countries—among them were the 14 contributors to this volume. One of the explanations for Finland’s achievements in the field of Cold War Studies is most likely its exceptional role in the conflict

itself. Finland was a political and cultural mediator, a Cold War borderland, cultivating contacts and exchanges with both superpowers and their allies. It is this unique vantage point, this palpable national experience of Cold War cooperation and the Iron Curtain's permeability, which informs the underlying approach of Simo Mikkonen's and Pia Koivunen's anthology.

The editors make effective use of the introduction to clarify the scope and ambition of this volume, which "is not so much about the Cold War per se, but rather about the attempts to overcome it" (p. 3). By emphasizing the limits of the superpower dichotomy as the driving force of the Cold War era, and by highlighting the "elastic or semipermeable" nature of the Iron Curtain, this book is very much part of an emerging trend in Cold War research. Far below the level of official diplomacy, the stage is wide open for the study of non-state actors, civil society organizations, academic and cultural exchange programs, transnational networks, and the media (pp. 3–5). The concepts of "transnational" and "entangled" histories of the Cold War feature prominently in the introduction, and while there is nothing wrong with providing some state-of-the-art framework, these kinds of passages often tend to feel as if they were born out of necessity to tick the right checkboxes for modern historians (a problem acknowledged by the editors). In fact, approximately half of the contributions have an explicit binational perspective and are "transnational" mainly in the sense that they dial back the focus on governments. Nonetheless, there is a genuine effort throughout the book to explore the interconnections between various levels of formal and informal relationships across borders, both within and without national polities.

The volume is structured into four sections, which are defined by the types of actors and relationships examined in the chapters. The first section is about the interrelationships between official and unofficial diplomacy. As one might expect, these were often uneasy, but not necessarily unproductive. Giles Scott-Smith shows in his study of four different Dutch "policy entrepreneurs" (like the Oost-West Instituut or the JFK Institute) that such entities did not necessarily aid their country's diplomatic agenda directly, but "contributed to the overall terrain of East-West contacts as a whole" by creating parallel diplomatic channels (pp. 23–26, 37–39). Different notions of non-traditional diplomacy are probed throughout this section, but it is the relatively

well-known concept of "cultural diplomacy" which reappears in many of the following chapters.

One of the subtypes of cultural diplomacy, academic and cultural exchange, is at the heart of the second section. This is one of the volume's parts where the contributions adhere (mostly) to a binational perspective, but this is not to the detriment of the chapters. Some of the country choices may seem unexpected at first (such as Beatrice Scutaru's study of French-Romanian academic exchanges in the 1960s or Sampsa Kaataja's part on Estonian-Finnish computing cooperation), but this entire section substantiates the editors' postulate to perceive European countries not as annexes to their superpower, but as "independent actors", with relations to their counterparts on the other side of the Iron Curtain often being "not so much about the Cold War as they were about normal dealings between two countries" (p. 2). Moreover, these country choices have the benefit of transporting some little-known facts: One might be surprised to learn how heavily French relations with Romania relied on facilitating regime change through cultural diplomacy (pp. 121–122)—or how the less affluent Finnish universities imported inexpensive Soviet translations of (plagiarized) American computer science literature (p. 113).

These are more than just anecdotes. The anthology continues to confront the reader with a wide range of instances in which the micro-level shows a confounding picture of seemingly well-ordered, bipolar Europe. The third section deals with cultural and civil society connections across borders—and their limitations. This includes, for instance, the circulation of French literature in Poland (Václav Šmidrkal) or the work of Soviet "Friendship Societies" in Western Europe (Sonja Großmann). Acknowledging the limitations of transnational networks is crucial at this juncture and the editors deserve respect for confronting this problem in a straightforward manner. Observant readers will have noticed at this point that many of the contributors are hesitant to offer a more general appraisal of the larger political import and consequences of their subjects (see, for example, pp. 38–39, 116, 133). This problem is deeply ingrained in the matter, as many of the phenomena studied in this book are relatively small-scale and one would be hard-pressed to spell out their precise impact on the higher levels of politics and summit-grade diplomacy. There are exceptions, though, as Sonja Großmann and Nicolas Badalassi show in their chapters.

The fourth and final section focuses on professional and family networks, ranging from Lars Lundgren's study of TV broadcasting cooperation across the European divide (Juri Gagarin's return from space in 1961 was the first pan-European TV broadcast of the Cold War) to Anna Matyska's anthropologically informed examination of transnational family networks between Poland and Finland. While Matyska's chapter is noteworthy for its interdisciplinary approach, the entire anthology is a good example of the successful inclusion of quantitative materials in cultural history. This type of data ranges from the number of Swiss cultural visas (Matthieu Gilbert) to academic scholarships programs (Ioana Popa and Beatrice Scutaru) and to dissemination data for French literature and films in Czechoslovakia (Václav Šmidrkal). It should be mentioned that Šmidrkal is also the only author currently employed at an Eastern European university, which is somewhat surprising in the light of the highly diverse international composition of the authors and conference attendees.

In the end, it feels as if the authors and editors have already addressed most of the critical concerns a reviewer might point out. This also goes for the proverbial elephant in the room: By shifting the focus of Cold War history upon non-state actors and transnational forms of cooperation, one might argue that this is not so much research on the Cold War itself as it is research on everyday life, society, and culture against the backdrop of a Cold War tapestry (note the editors' engagement with this problem on p. 12). This, however, is a much larger question: Where did the power of the Cold War begin and what were its limits in terms of defining social reality? Mikkonen's and Koivunen's fresh and innovative anthology succeeds in pushing this important question once more to the top of the research agenda.

Hamburg

Klaas Voß

### Transnationale Erinnerungspolitik

*Capdepón, Ulrike*: Vom Fall Pinochet zu den Verschwundenen des Spanischen Bürgerkrieges. Die Auseinandersetzung mit Diktatur und Menschenrechtsverletzungen in Spanien und Chile, 374 S., transcript, Bielefeld 2015.

Auf dem ersten Blick beschäftigt sich die Studie der Hamburger Politikwissenschaftlerin Ulrike

Capdepón, die aus ihrer im Jahre 2010 fertiggestellten Dissertation hervorgeht, mit einem Thema, das in den letzten fünfzehn Jahren die Sozialwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen Europas und Lateinamerikas intensiv beschäftigte: Die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit in den europäischen und lateinamerikanischen Gesellschaften, die nach einer langen Diktatur den Übergang zur Demokratie erlebt haben. Von Anfang an stellt diese Studie jedoch klar, dass es sich hier um einen innovativen Ansatz handelt, der neues Licht auf einen beinahe überbearbeiteten Forschungsbereich wirft. Wie die Verfasserin deutlich in den ersten zwei Kapiteln zur Methodik und zum theoretischen Rahmen erläutert, geht es ihr nicht nur um die Dekonstruktion der „länderspezifischen Vergangenheitsdiskurse“ (S. 73–78), sondern vielmehr um die Analyse ihrer „Zusammenhänge“ (S. 79ff.) im Rahmen eines transnationalen Ansatzes, der den Akzent auf die Verflechtungen der nationalen Erinnerungskulturen setzt, um damit die „transnationalen Handlungsfelder der Erinnerungspolitik“ (S. 54–68) zu untersuchen. In den folgenden Kapiteln bietet sie einen systematischen Vergleich der Erinnerungskulturen in Spanien und Chile nach den jeweiligen demokratischen Übergängen (S. 103–145), der sich als eine pointierte Zusammenfassung der teils parallelen und größtenteils voneinander abweichenden Entwicklungen lesen lässt.

Den Kern der Forschung stellen die Kapitel 5 und 6 dar, wobei die Verfasserin sich auf den sogenannten „Fall Pinochet“ konzentriert, als der chilenische Diktator, der auch nach 1990 weiterhin eine einflussreiche Rolle in der chilenischen Politik als langlebiger Senator und Bezugspunkt der Treue der Armee aufrechterhalten hatte, im Oktober 1998 von dem spanischen Gerichtshof angeklagt wurde. Da sich der Diktator zu diesem Zeitpunkt in London aufhielt, führte die Initiative des Ermittlungsrichters Baltasar Garzón zur zeitweiligen Verhaftung des chilenischen Generals, der erst eineinhalb Jahr später freigelassen wurde. Das internationale Netzwerk spanischer und chilenischer Menschenrechtsorganisationen, die Anzeigen gegen die südamerikanischen Militärs eingereicht hatten, feierte das Ereignis als einen neuen Ausgangspunkt für die Anwendung universeller Gerichtsbarkeit auf die Verantwortlichen von Diktaturverbrechen. Die Autorin deutet dieses Vorkommnis als einen Wendepunkt, der „ein transnationales Bindeglied zwischen der chilenischen und der spanischen Vergangenheitsaufarbeitung“ signalisierte (S. 318). Nach Capdepón hatte das Ereignis

wichtige transnationale Rückwirkungen, die zu Neuverhandlungen über die jüngste Vergangenheit in der spanischen Öffentlichkeit führten (S. 201–215), welche letztendlich den Verlauf der öffentlichen Debatten zur Genehmigung des neuen ‚Erinnerungsgesetzes‘ durch die neue Linksregierung des Präsidenten Zapatero in den Jahren 2004–2007 entscheidend beeinflussen sollten (S. 216–221). Eine weitere Folge der Verflechtung der transnationalen Erinnerungsdiskurse war die neue Thematisierung der Frage der „Verschwundenen“ des Spanischen Bürgerkrieges, das heißt die Tausende von durch die Aufständischen hingerichteten Anhängern der Republik, die in anonymen Massengräben begraben wurden. Auf sie wurde das neue Konzept der „Verschwundenen“ (*desaparecidos*) angewandt, das sich bislang lediglich auf die südamerikanischen Militärdiktaturen der 1970er Jahre bezogen hatte. Damit gewann der Kampf um die Exhumierung und neue Beisetzung der Opfer der franquistischen Repression, die von verschiedenen Vereinen der Zivilgesellschaft getragen wurde, an internationaler Legitimation (S. 233–275). Auch die Garzón-Initiative zur Aufarbeitung der Franco-Diktatur sowie die daraus folgende geschichtspolitische Auseinandersetzung werden von der Autorin als indirekte Folgen der Transnationalisierung der Debatten wahrgenommen (S. 295–314).

Die Studie von Ulrike Capdepón stellt eine innovative und aufregende Interpretation der Diktaturbewältigungsprozesse dar, die überzeugend und weitgehend fundiert argumentiert – obwohl ihre Literatur zur franquistischen Diktatur und zur geschichtspolitischen Debatten in Spanien deutlich ausführlicher hätte sein können. Aus Sicht der Geschichtswissenschaft ist es trotzdem unumgänglich einige Probleme anzusprechen. Erstens bleibt die Frage unbeantwortet, inwieweit der internationale Kontext und die transnationale Dimension der Debatte um die „Verschwundenen“ und die Menschenrechtsverletzungen sich auf die Reaktivierung der Debatten um die Vergangenheitsbewältigung in Spanien bedeutender ausgewirkt haben als die innenpolitischen Rahmenbedingungen. Auch die Zweckdienlichkeit des Vergleichs zwischen Spanien und Lateinamerika wurde von mehreren Historikern und Historikerinnen, die sich für die Wiedererlangung des „historischen Gedächtnisses“ einsetzen, infrage gestellt. Die Rezeption der südamerikanischen Erfahrungen in Spanien war aus kulturellen Gründen stärker als die Rezeption der deutschen, italienischen oder französischen

Debatten zur Vergangenheitsbewältigung. Trotzdem wiesen mehrere Historiker und Historikerinnen auf die gravierende Unterschiede hin, welche die südamerikanischen Diktaturen von dem Spanischen Bürgerkrieg unterschieden, da letzterer aus chronologischer und historischer Sicht eher in den Rahmen der europäischen Erfahrungen der Diktaturbewältigung einzuordnen wäre. Auch in Deutschland, Frankreich oder Italien wurden manche dunklen Aspekte der jeweiligen totalitären Vergangenheit erst dreißig, vierzig und fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Öffentlichkeit debattiert. Letztendlich richtet sich die Autorin auch nach der Theorie des „Pakts des Schweigens“ aus: Dieser Interpretation zufolge verzichtete die antifranquistische Opposition explizit darauf, die jüngste Vergangenheit aufzuarbeiten, um den Ausbruch eines neuen Bürgerkrieges zu vermeiden. Trotzdem haben einige Autoren auch verdeutlicht, dass gerade in den Jahren 1976–1980 mehrere Fragen, die erst fünfundzwanzig Jahre später von der Vereinigung zur Wiedererlangung des „historischen Gedächtnisses“ erneut thematisiert wurden, schon in der Öffentlichkeit debattiert wurden, wie zum Beispiel die der Verschwundenen. Dass der Begriff dabei nicht in ähnlicher Weise wie am Anfang des 21. Jahrhunderts verwendet wurde, bedeutet somit aber nicht, dass die internationale Diskussion erst zu diesem Zeitpunkt das Thema erfand. Obwohl sich die Verfasserin explizit auf die Analyse des Diskurses bezieht, wäre es vielleicht sinnvoll gewesen, auch solche Präzedenzfälle stärker hervorzuheben.

München

Xosé M. Núñez Seixas

### **Wissenschaft und katholische Diktaturen**

*Gómez, Amparo/Canales, Antonio Fco./Balmer, Brian (Hrsg.): Science Policies and Twentieth-Century Dictatorships. Spain, Italy and Argentina, 244 S., Ashgate, Surrey 2015.*

Der Sammelband „Science Policies and Twentieth-Century Dictatorships“ vereinigt neun Beiträge, die sich mit den Natur- und Geisteswissenschaften seit den 1930er Jahren in faschistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts befassen. Die Schwerpunkte, denen sich die drei Herausgeber widmen, betreffen einerseits in Spanien den Sozialen Vertrag der spanischen

Gesellschaft vor dem Bürgerkrieg, diese auf einen – dem internationalen wissenschaftlichen Niveau anzuleichenden – Standard heranzuführen. Die von demokratischen Kräften angeregte Entwicklung endete 1936 freilich vor dem Hintergrund, dass in dieser Gesellschaft der Katholizismus noch paternalistisch – wie übrigens auch in Argentinien – dominierte und dieser eine rückwärtsgewandte und modernisierungshemmende quasi unüberwindliche Hürde darstellte. Das Schicksal spanischer Wissenschaftler erweist sich dann spätestens nach dem Bürgerkrieg auch prozentual vergleichbar mit denen zur Emigration und Flucht getriebenen deutschen und österreichischen Wissenschaftlern.

Ein zentraler Aspekt des Bandes ist die Rolle von Wissenschaft und Politik respektive ihrer Ressourcenbindung. Ob dabei der von den Herausgebern benutzte Begriff „politician scientist“ (S. 17) diese Kategorie abdeckt, ist fragwürdig, da sich die forschenden Akteure zumeist als schulebildende Funktionselite einbrachten, und dieses Spektrum reicht vom Mittläufer, über den vorausseilendem Gehorsam erheischenden Beamten bis hin zum Tathelfer, der aus unterschiedlichen Gründen sich seiner Rolle gerade auch als Wissenschaftler vollkommen bewusst war, selbst wenn es darum ging, Tötungshandlungen vorzunehmen. Ressourcen konnten etwa der Spanier Neurologe Jose Maria de Albareda wie auch die italienische statistische Liga erschliessen, wenn sie die gesellschaftliche Relevanz ihrer Forschungsabteilungen versicherten und staatlichen Abteilungen für Demographie und Rasse vorstanden. Die Thematik, ob Wissenschaften unter Diktaturen produktiver und erkenntnisgewinnender sein können, bewegen die Fachdisziplinen beziehungsweise Wissenschaftstheoretiker in dem Maße, wie es auch um die Relevanz und Reputation von Fachvertretern geht. Ebenso interessant zeigen sich die Ausführungen über die Bemühungen der spanischen Diktatur am europäischen Atomentwicklungsprogramm, dem CERN seit 1954 teilzunehmen, welches in Genf gegründet wurde (Xavier Roqué). Über die Hintergründe dieser europäischen Einbindungsstrategie der spanischen Diktatur unter Franco und den von spanischen Agrobusiness und Haziendas dominierten Eliten findet man leider nicht sehr viel Weiterführendes.

Der zweite Schwerpunkt dieses Bandes ist das Interesse des militärisch-industriellen Komplexes an den Wissenschaften in den faschistischen Diktaturen. Verdeutlicht wird hier in Kapiteln aus Italien, Spanien und Argentinien,

dass die faschistischen Eliten trotz ihrer autokratischen Strukturen einen erheblichen Nutzen an international konkurrenzfähigen Wissenschaftsinstitutionen erkannten. Erfolgreicher erwies sich Italien, das mit dem Ideologem des *mare nostra* eine klare auf den nordafrikanischen Kontinent abzielende geopolitische Hegemonialstrategie entwickelte. Der Kalte Krieg stellte zudem ein weiteres Treibmittel dar, und im Falle Argentiniens wurde dies auch eine Frage der militärischen Suprematie, hier eine Regionalmacht in Südamerika zu werden.

Das jüngste Beispiel der Aberkennung einer Ehrendoktorwürde des renommierten wie umstrittenen Zoologen Konrad Lorenz von der Salzburger Universität, lassen die Tragweite der künftigen Entwicklungen gerade mal erahnen (vgl. Süddeutsche Zeitung 11.12.2015; vgl. auch URL: <[http://www.uni-salzburg.at/fileadmin/multimedia/Admin\\_News/documents/HonorumSenat\\_01.pdf](http://www.uni-salzburg.at/fileadmin/multimedia/Admin_News/documents/HonorumSenat_01.pdf)>, Zugriff: 26.12.2015). Umso bedeutender ist die Absicht der Herausgeber und Autoren, sich im hier zu besprechenden Band mit den personellen, wissenschaftspolitischen und gesellschaftlichen Einflüssen der Wissenschaften in Italien, Spanien und Argentinien zu befassen. Gemeinsam ist allen drei Ländern, dass die wissenschaftshistorische Diskussion den Kinderschuhen entwächst. Wichtig erscheint mir, dass – basierend auf diesen Ausführungen – eine weiterführende künftige Forschung die Wechselwirkung auch mit den zentraleuropäischen Diktaturen nachvollzieht und ihre Defizite klarer herausstellt.

Basel

Michael Fahlbusch

### Therapie und Menschenbild

*Meier, Marietta*: Spannungsherde. Psychochirurgie nach dem Zweiten Weltkrieg, 480 S., Wallstein, Göttingen 2015.

1935 wurde in Portugal die Lobotomie, eine Hirnoperation zur Behandlung psychischer Störungen, entwickelt. Nach anfänglich starker Kritik etablierte sich das Verfahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Man erhoffte von den psychochirurgischen Eingriffen, die direkt ins Gehirn eingreifen und die Persönlichkeit des Patienten veränderten, eine Entlastung psychiatrischer Anstalten wie auch der Gesellschaft. Der Einsatz der radikalen Maßnahme, die psychisch

Kranke, „sozial bessern“ oder gar „sozial heilen“ sollte (S. 10), ebnete in den 1950er Jahren ab, auch wenn sie noch in den 1970ern angewandt wurde.

Das vorliegende Buch basiert auf der Habilitation der Historikerin Marietta Meier an der Universität Zürich. Es beleuchtet die Geschichte einer Behandlungsform, deren Einsatz ethische, wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Grunddebatten auslöste. Die Lobotomie, seinerzeit Leukotomie genannt, sollte psychischen Störungen den „affektiven Stachel“ (S. 15) nehmen. Diese Metapher verweist auf eine spezifische Betrachtung psychischer Krankheit und Therapie. Meiers Studie geht von dem Ansatz aus, dass soziale Akteure durch Strukturen beeinflusst werden, und diese durch ihr symbolisches Handeln sowohl reproduzieren als auch verändern (S. 20). Ausgehend von einer engen Verknüpfung von Gesellschaft und Wissenschaft rekonstruiert die Autorin wie Wissen zirkuliert und sich in der Tradition verändert. In neun Kapiteln analysiert Meier den Untersuchungsgegenstand in Anlehnung an Jacques Revels „Jeux d'échelles“ aus mehreren Perspektiven – im mikroanalytischen, regionalen und makrohistorischen Blick. Dazu bedient sich die Verfasserin vielfältiger Quellenarten sowie quantitativer wie qualitativer Analytik um Schlüsselbegriffe wie auch Deutungs- und Handlungsmuster sowie deren Vernetzung herauszuarbeiten.

In „Körper im Visier psychiatrischer Behandlungsmethoden“ widmet sich die Verfasserin den Anfängen der Psychochirurgie und Therapien, die seit den 1920er Jahren in der Psychiatrie angewandt wurden. Die Entwicklung der Lobotomie und wesentliche Akteure in der Schweiz werden dargestellt (S. 31). Das nächste Kapitel behandelt den wissenschaftlichen Kontext, in dem sich die Psychochirurgie etablierte. Neben der Geschichte der Hirnforschung seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert werden Fragen und Hoffnungen psychiatrischer Wissenschaft in Zusammenhang mit der Lobotomie analysiert. Im folgenden Part wird am Beispiel der Schweiz die Verbreitung der Lobotomie in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges rekonstruiert. Dabei geht Meier auf die desaströse Lage der Anstaltspsychiatrie ein. Im Kapitel „Das kleinere Übel“ wird die internationale wissenschaftliche Debatte zur Psychochirurgie näher beleuchtet. Meier merkt an, dass „in den 1940er und 1950er Jahren [...] vor allem vier Punkte diskutiert [wurden]: die Indikationsstellung, die Operationsresultate, die Persönlichkeitsveränderungen, die psychochirurgische

Eingriffe nach sich zogen, und die ethischen Fragen, die sich in diesem Kontext stellten“ (ebd.).

Anhand konkreter Fälle untersucht Kapitel 5 wie die psychochirurgische Maßnahme begründet und votiert wurde. Auch wird exemplarisch gezeigt, wie medizinisches und pflegerisches Personal sowie Patienten und Angehörige die Operationsfolgen beurteilten. Es zeigt sich, dass in der Regel die Lobotomie als „letzte Chance“ (S. 172) verstanden wurde und insbesondere der Eindruck der Aussichtslosigkeit dazu führten, die Lobotomie als scheinbar „einzige Möglichkeit“ (ebd.) „im Interesse der Patienten“ (S. 150) anzuwenden. Als wesentliches Entscheidungskriterium sei der Grad der sozialen Anpassung zu verstehen. So habe es „schon als Fortschritt [gegolten], wenn [die Patienten] auf einer ‚ruhigeren‘ Abteilung leben konnten oder nach dem Eingriff weniger häufig isoliert werden mussten“ (S. 174).

In „Zirkulierendes Wissen“ erarbeitet die Historikerin Interdependenzen zwischen populärem und Expertenwissen über Gehirn, psychische Störungen und Lobotomie. Auch wird analysiert wie von Seiten der Ärzteschaft für eine operative Maßnahme argumentiert und diese durchgesetzt beziehungsweise von ihr abgelassen wurde. Folgend geht Meier der Frage nach, warum der Eingriff bei Frauen etwa doppelt so häufig vorgenommen wurde (S. 206). Eine Erklärung hierfür sieht sie in einem „Doppelstandard seelischer Gesundheit“ wie der Annahme, dass „schwierige“ Patienten in Abhängigkeit zu ihrem Geschlecht aufgrund vorherrschender Rollenerwartungen unterschiedlich wahrgenommen wurden (S. 212). Im nächsten Kapitel befasst sich die Autorin mit der Produktion wissenschaftlicher Kenntnisse. Am Beispiel der Schweizer Psychiater Max Müller und Eugen Bleuler und deren internationalem wissenschaftlichen Austausch wird gezeigt, unter welchen Bedingungen wissenschaftlich zur Lobotomie geforscht wurde (S. 233).

Das Kapitel „Das Ende des ‚Massenexperiments‘“ zeigt wie anhand der Einführung neuer Behandlungsverfahren – der Neuroleptika wie der analytisch orientierten Psychotherapie – die Psychochirurgie im Laufe der 1950er Jahre zunehmend hinterfragt wurde und an Bedeutung verlor. Jedoch sieht die Verfasserin die abnehmende Bedeutung nicht einfach nur in Abhängigkeit zu neuen Medikationsmöglichkeiten, sondern versteht diese zusammenhängend mit einem „neuen Denkstil“ in der Auseinandersetzung mit Psychosen, der „Grundannahmen der Psychochirurgie ins Wanken“ (S. 261) gebracht

habe. Seit 1970 lasse sich eine „Renaissance“ der Psychochirurgie feststellen, zu der neben der Stereotaxie auch neue Erkenntnisse der Hirnforschung beigetragen haben (S. 291). Abschließend formuliert die Autorin vier Thesen zu Psychiatrie und Gesellschaft der Nachkriegszeit und zeichnet ein vielschichtiges Bild einer Behandlungsform in breitem Forschungskontext. In beigefügten Anhang findet die interessierte Leserschaft Übersichten zu Häufigkeiten psychochirurgischer Eingriffe in Schweizer Kliniken in den Jahren 1946 bis 1971, wie auch Bildnachweis und Literaturverzeichnisse.

Meiers Studie befasst sich mit einem wenig erforschten Gebiet der Geschichte der kontinentaleuropäischen Psychochirurgie. In der Studie wird eingehend analysiert wie und warum psychische Störungen nach 1945 in unterschiedlichen Zusammenhängen problematisiert wurden. Dazu analysiert sie anhand von Einzelfällen wie lokale Praktiken, nationale Kontexte und internationale Diskurse in Klinik und Forschung ineinandergriffen. In einem multiperspektivischen Ansatz zeigt die Autorin wie Subjekt-, Wissens-, Geschlechter- und Gesellschaftsordnung der Nachkriegszeit zusammenhängen. Damit leistet Meiers Band einen wesentlichen Beitrag zur Geschichte der Nachkriegsgesellschaft.

Die vorliegende Analyse erlaubt es Prozesse längerfristig einzuordnen, auch wenn deren Schwerpunkt auf den Nachkriegsdekaden liegt. Der Leser erhält einen Einblick in die internationale Debatte zur Psychochirurgie und der Genese der Etablierung und Genese der Lobotomie im deutsch- und französischsprachigen Raum Europas. Vor diesem Hintergrund lässt sich der Band auch als lesenswerter Beitrag zu einer problemorientierten Geschichte der Gegenwart verstehen, der die Wechselwirkungen zwischen wissenschaftlicher Forschung, einer Therapieform und dem Menschenbild einer Gesellschaft in den Fokus rückt.

Ulm

Felicitas Söhner

### **Knotenpunkte einer Internationale der Konservativen**

*Großmann, Johannes:* Die Internationale der Konservativen. Transnationale Elitezirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945, 651 S., De Gruyter Oldenbourg, München 2014.

Im Zentrum eines Netzwerks rechter Parteien in Europa verortete „Der Spiegel“ 1977 niemand anderen als Franz Josef Strauß und die CSU. Das Tagungszentrum der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth diente, so insinuierte das Magazin, als *locus arcanum* rechtslastiger Geheimdiplomatie. Tatsächlich war Kreuth seit 1975 der Ort jährlicher Treffen von Le Cercle, einem informellen Gesprächsforum von konservativen Politikern und Wirtschaftseliten aus Europa und seit den späten 1960er Jahren auch den USA, und tatsächlich gehörte Strauß zu den Schlüsselfiguren einer „Internationale der Konservativen“, wie Johannes Großmann in seiner glänzenden Studie zeigt. Auf eine rechte Verschwörung autoritärer Politiker lassen sich die internationalen Elitennetzwerke der Konservativen allerdings nicht verkürzen, wie das die „Spiegel“-Autoren in den aufgeheizten späten 1970er Jahren nahelegten. Vielmehr eröffnet Großmanns präzise Untersuchung eine instruktive Perspektive auf die Entwicklung des Konservatismus zwischen 1945 und 2000 in Europa, die einerseits dessen internationale Dimension herausarbeitet und andererseits zwischen unterschiedlichen Richtungen konservativen Denkens zu unterscheiden vermag. Die Grenzen zur ‚neuen Rechten‘, die sich seit den 1970er Jahren ebenfalls europäisch vernetzte, waren dabei fließend, wie das Beispiel des Institut d'Études Politiques Vaduz zeigt, das sich für die französische ‚Nouvelle Droite‘ ebenso öffnete wie für die intellektuelle ‚neue Rechte‘ der Bundesrepublik. Jenes fungierte ebenso wie Le Cercle oder das 1952 gegründete Centre Européen de Documentation et d'Information (CEDI) als Knotenpunkt ausgedehnter persönlicher Netzwerke und als „transnationale Sozialisierungsinstanz“ (S. 32). Demgemäß erzählt Johannes Großmann seine internationale Geschichte des Konservatismus ausgehend von diesen institutionellen Knotenpunkten.

Als Außenpolitiker verstand sich Franz Josef Strauß zeitlebens, als Staatsmann in Zeiten des Kalten Krieges, in denen es galt, Deutschland und Europa vor kommunistischer Unterwanderung zu bewahren. Der Antikommunismus war denn auch das Band, das die Männer – und es waren ausschließlich Männer – der „Internationale der Konservativen“ zusammenschweißte. Le Cercle hatte sich seit den mittleren 1960er Jahren aus dem engmaschigen Netzwerk um den französischen Rechtsanwalt Jean Violet entwickelt, der als Mittler hinter den Kulissen internationaler Politik agierte. So diskret wie Violet sollte sich auch Le Cercle betätigen: abseits der

Medienöffentlichkeit, abseits regierungsamtlicher Strukturen, abseits parteipolitischer Gepflogenheiten, abseits des politischen Konsenses. So trafen in konspirativer Runde zwei- bis dreimal im Jahr führende Politiker, Diplomaten, Banker und Unternehmer aus Italien, Spanien, Frankreich, Deutschland, Brasilien und auch dem Libanon zusammen, um das Weltgeschehen zu beraten, sich auszutauschen und Strategien abzusprechen – nicht mehr und nicht weniger. Als sich in den USA ein politischer Wechsel andeutete, wurden die transatlantischen Kontakte über David Rockefeller in das Umfeld Richard Nixons intensiviert; seit Anfang der 1970er Jahre öffnete Le Cercle seine Türen für britische Konservative. Dass Männer aus autoritären Regimen, wie besonders katholische Politiker aus Francos Spanien, in die Netzwerke ganz selbstverständlich integriert wurden, zeugte sowohl von dem elitären, zunächst dezidiert aristokratischen Selbstverständnis der Protagonisten, das auf persönliche Begegnung mehr gab als auf demokratische Usancen, als auch von deren intellektueller Akzeptanzbereitschaft nach rechts angesichts der perhorreszierten kommunistischen Bedrohung.

Die Internationalität der katholischen Kirche war in den 1950er Jahren der Ausgangspunkt für die Institutionalisierung elitärer Kommunikationsnetze in Europa, die das Leitbild des christlichen, besser: katholischen „Abendlandes“ zu realisieren sich aufgegeben hatten. Die Abendländische Akademie, die die bundesrepublikanische Bewegung organisierte, und das Comité International de Défense de la Civilisation Chrétienne mit einem französischen Schwerpunkt stellten dafür die Plattformen bereit. Im Sinne der europäischen katholischen Einheit knüpften sie Kontakte ins franquistische Spanien genauso wie in die unter sowjetischer Herrschaft stehenden Länder Ostmitteleuropas. Die deutsche Abendlandbewegung ist zwar gut erforscht (u. a. Schildt „Zwischen Abendland und Amerika“, 1999; Conze „Das Europa der Deutschen“, 2005), über ihre internationale Dimension war indes bislang wenig bekannt. Welche Bedeutung diese für den Wandel konservativen Denkens seit den späten 1950er Jahren hatte, legt Großmanns Arbeit frei. Das 1952 von abendländischen Kreisen gegründete CEDI wurde seit den 1960er Jahren zum Nukleus eines transnational agierenden Konservatismus, der von betont religiösen, antiliberalen, paternalistischen und korporatistischen Ideen Abstand nahm, sich demokratisierte und in zunehmendem Maße wirtschaftsliberalem Denken öffnete. Es blieb eine ambivalente Haltung

gegenüber dem Liberalen: Kritik an gesellschaftlicher Liberalisierung paarte sich mit dem Ruf nach der Freiheit der Wirtschaft; die Warnung vor einem Zuviel an Gleichheit im demokratischen Wohlfahrtsstaat stand neben der Forderung nach staatlicher Förderung von Wissenschaft und technologischer Innovation. Auf dieser Basis konnten sich kontinentaleuropäische mit britischen wie US-amerikanischen Konservativen um die Realisierung einer konservativen Internationale bemühen. Seit den mittleren 1970er Jahren, so konstatiert Großmann, agierten westeuropäische und angelsächsische Konservative auf einer gemeinsamen ideologischen Plattform.

Allerdings bedarf dieser Prozess ideologischen Wandels noch weiterer, differenzierter Untersuchung. Besonders dem britischen und US-amerikanischen Konservatismus wird die von Großmann angebotene Lesart eines von „neoliberalen“ Ideen durchzogenen „Neokonservatismus“ kaum gerecht, der auf einen kontinentalen Konservatismus getroffen sei, der sich für „antimodernistische, antiliberaler und antidemokratische Ressentiments“ (S. 286) anfällig erwiesen hätte. Bei Weitem nicht alle angelsächsischen „Neokonservativen“ waren einstige Konsensliberale, die aus Enttäuschung über den Linksruck der 1960er Jahre zu Konservativen geworden waren. Die im unscharfen und missverständlichen Begriff des „Neokonservatismus“ gebündelten Bewegungen, die sich allesamt als Erneuerer des „eigentlichen“ Konservatismus verstanden, zeichneten sich durch eine Bandbreite an Ideen, Meinungen und Traditionsbezügen aus, unter denen die Rezeption wirtschaftsliberaler Ideen nur ein Element unter mehreren darstellte. Sowohl in Großbritannien als auch in den USA war etwa ein Gutteil Rassismus integraler Bestandteil des neu gemixten konservativen Cocktails. Und selbst in Bezug auf die Wirtschaftspolitik gingen die Meinungen auseinander. So eindeutig waren die Positionen nicht, wenn es um das rechte Maß von Staatsintervention oder die Gestalt des Wohlfahrtsstaates ging.

Als „biographies croisées“ erzählt Johannes Großmann die Verflechtungsgeschichte des europäischen beziehungsweise transatlantischen Konservatismus nach 1945. Dadurch gelingt es ihm in vorbildlicher Weise, individuellen Lebenswegen und strukturbildenden Faktoren des Konservatismus gleichermaßen gerecht zu werden. Nur was passierte, wenn sich die gekreuzten Lebenswege wieder voneinander entfernten? Vertraten die Männer, die schöne Tage an noch schöneren Orten Europas miteinander

verbrachten, auch nach ihrer Rückkehr in ihre nationalen Kontexte jene Ideen, die sich im Schweizer, französischen oder bayerischen Refugium als geteilte Gewissheiten herauskristallisiert hatten? Wie etwa wurden die Spannungen zwischen deutschem Ordoliberalismus und amerikanisch geprägtem Neoliberalismus verarbeitet? Oder wurden diese schlicht unter den Tisch gekehrt, um den internationalen Schulterchluss nicht zu gefährden?

Die von Johannes Großmann beschriebenen Knotenpunkte einer Internationale der Konservativen waren zweifelsohne bedeutend. Das Netzwerk, das Konservative aller Couleur zunächst über Europa und dann auch den Atlantik spannten, war indes noch um einiges vielgestaltiger; es verfügte über eine Vielzahl weiterer Knotenpunkte. Über solche Knotenpunkte, seien sie persönlicher Art wie beispielsweise zwischen Experten internationaler Diplomatie oder zwischen Intellektuellen, seien sie institutioneller Art wie zwischen Parteien, wissen wir noch viel zu wenig. Erst wenn diese Netze rekonstruiert sind, werden die von Großmann beschriebenen Foren noch klarer konturiert werden können. Es bleibt also viel zu tun. Diese Perspektiven geöffnet zu haben, ist das große Verdienst von Johannes Großmanns Studie.

Augsburg

Martina Steber

### **Ikographische Europaforschung**

*Pfister, Eugen:* Europa im Bild. Imaginationen Europas in Wochenschauen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich 1948–1959, 372 S., V&R unipress, Göttingen 2014.

Welche Bilder machten sich Europäer und Europäerinnen von Europa? Dieser übergeordneten Fragestellung widmet sich Eugen Pfister in seiner veröffentlichten Dissertation anhand von Wochenschauen, die in der Frühphase der europäischen Integration ausgestrahlt wurden. Nicht weniger als vier europäische Länder hat sich der Autor mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich für seine Analyse herausgesucht. Mit dem Terminus „Europabilder“ sind neben visuellen Bildern auch durch Metaphern, Narrative und musikalische Untermauerungen vermittelte Vorstellungen von Europa gemeint (S. 19). Pfisters Ziel ist es, die lange

dominierende „Top-down“-Perspektive der europäischen Geschichtsforschung aufzubrechen. So fragt er, welche Bilder von Europa die im Kino gezeigten Wochenschauen vermittelten und inwiefern diese Bilder die Wahrnehmungen der Bürger beeinflussten. Angesichts des Vier-Länder-Vergleichs steht zusätzlich die Frage im Fokus, ob ein „transnationales“ Europabild oder eher verschiedene nationale Europabilder zu erkennen waren.

Der Hauptteil des Buches gliedert sich erstens in eine theoretische Kontextanalyse und zweitens in eine praktische Produktanalyse der erkennbaren Europabilder und europäischen Imaginationen. So beginnen die theoretischen Ausführungen mit methodischen Überlegungen zu Filmquellen. Dieser Teil hätte aufgrund seiner Prägnanz freilich gut in die Einleitung eingegliedert werden können. In weiteren Schritten widmet sich der Autor der Geschichte und Produktion der Wochenschauen sowie den politischen Mechanismen hinter den Filmbeiträgen. In diesem Zusammenhang kommt Pfister zu dem Schluss, dass der Presse- und Informationsdienst der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) kaum einen direkten nachhaltigen Einfluss auf die Inhalte der Wochenschauen hatte. Nur ein Bruchteil der Berichte ging tatsächlich auf die EGKS zurück (S. 152f.).

Die inhaltliche Analyse der Wochenschauen unterteilt sich einerseits in länderübergreifende Imaginationen, andererseits in nationalspezifische Europabilder. Für alle vier Staaten arbeitet Pfister zunächst vier stringente Europavorstellungen heraus, die dem Publikum präsentiert wurden: 1. Imaginationen einer politischen europäischen Gemeinschaft, das heißt die Präsentation eines politischen Prozesses, an dem die Bürger selbst nur wenig beteiligt waren. 2. Ein garantierter wirtschaftlicher Aufschwung durch die Zusammenarbeit der europäischen Staaten. 3. Die Aufhebung der europäischen Grenzen und daraus resultierende zukünftige Zoll- und Reisefreiheit. 4. Imaginationen einer geographischen europäischen Gemeinschaft, die durch animierte Karten eines zusammenwachsenden Europas untermauert wurden.

Daneben räumt der Autor ein, dass die Wochenschauen in den vier Ländern trotz gemeinsamer Vorstellungen auch nationalspezifische Europabilder präsentierten. Dies sei aber kein Widerspruch zwischen „nationalen“ und „europäischen“ Europabildern, da vor allem die Motive für eine verstärkte Europapolitik national beeinflusst waren: Im Fall von Deutschland spielte

beispielsweise die Wiedererlangung der Souveränität eine tragende Rolle, im Fall von Frankreich war es die Wiederkehr zur „Grande Nation“. Die nationenübergreifenden Imaginationen Europas blieben davon jedoch unbeeinflusst, so Pfister (S. 295 und 337).

Leider kann Eugen Pfister seinen Anspruch, die „Top-down“-Perspektive aufzubrechen, aus zweierlei Gründen nicht uneingeschränkt verwirklichen: Erstens untermauern die Ergebnisse die verbreitete These der europäischen Integration als ein Elitenprozess, nicht zuletzt da es sich bei den in den Wochenschauen auftretenden Sprechern in erster Linie um führende Europapolitiker und Föderalisten handelte. Zweitens räumt der Autor wiederkehrend ein, dass über eine direkte Wirkung der Wochenschauen auf ihr Publikum nur spekuliert werden kann. Inwiefern sie die Meinungen der Bürger über Europa tatsächlich beeinflussten, bleibt unbeantwortet.

Dennoch liefert Eugen Pfister mit seiner Studie einen lobenswerten politischen und ikonographischen Beitrag zu einer historischen Europaforschung, die verschiedene Wahrnehmungen und Imaginationen Europas in den Fokus stellt. Mit der Untersuchung filmischer Bildquellen widmet sich das Buch darüber hinaus einem bislang stiefmütterlich behandelten Medium.

Potsdam

Ariane Brill

### **Der ‚lange Arm‘ der Stasi**

*Muhle, Susanne:* Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, 670 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015.

Etwa 400 Menschen wurden nach 1949 aus der Bundesrepublik und vor allem aus West-Berlin in die DDR verschleppt oder entführt. Instruiert von der DDR-Geheimpolizei, dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS), schlugen die Entführer ihre Opfer nieder, narkotisierten sie mit Betäubungsmitteln oder machten sie betrunken, um sie über die Berliner Sektoren- oder die deutsch-deutsche Grenze schaffen zu können. Die Mehrzahl dieser Entführten und Verschleppten – unter ihnen in den Westen geflohene Volkspolizisten, DDR-kritische Journalisten oder Mitarbeiter antikommunistischer Organisationen – fanden sich anschließend in

Untersuchungshaftzellen wieder; einige von ihnen wurden auch der sowjetischen Geheimpolizei übergeben und nach Moskau gebracht. Den Verhaftungen schlossen sich Wochen und Monate an, in denen sie verhört wurden, oftmals unter erheblichem psychischem Druck. Schließlich wurden sie für ihre angeblichen staatsfeindlichen Handlungen vor Gericht zur Verantwortung gezogen. In 26 Fällen sprachen DDR- und sowjetische Richter Todesurteile, die nur in zwei Fällen nicht vollstreckt wurden (S. 238).

Susanne Muhles Dissertation „Auftrag: Menschenraub“ führt zurück in die repressiven 1950er Jahre der DDR und auf den stalinistischen Kern der Staatssicherheit, die den Kampf gegen den Systemgegner in dieser Phase im Wortsinne mit allen Mitteln führte. In ihrer außerordentlich materialreichen Studie wählt die wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Berliner Mauer einen streng systematischen Zugriff auf dieses Kapitel der deutschen Teilungsgeschichte. In ihrem ersten Hauptteil widmet sie sich der „Entführungspraxis des MfS und ihren Folgen“: Sie skizziert an einer Reihe von Fallbeispielen den Ablauf der Entführungsaktionen, widmet sich den beteiligten Dienststellen im MfS-Apparat sowie den Funktionen des „Menschenraubs“. Dieser diente, so ihr Resümee, in erster Linie der Abschreckung, insofern die Entführungen in den betroffenen westlichen Organisationen wie in der bundesdeutschen Gesellschaft Verunsicherung und Angst stiften sollten (S. 236, 597).

Darauf widmet sich die Autorin dem weiteren Schicksal der Entführten: ihren oftmals katastrophalen Haftbedingungen, denen sich einige durch Suizid zu entziehen versuchten (S. 254) sowie ihrer Rückkehr in den Westen nach jahrelanger Haft, die nicht immer das Ende ihrer Leidensgeschichte bedeutete. In einigen Fällen sahen sie sich nun Verdächtigungen ausgesetzt, freiwillig in die DDR gegangen und (wie, so zumindest der Anschein, der Verfassungsschutzpräsident Otto John) Landesverrat begangen zu haben – ein Verdacht, den die DDR-Presse nach Kräften zu stützen suchte (S. 291). Schließlich analysiert Muhle die Reaktionsmuster des Westens, die sich freilich nicht in Misstrauen erschöpften. Im Sommer 1951 verabschiedeten das Westberliner Abgeordnetenhaus und der Bundestag etwa Gesetze „zum Schutz der persönlichen Freiheit“, die bereits die Vorbereitung zum Menschenraub unter Strafe stellten (S. 364f.). Hinzu kamen massive öffentliche Proteste und Pressekampagnen, die im Falle des Gewerkschaftsjournalisten Heinz

Brandt auch erfolgreich waren: Die SED-Führung ordnete aufgrund des massiven Drucks aus dem Westen Brandts Entlassung an (S. 345f.). Aber das war bereits im Jahre 1964, als die Entführungen auch aus DDR-Sicht nicht mehr zeitgemäß waren.

Bis hierhin kann Muhle noch auf der bisherigen Forschung aufbauen, etwa auf die Veröffentlichungen des im Jahre 1955 vom MfS entführten Journalisten Karl Wilhelm Fricke (siehe z. B. Fricke „Akten-Einsicht: Rekonstruktion einer politischen Verfolgung“, 1996; Fricke/Engelmann „Konzentrierte Schläge“, 1998) – auch wenn ihre Darstellung sehr viel umfassender angelegt ist. Doch vor allem mit ihrem zweiten Hauptteil betritt die Autorin Neuland. In diesem Teil widmet sie sich auf gut 200 Seiten den „Entführer-IM“, also jenen von der Staatssicherheit rekrutierten Personen, die den Menschenraub praktisch durchführten. Auch hier geht die Verfasserin systematisch vor und untersucht die biographischen und sozialen Hintergründe der 50 analysierten IM ebenso gründlich wie deren politische Orientierungen, Mentalitäten und „Motivstrukturen“. Als Letztere fasst sie deren politische Überzeugungen (deren Bedeutung sie möglicherweise etwas überschätzt) beziehungsweise finanziellen Interessen, die den sehr viel wichtigeren Anreiz dargestellt haben dürften. Muhle zeigt in einem Abschnitt über die Handlungsspielräume der Entführer, dass viele von ihnen ihre Aktionen eigenständig planten; in der Tat waren MfS-Offiziere mehrfach gefordert, ihre IM von „wilden Entführungen“ abzuhalten. Ein Abschnitt über die strafrechtliche Verfolgung dieser Entführer vor und nach 1990 beschließt diesen zweiten Teil der Arbeit.

Die große Stärke der Studie liegt, neben ihrer breiten Quellengrundlage, in ihrem systematischen und analytischen Zugriff. Gerade dieser ermöglicht es der Autorin, ein detailliertes und bisweilen beklemmendes Bild von Repression, Terror und dem Leid der Opfer zu zeichnen, ohne in Schwarz-Weiß-Malerei beziehungsweise eine Dämonisierung der frühen DDR und ihrer Geheimpolizei zu verfallen. Freilich ist mit dieser Stärke ihres systematischen Ansatzes auch ein bereits an anderer Stelle monierter (s. die Rezension von Armin Wagner, in: H-Soz-u-Kult, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2015-2-114>, 20.05.2015) Nachteil verbunden: Im Laufe der Studie werden die einzelnen Entführungsfälle (deren Zahl doch begrenzt ist) immer wieder aus unterschiedlicher Perspektive aufgegriffen und analysiert – aus

der des MfS, des Entführungsoffiziers, des Entführers et cetera. Das birgt für sich genommen bereits die Gefahr, die Leserschaft zu verwirren. Schwierig wird es immer dann, wenn die Autorin die Entführungsoffiziere nicht einheitlich namentlich nennt (vgl. S. 487 und 498) oder die Entführer bei der einen Gelegenheit mit Klar-, bei der anderen mit Decknamen bezeichnet. Zudem gewinnt die Arbeit passagenweise enzyklopädischen Charakter – etwa, wenn die Autorin ausführlich die Diskussionen über die Frage der Bewaffnung der Westberliner Polizei mit Schusswaffen referiert (S. 358f.) oder die Schullaufbahnen der Entführer-IM durchdekliniert (z. B. S. 382).

Und doch lohnt es sich immer, „dran“ zu bleiben. Regelmäßig bietet die Arbeit sehr anregende Einblicke, etwa in die sozialen Milieus der Entführer – von denen mehr als die Hälfte bereits vorbestraft waren, als das MfS mit ihnen zum ersten Mal Kontakt aufnahm – oder in die Kooperation zwischen MfS und Entführern, die in mehreren Fällen auf „Erfolgsprämien“ in enormer Höhe basierten (S. 463ff.). An diesen Stellen geht Muhles Studie über ihren Gegenstand und ihre Fragestellungen hinaus und nimmt Züge einer Geschichte des Kalten Krieges „von unten“ respektive von den gesellschaftlichen Akteuren her an. Es ist zu hoffen, dass diese Perspektive weiter an Raum gewinnt und in künftigen Studien aufgegriffen wird (vgl. in diesem Sinne Heitzer „Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU)“, 2015).

Potsdam

Rüdiger Bergien

### Deutsch-portugiesische Beziehungen im Kalten Krieg

*Lopes, Rui: West Germany and the Portuguese Dictatorship, 1968–1974. Between Cold War and Colonialism, 288 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2014.*

Neuere Forschungen zur Nachkriegszeit machen deutlich, dass die Auswirkungen des Kalten Krieges nicht nur an den offensichtlichen Schauplätzen zwischen den USA und der Sowjetunion, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und anderen prominenten Konflikten zwischen West und Ost ablesbar sind. Logiken des Kalten Krieges bestimmten auch die Beziehungen im geopolitischen Westeuropa. Rui Lopes macht dies am Beispiel der Politik der Bundesrepublik

gegenüber dem portugiesischen Estado Novo deutlich. In der aus seiner Doktorarbeit an der London School of Economics hervorgegangenen Studie untersucht er die deutsche Haltung gegenüber der portugiesischen Diktatur während der Amtszeit von Ministerpräsident Marcelo Caetano, Nachfolger des langjährigen Regierungschefs António de Oliveira Salazar, von dessen Regierungsantritt 1968 bis zur Revolution des 25. April 1974. Lopes' Hauptinteresse gilt der Frage nach Brüchen und Kontinuitäten der deutschen Portugal-Politik, insbesondere der Regierung von Willy Brandt, im Spannungsfeld zwischen dem Kalten Krieg und dem portugiesischen Kolonialkrieg.

Angesichts dieser diversen Konflikte dient der Begriff „Front“ als roter Faden für die Studie, deren Kapitel auch unabhängig voneinander gut lesbar sind. Zunächst untersucht der Autor den Einfluss der „internationalen Front“ auf die westdeutsche Politik: die afrikanischen Unabhängigkeitsbestrebungen, die zunehmende Kritik an Portugal als Kolonialmacht und den Wettbewerb zwischen West und Ost um Einfluss in der sogenannten ‚Dritten Welt‘. Demgegenüber steht das Kapitel zur „häuslichen Front“ innerhalb der Bundesrepublik und die Analyse der öffentlichen Meinung verschiedener westdeutscher Gruppen und Akteure, insbesondere antikolonialistische Solidaritätsbewegungen im Kontext von 1968, die Berichterstattung der Presse und die Haltung der Kirchen. Letztere machen insbesondere deutlich, wie gespalten viele Gruppen waren: Theologen oder kirchlichen Gruppen protestierten gegen Portugal als Kolonialmacht, während sich die Spitzen der katholischen und evangelischen Kirche reserviert gegenüber den afrikanischen Befreiungsbewegungen zeigten, teils aufgrund deren Methoden, teils aus Solidarität mit der antikommunistischen portugiesischen Regierung und der katholischen Kirche in Portugal (S. 90). Im Kapitel zur „wirtschaftlichen Front“ schildert Lopes die letztlich vergeblichen Bemühungen der deutschen Regierung, Wirtschaft und Politik voneinander zu trennen, was besonders eines der wichtigsten entwicklungspolitischen Großprojekte zeigt – der mit europäischen Krediten mitfinanzierte Bau des Cahora Bassa-Staudamms in Mosambik. Die öffentliche Kritik daran bewirkte zwar nicht das Ende der deutschen Finanzierung, verhinderte aber die Unterstützung weiterer Projekte. Vor ähnlichen Dilemmata stand die Bundesregierung an der „militärischen Front“, wo sie eine Balance zwischen der Verurteilung des Kolonialkrieges und der Pflege der militärischen

Beziehungen mit dem NATO-Partner suchte. Von Brandts Kanzlerschaft erhofften sich Portugalkritiker eine stärkere Distanzierung vom Estado Novo als von dessen CDU-Vorgängern; trotz kritischer Haltung blieb jedoch eine substantiell andere Politik an der „diplomatischen Front“ gegenüber Lissabon aus. Stattdessen betrieb die SPD insbesondere über die Friedrich-Ebert-Stiftung eine „parallele Front“, an der sie die afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen ebenso wie die sozialistische portugiesische Opposition unterstützte. Diese Kompensation der offiziellen Politik auf nichtstaatlichem Weg machte die zwiespältige Haltung gegenüber dem Estado Novo besonders deutlich.

Ambivalenz ist auch die Eigenschaft, die Lopes als zentral für die deutsche Haltung gegenüber Portugal in seinem Untersuchungszeitraum herausarbeitet. Sichtbar wird dies beispielsweise an den unterschiedlichen Standpunkten innerhalb der Regierung und Regierungsparteien: Die deutlichsten Gegenpole waren das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Eberhard Eppler als starker Befürworter einer weniger konzilianten Politik gegenüber dem Estado Novo und das Auswärtige Amt unter Walter Scheel, dessen Diplomaten Liberalismus und moderate Reformen als den besten Weg zu einem Politikwechsel in Portugal ansahen (S. 240f.). Dass die Regierung Brandt trotz insgesamt deutlicherer Distanz zum Estado Novo die Politik der konservativen Vorgänger fortsetzte, begründet Lopes insbesondere mit der Neuen Ostpolitik. Wenn eine Annäherung an die DDR möglich war, dann musste dies auch für autoritäre Regime innerhalb des westlichen Bündnisses gelten; ein starker Angriff auf Portugal hätte den Eindruck erweckt, dass die Regierung eher die Unterdrückung in Afrika als die in der DDR anprangerte. Damit verband sich die Hoffnung, dass sich die portugiesische Herrschaft in Afrika durch einen langsamen statt abrupten Prozess wandeln würde – ähnlich wie Bonn sich dies für das Verhältnis zum Ostblock erhoffte (S. 244). Letztlich, so Lopes, gab die SPD-FDP-Koalition einer Politik der Stabilität mit den westlichen Partnern und der Entspannung gegenüber dem Osten den Vorrang gegenüber der Solidarität mit afrikanischen Entkolonialisierungsbewegungen.

Lopes' differenzierte, facettenreiche Studie ist ein wichtiger Beitrag zu den insgesamt wenig erforschten deutsch-portugiesischen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Sie liefert darüber hinaus interessante Einblicke in die Haltung

deutscher Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit angesichts der afrikanischen Unabhängigkeitsbestrebungen der 1960er und 1970er Jahre. Über den konkreten Untersuchungsgegenstand hinausgehende historiographische oder methodische Reflexionen, etwa zur Historisierung des Kalten Krieges und seiner Deutungsmuster, finden sich darin nicht. Auch hätten einige perspektivische Bemerkungen zu Brüchen und Kontinuitäten nach der Nelkenrevolution noch eine gute Abrundung geboten. Die solide Analyse des Themas macht hingegen mehr als deutlich, wie sehr die westdeutsche Politik gegenüber Lissabon den Prioritäten untergeordnet war, die sich aus den Beziehungen zu Washington, Moskau und Ost-Berlin ergaben.

Basel

Patricia Hertel

### The “ordinary Sixties”

*Trevor, Harris/O'Brien Castro, Monia: Preserving the Sixties. Britain and the „Decade of Protest“, 216 pp., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2014.*

Few things are less exciting than the revisionary ardour with which scholars sometimes set out to challenge what everybody knows is but a shorthand term. “Preserving the Sixties”’s general hypothesis is that we remember the 1960s wrongly; that they were hardly the *Sixties*, as the term has come to be understood in popular culture, in the media, indeed among people of all age groups. “Preserving the Sixties” reminds us that the decade was not *just*—not even *predominantly*—an explosion of left radicalism, student protest, Arts Labs, happenings, and experimental theatres. It explains how the *Sixties* trickled down to ordinary communities in Britain and how researchers were sometimes dismayed to discover that—in fact—they hardly did. This comes as no surprise as changes take time to make it to the peripheries and thus the “ordinary Sixties” were a much quieter affair there.

Setting out to complicate this cliché, the authors often end up asserting what we all presumed: “the Sixties” is only a stock phrase used for convenience. Therefore, “Preserving the Sixties” can be seen as an expression of academic overscrupulousness; the book brings together essays which pursue this “stock phrase” hypothesis and yet are thoroughly interesting in all other

respects. Urban historian R. J. Morris, for example, shows the 1960s to be a decade of rapid modernisation during which the clash between newly achieved freedom and advanced systems of social control reached a certain peak. The proliferation of motorcars among middle- and working-class populations created a fresh mood that was reined in by social systems of control symbolised by the parking meter. The car culture also led to a huge rebuilding of Britain, a thorough re-vamping of urban space, and the destruction of the old-style communities and neighbourhoods. Equipped with cars, working-class populations were relocated to the outskirts of the cities where they became owners of council houses after a long wait which was regulated by endless lists subject to subtle and elaborate controls by urban housing authorities, Labour Party branches, and trade unions. Analogously, middle class house owners became subject to controls attached to the mortgage system. Freedom and choice-making were effectively regulated by new housing architecture and institutions controlling the housing’s financing.

Morris’s argument is fascinating and energetically written so that the reader’s interest never fades. This can also be said for most of the other contributions in this volume. Sylvie Pomiès-Maréchal and Matthew Leggett, in “The Abortion Act 1967: A Fundamental Change?”, zoom in on the complex parliamentary politics at the time when the Abortion Act was being considered, amended, and voted on. As a result of the savvy scheming of several MPs, the abortion bill was sponsored not officially by the government but by backbench MP David Steel. Only such a strategy could offer an effective way of sponging up the very scattered support for the liberalisation of the abortion laws from across the Parliament’s political groups, somehow in spite of the surges of very bitter conservative, “pro-life” opposition in both parties.

Jeremy Tranmer, in “The Radical Left and Popular Music in the 1960s”, casts a sceptical eye on the myth that the radical leftist groups formed a fruitful alliance with popular music stars like John Lennon or Mick Jagger in an effort to bring about fundamental political change. According to Tranmer, Jagger was committed more to his hedonism than to any cause and Lennon’s political ideas were rather vague. The radical left and rock’n’roll musicians would often seek association with one another but for reasons that were often opportunistic, painfully pragmatic, or trivial: They did so out of snobbery, affectation,

or boredom. At best, their motives were based on "vague, half-baked ideas". Tranmer seems to hit the mark when arguing that Britain in the 1960s lacked big political issues around which popular culture and radical left could crystallize and unite. There was certainly nothing of the calibre of the civil rights movement and the opposition to the war in Vietnam in the US (the British youth ended up being agitated by American problems).

In "Pulp Fiction: Stereotypes in the 1960s British Literature" Peter Vernon first asserts the ongoing tension between freedom and oppression in British social life and the continued, often class-inflected division between London and peripheral regions. The 1960s brought those tensions and divisions to a new peak. The decade may be remembered for the "LSD-drenched, groovy, metropolitan world centred on Piccadilly and Carnaby Street, London" but the individual experience was often "one of austerity, dreadful bread, flat warm beer, and racism" (p. 131). Eventually Vernon lines up readings of Iris Murdoch's "Severed Head" (1961), John Fowles's "The French Lieutenant's Woman" (1969), John Braine's "Room at the Top" (1957), Keith Waterhouse's "Billy Liar" (1959), and Alan Sillitoe's two best-known novels as evidence for these contradictions within a decade that is too often complimented on its progressive accomplishments.

Judith Roof's article "Sketchy Counter-Culture" discusses another relevant cultural phenomenon that points towards the ambivalence of the 1960s. It observes that the subversion of the decade usually could not manifest itself in other ways than in the subtlest "minutely structural tactics of the ever-sophisticating practices of [television] comedy" (p. 145). Her examples are well researched: "Beyond the Fringe", "TW3", and finally, and most triumphantly, "Monty Python" "nudge revolution" by inflecting all the established ways of thinking, but Roof's ways to describe why jokes are culturally critical are sometimes overly complex.

Regardless of the book's heavy emphasis on debunking a stereotype, there is much to like about it: For example Raphael Costambeys-Kempczynski's efforts to step beyond the conventional binary opposition between the false stereotype of the "Sixties" and the true "reality", something he does by evoking the notion of "heuristic fictions" that often become "functional in the communication of socially useful codifications" (p. 175); or Ben Winsworth's engaging discussion of the multi-levelled liberation caused by the Beatles' album "Sgt. Pepper's

Lonely Hearts Club Band". Last but not least, the book's high readability and careful editing is worth mentioning. I only wish the book had delivered better on Mark Donnelly's promise in the exciting introductory article "Sixties Britain: The Cultural Politics of Historiography". He draws on Hayden White to argue that the historiographers of the Sixties should recognize the locatedness of their interpretive positions in a poststructuralist way and thus be open about and "act upon [the] present-day ethico-political obligations" (p. 24). Though many of the articles collected in the volume may have such implicit agendas, they are rarely open for such an approach.

Warschau

Grzegorz Kosci

### **Die Statistiker und der Babyboom in den USA**

*Brumberg, Johanna A.:* Die Vermessung einer Generation. Die Babyboomer und die Ordnung der Gesellschaft im US-Zensus zwischen 1940 und 1980, 334 S., Wallstein, Göttingen 2015.

Eine aktuelle Debatte der Zeitgeschichtsforschung befasst sich mit der Frage, wie Historiker und Historikerinnen mit sozialwissenschaftlichen Quellen umgehen sollen, die insbesondere für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in nahezu unüberschaubarer Fülle vorliegen. Johanna A. Brumberg zeigt in ihrer im Rahmen des Göttinger DFG-Graduiertenkollegs „Generationengeschichte“ entstandenen Dissertation, wie bereichernd eine konsequente Dekonstruktion und Kontextualisierung sozialwissenschaftlicher Daten ist. Im Zentrum der Untersuchung steht die US-amerikanische Babyboom-Generation. Brumberg analysiert anhand der alle zehn Jahre stattfindenden Bevölkerungsbefragung die Produktion statistischen Wissens. Sie zeichnet die Genese des Phänomens Babyboom und dessen Veränderungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach. Dabei fasst sie die Babyboomer weder als reines Konstrukt noch als objektive Wirklichkeitsbeschreibung auf (S. 27). Allerdings betont sie, dass sowohl das Reden als auch das Wissen über die als Babyboomer beschriebene Kohorte durch den Bevölkerungszensus und dessen öffentliche Vermittlung bestimmt sind. Die statistischen Erhebungen versteht sie somit konsequent als historische Quellen (S. 28f.).

Der Generierung und Veränderung der statistischen Wissensproduktion geht Brumberg chronologisch nach, indem sie Bevölkerungserhebungen zwischen 1940 und 1980 untersucht. Jedes Kapitel stellt neben der konkreten Bevölkerungsentwicklung zeitgenössische Bevölkerungs- und Gesellschaftsdebatten in den Mittelpunkt, die sich etwa der Entwicklung des Lebensstandards und Fragen der Ethnizität widmen.

Die Bevölkerungsdebatte der 1930er Jahre war durch die Sorge einer sinkenden Geburtenrate der „native white Americans“ dominiert. In Reaktion darauf wurde im Zensus von 1940 zum ersten Mal umfangreiches Material zur Geburtenrate und dem Fertilitätsverhalten erhoben. Zur großen Überraschung offenbarte die Bevölkerungserhebung keine sinkende Geburtenrate der weißen Bevölkerung, sondern stellte einen Geburtenboom in dieser Schicht fest. Brumberg betont, der Anstieg der erfassten Geburten war auf die verbesserten Erhebungsmöglichkeiten zurückzuführen, was von den Bevölkerungswissenschaftlern jedoch nicht reflektiert wurde.

Die Sorgen um eine sinkende Geburtenrate wandelten sich in den 1940er Jahren zu einer Angst vor Überbevölkerung. Hier schien jedoch der Zensus von 1950 Entwarnung zu geben. Die Bevölkerungswissenschaftler schlossen daraus, der Geburtenanstieg basiere vor allem auf einer steigenden Zahl von Kleinfamilien. Dabei kam den Vorstädten eine herausgehobene Stellung zu, da die Erhebungen nahelegten, dass der Boom insbesondere dort zu lokalisieren ist. Die Ergebnisse des Zensus wurden dadurch in die Vorstellung der idyllischen, wohlhabenden Vorstadtsiedlungen eingelesen, die vermeintlich besonders gute Voraussetzungen boten, um Kinder in die Welt zu setzen und aufzuziehen. Allerdings zeigt Brumberg auch hier, wie eine Verschiebung und Neueinteilung der Kategorien urbaner und ländlicher Gegenden den Geburtenboom in Vorstädten erst sichtbar machten.

Der Zensus von 1960 war geprägt durch die Erweiterung und Ausdifferenzierung sozioökonomischer Informationen über die Eltern in den Geburten- und Fertilitätsstatistiken. Neu hinzu kamen Fragen zum Einkommen und den Wohnverhältnissen der Bevölkerung. Anhand dieser Daten kamen die Bevölkerungswissenschaftler zu dem Schluss, dass die etablierte These, wonach mit steigendem Einkommen und einem höheren Lebensstandard die Zahl der Kinder

abnehme, nicht mehr zutrifft. Brumberg zieht daraus die nachvollziehbare Schlussfolgerung, die spezifische Korrelation und Interpretation der Daten trugen dazu bei, die Babyboom-Generation als Kinder des Wohlstands und den Babyboom nicht ausschließlich negativ als Beitrag zur Überbevölkerung zu sehen.

Im Vorfeld des Zensus im Jahr 1970 formierte sich breiter öffentlicher Widerstand gegen die Ausweitung persönlicher Fragen, insbesondere in Zusammenhang mit Geburten und Fertilität. Deshalb kam das Census Bureau dem Wunsch der Bevölkerungswissenschaftler, den Fragekatalog zu erweitern, nur in begrenztem Maße nach. Im Zuge der Bevölkerungsbefragung von 1980 wurden zwar Informationen zur Geburtenrate und zur Fertilität erhoben, allerdings verzichtete das Census Bureau erstmals darauf, diese auszuwerten und zu veröffentlichen. Das öffentliche Interesse hatte sich gewandelt. Ängste eines steigenden Bevölkerungswachstums dominierten nicht mehr die öffentliche Diskussion, sondern Armut, soziale Ungleichheit und Diskriminierung standen nun im Fokus. Daran orientierte sich auch die Ausrichtung des Zensus. So wurden deutlich mehr Auswahlmöglichkeiten in der Kategorie „race“ eingeführt. Erstmals wurden zudem Personen mit lateinamerikanischen Wurzeln nicht als „white“ eingestuft. Dadurch erhöhte sich die statistische Sichtbarkeit von Personen mit mittel- und südamerikanischen Wurzeln.

Brumberg dokumentiert in ihrer Studie, wie gesellschaftliche Debatten die Produktion von statistischem Wissen beeinflussten und wie diese Ergebnisse wiederum auf die Debatten zurückwirkten. Mit ihrer Arbeit leistet die Verfasserin einen wichtigen Beitrag zur Frage des Umgangs mit sozialwissenschaftlichen Daten. Sie zeigt, wie wichtig es ist, die Entstehungszusammenhänge zu reflektieren und die Daten nicht als objektive Abbildungen der Realität zu sehen.

Besonders die umfassende Einbettung in gesellschaftliche Diskussionen ist gewinnbringend. Allerdings basieren die Schlussfolgerungen der Autorin häufig auf Vermutungen, die sich nicht eindeutig aus den Quellen ergeben. Durch die vielen und zumeist recht langen Zitate wird die Lektüre zudem erschwert. Dennoch gelingt es Johanna A. Brumberg insgesamt, das stellenweise trockene Material gut aufzubereiten und gewinnbringend zu vermitteln.

Augsburg

Sina Fabian

## POLITIKWISSENSCHAFT

### Aufklärung über Aufklärung

*Bourke, Richard: Empire and Revolution. The Political Life of Edmund Burke, 1.032 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2015.*

Politische Denker haben Konjunkturen und die Beschäftigung mit ihrem Leben und ihren Werken ist immer auch vom jeweiligen politischen Klima geprägt. Und dieser Zeitgeist scheint wieder konservativer geworden zu sein, zumindest wenn man die intellektuelle Auseinandersetzung mit Edmund Burke, der gemeinhin als der Gründungsvater des Konservatismus angesehen wird, zum Maßstab nimmt. Ist Edmund Burke in den 1970er bis 2000er Jahren nur von einigen Liebhabern intensiver rezipiert worden, so sind in den vergangenen drei Jahren gleich drei Werkbiographien erschienen: die aktualisierende Studie von Jesse Norman (2013), Abgeordneter der Tories im britischen Unterhaus, der sich für eine Politik im Geiste Burkes ausspricht und ihn kommunitaristisch deutet; der erste Band einer zweibändigen umfassenden Werkbiographie von David Bromwich (2014), in dem Burke als ein dem Geist der Reform verpflichteter Streiter für liberale Rechte präsentiert wird; und jüngst die monumentale Studie von Richard Bourke, Professor für politisches Denken an der Queen Mary University in London. Im Unterschied zu Norman verzichtet Bourke auf eine allzu politisch-aktualisierende Darstellung; zur Interpretation von Bromwich bestehen hingegen viele Gemeinsamkeiten, etwa in der Unterstreichung des dezidiert antidemokratischen Zuges von Burkes politischem Denken. Methodisch enthält sich Bourke einer psychologisierenden Deutung, wie sie sich insbesondere bei Isaac Kramnicks „The Rage of Edmund Burke“ (1977) und Conor Cruise O'Brien's „The Great Melody“ (1992) findet. Vielmehr folgt seine Darstellung von Burkes Leben, Denken und politischen Agieren einer kontextualisierenden Methode in Anlehnung an die Cambridge School.

Der für Burkes Schaffen relevante Kontext besteht zum einen in der politischen Geschichte Englands, die Burke als Angehöriger der Rockingham-Whigs in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mitgeprägt hat. Zum anderen ist es die Geschichte des politischen Denkens, deren Kenntnis das Verständnis von Burkes Reden und Schriften voraussetzt. Der Autor stützt

sich dabei nicht allein auf die editierten Schriften und Briefe von Burke sowie auf die umfangreichen Parlamentsprotokolle, sondern auch auf eine Vielzahl von Archivmaterial. Das ist äußerst beeindruckend, zum Teil jedoch gerade aufgrund der Detailliertheit beim Lesen auch etwas ermüdend, zumal dann, wenn man mit der englischen Geschichte des 18. Jahrhunderts nicht sonderlich vertraut sein sollte. Da hilft es, dass das Buch nicht nur chronologisch, sondern auch inhaltlich gegliedert ist. Nach der Schilderung von Kindheit, Jugend und der intellektuellen Sozialisierung, stellt Bourke fünf große Themenblöcke in das Zentrum. Burkes Agieren als Oppositionspolitiker und Streiter für die Parlamentsrechte, sein Einsatz für die Rechte der amerikanischen Kolonisten, sein Streiten für die Emanzipation der irischen Katholiken, sein Einsatz für eine Reform der britischen Kolonialverwaltung in Indien mit dem Höhepunkt des von Burke betriebenen Impeachment-Verfahrens gegen Warren Hastings, dem ehemaligen Generalgouverneur der East India Company, und schließlich sein Feldzug gegen die Französische Revolution.

Die zentrale These von Bourke ist, dass wir es in all diesen Zusammenhängen mit der gleichen Grundhaltung bei Burke zu tun haben, die dem Geiste der Aufklärung verpflichtet ist. Dabei handelt es sich gewissermaßen um eine selbstreflexive Aufklärung, die sich ihrer eigenen Grenzen bewusst ist und Radikalität vermeidet. Mit dieser These wendet sich der Verfasser gegen ein angebliches Burke-Problem (Macpherson „Burke“, 1980), das darin bestünde, den Befürworter der Amerikanischen Revolution und Kämpfer für die Rechte Indiens und der irischen Katholiken mit dem radikalen Gegner der Französischen Revolution in Einklang zu bringen. Bourke sieht hier keinen Widerspruch und erliegt auch nicht der anachronistischen Versuchung, eine frühe liberale von einer späten konservativen Phase in Burkes politischem Denken und Agieren zu unterscheiden. Sein politisches Handeln ist Bourke zufolge zeitlebens von einer konsistenten politischen Theorie geprägt gewesen, deren Rekonstruktion immer wieder in die Darstellung der politischen Ereignisgeschichte verflochten wird.

Das hat den Vorteil, dass Burke als ein zwar der politischen Praxis verpflichteter, nichtsdestotrotz von theoretisch fundierten Überzeugungen geprägter Denker greifbar wird. Der Nachteil ist, das Buch ist nicht ganz frei von Redundanzen, wenn immer wieder der politiktheoretische Kontext von Burkes Überzeugungen eingeflochten wird. Bourke geht dabei insbesondere auf John

Locke, Montesquieu und David Hume ein, deren Einfluss auf Burke unterstrichen wird, sowie auf Jean-Jacques Rousseau und Thomas Paine, von denen er sich abgrenzt. Denn Burke ist zeitlebens ein vehementer Kritiker der Idee der Volkssouveränität gewesen. Sein Ideal, und hier wird der prägende Einfluss von Locke, Montesquieu und Hume besonders deutlich, ist das einer Mischverfassung gewesen, in der die Bürger vom Unterhaus repräsentiert werden, in der sie aber nicht zwangsläufig über politische Beteiligungsrechte verfügen müssen.

Es ist ein großes Verdienst des Buches von Richard Bourke, dass Burke an diesem Punkt trotz aller Sympathie des Autors für den irischen Unterhausabgeordneten, die bisweilen ans Apologetische grenzt, nicht unserem demokratischen Zeitgeist angepasst wird. Äußerst wohlwollend rekonstruiert er daher auch Burkes Lob der US-amerikanischen Verfassung mit ihrem System der „checks and balances“ und unterstreicht ihre Nähe zur britischen Mischverfassung. In ihr sah er eine Alternative zu einer zu demokratischen Verfassung, die den Willen des Volkes nicht filtert und gerade dadurch Demagogen und Populisten das Tor öffne. Das mag man durchaus als konservativ einstufen.

Darmstadt

Dirk Jörke

### „Hegel für Imbezille“

Žižek, Slavoj: Weniger als nichts. Hegel und der Schatten des dialektischen Materialismus, 1.407 S., Suhrkamp, Berlin 2014 (engl. 2012).

Georg Wilhelm Friedrich Hegel war und ist als Vertreter des deutschen Idealismus nicht nur für diese Epoche als wesentlicher Philosoph zu bezeichnen, sondern über seine Rezeption in den Geistes- und Sozialwissenschaften des 19. und 20. Jahrhunderts – von Karl Marx, über Georg Simmel und Karl Mannheim sowie Theodor W. Adorno und Max Horkheimer – ein bis in die Gegenwart wirkmächtiger Denker. Seine breite Verwendung hat Pfade ‚getreten‘ die prägend waren und es geblieben sind. Am deutlichsten ist dies in dem Marx’schen Anspruch „die Hegelsche Dialektik vom Kopf auf die Füße gestellt zu haben“ (sinngemäß Engels, Friedrich: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW, Bd. 21, S. 293 oder kritisch Castoriadis, Cornelius: Die Frage der Geschichte

der Arbeiterbewegung, in: AGWA, Nr. 15, S. 30) dokumentiert.

Die Kernaufgabe des vorliegenden Bandes ist in Abgrenzung zu dieser Denkgeschichte daher deutlich formuliert: „Slavoj Žižek unternimmt in seinem monumentalen, vor Idee nur so sprühenden Buch erst gar nicht den Versuch, aus diesem Schatten [Hegels, CN] hervorzutreten, macht es sich aber auch keineswegs darin bequem. Seine Devise lautet nicht: Zurück zu Hegel! Sondern: Wir müssen hegelianischer sein als der Meister selbst, um wie er, allerdings unter völlig veränderten historischen Bedingungen, die Brüche und Verwerfungen in der Realität verstehen und kritisieren zu können“ (Suhrkamp-Buchankündigung).

Der slowenische Philosoph Žižek, der seit den frühen 2000er Jahren und spätestens mit seinen Auftritten bei *occupy* eine Bekanntheit, ja einen „Star“-Status erreicht hat, nimmt sich der ausgesprochen großen Aufgabe einer Neu- oder Wiederrezeption Hegels an. Seine Befähigung hierzu steht nicht in Frage, der Umfang seines Œuvres – rund 60 zum Teil sehr umfangreiche Monographien, Kollaborationen oder Sammelbänden und Publikationen in englischer Sprache erscheinen zumeist kurze Zeit später im Deutschen – ist schlicht bemerkenswert. Dominante Topoi wie der französische Psychoanalytiker Jaques Lacan und eben Hegel sind seit den 1980er Jahren in seinen Schriften zu finden. Seine Produktivität im Schriftlichen und die Qualität seiner Aussagen sowie Ableitungen wurden dabei von der Kritik ausgesprochen ambivalent aufgenommen. Es findet sich neben umfänglichem Lob, einer Debatte über (Auto-) Plagiate (Taylor Wofford, Newsweek 2014), die dezent ironische, wenn nicht sogar despektierliche, Bemerkung, dass der Autor so schnell redet, wie er denkt, fast genauso schnell schreibt und sich durch die Anwendung seiner eigenen Methode auf seine Arbeit kontinuierlich selbst widerspricht (Rebecca Mead, The New Yorker 2003).

Neben der Person des Autors zählt jedoch in erster Linie der Inhalt des Buches, mit 1.407 Seiten bietet dieses den nötigen Raum, die gestellte Aufgabe zu bewältigen. In seiner Struktur folgt es einem Schema, welches als dialektischer „Verkehr“ von Lacan mit Hegel, eine Synthese ihrer Arbeiten zur Ontologie anstrebt. Die vier Teile sind dann folgerichtig als „Der Drink davor“, „Die Sache selbst: Hegel“, „Die Sache selbst: Lacan“ und „Die Zigarette danach“ bezeichnet und enthalten neben Einleitung und

Schluss 14 Kapitel, sechs Zwischenspiele und ein umfangreiches Register in dem Namen und Begriffe vermerkt sind.

Die Detailfülle des Bandes, die sich als – intendierte – Mühe der Ebene entfaltet, ist kaum gekürzt wiedergebbar und es ist wie bei postmoderner Literatur: „Anything goes“. Wer eine klare Struktur, neben den bereits beschriebenen Pfeilern erwartet, wird zwangsläufig enttäuscht. Der Weg ist das Ziel und die Lektüre ist erschöpfend, was für ein Buch über das Seiende ausgesprochen sinnvoll ist, denn so ist das Leben, lässt den wissenschaftlich Interessierten, der Fragestellung, Analyse und Ergebnis erwartet, ratlos zurück.

Vor einer Bewertung des Buches durch den Rezensenten lohnt der Blick in die mediale Aufnahme. Die internationale Presse ist gemischt, die größeren oder wissenschaftlich distinguierten sogar eher ablehnend. Jonathan Ree sagt, „Žižek kommt zu keinem Punkt und sein Stil ist eher für die kurzen Texte geeignet“ (The Guardian 2012) ein anderer stellt fest, dass „der lange Marsch‘ durch das Buch [...] den Reviewer von einem ‚Liebhaber‘ zu einem ‚Hasser‘ gemacht“ hat und John Gray schließt sich dieser Meinung essenziell an, „der riesige Umfang gebiert am Ende ‚less than nothing‘“ (The New York Review of Books 2012). In den deutschen Medien ist das Buch beinahe einhellig positiv aufgenommen worden. Das wirft die – an dieser Stelle nicht zu beantwortende – Frage nach dem Grund hierfür auf. Eine Interpretation ist, dass Žižek letztlich eine Wiederverwendungsanleitung für Hegels Ideen schreibt. Die Blickrichtung ist dabei klar auf die Gegenwart und eine mögliche Kritik an ihr gerichtet. Hervorzuheben ist in jeder Hinsicht die vorbildliche Leistung des Übersetzers Frank Born.

Letztlich kann gesagt werden, dass trotz des sperrigen Themas die Lektüre kurzweilig ist, was an der Art des Autoren liegt, popkulturelle Brücken in philosophisches Terrain zu bauen – in gewisser Weise also tatsächlich „Hegel für Imbezille“ (S. 14). Wiewohl die Thesen und sein Verständnis zu beziehungsweise von Hegel streitbar sind, erfreut sich das Buch in der (deutschen) medialen Rezeption zu Recht reger Beliebtheit. Nicht weil alles richtig, wahr und visionär ist, sondern weil es einen Klassiker ‚abstaubt‘ und eine Sicht auf eine mögliche Wiederverwendungsanleitung bietet.

Rostock

Christian Nestler

## „We make the rules as we go along“

*Bucholc, Marta: A Global Community of Self-Defense. Norbert Elias on Normativity, Culture and Involvement, 202 S., Klostermann, Frankfurt a. M. 2015.*

Um Gewalt in Schach zu halten, entwickeln Gesellschaften Gesetze, Normen und Verhaltensregeln. Doch wie entstehen diese Normen und Gesetze und weshalb werden sie akzeptiert? Inwiefern sind sie kulturell bedingt? Wäre es denkbar auf globaler Ebene, trotz Abwesenheit staatlicher Strukturen, Verhaltensregeln durchzusetzen und somit Gewalt einzudämmen, ohne dabei die Vielfalt der Kulturen zu gefährden? Marta Bucholc geht diesen Fragen mithilfe von Schriften von Norbert Elias und Ludwig Wittgenstein auf den Grund und skizziert mögliche Szenarien für eine bestenfalls friedlichere, global vernetzte Welt.

Im ersten Kapitel geht Bucholc auf den zwiespältigen Charakter von Gewalt ein. Gewalt ist einerseits asozial, da sie gegen das Wohl (von Teilen) der Gemeinschaft gerichtet ist. Andererseits kann Gewalt als soziale Kraft angesehen werden, weil gesellschaftlich standardisierte Gewalt, die drohende Gewaltausübung von Sicherheitskräften, Gewaltausbrüche, verhindert. In Bucholcs Worten: „Violence as a social fact is a manifestation of a social bond, as long as it is subject to a standard and not an arbitrary action“ (S. 36). Zivilisierte Gesellschaften zeichnen sich durch tiefe Raten willkürlich ausbrechender Gewalt aus. Bürgerinnen und Bürger moderner Zivilisationen unterwerfen sich einer Selbst-Kontrolle (reflective self-defense), die friedensstiftend wirkt.

Viele Sozialforscherinnen und -forscher gehen auf das Thema Gewalt und Gewaltprävention ein, indem sie sich mit der Entstehung von Gesetzestexten oder religiösen Vorschriften beschäftigen. Norbert Elias hält Religion für eine Quelle gefährlicher und irreführender Mythen und Fantasien und lässt sie außen vor. Stattdessen setzt er sich mit sozialen Regeln und Verhaltensnormen auseinander. ‚Recht‘ ist seiner Meinung nach nichts weiter als ein sozial konstruiertes Normsystem, eines von vielen. Um näher auf die Normherstellung einzugehen, erklärt die Autorin im zweiten Kapitel die Begriffe Gesetz, Norm und Standard, präsentiert Varianten und Kategorien dieser Begriffe und geht auf Elias’ Metapher der Gesellschaft als Spiel ein. Mitglieder einer Gesellschaft sind wie Spielerinnen und Spieler. In

verschiedenen gesellschaftlichen ‚Spielen‘ entstehen Spielregeln respektive Verhaltensnormen, weil alle Spieler oder Gesellschaftsmitglieder dem Verhaltensstandard entsprechen wollen. Es herrscht ein ‚Recht zur Korrektur‘, welches Normativität oder eine ‚man soll‘- Kultur erzeugt. Die Regeln, die befolgt werden (sollen) ändern ständig. Ein Spielzug, durch den man eben noch viele Punkte erzielte, gilt auf einmal als unrechtmäßig; ein anderer wird zur Norm. „Norms are constantly made, remade, changed, negotiated, imposed on and enforced by people linked by mutual bonds of interdependence“ (S. 18). Bucholc widmet das dritte Kapitel einem Vergleich zwischen den Theorien von Norbert Elias und Ludwig Wittgenstein, der sagt, dass wir in Sachen Regeln nie angelernt haben. Ständig ändern wir alte Regeln oder erfinden neue hinzu: „We make the rules as we go along“ (S. 85).

Dann geht Bucholc der Frage nach, weshalb es mannigfache Formen von Gesetzgebungen und Verhaltensnormen gibt und kommt zum Schluss, dass die kulturelle Vielfalt die Normvielfalt erklärt. Verschiedene Kulturen führen zu unterschiedlichen Zivilisationen: Kultur zivilisiert. Bucholc muss sich zwangsläufig mit dem Zusammenhang von Kultur und gesellschaftlichen Regeln befassen, da sie nach der Möglichkeit einer kulturübergreifenden, weltweit gültigen Norm des Gewaltverzichts sucht. Elias geht nicht auf den Einflussfaktor ‚Kultur‘ ein, weil er in seinen Fallstudien jeweils nur eine Kultur unter die Lupe nimmt. Somit entgeht ihm, dass Gesetze und Normen sowie die entsprechenden Strafen bei Norm- oder Gesetzesbrüchen akzeptiert werden, weil sie auf kulturellen Vorstellungen beruhen. Bucholc spinnt diesen Faden weiter: Um auf globaler Ebene gewaltfreies Verhalten als Norm durchsetzen zu können, müsste dementsprechend eine globale Kultur des Gewaltverzichts und des guten Umgangs bestehen. Dass diese Kultur entstehen könnte, sieht man gemäß Bucholc in den Menschenrechten und in der heranwachsenden globalen Zivilgesellschaft. In ihren Augen bilden sie mögliche Grundbausteine für eine friedliche globale Gesellschaft. Ihrer Meinung nach gelten die Menschenrechte zwar oft nicht als kulturell neutral, aber sie werden doch meist als universell gültig oder zumindest als universell akzeptabel betrachtet. Die globale Zivilgesellschaft, die am Entstehen ist, sieht die Autorin als Chance, weil sie aus der Idee besteht, gemeinsame Ziele oder Werte zu haben, ohne dabei die eigene Kultur außer Acht zu lassen. Sowohl die Menschenrechte als auch die globale Zivilgesellschaft

führen zu einem inklusiven Verhaltensstandard: Jeder kann respektive soll mitmachen, ohne den eigenen kulturellen Hintergrund zu verlieren. Um eine friedfertige Weltgesellschaft zu erreichen, müssten sich jedoch alle Gesellschaftsmitglieder mit einer friedliebenden Weltkultur identifizieren. Es bräuchte Engagement (*involvement*) um die Idee zu verteidigen. Solange sich viele Personen mit kleineren Gruppen und den entsprechenden kulturell geprägten Normen identifizieren, wird es zu Gewaltausbrüchen kommen, weil jede Gemeinschaft ihre Normvorstellung verteidigt.

Ob wir uns hin zu einer gemeinsamen, globalen Kultur des Gewaltverzichts bewegen oder ob noch lange kein gemeinsamer Nenner in Sachen friedfertige Verhaltensnormen gefunden werden kann, wird sich zeigen. Denn wie Bucholc selbst sagt: „The process of civilization is not only not completed yet, but may not be said with any amount of certainty that it is ever going to be so“ (S. 186).

Zürich

Lisa Wildi

### Wir sind nie wirklich liberal gewesen

Schulz, Daniel: Die Krise des Republikanismus, 306 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

Natürlich verkürzen Überschriften, sie spitzen aber auch programmatisch zu. Bruno Latours Behauptung, wir seien nie modern gewesen, entlarvt die Cartesianische Trennung von Subjekt und Objekt, Natur und Kultur als (Selbst-)Illusion der Moderne, die von ihrer Praxis permanent unterlaufen und dementiert werde. Kollektive Selbsterkenntnis müsse über eine Verrückung geleistet werden, an deren Rändern Kenntlichkeit aufscheine. Ganz ähnlich argumentiert Daniel Schulz: Poststrukturalistische und post-moderne politische Theorie (vor allem französischer Provenienz) müsse nicht als Verabschiedung klassischer, moderner und klassisch moderner politischer Theorie verstanden werden. Vielmehr lasse sie sich als „ein Teil des republikanischen Revisionismus“ lesen (S. 114f.), dessen scharfe Kritik moderner Politik seit der Französischen Revolution gerade jenes in die Krise geratene republikanische Vokabular benutze, um die Verluste zu bilanzieren. Insofern sind wir (zumindest als Kontinentaleuropäer) trotz gegenteiliger Bekenntnisse nie liberal oder gar anti-republikanisch – und wir sind es auch nie gewesen. Ganz im

Gegenteil entpuppen sich viele postmoderne Theoretiker als „gewissermaßen negativer Teil der republikanischen Tradition“ (S. 116).

Diese These stellt die Gelenkstelle des Buches dar. Sie ist einerseits hinreichend komplex, um eines erklärenden (und wenn man so möchte) langen Vorlaufes zu bedürfen. Andererseits beharrt diese These auf ihrer genauen Begründung, die nur im Durchgang durch einige (man zögert zu sagen: repräsentative) Vertreter der postmodernen Kritik geliefert werden kann, um dann weiter zu schreiten.

Der Vorlauf (S. 11–113) benennt zunächst das Ausgangsproblem. Transnationalisierung, Ökonomisierung, Deregulierung und gesellschaftliche Individualisierungsprozesse „fordern [...] republikanische Deutungsmuster heraus und stellen ihren politischen Integrationsanspruch in Frage“ (S. 12). Ziehen liberale Demokratien gleichwohl einen Gutteil ihres Selbstverständnisses aus der republikanischen Tradition, tangiert die „Krise des Republikanismus“ auch die Geltungsgründe und Prozessformen der Demokratie. Daraus erwächst die Intention, die Daniel Schulz vertritt und verfolgt: durch eine kritische Revision des Republikanismus und seiner Vokabulare einen Neuansatz eines „liberalen Republikanismus“ der Gegenwart zu formulieren (S. 18). Dazu werden im Weiteren die unterschiedlichen historischen Konstellationen zwischen Liberalismus und Republikanismus rekapituliert, von Niccolò Machiavelli über James Madison zu Jean-Jacques Rousseau, von Benjamin Constant über Alexis de Tocqueville bis zu Charles Taylor und Philip Pettit (S. 29–102). Dieser gekonnte, kluge Durchgang endet damit, dass der Verfasser eine dreifache Krise des Republikanismus am Exempel der französischen Ideen- und Politikgeschichte aufzeigt: die Krise der Vorstellung vom „einheitlichen politischen Körper“ (S. 104), der Zerfall einer republikanischen Emanzipationsgeschichte und eine Auflösung republikanischer Bindungs- und Verpflichtungsmuster (S. 113).

Ist damit der Ausgangspunkt erreicht, nehmen die weiteren Analysen zunächst Positionen in den Blick, die jene schon brüchig gewordene große Erzählung republikanischer Selbstversicherung endgültig zerstören (oder dekonstruieren). Schulz vertritt in der Durchsicht der Attacken, die seiner Meinung nach Michel Foucault, Pierre Bourdieu und Jacques Derrida reiten, dezidiert die These, dass diese Angriffe nicht von einer liberalen Basis aus gestartet wurden, sondern als „*negativierte Selbstbeschreibung des Republikanismus*“ (S. 125, Hervorhebung im Original)

gelesen werden müssen. Etwas salopper könnte man sagen, alle drei großen und prägenden Intellektuellen buchstabierten auf je eigene Weise die systematische Perversion von Versprechen durch, die der Republikanismus nach der Großen Revolution gemacht hat (S. 117–141). Pars pro Toto heißt es dann etwa zu Foucault: „Republikanische Zentralbegriffe wie ‚Gesetz‘, ‚Tugend‘ oder ‚Pflicht‘ tauchen bei Foucault in ihrer Umkehr wieder auf und lauten nun: juristische Macht, Disziplin, Strafe“ (S. 125). Und die Analyse Bourdieu'scher Studien zum Bildungssystem, das ja laut republikanischer Selbstfiktion die vorpolitischen Bedingungen der Republik der Gleichen hervorbringen wie garantieren sollte, kommt zu dem Ergebnis, dass die von Bourdieu ans Licht geförderten „Mechanismen der elitären Selbstproduktion [...] das meritokratische Versprechen der sozialen Chancengleichheit und einer gleichberechtigten Teilhabe an der Auslese der Besten unterlaufen“ (S. 127). Die Dekonstruktion tradierter Brüderlichkeit als letztem Element französischer Selbstbeschreibung durch Derridas Politik der Freundschaft entlarvt es als erschreckend „ipsozentrisch“ und genealogisch mit „monarchischen Herrschaftsformen“ und dem „Schematismus der Abstammung“ verknüpft (S. 138), dem eine immer ausstündige, unbedingte Demokratie der Gastfreundschaft entgegengestellt werden müsse.

Greift Schulz anschließend dezidiert anti-liberale Abgesänge auf den Republikanismus auf, etwa Jacques Rancière oder Alain Badiou (S. 141–154), wird doch deutlich, dass es der negativierte Republikanismus ist, dem Schulz vorwirft, an ein totes Ende gelangt zu sein. Denn welche (demokratische) politische Ordnung sei denkbar, nach der unleugbaren Erkenntnis der Perversion der alten?

Der Leserschaft mag sich hier ein quasi negativer Hegelianismus aufdrängen, dessen Eule vor Schreck das Fliegen vergeht. Gleichzeitig ist es auf jeden Fall konsequent, nun jene Versuche aufzugreifen, die das „republikanische Projekt einer freien politischen Ordnung“ reartikulieren und „die zentralen normativen Leitideen der französischen republikanischen Tradition an eine durch Globalisierung, Pluralisierung und Liberalisierung gewandelte Umwelt“ (S. 155) anpassen wollen. Ich gestehe sehr gerne, dass die Durchsicht der politischen Ordnungsentwürfe von Claude Lefort, Marcel Gauchet und Pierre Rosanvallon (S. 161–197) so geglückt wie lesenswert ist, wie ich insgesamt der Sprachmächtigkeit, Stilsicherheit und

Formulierungskunst des Verfassers hohen Respekt zolle. Es ist oftmals eine Lust, dies Buch zu lesen. Der Rezensent erspart es sich, die pointierten Analysen im Einzelnen auszuführen, fügt aber hinzu, dass sie sich natürlich um die Topoi von Repräsentation, Volks-Souveränität, Macht, Recht und Mischverfassung drehen (müssen), wie sie immer wieder auch auf Texte zurückgreifen, die Daniel Schulz andernorts schon veröffentlicht hat. Nicht so ganz überzeugt bin ich allerdings, ob es Schulz – wie angekündigt – wirklich gelingt, zu zeigen, dass die drei rekonstruktiven Republikaner die „kritische Perspektive“ der drei dekonstruktiven Republikaner wirklich aufnehmen (S. 155). Da steht der Beleg noch aus. Gänzlich den Rahmen einer Kurzbesprechung überschreiten die Rekonstruktionen der bundesrepublikanischen Debatten von Wilhelm Hennis über Claus Offe zu Jürgen Habermas, die Schulz mit den französischen Diskursen in Beziehung setzt (S. 198–259).

So entsteht schließlich ein Panorama einer (kontinentaleuropäischen) politischen und politik-theoretischen Landschaft, deren liberale und revidierte republikanische Beziehungen sehr deutlich werden. Frucht dieser ganz beeindruckenden Durchmusterung ist nicht nur die Einsicht in die Stärken republikanischer Selbstreflexionen und die Kreativität seiner kritisch-realistischer Politikleitbilder. Ergebnis ist auch, dass der sich seiner Krisen bewusste Republikanismus zwanglos anbietet für einen klugen intellektuellen und politisch-praktischen Umgang mit den weltweiten Transformationen der Gegenwart. Es ist, so könnte man schließlich sagen, sehr gut, dass wir nie wirklich liberal waren.

Erfurt

Alexander Thumfart

### **Kritische Perspektiven auf die deliberative Demokratie**

*Ottmann, Henning/Barišić, Pavo (Hrsg.): Deliberative Demokratie, 237 S., Nomos, Baden-Baden 2015.*

Seit rund dreißig Jahren diskutiert die Politische Theorie unter dem Schlagwort „deliberative Demokratie“ die Bedeutung öffentlicher Beratung für die normative und praktische Qualität zeitgenössischer Demokratie. Ein von Henning Ottmann und Pavo Barišić in der Reihe „Staatsverständnisse“ publizierter Sammelband sucht

nun zu eruieren, welchen Ertrag dieser Forschungszweig bis dato aufweisen kann.

Insgesamt zehn Beiträge gehen dieser Fragestellung aus verschiedenen Perspektiven nach: Sie untersuchen die Wurzeln der Deliberation in der Antike und in der Renaissance (v. a. Pavo Barišić), betrachten die Idee der deliberativen Demokratie im Spiegel anderer Denker (Texte von Stefano Saracino, Marita Brčić Kuljiš) und bewerten das Potenzial deliberativer Praktiken zur Stärkung der Demokratie angesichts von Prozessen der Modernisierung, Säkularisierung und Transnationalisierung (vgl. die Beiträge von Klaus-Gerd Giesen, Olga Simova, Jörg Wernecke, Henning Ottmann). Im Mittelpunkt des Bandes steht jedoch die Kritik an grundlegenden Annahmen und Aussagen der deliberativen Demokratietheorie im Werk von Jürgen Habermas (hierzu Beiträge von Hans-Otto Mühleisen, Karl-Heinz Nusser, Sulejman Bosto).

Regelmäßige Leser der von Rüdiger Voigt herausgegebenen Reihe mögen in dem Band die ausführliche Diskussion des Staatsverständnisses der deliberativen Demokratietheorie vermissen. Die intensive und kritische Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundannahmen dieser in den letzten Jahren überaus einflussreichsten Theorieströmung macht die Aufsatzsammlung dennoch lesenswert. Besonders hervorzuheben sind dabei die Beiträge von Barišić, Bosto und Ottmann.

Pavo Barišić legt einen Parforceritt durch die (Ideen-)Geschichte der Deliberation vor. Der Rekonstruktion der aristotelischen Begründung der Notwendigkeit öffentlicher Diskussion stellt er eine kurze Begriffsgeschichte der deliberativen Demokratie voran. Er zeigt auf, wie umfassend – und in vielerlei Hinsicht bis heute aktuell – Aristoteles den Widerstreit zwischen den Vorzügen des Urteils der Vielen und der Expertise der Wenigen im politischen Prozess beleuchtet hat. Und er stellt fest, dass der „Vielheitsdenker Aristoteles“ (S. 45) uns die, in aktuellen Ansätzen der deliberativen Demokratietheorie gelegentlich vernachlässigte Einsicht nahebringt, dass die Politik weder eine bloß prozedurale Angelegenheit ist noch auf den rationalen Diskurs beschränkt werden kann.

Sulejman Bosto überzeugt mit einer reflektierten Analyse des Problems der Toleranz im Kontext der (post-)säkularen Gesellschaft. Seine Argumentation basiert auf einer kritischen Auseinandersetzung mit den Grundlagen der westlichen Moderne, die sich maßgeblich an der Zeitdiagnostik Helmuth Dubiels orientiert.

Toleranz, so zeigt Bosto auf, darf in der deliberativen Demokratietheorie nicht idealisiert oder vereinfacht werden. Gerade mit Blick auf Habermas' Schriften zeige sich die „faktische Doppeldeutigkeit der Toleranz“ (S. 161), die aus der Festlegung des Toleranzbereichs – und dem damit einhergehenden Ausschluss bestimmter Merkmale – resultiert.

Abschließend liefert Henning Ottmann eine prägnante Verortung der deliberativen Theorie im Kontext der zeitgenössischen Demokratietheorie und warnt vor einer Substitution von Partizipation durch Deliberation. Durch Deliberation werde Beteiligung oft nur „vorgegaukelt“ (S. 227) und darüber hinaus werde die deliberative Demokratie zu häufig mit übertriebenem „Konsensoptimismus“ (S. 233) gepaart. Übereinstimmend mit anderen Autoren des Bandes stellt Ottmann fest, dass die Integration zeitgenössischer Gesellschaften eine fundamentale Herausforderung für die zeitgenössische Demokratie darstellt, für die auch die deliberative Demokratietheorie noch keine in Gänze überzeugenden Antworten gefunden hat.

Als Fazit des Bandes lässt sich ein bedingtes Plädoyer für die Deliberation formulieren: Als Substitut für die repräsentative Demokratieform wird die deliberative Demokratie hier nicht erachtet – dennoch komme der argumentativen Beratung der Bürger in der politischen Öffentlichkeit eine zentrale Bedeutung für das Gelingen politischer Prozesse unter den Bedingungen der Moderne am 21. Jahrhundert zu.

Der Sammelband entfaltet eine Vielzahl interessanter Argumente und theoretischer Perspektiven auf die deliberative Demokratietheorie. Kritisch anzumerken ist jedoch, dass die zentralen Thesen in manchen Beiträgen klarer formuliert und präziser hätten ausgearbeitet werden können. Das gilt vor allem für jene Artikel, die sich mit dem Nutzen deliberativer Verfahren für die politische Praxis befassen: Hier fehlt die profunde Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der empirischen Deliberationsforschung, etwa von James S. Fishkin, Jane Mansbridge, Jürg Steiner und André Bächtiger. Darüber hinaus kommt in den Aufsätzen des Bandes eine Entwicklung zu kurz, die für die aktuelle Konstitution einer demokratischen Öffentlichkeit bedeutsam erscheint: die zunehmende Pluralität und Diversität, die als Folge der Digitalisierung die politische Kommunikation prägt. Sie stellt wichtige Fragen an die deliberative Demokratietheorie, beispielsweise danach, wie es vor dem Hintergrund einer in immer weiteren Teilen fragmentierten politischen Öffentlichkeit überhaupt noch möglich ist,

den Kommunikationsprozess umfassend und auf der Basis vernünftiger Kriterien zu filtern.

Die Stärke des Bandes liegt also weniger in der Reflexion der empirischen als der theoretischen Argumente und Kontexte von Deliberation. Vor allem für theorieinteressierte Leserinnen und Leser, die sich mit Jürgen Habermas und John Rawls befassen, ist er deshalb eine empfehlenswerte Lektüre.

Berlin/Hamburg

Claudia Ritzi

## Demokratische Expertokratie?

*Willke, Helmut*: Demokratie in Zeiten der Konfusion, 175 S., Suhrkamp, Berlin 2014.

„Die Entzauberung der Demokratie als Herrschaftsform hat durch die globalen Krisen der gegenwärtigen Epoche eine systemgefährdende Qualität erreicht“ (S. 7). Von dieser Beobachtung ausgehend verfolgt Helmut Willke in dem vorliegenden Band das hochgesteckte Ziel, „die Grenzen des geltenden Demokratiemodells aufzudecken und den Spielraum für Erneuerung auszumessen“ (ebd.). Dabei beschreibt er die aktuelle Lage mit dem Begriff der Konfusion. Die Globalisierung habe eine Vermischung verschiedener Rationalitäten, Systemlogiken, Risiken und Wahrnehmungen hervorgebracht, die eine systematische Überforderung der kognitiven Kapazitäten von Menschen und Organisationen zur Folge habe. Dies führe die Demokratie in die Verlegenheit, ihre Versprechen angesichts schrumpfender Steuerungskapazitäten nicht mehr einlösen zu können und dies zunehmend durch symbolische Politik zu überspielen. Demgegenüber sehe sich die Demokratie mittlerweile ernsthafter Konkurrenz gegenüber, namentlich der chinesischen Variante eines autoritär regierten Kapitalismus, die in zahlreichen Entwicklungsländern ein attraktiveres Steuerungsmodell darstelle.

Willkes Argumentation besteht aus vier Schritten. Zunächst skizziert er die globalisierte Gegenwart als „Epoche der Konfusion“ (S. 12ff.) und untersucht anschließend, welche Bedrohungen sich aus dieser Konfusion für die Demokratie ergeben (S. 49ff.). Sodann erörtert er (recht missverständlich kategorisierend) drei „alternative Formen der politischen Steuerung“: den chinesischen Autoritarismus, die US-amerikanische Demokratie und das Regierungssystem der Europäischen Union (S. 90ff.). Schließlich skizziert

er Stärken, Schwächen, Risiken und Chancen der Demokratie und führt aus, in welche Richtung sie sich entwickeln müsste, um der vielfältigen Problemlagen der Globalisierung Herr zu werden (S. 124ff.).

Hierfür schlägt der Autor zwei zentrale Elemente vor. Zum einen sollten demokratische Regierungssysteme in erheblichem Umfang auf das Recht zu gleicher Partizipation (*one person, one vote*) zugunsten expertokratischer Gremien verzichten. In einer solchen „Art verteilter Demokratie“ (S. 64, Hervorhebung im Original) hätte das Parlament nur noch grundlegende Fragen zu entscheiden, während all diejenigen Probleme, zu deren Bearbeitung ein hoher Grad spezialisierter Wissens erforderlich ist, durch „autonome Fachinstitutionen“ (ebd.) bearbeitet würden. Zum anderen sollte die Politik ihre ohnehin nur schwer durchsetzbare „Kompetenzkompetenz“ aufgeben, selbst darüber zu entscheiden, welche gesellschaftlichen Fragen sie einer kollektiv verbindlichen Entscheidung unterwirft. Stattdessen sollte sie sich auf ihre „Kernkompetenz der Gesellschaftsteuerung“ konzentrieren, die Willke zufolge vor allem in der „Koordination der Funktionssysteme durch Kontextsteuerung“ und dem „Management systemischer Risiken“ besteht (S. 146).

Wer mit der nun schon seit mehreren Jahrzehnten laufenden Globalisierungsdebatte sowie den Krisendiskursen der jüngsten Zeit einigermaßen vertraut ist, wird auf der Ebene der Zustandsrespektive Problembeschreibung Helmut Willke zwar im Wesentlichen zustimmen können, aber auch wenig Neues erfahren. Schwerer wiegt jedoch, dass der Autor auch auf der Ebene der demokratie- beziehungsweise steuerungstheoretischen Analyse nicht zu überzeugen vermag. Dies beginnt schon mit dem titelgebenden Begriff der Konfusion: Zunächst vielversprechend eingeführt (S. 8f.), bleibt es im Verlauf des Buches bei einer im Wesentlichen metaphorischen Verwendung anstelle der Ausarbeitung eines klar konturierten Konzepts. So wird „Konfusion“ beispielsweise mehrfach neben den systemtheoretischen Begriff der Entdifferenzierung gestellt, ohne dass das Verhältnis der beiden Begriffe (oder der Mehrwert des einen gegenüber dem anderen) deutlich würde.

Des Weiteren verstrickt sich Willke in eine Reihe von Widersprüchen. Der gravierendste betrifft die Stellung des politischen Systems in der modernen Gesellschaft. Auf der einen Seite schließt er an die systemtheoretische Überlegung Niklas Luhmanns an, wonach soziale Systeme

autonom operieren und sich daher wechselseitig nicht zielgerichtet steuern können. Auf der anderen Seite will Willke dann aber doch die traditionelle Vorrangstellung des politischen Systems – den „Primat der Politik“ – zumindest im Sinne eines „*primus inter pares*“ nicht aufgeben (S. 111 und 126). Damit macht es sich der Autor jedoch zu einfach; es wird schlicht nicht ersichtlich, wie Systemautonomie und Hierarchie gemeinsam gedacht werden können. Vor dem Hintergrund solcher Ungereimtheiten erscheint es dann auch einigermaßen unangemessen, zahlreichen zeitgenössischen Vertretern von politischer Theorie und Demokratietheorie vorzuwerfen, „dass diese Autoren ihre gesellschaftstheoretischen Hausaufgaben nicht gemacht“ (S. 119) hätten.

Schließlich sind auch Willkes Reformvorschläge unausgegoren. Zwar ist die Idee zunächst durchaus attraktiv, komplexe Problemstellungen demokratisch kontrollierten Expertengremien zu überlassen. Jedoch unterbreitet der Autor keinerlei Vorschläge, wie die Bestellungsmodi solcher Gremien konkret aussehen könnten und wie (bzw. nach welchen Kriterien) dabei entschieden werden sollte, wer als Expertin beziehungsweise Experte zu gelten hätte. Darüber hinaus bleibt völlig offen, wie verhindert werden könnte, dass die *Experten* nicht am Ende doch primär bestimmte *Interessen* vertreten. Gerade das von Willke selbst mehrfach genannte Beispiel der Klimapolitik und seine eigenen Überlegungen zum Unterschied von Daten, Informationen und Wissen (S. 69ff.) zeigen jedoch, wie schwer sich Expertenwissen und Interessenvertretung in der Praxis voneinander trennen lassen.

Vor dem Hintergrund vielfältiger globaler Probleme und der bestenfalls durchwachsenen Bilanz demokratischer Staaten bei ihrer Bearbeitung ist Helmut Willke durchaus zuzustimmen: „Die dramatischste Schwäche der Demokratie ist die Gefahr ihrer Irrelevanz“ (S. 132). Seine eigenen Überlegungen tragen zur notwendigen Auflösung der zahlreichen „Konfusionen“ jedoch nur wenig bei.

Berlin

Michael Hein

### Wege aus der Parteienkrise

*Towfigh, Emanuel V.*: Das Parteien-Paradox. Ein Beitrag zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratie und Parteien, 286 S., Mohr Siebeck, Tübingen 2015.

Der aktuelle Demokratiediskurs ist vor allem ein Krisendiskurs. Während aber über die Diagnose erstaunlich breiter Konsens herrscht, gehen die Meinungen zu den Ursachen der Krise auseinander. Die Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel, Colin Crouch und Wolfgang Streeck beispielsweise identifizieren in jüngeren Beiträgen vor allem die Globalisierung als entscheidenden Faktor für den Substanzverlust nationalstaatlich verfasseter Demokratien. Der Jurist Emanuel V. Towfigh hingegen integriert in seiner Habilitationsschrift „Das Parteien-Paradox“ Aspekte des Verfassungsrechts, der Politikwissenschaft und der politischen Ökonomie, um inhärente Widersprüche der vorherrschenden, liberalen Demokratiekonzeption selbst freizulegen.

Ausgangspunkt der Studie bilden die vielfach beschworenen Krisensymptome der Demokratie: Geringe Wahlbeteiligung, schwindende Akzeptanz demokratischer Institutionen und insbesondere ein negatives Image der Parteien. Anders als die genannte Krisenliteratur betrachtet Towfigh die politischen Parteien jedoch nicht als Symptom, sondern, zumindest teilweise, als Ursache des wahrgenommenen Demokratiedefizits. Zugleich liege das Problem aber tiefer, nämlich auf der Ebene des vorherrschenden demokratischen Leitbilds, dessen Ausdruck und Folge die politischen Parteien in ihrer gegenwärtigen Form seien. Das titelgebende ‚Paradox‘ bestehe darin, dass die Parteien im Rahmen des vorherrschenden Leitbilds funktionsnotwendig und zugleich schädlich für die Demokratie seien.

Der überwiegende Teil der Analyse zielt darauf ab, die Rolle der Parteien im politischen System Deutschlands herauszuarbeiten und ihre Funktionsdefizite aufzuzeigen. Den Kern des Arguments bildet die These, dass dem deutschen Verfassungssystem ein auf der wettbewerblichen Interessenaggregation beruhendes Leitbild oder Demokratiemodell zugrunde liege. Das Prinzip der Volkssouveränität sei aufgrund dieses Leitbilds durch das Grundgesetz in einer Weise umgesetzt worden, die einer Realisierung des Gemeinwohls entgegen steht, nämlich durch Verfahren – Wahlen und Abstimmungen – die eine Dominanz partikularer Interessen begünstigen. Bereits an dieser Stelle ist allerdings ein Fragezeichen anzubringen. In den gängigen Typologien entspricht Deutschland nämlich keineswegs dem Konkurrenzmodell, sondern viel eher dem Konkordanz- oder Konsensmodell der Demokratie, das sich in Verhältniswahl, Föderalismus und einer starken Verfassungsgerichtsbarkeit ausdrückt.

Im weiteren Gang der Argumentation analysiert der Autor auf allen Ebenen des politischen Systems die Konsequenzen eines (vorgeblich) an Interessenaggregation und Wettbewerb orientierten demokratischen Leitbilds. Parteien seien Ausdruck einer im Grundgesetz vorgezeichneten Wettbewerbslogik und prägten in diesem Sinne alle Aspekte des politischen Prozesses. Dabei seien sie einerseits notwendig, um wettbewerbliche Interessenaggregation zu ermöglichen, etwa indem sie Informationskosten reduzieren und über interne Kontrollmechanismen die Verantwortlichkeit der Repräsentantinnen gewährleisten. Andererseits führe eben diese Interessenorientierung dazu, dass der Entscheidungsprozess systematisch verzerrt würde, etwa durch Lobbying, die Bedienung von Partikularinteressen und das korporative Eigeninteresse der Parteien selbst. Die Beweisführung fällt diesbezüglich allerdings nicht sehr überzeugend aus. Weitreichende Behauptungen wie die, dass die Wettbewerbslogik des Parteienstaats unweigerlich zu Korruption führe, werden lediglich mit Anekdoten oder Belegen aus anderen Kontexten unterfüttert.

Auf die Beschreibung der empirischen Defizite des Parteienstaats folgt eine stärker theoretisch orientierte Kritik des liberalen Demokratie Modells. Unter Verweis auf *social choice*-Modelle und sozialpsychologische Befunde wird die Möglichkeit der Zuschreibung und Aggregation von Interessen grundsätzlich infrage gestellt. Der Autor gelangt zu dem Schluss, dass Demokratie nach liberalen, also wettbewerblich-aggregativen Prinzipien, nicht funktionieren könne und grundlegend „anders gedacht“ werden müsse (S. 182). Die vorgeschlagene Alternative besteht unter anderem darin, die Autorisierung der politischen Entscheidungsträger strikt von der Interessenvertretung zu trennen. Die gegenwärtige, in spannungsvoller Ambivalenz zwischen parteienstaatlicher Interessenvertretung und freiem Mandat (nach Art. 38 GG) angesiedelte Form des Mandats sei durch eine freie, rein personale Form der Repräsentation zu ersetzen. Um den Eintritt der Parteien durch die Hintertür und eine Interessenbindung der politischen Entscheidungsträger zu verhindern, solle jede Form der Kandidatur unterbunden werden. Der Wahlprozess müsse vollständig offen gestaltet werden. Der notwendige Interesseninput in den politischen Entscheidungsprozess solle nicht mehr über Wahlen und Mandatsverhältnisse, sondern in Form direktdemokratischer Verfahren erfolgen. Wo solche ausscheiden werden *deliberative polls* oder *mini-publics* vorgeschlagen.

Allerdings verweist der Autor selbst am Ende der Studie auf offene Fragen und mögliche Probleme bei der Umsetzung seiner Vorschläge.

Mit seinen Überlegungen zu einer Demokratie ohne Parteien beansprucht der Autor, eine Lücke im aktuellen Demokratie- und Parteidiskurs zu schließen. Er bewegt sich dabei jedoch in vielerlei Hinsicht in einer langen, bis auf Jean-Jacques Rousseau zurückreichenden Tradition. Der Gegensatz zwischen *volonté générale* und *volonté de tous* klingt immer wieder an, wenn der Gegensatz zwischen Partikularinteresse und Gemeinwohl herausgestrichen wird. Besonders deutlich wird dies gegen Ende des sechsten Kapitels, wo der Autor bemerkt, der Gemeinwille manifestiere sich nur unter der Bedingung, dass alle Interessen innerhalb der Gesellschaft gleich gewichtet und nicht durch „Sondergruppen“ (*associations partielles*, in der Terminologie Rousseaus) wie eben Parteien verzerrt würden (S. 171) – eine Sichtweise, der etwa Ernst Fraenkel dezidiert widerspricht.

Die Krisendiagnose wie auch die vorgeschlagene Lösung beruhen auf einer anthropologischen Prämisse, wonach Stimmbürgerinnen und Akteure gleichsam gegenläufige Potenzialitäten in sich vereinen, einmal eine partikularistische und einmal eine altruistische, pro-soziale Seite. Der Wettbewerbscharakter des politischen Prozesses aktiviere demnach die partikularistische Seite und führe zu gemeinwohlschädigenden Verhaltensweisen. Eigennutz werde somit „zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung“ (S. 152). Reformen des Verfassungssystems müssten entsprechend darauf abzielen, das interessenbasierte Leitbild der Demokratie zu überwinden und stattdessen die „pro-sozialen Impulse“ stärker zur Geltung zu bringen. Die liberale Verfassungstheorie, wie sie vor allem in den *Federalist Papers* ihren Ausdruck gefunden hat, wird damit auf den Kopf gestellt. Towfigh behauptet nämlich, dass Eigennutz nicht etwa eine anthropologische Konstante ist, mit der zu rechnen und die bei der Gestaltung eines Verfassungssystems einzukalkulieren sei, sondern dass es gerade ein solches, auf einem nüchternen Menschenbild beruhendes Verfassungssystem sei, das den gemeinwohlschädigenden Eigennutz erst hervorbringe. Verändere man das Verfassungssystem, würde sich auch das Verhalten im Sinne einer stärkeren Gemeinwohlorientierung ändern.

Sollte sich diese Prämisse als falsch herausstellen, dann laufen die Analyse und die daran anknüpfenden Vorschläge Towfighs ins Leere. Dann wäre der freie Treuhänder nicht weniger

anfällig für *rent seeking*, als Parteien und deren *delegates*; die freie, „unverzerrte“ Artikulation von Interessen würde noch mehr in einen intransparenten Lobbyismus führen, als eine parteienstaatliche Form der Interessenaggregation. Individuelles und korporatives Eigeninteresse würden sich in informellen Strukturen wiederfinden, die dann aber nicht als natürliche Bestandteile der Politik in institutionelle Bahnen gelenkt, sondern im Hintergrund wirken oder als gemeinwohlgefährdende Anomalien bekämpft würden – erfahrungsgemäß von jenen, die unter dem Deckmantel des Gemeinwohls ihre eigenen Machtinteressen verfolgen.

Dennoch ist dem Autor zugute zu halten, dass er einige Defizite und Dilemmata liberaler Demokratien präzise und auf einer äußerst breiten Literaturbasis herausgearbeitet hat. Zweifellos steckt die Demokratie mit ihrem individualistisch-aggregativen Paradigma in der Krise und die vorliegende Studie liefert viele Ansatzpunkte für mögliche Reformen. Die Argumentation insgesamt überzeugt allerdings nicht. Vielversprechender als die Suche nach dem Heiligen Gral des Gemeinwohls wäre möglicherweise eine Rückbesinnung auf die Grundidee von Demokratie als ein Mittel zur Verhinderung von Tyrannei – und nichts weiter.

Würzburg

Thomas Kestler

### **Eine neue, ungeordnete repräsentative Politik**

*Tormey, Simon: Vom Ende der repräsentativen Politik*, 230 S., Hamburger Edition, Hamburg 2015 (engl. 2015).

Simon Tormey entwickelt in seinem Buch „Vom Ende der repräsentativen Politik“, anders als der Titel erwarten lässt, die These, dass zwar die traditionellen Praktiken und Institutionen der repräsentativen Demokratie an Anziehungskraft verloren haben, sich parallel dazu aber repräsentative Praktiken entwickeln, welche unsere Vorstellung von einer repräsentativen Demokratie in Zukunft verändern werden. Es ist also, so seine Diagnose, eine andere Form der repräsentativen Demokratie am Entstehen, welche neben den etablierten Herrschaftsparteien Protestparteien hervorbringt. Diese sind im Vergleich zu den Herrschaftsparteien durch den Rückgriff auf neue Technologien kostengünstig, zielgerichtet und zeitlich begrenzt und fordern wenig emotionalen

und zeitlichen Aufwand (S. 195). Die Protestparteien haben, so der Autor, vor allem das Ziel, zu inspirieren und zu provozieren, indem sie auf punktuelle Missstände hinweisen, deren Thematisierung von den Herrschaftsparteien vermieden wird. Dabei ist es den Protestparteien häufig wichtig, unideologisch zu sein und nicht-repräsentativ, was sich aber auf die Abgrenzung von der traditionellen repräsentativen Demokratie bezieht und nicht auf ihre eigenen Fähigkeiten, die Interessen der Bevölkerung zu repräsentieren. Auch das demokratische Selbstverständnis der Protestparteien spielt eine wichtige Rolle: Indem sie neue demokratische Entscheidungsfindungsverfahren erfinden und das Demokratieverständnis der Herrschaftsparteien infrage stellen, verweisen sie auf die Notwendigkeit der Neuverhandlung der Frage, was Demokratie bedeuten soll und was nicht (S. 198). Dafür zentral ist die Absage an „das Narrativ rund um Hierarchie und Autorität“ (S. 121). Das zeige sich im Schwinden des Respekts für Personen, die glauben, Respekt zu verdienen, weil sie eine bestimmte Position innehaben. Daher führt das Image der traditionellen Parteien als hierarchische Organisationsform auch zum Verlust der Autorität (S. 132).

Es geht bei den neuen Formen des politischen Engagements – welches häufig nicht einmal als ein solches wahrgenommen wird, weil es nicht im Gewand des traditionellen politischen Engagements erscheint – darum, die zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um bei Bürgern und Bürgerinnen sowie Politikern und Politikerinnen Resonanz zu erzeugen (S. 194). „Allmählich verblasst das Bild der parteibasierten Demokratie als Mechanismus, der dafür garantiert, dass eine große Mehrheit der Wählerschaft in periodischen Zyklen repräsentiert wird, während die großen Parteien abwechselnd nach je eigenem Gusto regieren. An ihrer Stelle entsteht nach und nach eine andere Form des Wettstreits, und zwar zwischen Herrschaftsparteien auf der einen und Protestparteien auf der anderen Seite – oder zwischen Insidern und Außenseitern“ (S. 200). Was der Verfasser hier anspricht, könnte als Frontstellung zwischen den alten und den neuen Parteien verstanden werden oder aber als das Korrektiv einer Entwicklung, welche zur Entfremdung der Massenparteien von ihren Wählern und Wählerinnen geführt hat. Das heißt wenn die vom Autor sogenannten Herrschaftsparteien die thematischen Bälle auffangen, die ihnen von den Protestparteien zugespielt werden, dann kann daraus eine neue Form repräsentativer Demokratie werden, welcher es wieder gelingt, die Belange der

Bürger und Bürgerinnen in das politische System einzuspeisen. Lassen die Herrschaftsparteien die thematischen Bälle an sich abprallen, dann könnte das, so lassen sich die Beobachtungen des Autors zumindest deuten, das tatsächliche Ende nicht der repräsentativen Demokratie, aber das der traditionellen Parteien bedeuten.

Mit anderen Worten: Was wir also zurzeit beobachten können, ist das Entstehen von Praktiken der Partei-„Kontrolle“, was eigentlich ganz im Sinne der *checks-and-balances*-Idee ist. So erhalten die Bürger und Bürgerinnen die Möglichkeit (zurück), den Herrschaftsparteien, dort wo sie ihrer Aufgabe der Repräsentation allzu deutlich nicht nachkommen, einen Hinweis auf die Themen zu geben, die der Repräsentation aus der Sicht der Bürger und Bürgerinnen bedürfen. Denn, so der Autor, „Die Spielregeln verändern sich. ‚Das Volk‘ ist nicht mehr – oder inzwischen sehr viel weniger – ein Gebilde, für das andere unwidersprochen und ungestraft sprechen können. Dieses ‚Sprechen-für‘ wird zum Problem, denn die Betroffenen verübeln den Repräsentanten ihre Attitüde des Fürsprechens“ (S. 210).

Tormeys Buch enthält spannende Einblicke in die Veränderungen und Entwicklungen moderner repräsentativer Demokratien. Es gibt keine abschließende Einschätzung, sondern tastet Entwicklungsrichtungen und Veränderungspotenziale ab – und genau das macht es zu einem lesenswerten Buch, weil sich hier ein Wissenschaftler unvoreingenommen mit den Entwicklungen seiner Zeit auseinandersetzt und sie zu verstehen sucht.

Heidelberg

Sybillie De La Rosa Sanchez

### Ein versäumter Augenblick

*Ludovisi, Stefano Giacchetti (Hrsg.): Critical Theory and the Challenge of Praxis. Beyond Reification, 234 S., Ashgate, Surrey 2015.*

Das Verhältnis der älteren Generation Kritischer Theoretiker zur politischen Praxis war buchstäblich ein gestörtes. Trotz des allgemein revolutionären Tons und einer marxistischen Grundhaltung konnte man am Institut für Sozialforschung kein Vertrauen mehr aufbringen in die revolutionäre Arbeiterbewegung. Die emphatische Konzeption umgestaltender Praxis, an der man zugleich doch festhalten wollte, wurde somit zu einem Problem. Leo Löwenthal brachte es 1980 auf die einfache

Formel, dass nicht „wir“ (die kritischen Theoretiker) „die Praxis verlassen“ hätten. Vielmehr habe „die Praxis [...] uns verlassen“. Theodor Adornos „Negative Dialektik“ (1965) betont, dass der Augenblick emphatischer transformierender Praxis versäumt und damit die Philosophie mit einem objektiven Problem konfrontiert wurde.

Diese Ausgangslage Kritischer Theorie bildet das Thema des von Stefano Giacchetti Ludovisi herausgegebenen Sammelbandes. Einleitung und Buchumschlag legen den Fokus auf die Kritische Theorie Theodor Adornos und damit auf die Frage nach der Möglichkeit politischer Praxis vor dem Hintergrund der Kritik entfremdeter, verdinglichter oder versteineter Verhältnisse.

Der Band geht dabei zurück auf eine der jährlichen Tagungen, die Giacchetti seit einigen Jahren mit großem Einsatz in Rom organisiert. Die Autoren und Autorinnen sind größtenteils renommierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit Schwerpunkten im Bereich der frühen Kritischen Theorie (Deborah Cook, Samir Gandesha, Andrew Feenberg, James Gordon Finlayson etc.) und die Qualität der Beiträge ist weitestgehend sehr hoch. Dennoch lässt der Band eine Reihe von Fragen offen.

Zudem stören zahlreiche orthographische Fehler, einzelne teils unstrukturierte Beiträge und Inkonsistenzen in den Literaturverweisen den Lesefluss. Es ist es jedoch vor allem die Anordnung der Aufsätze, die verwundert. Sie sind durchnummeriert und springen von Beiträgen über Adorno zu Texten, die sich mit jüngerer Kritischer Theorie befassen, und wieder zurück. Offene Widersprüche in der Argumentation verschiedener Texte bleiben unkommentiert; so steht etwa Finlaysons Versuch, Adornos differenzierte Haltung zur Studentenbewegung als eine politische Praxis zu akzentuieren, Feenbergs Adornokritik gegenüber, die seine totalisierende Rationalitätskritik (seinen „systematic pessimism“, S. 129) für insgesamt unpolitisch hält und ihn durch die Perspektive Herbert Marcuses ersetzt.

So gelingt es dem Band nur ansatzweise, die Diskussion über das politische Potenzial der frühen Kritischen Theorie fortzuführen. Hier macht sich auch der fehlende Bezug zu bereits bestehender Literatur bemerkbar. Espen Hammers Buch „Adorno and the Political“ (2006) und auch der einschlägige Band von John Holloway, Fernando Metaramos und Sergio Tischler („Negativity and Revolution. Adorno and Political Activism“, 2009) werden nicht diskutiert – weder einleitend, um den Diskussionsstand zusammenzutragen, noch in den einzelnen Aufsätzen.

Ebenso wenig geht es um die politische Wirkungsgeschichte der ersten Generation der Kritischen Theorie in der weiteren Geschichte der Bundesrepublik. Alex Demirovičs Buch „Der nonkonformistische Intellektuelle“ (1999), auf das immerhin im Text von Samir Gandesha verwiesen wird, hat hier (vor beinahe zwei Jahrzehnten) Maßstäbe gesetzt. Und auch das viel zu wenig rezipierte Werk Alexander Kluges und Oskar Negts hätte zumindest Erwähnung verdient. Für den englischsprachigen Kontext ist es in diesem Zusammenhang jedoch das besondere Verdienst James Gordon Finlaysons, Adornos Position in den politischen Entwicklungen der sechziger Jahre zu rekonstruieren und damit auch jenen Lesern das hervorragende dreibändige Sammelwerk „Frankfurter Schule und Studentenbewegung“ (1998) von Wolfgang Kraushaar zugänglich zu machen, die diese Quellen nicht im Original lesen möchten.

Tatsächlich bilden Beiträge zur politischen Theorie Adornos im vorliegenden Band in gewisser Hinsicht sogar eine Ausnahme. Einige Aufsätze beschäftigen sich mit späteren Generationen Kritischer Theorie (so die beiden Texte von Alessandro Ferrara und David Ingram), in denen politische Praxis an sich kein besonderes Problem mehr darstellt, weil der Anspruch auf umfassende gesellschaftliche Transformation darin bereits geschwächt ist. Ein Teil der Aufsätze, vor allem der Text von Deborah Cook, gibt sich im Stile einer klassischen Adorno-Rekonstruktion wenig Mühe mit zeitgenössischen Einwänden, neueren Theorieansätzen oder neueren gesellschaftlichen Entwicklungen ins Gespräch zu kommen. Ein weiterer Teil (hier vor allem die Texte von Rocio Zambrana und Idit Dobbs-Weinstein) geht vor allem von Adornos Kulturkritik aus, die dann (wenn auch mit postkolonialen Theorieperspektiven oder spontanen kulturdiagnostischen Hinweisen) nicht direkt mit der Frage politischer Praxis konfrontiert wird. Und der eigene Beitrag des Herausgebers verweist zwar auf Möglichkeiten sozialistischer Politik (er folgt dabei dem Konzept der „workplace democracy“, S. 46), kann schlussendlich aber nicht mit seiner These, dass genau diese Politik auch mit gewisser Notwendigkeit aus Adornos Kultur- und Entfremdungskritik folgt, überzeugen. Neben Finlayson bleibt es vor allem Samir Gandeshas elegantem Essay „The Color of Adorno's Thought“ vorbehalten, sich ausdrücklich dem Verhältnis Adornos zum politischen Handgemeine zu widmen.

Ungeachtet der durchaus hohen Qualität einzelner Aufsätze bleibt dadurch der Eindruck,

dass hier eine große Chance liegen gelassen und eine Gelegenheit versäumt wurde, um zeitgenössische Autoren mit dem politischen Erbe der Kritischen Theorie ins Gespräch zu bringen.

Amsterdam

Johan Hartle

## Die Angst vor der besorgten Öffentlichkeit

Kaiser, Mario: Über Folgen. Technische Zukunft und politische Gegenwart, 339 S., Velbrück, Weilerswist 2015.

Gute Soziologie tritt als Störer im Verhältnis von Parasit und Wirt auf. Diese Rollenbeschreibung von Michel Serres („Der Parasit“, 1984, S. 36) drängt sich auf bei der Lektüre von „Über Folgen: Technische Zukunft und politische Gegenwart“, das Dissertationswerk von Mario Kaiser. Der Autor führt vor, wie sich eine wissenschaftliche Agenda, die eine technische Entwicklung vorsorglich hinsichtlich möglicher Folgen abschätzend begleiten soll, und eine ökonomisch-politische Agenda, die die eigentliche technische Innovation befördern will, aneinander aufrichten, ohne dass das neue technologische Paradigma – die Nanotechnologie – bereits greifbar wäre. Als Resultat wird so der Regierbarmachung von zukünftigen (kontingenten) Gegenwarten der Boden bereitet. Kaiser urteilt nicht, wer hier Wirt und wer Parasit ist, nur, dass beide einander brauchen: Erstere erhalten sich durch das Versprechen von Folgenwissen, letztere versuchen sich vor der prinzipiellen Ablehnung durch eine besorgte, angstvolle Öffentlichkeit zu schützen. Es ist spannend zu lesen, dass dies auch ohne empirischen Halt geschieht: „Bis zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Arbeit waren weder *uneingeladene Öffentlichkeiten*, *aktivistische Bürger*, noch *öffentliche Kontroversen* auszumachen“ (S. 244, Hervorhebung im Original).

Kaiser exponiert ein Abschätzungsregime, das Politik, Administration und die politische Öffentlichkeit mit Folgenwissen über noch nicht realisierte technische Möglichkeiten konfrontiert. Gleichzeitig kann sich dieses Regime nur über dieses eine Angebot erhalten. Das hat Folgen: „Während das Regime dazu verdammt ist, die Zukunft zu erforschen, verdammt es die Gesellschaft dazu, sich mit den Forschungsergebnissen auseinanderzusetzen“ (S. 168). Das ist richtig, erweckt aber den Eindruck, als wäre die Gesellschaft ein überfordertes Opfer

eifriger Zukunftsabschätzer. „Zukunftswissen“ wird dankbar aufgenommen, denn es muss in der Gegenwart investiert (Produktentwicklung), regiert (Verbraucherschutz) oder Recht gesprochen (Vorsorgeprinzip) werden. Der Druck des permanenten Entscheidenmüssens verlangt nach Unsicherheit absorbierendem (spekulativem, hypothetischem, kontrafaktischem etc.) Wissen.

Der Autor führt die Konstruktion von Öffentlichkeit, die Bearbeitbarmachung von Öffentlichkeit durch Sozialtechnologien (Meinungsforschung und Partizipation) sowie die Regierbarmachung von Öffentlichkeit durch Selbst- und Fremdführung (z. B. durch Aktanten, die Verhalten konditionieren) vor. Vor allem die Figur der „Öffentlichkeit als Gefahr“ ist bisher so deutlich nicht herausgearbeitet worden. Vielleicht ist dies das größte Verdienst der Arbeit. Innovatoren, Investoren, Förderer haben eins nicht im Griff: eine intransparente Öffentlichkeit, von der angenommen werden muss, dass diese mit Ablehnung, Sorgen und Ängste auf neue Errungenschaften von Wissenschaft und Technik reagiert. Das Mobilisierungspotenzial begründet das Risiko der kategorischen Ablehnung von Nanotechnologie für einen jeden Akteur, der seinen wissenschaftlichen, ökonomischen oder politischen Interessen nachgeht. Als Urfall wir von Kaiser die Debatte um genetisch modifizierte Organismen (GMO) herangezogen. Das ist überraschend, hätte man doch auch die Ablehnung der Nukleartechnik erwarten können. Wie dem auch sei, sind es die Abschätzungsregime mit ihren Forschungsinstituten, *think tanks* oder Akademien, die nach Kaiser die fiktive Öffentlichkeit für ihre Selbsterhaltungszwecke instrumentalisieren und mit unzähligen Meinungsumfragen und Partizipationsverfahren traktieren (S. 254). Schlussendlich wird Folgenwissen zur Legitimation herangezogen, um in der Gegenwart zu handeln und zukünftige Entwicklungen in eine alternative Richtung zu zwingen: „mit der Zukunft eine Korrektur der Gegenwart auf den Weg zu bringen“ (S. 266).

Der Stil dieser Arbeit wird jeden Historiker und jede Historikerin vergnüglich stimmen: sehr weit ausholend, sehr akribisch – und viel zu lang. Die Leser überkommt das Gefühl, der Autor habe lange in (fiktiven) nanotechnologischen Archiven gesessen und hat alle, aber auch wirklich alle nur denkbaren Aspekte dieser Geschichte berücksichtigt. Dass daraus dann über 300 Seiten geworden sind, gereicht dem Buch eher zum Nachteil, denn der Autor verliert sich zum Ende in einem eklektizistischen Stil. Kaiser mag nicht einer Theorierichtung vertrauen, er will (oder – der fachdisziplinären

Rechenschaftspflicht geschuldet – muss) es allen Recht machen. Hier und da tauchen Argumente des operativen Konstruktivismus auf (Niklas Luhmann), zum Beispiel zur autopoietischen Reproduktion von Fachwissen (S. 154), nur um dann wieder relativistischen Ansätzen (Bruno Latour, Peter Wehling) oder philosophischen Einlassungen zu begegnen (Martin Heidegger, Slavoj Žižek und viele andere). Diese Vorgehensweise hat offensichtlich den Zweck zu zeigen, dass sich die Argumente ähneln beziehungsweise dass in unterschiedlichen Lagern Belege für die eigene These zu finden sind. Nur stehen diese Quellen lose nebeneinander; man muss sie nicht (alle) lesen, um Kaisers Argument nachzuvollziehen. Mit anderen Worten, die Versammlung soziologischer und sozial-philosophischer Gedanken trägt nicht immer zu einer kumulierenden, progressiven Argumentationslinie bei.

Schwierig ist die Durchmischung dann, wenn Begrifflichkeiten verwendet werden, die auf Konstruktionen als soziale „Artefakte“ hindeuten, die durchaus wirkmächtig erscheinen, aber neben der eigentlichen Realität hervorgebracht werden (als Diskurse oder Dispositive, die in Prozessen der „Subjektivierung“, „Schließung“ oder „Fabrikation“ hergestellt werden). Damit verbindet sich stets ein akteursbezogener Relativismus: Man muss es sich und den anderen nur lange genug einreden, dann ist Nanotechnologie wirklich eine Bedrohung. Gleichzeitig werden aber immer wieder auch Sprengsel einer Beobachtertheorie eingestreut, die mit Konzepten der Selbst- und Fremdbeschreibung sozialer und psychischer Systeme arbeitet, und radikal von operativer, ereignishafter Herstellung ausgeht. Letztere Theorierichtung überwindet die Vorstellung, dass die wahre Realität erreichbar sein könnte. Hier hätte man sich von dem Autor gewünscht, eine „klare Kante“ zu zeigen. Nichtsdestotrotz hat der Autor die verstörende Einsicht klar hervorgebracht, dass Technik-Proponenten sich notwendigerweise ebenso parasitär an das Abschätzungsregime anhängen müssen, wie es eigentlich nur andersherum zu vermuten gewesen wäre.

Karlsruhe

Christian Büscher

### Theorie nach dem Menschen

*Braidotti, Rosi: Posthumanismus. Leben jenseits des Menschen, 214 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014 (engl. 2013).*

In der angelsächsischen Theorie-Szene hat sich seit den 1990er Jahren ausgehend von *gender*, *queer* und *cultural studies* auf der einen Seite, *science studies* und Cyber-Philosophien auf der anderen Seite ein eigener Diskurs-Komplex zum Post- oder Trans-Humanen gebildet. Mit Rosi Braidottis „Posthumanismus. Leben jenseits des Menschen“ liegt nun erstmals ein umfangreicher Text einer der wichtigsten Theoretikerinnen des Posthumanismus auch auf Deutsch vor.

Braidotti macht schon in der Einleitung klar, dass es sich bei ihrem Buch nicht nur um eine Einführung in oder Darstellung des Posthumanismus handelt. Der Text ist gleichzeitig ein Plädoyer für den Posthumanismus als der kritischen Theorie, die auf der Höhe der Zeit ist, eine Skizze der aktuellen Situation und eine Darstellung der in ihren Augen wichtigsten posthumanistischen Positionen und theoretischen Aufgaben. Diese Mischung aus Theorie, historischer Darstellung, Ethik und politisch-moralischem Manifest spiegelt sich auch in Struktur und Stil des Buches – und schadet zum Teil seiner Lesbarkeit und konzeptionelle Klarheit. Braidotti scheut zwar den robusten Zugriff auf ihr umfangreiches Problem-, Ideen- und Textkorpus nicht, aber die immense Zahl der historisch-philosophischen Referenzen pro Absatz schafft eher Unübersichtlichkeit als das angestrebte Verweisungsnetz. Besonders stark macht sich das im ersten Kapitel „Posthumanismus – Leben jenseits des Selbst“ (S. 20–59) bemerkbar. Die Autorin verschränkt hier eine kurze Geschichte des europäischen Subjekt-Begriffs und seiner Kritik mit der Darstellung der eigenen akademisch-philosophischen Biographie. Sich als individuelles Selbst, das von spezifischen historischen Erfahrungen und Milieus, aber auch biologischen Vorgaben geprägt worden ist, zu situieren, ist selbst eine post-humanistische Geste – gegen den universalistischen-rationalistischen Anspruch des vom Humanismus postulierten Subjekts jenseits von Körper, Geschlecht, Rasse, Klasse und Geschichte. Leider findet Braidotti für diese inhaltlich extrem dichte und komplexe Situierung ihrer Selbst und des Posthumanismus keine adäquate Sprache. Ihr zentraler Punkt, dass Subjektivität nicht einfach mit rationalem Bewusstsein in eins gesetzt werden kann, ist so nicht leicht nachzuvollziehen. Die Leserschaft sollte sich aber davon nicht abschrecken lassen – und im Zweifelsfall das erste Kapitel einfach überspringen.

Die immer prekärer werdende ökologische Situation des Planeten und der Bio-Kapitalismus bestimmen das zweite Kapitel über das „Jenseits

des Menschen“. Braidotti zeigt, wie beide Phänomene miteinander verschränkt sind, steht ihnen aber nicht einfach ablehnend gegenüber, sondern propagiert ‚affirmatives Denken‘. Ganz grundsätzlich heißt das, die emanzipatorischen Aspekte einer Konstellation wahrzunehmen, auch wenn diese auf den ersten Blick nur als negativ erscheint – eine theoretische Haltung, die Braidotti von ihren philosophischen Lehrern Gilles Deleuze und Félix Guattari übernimmt. Beim „Leben jenseits des Menschen“ ist das der Blick auf das Tier, die Erde und auf die Maschine als alternative Formen des Subjekt-Werdens. Dieser wird durch die ökologische Krise und die neuen bio-kapitalistischen Praktiken – in denen die Grenzen zwischen Mensch, Maschine und Tier neu gezogen, umformuliert oder aufgehoben werden – geradezu gefordert, wenn nicht erzwungen. Von dieser Position aus kritisiert Braidotti auch den Sozialkonstruktivismus vieler Gender-Theorien sowie die klassische Ökologie-Bewegung als Neu-Formulierungen des klassischen Dualismus von Geist/Ratio und Körper/Natur.

Im Kapitel „Leben jenseits des Todes“ diskutiert sie die Verschränkung von den digitalen Techno-Phantasien und bereits entwickelten Technologien, die nicht nur die Silicon Valley-Eliten von einer körperlosen, reinen Geist-Existenz jenseits von Raum und Zeit träumen lassen, sowie neue auf Algorithmen, Genen und Informationen basierte Konzepte von Identität und Subjektivität, die durch digitale soziale Medien und governmentale Zugriffe unser Selbstbild zu prägen beginnen. Dazu gehören für Braidotti auch die Welt der Drohnenkrieger und ihrer Opfer, in der im Namen humanistischer Interventionen ganze Regionen in Zonen der Inhumanität verwandelt werden, und kapitalistische Ausbeutungs- und Security-Regime, die permanent „Menschenmüll“ produzieren.

Im letzten Kapitel „Jenseits der Theorie“ entwickelt Braidotti ihre Idee der *post-humanities*, ausgehend von einer Zustandsbeschreibung: Ökonomisch dominierte Diskurse drängen die Geisteswissenschaften in die Defensive. Verschulung und Ausbildungsorientierung höhlen den geisteswissenschaftlichen Anspruch von innen aus. Wissenschaftsintern stellen die *life and data sciences* das Menschen- und Wissenskonzept, auf denen die Geisteswissenschaften beruhen, massiv infrage. Die *humanities* reagieren darauf mit der Herausbildung neuer Disziplinen, Themen, Felder und Sub-Disziplinen. Braidotti sieht in diesem Differenzierungsprozess kein Anzeichen für die Krise der Geisteswissenschaften,

sondern für ihr kreatives Potenzial, sich zu *post-humanities* zu entwickeln. Denn nur als solche können sie sich als Raum etablieren, in dem neue Begriffe und Möglichkeiten zumindest schon einmal gedacht werden können – ihre einzige legitime Funktion in der gegenwärtigen Situation. Die Rolle der Universität schätzt Braidotti dabei durchaus als positiv ein, aufgrund ihrer Genese als lokal verorteter, von den Stadt-Bürgern gegründeter Organisation, in der sich gleichzeitig das globale Wissen verkörpert, nicht zuletzt in Form der Internationalität der Studenten- und Dozentenschaft. Deren aktuelle Verkörperung sieht sie vor allem in den Universitäten der *global cities* Asiens – ob sich hier wirklich die „gesprengte und expandierte Institution, die eine konstruktive Posthumanität bejaht“ (S. 187) finden lässt, daran hat die Rezensentin so ihre Zweifel.

Stuttgart

Christina Dongowski

### **Versachlichung in einer aufgeladenen Debatte**

Winandy, Julien: Normativität im Konflikt. Zum Verhältnis von religiösen Überzeugungen und politischen Entscheidungen, 361 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

„Sie haben meine Aussage aus dem Kontext gerissen!“. Die Formel, mit der sich Politiker häufig darüber beschwerten, wenn eine ihrer medial transportierten Aussagen Anstoß erregt, ist Legion. Aber handelt es sich nur um eine Formel? Die Studie von Julien Winandy legt es nahe, das zu überdenken. Denn er befasst sich mit der Frage, wie eigentlich Argumente und Argumentationen im öffentlichen Raum „funktionieren“. Was zeichnet ein gutes und zulässiges Argument aus, das in der politischen Auseinandersetzung der pluralistischen Gesellschaft vorgebracht wird? Sein Beispielfeld und Thema sind zwar religiös motivierte und formulierte Geltungsansprüche, aber die Auseinandersetzung, die er führt, weist über die von ihm in den Fokus gestellte Thematik hinaus und betritt ein für die demokratische Gesellschaft grundsätzliches Feld: Es ist die Frage, wie Geltung zustande kommt und ob es einen plausiblen Übergang gibt von den privat gehegten Überzeugungen hin zum öffentlich nachvollziehbaren Argument, mit dem andere überzeugt werden sollen. Die von Winandy entwickelte Antwort lautet, abgekürzt: Ja, es gibt so einen

Übergang, aber man muss ihn nicht im abstrahierten Sachgehalt eines einzelnen Argumentes suchen, sondern in der Art und Weise, wie das Argument in einem öffentlichen Diskurs verwendet und genutzt wird.

Nun ist das Beispiel religiöser Argumente kein beliebiges. Es spitzt die Frage in der denkbar anspruchsvollsten Weise zu. Denn ist nicht Religion, wie Richard Rorty es sagt, in der weltanschaulich pluralen Gesellschaft per se schon ein „conversation-stopper“ (S. 328) und religiös konnotierte Argumente schlicht ungeeignet, um zur Begründung verallgemeinerungsfähiger Forderungen herangezogen zu werden? Nach dieser Lesart sollten religiöse Bürgerinnen und Bürger ihre Ordnungsvorstellungen entweder für sich behalten oder allenfalls in einer übersetzten, für andere auch nachvollziehbaren Weise geltend machen. Es ist nun die in einer solchen Forderung begründete Dichotomie, die der Autor in Zweifel zieht, nämlich die von den *partikularen religiösen* Begründungen auf der einen Seite und den *allgemeinen säkularen* auf der anderen Seite (S. 131).

Nach einiger kategorialer Begriffsklärung zu den möglichen Optionen der Exklusion, Inklusion oder Teilinklusion religiöser Positionen in öffentliche Begründungsdiskurse kommt die Studie zu ihrem Kernstück. Es ist der Blick auf die Sprecherposition, das heißt auf die Figur des „religiösen Bürgers“ (S. 102–132), der sich vor dem Hintergrund seiner Glaubensüberzeugung am öffentlichen Diskurs beteiligt. Dies wird nicht rein abstrakt in Angriff genommen, sondern in der fein strukturierten und hermeneutisch gut begründeten „Fallstudie“ eines solchen öffentlichen Diskurses um normative Fragen, nämlich die „Proposition 8“, eine Volksabstimmung zur Änderung der kalifornischen Verfassung mit dem Ziel, nur noch heterosexuelle Ehen als rechtmäßig gelten zu lassen. Die methodische Absicht ist es, aus den Diskursverläufen etwas darüber zu lernen, wie religiöse Diskursteilnehmer mit ihrem weltanschaulichen Hintergrund argumentativ umgehen – und wie der Kontext eines Diskurses wiederum den Einsatz und die Validität eines Argumentes (mit-)bestimmt.

Winandy rekonstruiert dabei vier Typen des religiösen Bürgers: der Integralist, der Äquilibrist, der Kompatibilist und der Säkularist (S. 203–291). Mit dieser Typologie gelingt es zu zeigen, dass die in den Theorien über Modelle öffentlicher Rechtfertigung geläufigen Vorstellungen vom religiösen Diskursteilnehmer praxisfern und deshalb unzutreffend sind.

Denn diese dichotomisch angelegten Theorien sagen „wenig über die Realität der Rechtfertigung politischer Positionen und Entscheidungen durch religiöse Menschen“ (S. 132) und können deshalb nicht als Prämissen für eine normative Diskussion über diese Rechtfertigung dienen. Das Ergebnis des Fallstudie lautet vielmehr: Man kann ein „fortwährendes Ineinandergreifen unterschiedlichster religiöser und säkularer Begründungen in unterschiedlichen Argumentationsverläufen“ (S. 326) und deren „wechselseitige Einbettung“ (S. 325) ausmachen. Dies legt die Schlussfolgerung nahe: „Über die Angemessenheit einer Begründung für eine politische Position lässt sich nicht entlang der Dichotomie religiöser und säkularer Einzelbegründungen entscheiden, sondern ihre Bewertung ergibt sich aus dem Argumentationsverlauf im Diskurs selbst“ (S. 326).

Der Ertrag der Studie ist beachtlich: Sie leistet Versachlichung in einer aufgeladenen Debatte – diejenige um Relevanz oder Irrelevanz religiöser Überzeugungen im normativen Diskurs pluraler Gesellschaften. Gegen die Unterstellung einer eindeutigen ideologischen Markierbarkeit einer Äußerung wird auf den Äußerungszusammenhang als relevantem Auslegungsmoment verwiesen. Der enonziative Akt erst macht die Aussage also zu einem Faktor innerhalb des Geschehens normativer Verständigung. Im Äußerungskontext können sich Begründungslogiken wechselseitig erhellen, oft sind sie in einer Person gemeinsam vorhanden und überlagern sich. Damit wird deutlich: Argumentierendes Sprechen ist Handeln – Interaktion in einem mehrdimensionalen Geflecht zwischen individuellen Überzeugungen, thematischen Positionen und den diese Positionen historisch verkörpernden Institutionen.

Die Untersuchung entlarvt die Trivialität jener Stellungnahmen, die – oftmals selbst in aufklärerischer Geste – eine scharfe Kante ziehen wollen zwischen „säkular“ und „religiös“. Das gilt etwa für Julian Nida-Rümelin (in einem Beitrag im „Tagesspiegel“ vom 24.11.2015), der nach den Anschlägen vom 13. November in Paris religiösen Identitäten schlicht die Legitimität abspricht, als Ressource gegen den terroristischen Fanatismus mobilisiert zu werden und stattdessen eine Lanze für den weltanschaulich „neutralen“ Humanismus bricht. Gesellschaftlicher Diskurs steht unter der Maßgabe historischer und sozialer Kontingenz. Unter diesen Bedingungen gibt keine „reine Rechtfertigung“.

Fribourg

Daniel Bogner

## **Vielfalt im unitarischen Bundesstaat**

*Mannewitz, Tom*: Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung, 548 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

Nach einhelliger Auffassung beruhte der deutsche Bundesstaat bis zur Deutschen Einheit auf einer kulturell homogenen Gesellschaft. Zwar hatten einzelne Sozialwissenschaftler schon in den 1980er Jahren nach Regionalkulturen gesucht, politisch bedeutsam schienen diese aber nicht. Im erweiterten Bundesstaat blickte man auf Unterschiede zwischen Ost und West. Neben den offensichtlichen ökonomischen erkannte man auch kulturelle Disparitäten, also solche, die Normen und Werte der Menschen betreffen. Befragungen zu Demokratieauffassungen schienen diese zu bestätigen. In die gleiche Richtung deuten Berichte über Rechtsextremismus und rechtspopulistische Tendenzen im Osten.

Das Buch „Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat“ von Tom Mannewitz widerspricht beiden Thesen. Gestützt auf eine breit angelegte Untersuchung ermittelte der Autor eine politische Kultur, die auch in Westdeutschland regional differenziert ist. Zugleich widerlegt er die These eines Ost-West-Gegensatzes.

Zunächst ist zu betonen, dass das Buch nicht von regionaler Identität in den deutschen Ländern handelt. Mannewitz erforschte die Einstellungen der Bürgerschaft zu grundlegenden Werte des politischen Systems. Seine Arbeit betrifft somit die politische Kultur. Dieses Konzept, seine Definition und Operationalisierung sind durchaus umstritten. Mannewitz beginnt deshalb mit einer Diskussion der verschiedenen Konzepte, die er nach inhaltlichen und methodischen Aspekten bewertet. Auf der Grundlage dieses lesenswerten Literaturüberblicks grenzt er seinen eigenen Zugriff auf die Problematik von anderen Ansätzen ab. Er interessiert sich für vorherrschende politische Orientierungen einer Gesellschaft, die sich auf den demokratischen Verfassungsstaat westlicher Prägung richten. Diese Orientierungen erfasst er auf zwei „Ebenen“. Einerseits prüft er, inwieweit Institutionen der Demokratie und des Rechtsstaats in Deutschland auf Zustimmung oder Ablehnung stoßen. Zum anderen berichtet er über Meinungen zu zentralen Kontroversen über politische Ziele, Verfahren und Strukturen. Neben den Ergebnissen für die Bundesebene stellt er dar, welche Unterschiede zwischen

den Ländern festzustellen sind. Beide Untersuchungsschritte gehen der Frage nach, inwieweit Werthaltungen der Bürgerinnen und Bürger die Institutionen und Normen des demokratischen Verfassungsstaats unterstützen oder inwieweit sie ihnen entgegenstehen beziehungsweise zwischen Ländern divergieren. Letzteres, so der Autor, könnte auf Spannungen oder potenzielle Gefährdungen der politischen Stabilität hinweisen.

Mit diesem komplexen Konzept sind normative Prämissen verbunden. Seine Charakterisierung des demokratischen Verfassungsstaats kann Mannewitz aus neueren demokratiethoretischen Überlegungen gut begründen. Problematischer ist seine zweite Dimension der politischen Kultur. Hier scheint zunächst offen, welche Bewertungen er als kompatibel mit dem demokratischen Verfassungsstaat erachtet, welche dessen Veränderungen hervorrufen oder seine Stabilität bedrohen können. Wozu der Autor neigt, wird im empirischen Teil deutlicher.

Die Ergebnisse, über die er in diesem Teil berichtet, basieren auf der Sekundärauswertung von 20 verschiedenen Umfragen, aus denen Mannewitz die aggregierten Antworten zu ausgewählten Fragen auswertet, sie teils zu Indizes zusammenfasst, teils aber auch einzeln interpretiert. Die Probleme solcher Sekundäranalysen diskutiert er leider erst am Ende seiner Arbeit. Über manche seiner Interpretationen kann man streiten. Ob die Zustimmung zur Verstaatlichung von wichtigen Wirtschaftsunternehmen etwas über die Haltung zum Eigentumsrecht aussagt, ist fraglich, zumal Art. 15 GG diese Möglichkeit sogar vorsieht. Dass die Partei Die Linke bei vielen Befragten nicht als extremistisch eingestuft wird, anderes als die NPD, die das Grundgesetz als Diktat der Alliierten ablehnt, spricht keineswegs für einen schwachen „Antilinksextremismus“. Ob die Befragten nicht begreifen, dass ihre Freiheit durch einen expandierenden Sozialstaat beschnitten werden kann, lässt sich den Antworten kaum entnehmen. Dass sich Input- und Output-Orientierungen nicht widersprechen und schon deswegen keine Konfliktlage für die Demokratie bewirken, ist schon demokratiethoretisch zu begründen. Über die Rolle der Kirchen und Religion in der Politik respektive ihren Einfluss auf die Forschung oder über die Verwendung religiöser Symbole in Schulen wird seit Jahren diskutiert, weshalb man aus den Kontroversen nichts über erwünschte politische Strukturen ableiten kann.

Der Umgang des Autors mit den Umfragedaten wirft weitere Fragen auf. So hätte er bei

einer Sekundärauswertung nicht nur die Frageformulierungen, sondern auch die Ziehung der Stichproben, etwa nach sozialstrukturellen Merkmalen der Befragten, diskutieren müssen. Um Werte der Befragten zu ermitteln, wären Zeitreihenanalysen nötig gewesen. Bei der Aggregation der Individualdaten geht der Autor davon aus, dass die Auffassung, die eine Mehrheit der Befragten teilen, auf eine bestimmte Ausprägung von Kulturmerkmalen schließen lässt, doch weicht er an etlichen Punkten von diesem Kriterium ab.

Man sollte die Arbeit also mit einem methodenkritischen Blick lesen. Das muss nicht bedeuten, dass man ihre Ergebnisse rundweg in Zweifel zieht. Mannewitz hat durchaus nachvollziehbar belegt, dass in den Ländern unterschiedliche Regionalkulturen herrschen. Demnach neigen die Gesellschaften der süddeutschen Länder eher zu einer „libertär-konstitutionellen“ politischen Kultur, in der Freiheit und Wettbewerb eine höhere Wertschätzung genießen als in der „demokratische-konstitutionellen“ Kultur, die Mannewitz in den nördlichen Ländern und Thüringen beobachtet, oder der „sozialistisch revolutionären“ Kultur, die er für Berlin, Brandenburg und Sachsen feststellt. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt haben demnach besondere politische Kulturen ausgebildet.

Mannewitz erklärt diese Unterschiede mit einer Reihe von Bedingungen, die ebenfalls eingehend zu diskutieren wären. Zwar ist es nicht sinnvoll, drei Typen von Regionalkulturen als drei Fälle einer QCA-Analyse zu unterziehen. Allerdings hat dieser überflüssige Aufwand keine schädlichen Folgen für die Erklärung. Was Mannewitz zu möglichen Spannungen und Gefährdungen des demokratischen Verfassungsstaates feststellt, klingt beruhigend, wenngleich er auf einige problematische Entwicklungen in der politischen Kultur hinweist. Manche Einschätzungen scheinen mir überzeichnet, andere dagegen nicht.

Bei aller Kritik bleibt festzuhalten, dass Mannewitz das Konzept der politischen Kultur präziser fasst, als dies frühere Untersuchungen leisteten. Über seine Interpretationen der Daten, seine Hinweise auf Widersprüche und problematische Ausprägungen in den Werthaltungen der Menschen in der Bundesrepublik sollte man konstruktiv diskutieren. Seine zentrale Erkenntnis, dass die kulturelle Prägung des deutschen Bundesstaats regional differenziert ist, und zwar anders als es oft unterstellt wird, ist in der Demokratie- und Föderalismusforschung zu beachten.

Insofern hat Tom Mannewitz den Boden für ein spannendes Forschungsfeld geebnet.

Darmstadt

Arthur Benz

### Atatürks intellektueller Werdegang

*Haniöglu, M. Şükrü: Atatürk. Visionär einer modernen Türkei, 312 S., Theiss, Darmstadt 2015 (engl. 2013).*

Der türkische Politikwissenschaftler M. Şükrü Haniöglu, der am Department of Near Eastern Studies der Princeton University spätosmanische Geschichte lehrt, hat eine beachtenswerte Biographie Atatürks vorgelegt. Er liefert nicht eine allgemeine Lebensbeschreibung, sondern rekonstruiert den intellektuellen Werdegang des Gründervaters der modernen Türkei. Für die deutsche Übersetzung wurde der Text durchgesehen und um ein Vorwort ergänzt, in dem das Schicksal des Kemalismus in der heutigen Türkei thematisiert wird. Haniöglu möchte zur Historisierung des sagenumwobenen Atatürks beitragen, indem er dessen Denken und Handeln in den Kontext seiner Zeit einbettet und zeigt, dass auch er ein Mensch mit Stärken und Schwächen war. Dies ist durchaus keine einfache Aufgabe, wenn man bedenkt, dass Atatürk trotz aller Anfechtungen bis heute eine religiöse Aura umgibt; allein die Fülle von Ehrentiteln, die seinem Namen beigelegt wurden (S. 191), legt hiervon beredtes Zeugnis ab.

Haniöglu verknüpft in seiner Herangehensweise die chronologische mit einer systematischen Perspektive. Das Buch besteht aus acht Kapiteln, die jeweils einem wichtigen Aspekt des politischen Denkens oder einer historischen Lebensstation Atatürks gewidmet sind. Das erste Kapitel thematisiert die „kosmopolitische Kinderstube“ in Saloniki im Fin de Siècle. Hier werden wichtige Weichen durch die säkulare Schulausbildung und frühe lebensgeschichtliche Erfahrungen im Spannungsfeld zwischen Kosmopolitismus und Nationalismus gestellt. In den darauf folgenden vier Kapiteln rekonstruiert Haniöglu vor allem die Offizierskarriere Mustafa Kemals, die in dem türkischen Befreiungskrieg ihren Höhepunkt erreicht. Er geht in diesem Zusammenhang auf den preußischen Einfluss auf die jüngere Generation des osmanischen Offizierskorps ein; erwähnt wird etwa das wirkmächtige Buch des preußischen Militärtheoretikers Colmar von der Goltz

mit dem programmatischen Titel „Das Volk in Waffen“. Von größerer Bedeutung ist aber der Einfluss des sogenannten „Vulgärmaterialismus“ auf die jungtürkische Bewegung, aus der Mustafa Kemal hervorging. Diese philosophische Lehre aus Deutschland bestand im Wesentlichen aus populären Versatzstücken des Materialismus, Wissenschaftsglaube und Sozialdarwinismus. Deren bekanntes Hauptwerk stammt von dem Physiologen Ludwig Büchner und hieß kurz und vielsagend: „Kraft und Stoff“. Mustafa Kemal zeigte sich zudem von radikalen Philosophen der französischen Aufklärung wie Paul-Henri Thiry d'Holbach oder Voltaire beeindruckt. Auch war er ein glühender Anhänger der Evolutionstheorie, die ihm wohl hauptsächlich aus den Werken H. G. Wells bekannt war. Von der Wissenschaft erhoffte er sich mehr oder weniger die Lösung sämtlicher Probleme der türkischen Gesellschaft. Den Islam hingegen machte er für die Rückständigkeit und Unterentwicklung des Osmanischen Reiches verantwortlich. Dem entsprechend lautete eine seiner Hauptmaximen: „Die Religion ist nichts, die Wissenschaft alles“. Hanioglu betont immer wieder, dass Atatürk kein eigenständiger politischer Denker und Theoretiker war (S. 79, 227); als Mann der Taten hatte er kaum die Zeit und Energie, sich einem vertieften Studium zu widmen. Er las als Autodidakt europäische und osmanische Popularisierer großer Theorien, die um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert die gebildete Öffentlichkeit beschäftigten; und zog daraus einfache, aber radikale Schlussfolgerungen, von denen eine lautete: Wissenschaft beschleunigt den Fortschritt, während Religion ihn hemmt. Diese Überzeugung enthält im Kern das politische Säkularisierungsprogramm Atatürks, dem Hanioglu das sechste Kapitel widmet, das zu den aufschlussreichsten des Buches gehört. Hier werden die Abschaffung des Kalifats, die Atatürk gegen große Widerstände aus der islamischen Welt durchsetzte, die radikale Umdeutung des Islam aus einer türkisch-nationalen Perspektive, die ihm den wenig schmeichelhaften Ehrentitel eintrug, ein islamischer Luther zu sein (S. 164), und schließlich die schwierige Übertragung des französischen Modells der Laizität auf die Türkische Republik erörtert. Hanioglu unterstreicht aber, dass der türkische Laizismus sich nicht mit der Trennung von Moschee und Staat begnügte, sondern die Gesellschaft vom Einfluss der Religion befreien wollte; ernüchternd wird konstatiert, die „Tiefenwirkung“ der säkularen Ideologie sei trotz aller Bemühungen in der Bevölkerung begrenzt geblieben (S. 168).

Anders ist es wohl um die Wirkungsmacht des Nationalismus bestellt, der in verschiedenen Formen mit dem „Kemalismus“ amalgamiert worden ist; als „zivilreligiöse“ Legitimationsdoktrin der Türkischen Republik hat er zunächst den Islam verdrängt, ihn aber später anverwandelt und einverleibt, so dass man von einer türkisch-islamischen Synthese im Identitätshaushalt der Nation sprechen kann. Einen gewissen Einfluss auf das politische Denken Atatürks hatten Ziya Gökalps Schriften zur Rechtfertigung des türkischen Nationalismus. Zudem bediente sich Atatürk diverser wissenschaftlicher Ansätze und Schulen aus Europa, um den Beweis zu erbringen, dass die Türken die Urheber der Weltzivilisationen seien. Die bizarren Geschichtsthesen und Sprachtheorien wurden später zwar aus dem Verkehr gezogen; geblieben ist jedoch der „rassische“ Überlegenheitsanspruch des „Türkentums“, der sich bis heute im Umgang mit ethnischen Minderheiten bemerkbar macht.

Es fällt auf, dass Hanioglu vermeidet, auf die problematischen Folgen der politischen Überzeugungen Atatürks einzugehen, wie er überhaupt die komplexen Wechselwirkungen von Praxis und Theorie, Tat und Gedanke nicht im Blick hat. Gleichwohl entbehrt seine sorgfältig recherchierte, gut lesbare ideengeschichtliche Erkundung nicht einer kritischen Stoßrichtung. Angesichts des immensen Einflusses Atatürks auf die Türkei ist zu wünschen, dass das Buch zur Versachlichung des heftigen Deutungsstreits um sein Erbe beiträgt. Es kann eine allgemeine Atatürk-Biographie wie etwa diejenige von Klaus Kreiser aus dem Jahr 2008 zwar nicht ersetzen, sollte aber daneben in der Forschung zur Türkei und politischen Ideengeschichte seinen gebührenden Platz finden.

*Berlin*

*Ahmet Cavuldak*

### **Neo-Gramscianismus in den Internationalen Beziehungen**

*Worth, Owen: Rethinking Hegemony, 232 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2015.*

Der Band ist in der von Michael Cox, Professor an der London School of Economics and Political Science, herausgegebenen Reihe „Rethinking World Politics“ erschienen, die sich zur Aufgabe

macht, die großen Themen und Politikfelder des Fachs Internationale Beziehungen (IB) wie zum Beispiel „Globalisierung“ und „Dritte Welt“, aber auch „Europäische Integration“ oder „Kalter Krieg“ in kompakter Form vorzustellen und einer kritischen Rekapitulation zu unterziehen. Damit soll zugleich ein Beitrag gegen den Trend immer größerer Spezialisierung im Fach geleistet werden.

Der Autor, Owen Worth, ist Lecturer für IB und Internationale Politische Ökonomie an der Universität vom Limerick (Irland). Paradigmatisch gehört er zum Neo-Gramscianismus in den IB in der Tradition von Robert Cox, nicht zu verwechseln mit dem Reihenherausgeber Michael Cox, und zuletzt der sogenannten Amsterdamer Schule um Kees van der Pijl. Diese Orientierung prägt den Duktus, insofern das Thema eher aus einer gramscianischen Perspektive „überdacht“ wird.

Gegliedert ist der Band in acht, reichlich mit Literaturhinweisen gespickten Kapiteln, beginnend mit der Bestimmung des Begriffs Hegemonie (Kap. 1) über ihre Relevanz für die Weltpolitik seit der Antike bis zur aktuellen US-Hegemonie (Kap. 2 und 3), um sich dann dem Hegemonieverständnis von Antonio Gramsci zuzuwenden, das dieser in den 1920er Jahren in seinen „Gefängnisbriefen“ entwickelt hat (Kap. 4). Dieses hat derzeit im Neoliberalismus, als dem, so der Autor, herrschenden Paradigma seinen Niederschlag gefunden (Kap. 5).

In den weiteren Kapiteln werden der Aufstieg Chinas beziehungsweise der BRIC-Staaten (Kap. 6), der Regionalismus weltweit (Kap. 7) und die diversen ideologischen Strömungen (Kap. 8), von Worth als „Gegenhegemonie“ bezeichnet, unter der Fragestellung abgehandelt, ob diese in der Lage sind, den Neoliberalismus als hegemoniales Paradigma abzulösen. Der Band wird im Sinne des Anspruchs der Reihe mit einem bilanzierenden „Rethinking-Kapitel“ abgeschlossen. Abkürzungsverzeichnis, ausführliche Bibliographie und Index erleichtern den Lesern die Orientierung.

Im Zentrum steht die Auseinandersetzung mit den konkurrierenden Verständnissen des Begriffs Hegemonie. Handelt es sich um einen vom Autor sogenannten „Mechanismus“, wie ein führender Staat in der Welt die anderen kontrolliert, oder um einen „Prozess“, wie eine (transnationale) Klasse andere Klassen durch ideologische Prinzipien dominiert und so für internationale Ordnung sorgt?

Da Worth die zweite Lesart des Begriffs präferiert, reduziert sich die Beschäftigung mit der

ersten auf die cursorische Wiedergabe der Theorie der hegemonialen Stabilität im Anschluss an Charles P. Kindleberger und Robert O. Keohane/Joseph Nye beziehungsweise auf die Rekapitulation der neorealistischen und neoliberalistischen Vertreter der Debatte um den „american decline“ der 1970er/80er Jahre. Noch cursorischer wird die Weltsystemtheorie im Anschluss an Immanuel Wallerstein abgehandelt. Auch wenn letztere wie Worth in einer der marxistischen Tradition stehen, so betreiben sie doch keine Ideologiekritik wie die Gramscianer und passen insofern nicht in das Hegemonieverständnis von Worth. Zur Illustration der erstgenannten Theorie wird ein Streifzug durch die Weltgeschichte unternommen, der aufgrund des knappen Platzes naturgemäß auf Empirie weitgehend verzichten muss. Immerhin werden anhand der ersten *decline*-Debatte zentrale Fragen nach Aufstieg und Niedergang von Hegemonialmächten skizziert, während die aktuelle zweite *decline*-Debatte nur gestreift wird.

Intensiver beschäftigt sich der Autor mit seinem Hegemonieverständnis. Neben Gramsci werden die Gramscianer in den IB (Robert Cox, Stephen Gill, Stuart Hall etc.) vorgestellt und über einen aktuellen Neogramscianismus spekuliert. In deren Sinne ist der Neoliberalismus, dessen Herausbildung und Vorgeschichte kenntnisreich dargestellt, seit den 1980er Jahren hegemonial. Der Aufstieg Chinas und anderer BRIC-Staaten ist für Worth unter der Perspektive interessant, ob in dessen Verlauf das Modell des bürokratischen Entwicklungsstaates den Neoliberalismus als herrschendes Paradigma ablöst, der Washington-Konsens durch einen Beijing-Konsens abgelöst wird, insofern sich die BRIC-Staaten und andere Schwellenländer ordnungspolitisch eher an China als an den USA orientieren.

Das Fazit bleibt ambivalent. Stattdessen verweist Worth auf für ihn einschlägige Forschungsdesiderate: Geklärt werden soll, ob China beziehungsweise die BRICS in das neoliberale Weltordnungskonzept integriert werden, ob und wie sich transnationale Klassen im Sinne der Amsterdamer Schule formieren, ob es regionale Varianten des Neoliberalismus gibt und vor allem, ob sich, nach dem Scheitern des Projekts Sozialismus neue „Gegenhegemonie“ herausbildet, die sowohl religiös-fundamentalistisch als auch ordnungspolitisch im Sinne des bürokratischen Entwicklungsstaates grundiert sein kann.

Der Band erfüllt die Vorgaben der „Rethinking-Reihe“ trotz der großen Belesenheit und

Verweissfreude des Autors nur bedingt. Er liefert zwar einen nahezu umfassenden Überblick über die einschlägige angelsächsische IB-Literatur, die auch korrekt eingeordnet wird, lässt aber, wie so oft bei angelsächsischen Autoren, die Kenntnis der übrigen Literatur vermissen, weil die Fremdsprachenkenntnisse fehlen – eigentlich ein Muss für IB-Autoren. Es sei denn, man versteht auch das als Ausdruck von Hegemonie und ist insofern konsequent.

Da Worth dem Gramsci-Verständnis von Hegemonie verhaftet ist, bleibt die Darstellung des klassischen Verständnisses von Hegemonie etwa im Sinne von Ludwig Dehio oder Heinrich Triepel auf der Strecke. Auch die quantitativ arbeitenden Autoren der Modelski-Schule und selbst Paul Kennedy bleiben völlig unerwähnt. Damit spielt die empirische Behandlung des Themas, worauf denn Hegemonie beruht, worin sie sich manifestiert und welchen Beitrag zur Ordnung der Welt sie liefert, kaum eine Rolle. Wichtige Aspekte wie der Unterschied zwischen Imperium und Hegemonie, zwischen Herrschaft und Führung und Imperiums- und Hegemonie-theorie werden nicht thematisiert. Bedauerlich ist, dass das Thema Internationale Öffentliche Güter und die Rolle des Hegemons, der diese als Statthalter des nicht vorhandenen Weltstaats zur Verfügung stellt, auch nicht behandelt wird. Vor lauter Gramsci geht so der eigentliche Kern des Themas verloren. Auch stellt sich die Frage, ob Kapitalismus in der neoliberalen Variante tatsächlich noch das hegemoniale Paradigma ist oder nicht vielmehr die Rentenorientierung autoritärer politischer Systeme. Dazu hätte Worth aber Hartmut Elsenhans lesen müssen. Aufgrund dieser Desiderate wäre der Titel „Rethinking Gramsci in International Relations“ passender gewesen.

Braunschweig

Ulrich Menzel

### **Normative und politikpraktische Relevanz eines Lebenswerks**

*Shue, Henry: Climate Justice. Vulnerability and Protection, 368 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2014.*

Mit der Monographie „Climate Justice. Vulnerability and Protection“ veröffentlicht Henry Shue sein wissenschaftliches Lebenswerk zum Thema Klimagerechtigkeit. Dieses umfasst 17 Aufsätze,

die Shue im Zeitraum von zwei Dekaden, zwischen 1992 und 2013, in verschiedenen Fachzeitschriften und Sammelbänden veröffentlicht hat. Im Fokus seiner Arbeiten steht die Frage, wie die Gefahr des Klimawandels eingedämmt werden kann, ohne dabei die weltweite Armut noch zu vergrößern. Wie kann auf das Verbrennen fossiler Energieträger verzichtet werden, wenn die Entwicklung vieler Länder doch gleichzeitig von einer erhöhten Energienutzung abhängt? Mit dieser moralischen Frage versucht Shue die beispiellose Bedrohung durch Klimaveränderungen auf die philosophische Agenda zu setzen. Eine Klammer um sein Gesamtwerk bildet dabei die Einleitung der Monographie („Introduction“, S. 1–26), in welcher der Autor einen Überblick über seine Beiträge und deren Hauptargumente liefert, in einen Dialog mit ihnen eintritt und einige frühere Gedanken auch revidiert.

Klimagerechtigkeit hat für Shue unterschiedliche Facetten. Vornehmlich stützt er sich auf Fragen der inter-nationalen Gerechtigkeit zwischen Entwicklungsländern, Schwellenländern und Industrieländern. Letztere haben durch ihre kohlenstoffdioxidintensive industrielle Entwicklung und Lebensstile das kumulative Kohlenstoffbudget (*cumulative carbon budget*, S. 324–327) der Welt beinahe restlos aufgebraucht. Und damit ist eine Situation der Ungerechtigkeit, insbesondere für verletzte gesellschaftliche Gruppen in Entwicklungsländern, aber auch für zukünftige Generationen entstanden. Vor diesem Hintergrund wirft der Autor auch Fragen der intra-gesellschaftlichen und inter-generationellen Gerechtigkeit auf. Besonders wichtig zum Verständnis der komplexen Folgen des Klimawandels ist hier Shues Konzept der verstärkten Ungerechtigkeit (*compound injustice*, S. 4, 36ff.), mit dem erklärt werden kann, wie eine anfängliche Ungerechtigkeit den Weg für weitere Ungerechtigkeiten bahnt. So haben die Industrieländer in der Vergangenheit großen Reichtum aus ihrem Energiekonsum geschöpft, während die Entwicklungsländer heute am meisten unter den Emissionen dieses Konsums leiden, sich den verheerenden Folgen des Klimawandels anpassen müssen und damit in ihrer weiteren Entwicklung gehemmt werden. Folglich spielen auch zeitliche und räumliche Dimensionen eine wesentliche Rolle, die den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung verschleiern können.

Neben diesen Gerechtigkeitsfragen thematisiert Shue auch institutionelles Versagen und fehlende politische Führungsstärke, gerade unter den mächtigsten Staaten der Welt. Zudem

bestehe im Hinblick auf unsere Energienutzung ein fundamentales ökonomisches Problem. Die Nutzung fossiler Energieträger, wie Kohle, Gas und Erdöl, ist derzeit immer noch kostengünstiger. Große multinationale Unternehmen haben lange nicht in die Entwicklung erneuerbarer Energien investiert und die Verwendung von Kohle, Öl und Gas wurde in vielen Ländern über einen langen Zeitraum staatlich subventioniert. Einen Ausweg sieht der Philosoph allein in einem Stopp des Klimawandels, in einer erheblichen Reduktion der Treibhausgase, einer beträchtlichen Verringerung der Nutzung fossiler Energieträger, einer Erhöhung des Preises für Kohlenstoff durch Steuern oder einer marktbasierten Lösung mit Emissionsgenehmigungen. Alternative Energien müssten so schnell wie möglich weiterentwickelt werden und sollten wettbewerbsfähig werden sowie langfristig auch für arme Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern erschwinglich sein.

Nicht immer nachvollziehbar in seinen Aufsätzen ist Shues wieder und wieder betonter Hinweis auf die globale Verantwortung der USA zur Lösung der Klimaproblematik. Auch wenn dieser sicher berechtigt ist und das wechselseitige Zögern der USA und Chinas verbindliche CO<sub>2</sub>-Ziele häufig blockiert haben, geht es hier doch um Fragen der transnationalen Kooperation und der Einbindung aller relevanten Akteure. Die USA allein können die Folgen des Klimawandels nicht bewältigen oder diesen aufhalten.

Besonders lesenswert hingegen sind Shues eigene Reflektionen zu Emissionsrechten, die sich im Verlauf seiner Forschung – und im Hinblick auf die voranschreitenden Klimawandelfolgen – verändert haben. Während er in seinem

1993 veröffentlichten Aufsatz „Subsistence emissions and luxury emissions“ (S. 47–67) noch mahnt, dass Emissionen zur Subsistenz für arme Bevölkerungsgruppen garantiert werden müssen, revidiert Shue dieses Postulat heute angesichts des aufgebrauchten Kohlenstoffbudgets. Anstelle von Emissionsrechten fordert er nun Energierechte und rückt damit erneut seine zentrale Frage zur Lösung des Dilemmas zwischen Entwicklung und Energienutzung in den Mittelpunkt.

Mit seiner Monographie spricht Henry Shue weltweit aktuelle, vordringliche und interdisziplinäre Probleme an, die gerade auf dem Klimagipfel in Paris im Dezember 2015 erneut unter den Staatenvertretern thematisiert wurden. Hier hat sich gezeigt, dass ein wichtiger Teil der von Shue formulierten normativen Forderungen Eingang in die politische Praxis gefunden hat. Gerade die Reduktion von Treibhausgasen konnte in einem verbindlichen Vertrag – unter Einbindung eines Überwachungsmechanismus – verankert werden. Zudem hat sich eine breite Allianz zivilgesellschaftlicher Netzwerke dafür eingesetzt, Menschenrechte, die kollektiven Rechte indigener Völker, intergenerationelle Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit in den operativen Teil des Klimavertrages aufzunehmen. Obwohl dies nur teilweise gelungen ist und alle Verweise zu Recht, Gerechtigkeit und Gleichheit schließlich nur in der Präambel des Abkommens verankert worden sind, wird hier erneut deutlich, dass die von Shue aufgeworfenen moralischen Fragen aus politischen Diskursen, Praktiken und Institutionen nicht mehr wegzudenken sind.

*Stirling*

*Andrea Schapper*